



# Landtag von Baden-Württemberg

80. Sitzung

14. Wahlperiode

Stuttgart, Mittwoch, 9. Dezember 2009 • Haus des Landtags

Beginn: 10:00 Uhr

Mittagspause: 12:43 bis 14:00 Uhr

Schluss: 17:49 Uhr

## INHALT

Eröffnung – Mitteilungen des Präsidenten . . . . .	5779	3. Zweite Beratung des Gesetzentwurfs der Landesregierung – <b>Gesetz über die Zuständigkeiten nach dem Schornsteinfeger-Handwerksgesetz (Schornsteinfeger-Zuständigkeitsgesetz – SchfZuG)</b> – Drucksache 14/5349	
Begrüßung des Ratsbüros des Kantonsrats Schaffhausen und des amtierenden Generalkonsuls des Schweizerischen Generalkonsulats. . . . .	5791	Beschlussempfehlung und Bericht des Wirtschaftsausschusses – Drucksache 14/5493. . . . .	5801
Begrüßung des Botschafters der Republik Ungarn und des Oberbürgermeisters der Stadt Budapest . . . . .	5830	Abg. Winfried Mack CDU . . . . .	5801
1. Aktuelle Debatte – <b>Steigende Lebenserwartung in Baden-Württemberg – Chance für Generationen</b> – beantragt von der Fraktion der CDU. . . . .	5779	Abg. Wolfgang Stehmer SPD . . . . .	5801
Abg. Werner Raab CDU . . . . .	5779, 5785	Abg. Edith Sitzmann GRÜNE . . . . .	5802
Abg. Katrin Altpeter SPD . . . . .	5780, 5787	Abg. Beate Fauser FDP/DVP . . . . .	5803
Abg. Bärbl Mielich GRÜNE . . . . .	5781, 5788	Staatssekretär Richard Drautz . . . . .	5803
Abg. Dr. Ulrich Noll FDP/DVP . . . . .	5782, 5789	Beschluss . . . . .	5803
Staatsrätin Dr. Claudia Hübner . . . . .	5783, 5790	4. Zweite Beratung des Gesetzentwurfs der Fraktion der CDU und der Fraktion der FDP/DVP – <b>Gesetz zur Aufnahme der Stiftung Orthopädische Universitätsklinik Heidelberg durch das Universitätsklinikum Heidelberg</b> – Drucksache 14/5446	
2. a) Aktuelle Debatte – <b>Kulturelle Vielfalt – universelle Werte. Wege einer rationalen Integrationspolitik</b> – beantragt von der Fraktion der FDP/DVP		Beschlussempfehlung und Bericht des Ausschusses für Wissenschaft, Forschung und Kunst – Drucksache 14/5496 . . . . .	5804
b) Antrag der Fraktion der SPD und Stellungnahme des Justizministeriums – <b>Die Integrationspolitik der Landesregierung</b> – Drucksache 14/5443 . . . . .	5791	Abg. Werner Pfisterer CDU . . . . .	5804
Abg. Hagen Kluck FDP/DVP . . . . .	5791, 5798	Abg. Rita Haller-Haid SPD . . . . .	5805
Abg. Nikolaos Sakellariou SPD . . . . .	5792, 5799	Abg. Theresia Bauer GRÜNE . . . . .	5806
Abg. Christoph Palm CDU . . . . .	5793, 5800	Abg. Dietmar Bachmann FDP/DVP . . . . .	5807
Abg. Werner Wölfle GRÜNE . . . . .	5794	Minister Dr. Peter Frankenberg . . . . .	5809
Minister Dr. Ulrich Goll . . . . .	5796	Beschluss . . . . .	5809
Beschluss . . . . .	5801		

## 5. Regierungsbefragung

- 5.1 Bilanz zum Start des Aktionsplans 2018 – Ernährung für Kinder und Jugendliche (Initiative „Komm in Form“) . . . . . 5810  
 Staatssekretärin Friedlinde Gurr-Hirsch . . . . . 5810
- 5.2 Landesbank Baden-Württemberg . . . . . 5811  
 Abg. Eugen Schlachter GRÜNE . . . . . 5811, 5812  
 Minister Willi Stächele . . . . . 5812, 5813  
 Abg. Reinhold Gall SPD . . . . . 5812, 5813
- 5.3 Haltung der Landesregierung zur Anerkennung der Zeugen Jehovas als Körperschaft des öffentlichen Rechts . . . . . 5813  
 Abg. Sabine Fohler SPD . . . . . 5813, 5814, 5815  
 Minister Dr. Ulrich Goll . . . . . 5814, 5815  
 Abg. Volker Schebesta CDU . . . . . 5814  
 Abg. Christoph Bayer SPD . . . . . 5815
6. Antrag der Fraktion GRÜNE und Stellungnahme des Ministeriums für Wissenschaft, Forschung und Kunst – **Hochschulpakt I und II in Baden-Württemberg** – Drucksache 14/3536 . . . . . 5815  
 Abg. Theresia Bauer GRÜNE . . . . . 5815  
 Abg. Dr. Klaus Schüle CDU . . . . . 5817  
 Abg. Martin Rivoir SPD . . . . . 5818  
 Abg. Dietmar Bachmann FDP/DVP . . . . . 5819  
 Minister Dr. Peter Frankenberg . . . . . 5820, 5821  
 Abg. Alfred Winkler SPD (Kurzintervention) . . . . . 5821  
 Beschluss . . . . . 5822
7. Antrag der Fraktion GRÜNE und Stellungnahme des Wirtschaftsministeriums – **Tourismusmarketing Baden-Württemberg entflechten und erneuern** – Drucksache 14/3696 . . . . . 5822  
 Abg. Reinhold Pix GRÜNE . . . . . 5822, 5829  
 Abg. Dr. Reinhard Löffler CDU . . . . . 5823  
 Abg. Dr. Rainer Prewo SPD . . . . . 5824  
 Abg. Beate Fauser FDP/DVP . . . . . 5825  
 Minister Ernst Pfister . . . . . 5827  
 Beschluss . . . . . 5829
8. Antrag der Fraktion der SPD und Stellungnahme des Ministeriums für Kultus, Jugend und Sport –

## Befristete Beschäftigung von Lehrkräften und Lehramtsanwärtern – Drucksache 14/3697 . . . . . 5829

- Abg. Gunter Kaufmann SPD . . . . . 5829, 5835  
 Abg. Christa Vosschulte CDU . . . . . 5831  
 Abg. Renate Rastätter GRÜNE . . . . . 5831  
 Abg. Dr. Birgit Arnold FDP/DVP . . . . . 5833  
 Staatssekretär Georg Wacker . . . . . 5833  
 Beschluss . . . . . 5835

9. Antrag der Fraktion der SPD und Stellungnahme des Justizministeriums – **Gesamtkonzeption zur Digitalisierung der Grundbücher und Grundakten und zur geplanten Konzentration der Grundbuchämter auf elf Amtsgerichte** – Drucksache 14/3700 . . . . . 5836  
 Abg. Rainer Stickelberger SPD . . . . . 5836, 5841  
 Abg. Manfred Hollenbach CDU . . . . . 5837  
 Abg. Thomas Oelmayer GRÜNE . . . . . 5838  
 Abg. Hagen Kluck FDP/DVP . . . . . 5839  
 Minister Dr. Ulrich Goll . . . . . 5840  
 Beschluss . . . . . 5842
10. a) Antrag der Fraktion der SPD und Stellungnahme des Umweltministeriums – **Umweltzonen und Luftreinhaltepläne im Land** – Drucksache 14/3864  
 b) Antrag der Fraktion GRÜNE und Stellungnahme des Umweltministeriums – **Luftreinhalteplanung und immissionsschutzrechtliche Genehmigung** – Drucksache 14/5243 (geänderte Fassung) . . . . . 5842  
 Abg. Rosa Grünstein SPD . . . . . 5842  
 Abg. Dr. Gisela Splett GRÜNE . . . . . 5843, 5849  
 Abg. Winfried Scheuermann CDU . . . . . 5844  
 Abg. Dieter Ehret FDP/DVP . . . . . 5845  
 Ministerin Tanja Gönner . . . . . 5847  
 Beschluss . . . . . 5850
11. Große Anfrage der Fraktion der SPD und Antwort der Landesregierung – **Demokratie lernen und leben – Politische Bildung in Baden-Württemberg** – Drucksache 14/3780 . . . . . abgesetzt (5850)  
 Abg. Reinhold Gall SPD (zur Geschäftsordnung) . . . . . 5850  
 Nächste Sitzung . . . . . 5850

## Protokoll

über die 80. Sitzung vom 9. Dezember 2009

Beginn: 10:00 Uhr

**Präsident Peter Straub:** Meine Damen und Herren! Ich eröffne die 80. Sitzung des 14. Landtags von Baden-Württemberg und begrüße Sie. Ich darf Sie bitten, die Plätze einzunehmen und die Gespräche einzustellen.

Krankgemeldet sind heute Frau Abg. Dr. Unold sowie die Herren Abg. Ernst und Schwehr.

Aus dienstlichen Gründen haben sich Herr Minister Professor Dr. Reinhart und ab heute Nachmittag Herr Minister Rau entschuldigt.

Wir treten in die Tagesordnung ein.

Ich rufe **Punkt 1** der Tagesordnung auf:

### **Aktuelle Debatte – Steigende Lebenserwartung in Baden-Württemberg – Chance für Generationen – beantragt von der Fraktion der CDU**

Es gelten die üblichen Redezeiten: fünf Minuten für die einleitenden Erklärungen und fünf Minuten für die Redner in der zweiten Runde.

Das Wort erteile ich zunächst Herrn Abg. Raab.

**Abg. Werner Raab** CDU: Herr Präsident, verehrte Kolleginnen und Kollegen, meine sehr verehrten Damen und Herren! Kaum ein Tag vergeht, an dem keine neuen Informationen, Schlagzeilen oder Nachrichten veröffentlicht werden, die unser Land im Vergleich zu anderen Ländern in Deutschland in bestem Licht darstellen. Wirtschaftsdaten, Arbeitslosenzahlen, Statistiken und die Lebenserwartung von Neugeborenen sowie Zahlen über die Bevölkerungsentwicklung sprechen eine eigene Sprache.

Das alles wird draußen gehört. So mancher macht seine persönliche Entscheidung, wo in Deutschland er leben möchte, an diesen Zahlen fest. Ein Beweis hierfür sind die Wanderungsgewinne der vergangenen 19 Jahre: 936 200 Menschen mehr sind nach Baden-Württemberg gekommen, als weggezogen sind. Das ist eine Abstimmung mit den Füßen und gleichzeitig eine Anerkennung der Leistungen der Menschen in diesem Land, eine Anerkennung der Leistungen der Wirtschaft, des Mittelstands, der Selbstständigen, der Ehrenamtsstruktur und der sozialen Träger. Das ist außerdem eine Anerkennung unserer erfolgreichen Regierungspolitik.

(Unruhe)

Der objektive Betrachter verliert dabei nicht die Zahl der Auswanderer aus dem Auge. Bevorzugte Auswanderungsziele waren die Nachbarländer Schweiz, Österreich und Frankreich.

Allein ein Drittel der Auswanderer sind in diese Länder gegangen. Dennoch sind die Zahlen allein nicht aussagekräftig. Nehmen wir den Mitarbeiter einer Firma, der für die Dauer von zwei, drei Jahren in eine Zweigniederlassung ins Ausland geht. Dieser wird als Auswanderer erfasst, obwohl er mit Sicherheit wieder nach Baden-Württemberg zurückkommen wird. Gleiches gilt für junge Akademiker, die für eine begrenzte Zeit ins Ausland gehen, um Erfahrungen zu sammeln.

Als badischer Abgeordneter, dessen Wahlkreis in der PAMINA-Region liegt,

(Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Hoi! – Abg. Ursula Haußmann SPD: Das hätten wir nicht gedacht!)

kann ich aus eigener Anschauung feststellen, dass auch einige Auswanderer, die in das Elsass gegangen waren, wieder zurückgekommen sind. Als Gründe werden oftmals die medizinische Versorgung, die kommunale Infrastruktur und die hohe Qualität und Vielfalt der Angebote – vor allem für ältere Menschen – in Baden-Württemberg genannt.

Das Statistische Landesamt stellt zweifelsfrei fest, dass Baden-Württemberg und Bayern seit der Wiedervereinigung Deutschlands mit einem Plus von 9,4 % den höchsten Bevölkerungszuwachs in Deutschland erzielt haben. Einbußen hatten nicht nur die östlichen Bundesländer. Auch Berlin und Bremen sind – abgesehen von Sachsen-Anhalt mit den höchsten Verlusten – „Verlustregionen“.

Eines ist klar: Die acht Bundesländer, deren Bevölkerungszahl früher und stärker abnimmt, werden in eine sich selbst verstärkende Abwärtsspirale kommen. Im Norden und Osten werden nicht nur Plattenbauten abgerissen. Die verbleibenden Menschen werden die nötige Infrastruktur der kommunalen Daseinsvorsorge nur schwer finanzieren können. Die Fixkosten müssen von einer immer weiter abnehmenden „Kunden“-Zahl bezahlt werden.

Was ist es also, was die Chancen der Generationen in Baden-Württemberg so positiv gestaltet?

(Abg. Dieter Hillebrand CDU: Unsere Politik!)

Es sind viele Faktoren: das „Kinderland“, die enge Zusammenarbeit der Kommunen mit dem Land, die Leistungen der gesellschaftlichen Träger einer Vielzahl von Einrichtungen – der Träger der freien Wohlfahrtspflege, der Kirchen mit ihrer Trägerschaft der Daseinsvorsorge, vor allem in der Kinderbetreuung – sowie das am stärksten ausgeprägte freiwillige bür-

(Werner Raab)

gerschaftliche Engagement im Ehrenamt – um nur wenige zu nennen.

Es liegt sicherlich auch am hervorragenden und bundesweit herausragenden Angebot an Studienplätzen an den Universitäten, Fachhochschulen und Berufsakademien,

(Abg. Claus Schmiedel SPD: Können wir jetzt einmal über das Älterwerden reden? – Abg. Ursula Haußmann SPD: Thema Demografie!)

dass viele junge Menschen zu uns kommen. Auch die engen Kooperationen der Wirtschaft mit den Universitäten und Hochschulen sowie die große Dichte an Fraunhofer-, Max-Planck- und Helmholtz-Instituten tun ihr Übriges.

(Abg. Reinhold Gall SPD: Soll das eine Regierungserklärung werden? – Abg. Claus Schmiedel SPD: Die ersten fünf Minuten sind bald herum, und wir haben noch nichts gehört! – Gegenruf des Abg. Hagen Kluck FDP/DVP: Dann müssen Sie zuhören, Herr Schmiedel!)

– Entschuldigen Sie, dann hören Sie bitte zu.

Bis zu acht Bewerbungen um einen Studienplatz sind keine Seltenheit.

(Zuruf des Abg. Claus Schmiedel SPD)

Dies gilt nicht nur für die Eliteuniversitäten. Wer seine Chancen auf dem Arbeitsmarkt von vornherein verbessern will, der bemüht sich um einen Studienplatz in Baden-Württemberg. Die Konkurrenz um die besten Köpfe ist in vollem Gang. Wer sie gewinnt, hat einen wichtigen Schritt zur Verbesserung der demografischen Entwicklung getan. Nicht umsonst legen die Universitäts- und die Hochschulstädte bei ihrer Einwohnerzahl zu.

Meine Damen und Herren, ich werde nachher im zweiten Teil meiner Rede noch auf weitere Punkte eingehen.

Ich bedanke mich für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

**Präsident Peter Straub:** Das Wort erteile ich Frau Abg. Altpeter.

(Abg. Ursula Haußmann SPD: Aber jetzt, Katrin, etwas zur Sache!)

**Abg. Katrin Altpeter** SPD: Herr Präsident, liebe Kolleginnen, liebe Kollegen, meine sehr geehrten Damen und Herren! Erfreulicherweise haben wir in Baden-Württemberg die jüngste Bevölkerung und die höchste Lebenserwartung.

(Abg. Dieter Hillebrand CDU: Jawohl! – Abg. Elke Brunnemer CDU: Hört, hört!)

Nirgendwo anders werden die Menschen so alt wie in unserem Land. Das mag vielerlei Gründe haben.

(Abg. Dieter Hillebrand CDU: Gute Politik!)

Aber sicher nicht der Grund für das Älterwerden in unserem Land ist die Politik der Landesregierung,

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der Grünen – Abg. Claus Schmiedel SPD: Sehr richtig! Klare Worte zu Beginn! – Abg. Dieter Hillebrand CDU: Falsch, falsch!)

wenn es um die Gestaltung des demografischen Wandels geht. Wir konnten heute früh in den Zeitungen lesen, dass der demografische Wandel einen größeren Stellenwert im Land einnehmen müsse. Wir konnten sogar lesen, dass es zukünftig ein Ministerium für Demografie geben solle.

(Abg. Claus Schmiedel SPD: Oje! – Abg. Marianne Wonnay SPD: Das wird es nicht machen!)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, da muss man sich dann schon die Frage stellen: Was will eigentlich Demografie? Was macht Demografie? Demografie ist nichts anderes als die Beschreibung einer voraussichtlichen Bevölkerungsentwicklung. Der Teil, der sich anschließt – das wurde wohlweislich auch heute Morgen in den Zeitungen vergessen –, ist die Frage: Wie gestalten wir den demografischen Wandel?

(Abg. Marianne Wonnay SPD: Das ist das Entscheidende! Genau!)

Wie gehen wir damit um, dass auch in Baden-Württemberg die Kinderzahlen abnehmen und die Zahl derer, die alt und sehr alt werden, ansteigt?

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der Grünen)

Ich möchte in Erinnerung rufen, dass die Debatte heißt: „Steigende Lebenserwartung in Baden-Württemberg – Chance für Generationen“. Wenn wir davon ausgehen, dass wir den demografischen Wandel gestalten müssen, dann haben wir zwei-erlei Aufgaben an beiden Enden des Lebens: Einerseits gilt es, für unsere Kinder – deren Zahl geringer wird – das Beste zu tun, sie frühzeitig zu bilden, ihnen Sprachmöglichkeiten zu geben, ihnen Orientierung zu geben und ihnen die bestmögliche Bildung zukommen zu lassen.

(Beifall bei der SPD und der Abg. Bärbl Mielich GRÜNE)

Bildung ist das einzige Gut, das wir haben, das wir in die Köpfe unserer Kinder pflanzen können. Deswegen halte ich es eigentlich beinahe für einen Affront, angesichts dessen, was in der letzten Zeit an politischen Entscheidungen getroffen wurde, zu sagen: Wir haben das wunderbare „Kinderland“.

(Beifall bei der SPD sowie der Abg. Brigitte Lösch und Bärbl Mielich GRÜNE)

Ich darf hier an die Debatte über den Orientierungsplan erinnern. Was haben sich die Kommunen, die Städte, die Gemeinden und die Erzieherinnen angestrengt,

(Zuruf der Abg. Brigitte Lösch GRÜNE)

um den Orientierungsplan umzusetzen. Sie haben sich über mehrere Jahre hinweg fortgebildet. Mit welchem Ergebnis? Das Land sagt: „Na ja, es ist kein Geld da. Den Orientierungsplan könnt ihr machen, aber wenn, dann bezahlt ihr das selbst. Wir bezahlen nur einen Teil. Macht das freiwillig!“

(Katrin Altpeter)

(Beifall bei der SPD – Abg. Claus Schmiedel SPD:  
Das ist ja schofelig! – Zuruf der Abg. Ursula Haußmann SPD)

So viel zu den Themen „Kinderland“, „Entwicklungschancen in unserem Land“ und „Chance für Generationen“.

Ähnliches gilt für die ältere Generation. Heute ist die ältere Generation bis weit ins hohe Alter noch sehr fit und noch bereit, zu gestalten, sich über die Maßen hinaus ehrenamtlich in unserem Land zu engagieren. Was wir hier erleben, sind Sonntagsreden, sind Verleihungen von Preisen für diese Arbeit. Was wir in Baden-Württemberg aber nicht haben, ist ein Konzept für das Ehrenamt. Wir haben keine Rahmenbedingung dafür, dass sich ältere Leute auch in Zukunft engagieren und das, was sie an Ressourcen haben, noch einbringen.

(Beifall der Abg. Bärbl Mielich und Brigitte Lösch GRÜNE)

Wenn wir das alles betrachten, wenn wir auch sehen, was wir mit dem Abschluss der Arbeit der Enquetekommission „Demografischer Wandel“ und dem Bericht über die Umsetzung der Handlungsempfehlungen der Enquetekommission im letzten Jahr hier beraten und beschlossen haben, dann muss ich sagen: viele Zahlen, viel Wissen um die Fakten, wenig bis nichts getan.

Mehr in der zweiten Runde.

(Beifall bei der SPD und der Abg. Brigitte Lösch GRÜNE – Abg. Ursula Haußmann SPD: Sehr gut! – Abg. Claus Schmiedel SPD: Du hast ihnen gleich gut eingesehen! – Abg. Peter Hofelich SPD: Eigentlich müsste es jetzt Rücktritte hageln! – Abg. Reinhold Gall SPD: Hallo wach!)

**Präsident Peter Straub:** Das Wort erteile ich Frau Abg. Mielich.

**Abg. Bärbl Mielich GRÜNE:** Sehr geehrter Herr Präsident, verehrte Kolleginnen und Kollegen, verehrte Damen und Herren! Wenn die Aussage in dem Titel der Aktuellen Debatte „Steigende Lebenserwartung in Baden-Württemberg – Chance für Generationen“ stimmt, dann kann ich nur sagen: Prima! Wir leben in Baden-Württemberg länger und fühlen uns wohl. Das ist wunderbar. Menschen im Alter jenseits des Erwerbslebens ziehen nach Baden-Württemberg, weil es ihnen hier so gut gefällt. Auch das ist wunderbar.

(Zuruf des Abg. Karl Zimmermann CDU – Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Baden-Württemberg ist wunderbar!)

Doch was folgt daraus für das politische Handeln? Das ist die wichtige Frage. Wir sind hier schließlich nicht auf einer Wellenveranstaltung.

(Abg. Brigitte Lösch GRÜNE: Das hat nichts mit der CDU zu tun! – Gegenruf des Abg. Helmut Walter Rückeck CDU: Ja womit denn sonst, Frau Kollegin?)

Wichtig ist doch, die Frage zu beantworten: Was machen wir daraus? Was bedeutet diese Bevölkerungsentwicklung für unser Land, und was bedeutet sie letztendlich für das politische

Handeln? Die Zahlen sind doch seit Jahren klar: Der Anteil der Menschen unter 18 Jahren, die hier in diesem Land leben, wird immer geringer. Gleichzeitig steigt der Anteil der Menschen, die über 60 Jahre alt sind, immer weiter. Bis zum Jahr 2030 wird sich die Zahl der hochbetagten Menschen, die 85 Jahre und älter sind, verdoppeln. Auch daraus ergeben sich doch Notwendigkeiten für das politische Handeln. Das habe ich gerade in Ihrem Statement, Herr Kollege Raab, komplett vermisst.

Bis zum Jahr 2050 werden wir eine Umkehrung der Alterspyramide haben. Dann werden weniger als 50 % der Menschen, die hier leben, in der Erwerbsphase sein, also sozusagen die Arbeit leisten. Der Anteil der Menschen, die 60 Jahre und älter sind, wird dann mindestens 50 % betragen.

Was bedeutet das für uns, und was bedeutet das für das politische Handeln? Wir haben zwei große Aufgaben. Die eine Aufgabe ist, die sozialen Sicherungssysteme armutsfest zu machen und so zu gestalten, dass sie jenseits dieser Anknüpfung an die Erwerbsarbeit funktionieren, damit die Menschen im Alter nicht in Armut leben.

Wir haben gleichzeitig die Aufgabe, eine Finanzpolitik zu machen, die nachhaltig ist und dafür sorgt, dass wir auch in Zukunft Haushalte haben, mit denen wir handlungsfähig sind und noch investieren können. Doch genau das Gegenteil ist der Fall. Sehen Sie sich dazu nur die aktuelle schwarz-gelbe Politik im Bund und im Land an.

Mit den Steuersenkungen, die das Wachstumsbeschleunigungsgesetz für das Land und auch für die Kommunen bedeutet, fahren Sie letztendlich den Landeshaushalt total an die Wand, und Sie statten auch die Kommunen deutlich schlechter mit Finanzmitteln aus. Für das Land bedeutet das im Doppelhaushalt insgesamt Mindereinnahmen von 750 Millionen €, für die Kommunen bedeutet es 620 Millionen € weniger. Das ist Geld, das den Kommunen, aber auch dem Land fehlt, um tatsächlich handlungsfähig zu sein, um z. B. angemessen auf diese Bevölkerungsentwicklung zu reagieren. Sie machen stattdessen eine reine Klientelpolitik, von der ganz wenige Berufsgruppen tatsächlich profitieren.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen)

Frau Staatsministerin Hübner, Sie haben in ihrem Demografiebericht und auch in sämtlichen Veranstaltungen, die anschließend durchgeführt worden sind, immer wieder deutlich formuliert, dass es wichtig ist, eine nachhaltige Finanzpolitik zu machen, wenn wir eine generationengerechte Gesellschaft haben wollen, die auch einigermaßen handlungsfähig ist. Das heißt, es ist wichtig, Investitionen in die Zukunft zu tätigen; es ist wichtig, keine neuen Schulden zu machen. Sie haben zudem gesagt, dass es wichtig ist, eine verlässliche Politik zu machen und Vertrauen zu schaffen, damit es lohnenswert ist, hier zu leben. Mit der Politik, die Sie machen, machen Sie für die nächsten Jahre genau das Gegenteil.

Wir müssen in der Zukunft mit den sozialen Sicherungssystemen in die Richtung gehen, Armut im Alter zu verhindern. Denn wir werden immer mehr Armut im Alter haben, weil wir immer mehr unterbrochene Verläufe des Erwerbslebens finden. Diese Verbindung, den Rentenanspruch an eine Erwerbstätigkeit zu knüpfen, funktioniert in Zukunft immer we-

(Bärbl Mielich)

niger. Das heißt, wir werden immer weniger Menschen haben, die ihren Lebensunterhalt tatsächlich noch von der Rente, die sie bekommen, bestreiten können.

Wir haben die Grundsicherung im Alter eingeführt. Doch die Grundsicherung im Alter ist nur zur Deckung der Mindestbedürfnisse da. Wir haben aber – darauf werde ich in der zweiten Runde noch deutlich eingehen – ganz andere Herausforderungen im Land zu bewältigen, wenn es darum geht, dem Wandel in den Familien, dem Wandel in den Erwerbsverläufen zu begegnen, indem wir als Land deutlich handlungsfähig werden.

Schönen Dank.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD)

**Präsident Peter Straub:** Das Wort erteile ich Herrn Abg. Dr. Noll.

**Abg. Dr. Ulrich Noll FDP/DVP:** Herr Präsident, verehrte Kolleginnen und Kollegen! Wir führen eine Aktuelle Debatte. Ist das Thema Demografie aktuell? Ja, es ist immer aktuell. Das ist überhaupt keine Frage. Aber ich vermute, dass vielleicht das Presseheft des Statistischen Landesamts Auslöser der Aktuellen Debatte war, mit dem im November eine neue Bevölkerungsvorausrechnung für Baden-Württemberg bis zum Jahr 2060 vorgelegt worden ist. Manch einer oder manch eine hier mag sich denken: Was geht mich das Jahr 2060 an? Denn möglicherweise werden wir es nicht mehr erleben.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Die Wenigsten! – Abg. Thomas Blenke CDU: Wenn wir so weitermachen!)

Aber wir stellen fest, dass in Baden-Württemberg der Trend zu steigender Lebenserwartung ungebremst anhält.

(Abg. Ursula Haußmann SPD: Bei den Frauen, ja!)

– Bei den Frauen, ja.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, lassen Sie mich als Erstes erwähnen, was ich heute früh über Frau Staatsrätin Hübner gelesen habe. Da stand zu lesen, sie komme sich vor wie eine Wanderpredigerin oder eine Erweckungspredigerin. Das ist richtig.

(Abg. Reinhold Gall SPD: Von der hört man das ganze Jahr nichts!)

Als Allererstes geht es darum – daran sollte man sich erinnern –, sich das Bild des Alterns und des Alters immer wieder vor Augen zu halten. Das entspricht leider nicht immer dem, was Realität ist. So darf ich aus meiner persönlichen Erfahrung berichten: Letzte Woche durfte ich eine 90-jährige Parteifreundin mit dem Ehrenvorsitz betrauen, die wirklich körperlich und geistig so topfit dastand, dass man sich als Jüngerer ein Stück davon abschneiden könnte.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Dafür soll sie dankbar sein!)

Zum Thema „Chance einer alternden Gesellschaft“: Es ist noch gar nicht so lange her, als Bücher mit Themen wie „Me-

thusalem-Komplott“, „Wir vergreisen“ oder „Unsere Gesellschaft wird alt, grau und unkreativ werden“ herauskamen. Pustekuchen! Das Gegenteil ist der Fall. In dieser Gesellschaft sind die Älteren – das haben uns auch biologische Grundlagen gezeigt – durchaus in der Lage, aktiv teilzuhaben, sich in der Gesellschaft kreativ einzubringen.

(Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Ehrenamt!)

Sie sind nicht nur dazu in der Lage, sondern sie sind in zunehmendem Maß auch dazu bereit.

Wenn ich mir dann das Bild auch im politischen Umfeld ansehe, dann sage ich einmal leicht selbstkritisch: Wenn der Wettbewerb losgeht, wer den jüngsten Minister oder die jüngste Ministerin in einem Kabinett hat, dann entspricht das vielleicht nicht immer dem Bild des Alterns, dass es grundsätzlich ein großer Vorzug sei, jung zu sein. Das ist ein Vorzug, aber er darf nicht der alleinige sein. Vielmehr macht es die richtige Mischung aus.

Es wird darum gehen, dass wir in dieser Situation, in der wir in nie gekanntem Maß durch drei Generationen – in großer Zahl – gemeinsam die Gesellschaft gestalten können – Früher waren wenige ältere, weise Menschen schon eine Besonderheit. Heute haben wir jede Menge älterer Menschen, die ihre Kompetenz, ihre Erfahrung einbringen können. Das müssen wir nutzen, und wir müssen den Zusammenhalt dieser Generationen nutzen.

Wenn man sich die Zahlen in diesem Heft anschaut, dann stellt man fest, dass schon große Herausforderungen bestehen. Frau Mielich hat das angesprochen. Denn in der Tat: Im Vergleich zu der Zahl derjenigen, die der Sandwichgeneration angehören – so möchte ich sie einmal bezeichnen –, die in der Mitte sind, die sozusagen für die beiden anderen Generationen sorgen sollen, nimmt die Zahl derer, die noch nicht erwerbstätig sind, also der Kinder und Jugendlichen, die zu versorgen und zu erziehen sind, die auch finanziell zu betreuen sind, und die Zahl der nicht mehr Erwerbstätigen dramatisch zu.

Daher glaube ich, dass wir die Potenziale der Älteren schon nutzen müssen. Ich sage mit leicht kritischem Unterton: Wer den Menschen vormacht, man könne von der Verlängerung der Lebensarbeitszeit wieder zurückgehen, streut den Menschen Sand in die Augen.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP/DVP – Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: So ist es!)

Vielmehr muss es darum gehen, genau diejenigen zu unterstützen, die zu dieser Sandwichgeneration gehören. Auch da verstehe ich Ihre Kritik an der schwarz-gelben Koalition im Moment überhaupt nicht. Denn ein zentraler Kern der Entlastungen ist doch die Entlastung genau dieser Sandwichgeneration in den Bereichen Kinder und Familie.

(Beifall bei der FDP/DVP)

Es ist der richtige Weg, dass wir dafür zumindest einmal die materielle Grundlage legen.

(Zuruf des Abg. Peter Hofelich SPD)

(Dr. Ulrich Noll)

Dass ältere Menschen durchaus bereit und willens sind, sich über das aktive Arbeitsleben hinaus in die Gesellschaft einzubringen, ist, glaube ich, kein Geheimnis.

(Abg. Marianne Wonnay SPD: Was macht denn das Land jetzt?)

So hatte der Landesseniorenrat im letzten Jahr das Motto „Langlebigkeit verpflichtet“.

(Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Richtig!)

Das heißt, die älteren Menschen sind sich dieser Verpflichtung durchaus bewusst.

(Abg. Ursula Haußmann SPD: Was machen wir im Land Baden-Württemberg? Null!)

Wir müssen schauen, dass wir da Chancen eröffnen, statt Barrieren aufzubauen.

(Abg. Ursula Haußmann SPD: Ojemine!)

Es gibt einen interessanten Aspekt, bei dem ich plötzlich Übereinstimmung mit Frau Nahles entdecke.

(Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Was? Hört, hört! – Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Da muss etwas faul sein! – Abg. Peter Hofelich SPD: Das kann ja passieren! – Abg. Claus Schmiedel SPD: Erste sozialliberale Signale! – Gegenruf des Abg. Stefan Mappus CDU: Claus, willst du das wirklich?)

– Ja, mit Frau Nahles. Es kann ja sein, dass sie auch einmal etwas Richtiges sagt. Sie hat nämlich zum Thema Rente gesagt: „Wir müssen die Lebensarbeitszeit sehr viel stärker flexibilisieren.“ Das ist nämlich das Thema: Wir brauchen fließende Übergänge. Herr Kollege Mappus, es kann doch einmal so sein, dass selbst von der SPD ein vernünftiger Vorschlag kommt.

(Lachen des Abg. Stefan Mappus CDU – Abg. Claus Schmiedel SPD: Bisher war es ja ordentlich! – Zuruf des Abg. Dr. Stefan Scheffold CDU)

Das wird der Weg sein, auf dem wir gemeinsam vernünftige Lösungen suchen.

Noch einmal zum Thema Chance – wir wollen das Ganze ja als Chance betrachten –: Auch da muss ich auf das Bild des Alterns verweisen. Man lebt auf einem gewissen Niveau, in einem gewissen Umfeld, in dem man für sich durchaus noch Chancen erkennen kann, auch wenn man die 65 einmal überschritten hat. Aber denken Sie einmal an Leute mit 50, 55 Jahren, die plötzlich sozusagen aus dem Arbeitsleben „ausgestiegen werden“ sollen. Welche Chancen sehen diese Menschen denn noch? Da sind wir wieder beim Bild des Alterns. Kann es sein, dass ein Mensch mit 50, 55 Jahren, wenn er arbeitslos wird, keine Chance mehr hat? Da müssen wir in der Wirtschaft, in der Gesellschaft, aber auch in der Politik alle gemeinsam Rahmenbedingungen setzen, dass diese Chancen, die die Langlebigkeit bietet, auch genutzt werden.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU)

**Präsident Peter Straub:** Für die Landesregierung erteile ich Frau Staatsrätin Professor Dr. Hübner das Wort.

**Staatsrätin für demographischen Wandel und für Senioren Dr. Claudia Hübner:** Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich freue mich, dass der Landtag heute über die steigende Lebenserwartung der Menschen in Baden-Württemberg und über die Chancen für die Generationen diskutiert, die sich daraus herleiten lassen.

Herr Noll, ich danke Ihnen, dass Sie gesagt haben, es gebe kein Thema, das tagesaktueller sei als das der Demografie.

(Abg. Ursula Haußmann SPD: Das sind aber keine Rezepte der Landesregierung!)

Auslöser für diese Aktuelle Debatte sind, so denke ich, die neuen Zahlen des Statistischen Landesamts. Diese aktuellen Zahlen belegen eine Erfolgsgeschichte. Es ist schön, meine Damen und Herren, dass die durchschnittliche Lebenserwartung für Mädchen in Baden-Württemberg bei 83,3 Jahren liegt. Es ist schön, dass die Buben im Durchschnitt 78,6 Jahre alt werden, und dies vor allem im Zeitverlauf, vor dem Hintergrund der Zahlen der Vergangenheit: Im Jahr 1900 lag die Lebenserwartung bei 45 bzw. 42 Jahren.

Was sind die Gründe für diesen Verlauf? Das ist zunächst einmal eine geringe Säuglingssterblichkeit; das ist die Verbesserung der Ernährung, der Gesundheit; das ist auch der wachsende Wohlstand. Ein Grund ist auch, dass wir seit vielen Jahren in Frieden leben.

Aber warum sind die Zahlen Baden-Württembergs im Bundesvergleich um so vieles besser? Warum haben wir diese Sonderrolle? Darüber können wir nachdenken.

(Abg. Brigitte Lösch GRÜNE: Weil wir eine Staatsrätin haben!)

Weil es hier in Baden-Württemberg vieles gibt, was ein gutes Leben ausmacht. Dabei ist vieles nicht vom Himmel gefallen. Das hat auch damit zu tun, dass wir in einem wunderschönen Land leben, dass wir die höchste Sonnenscheinrate haben, dass es bei uns guten Wein und gutes Essen gibt. Wir sind seit Jahrzehnten das Wohlfühlland Nummer 1.

(Abg. Brigitte Lösch GRÜNE: Was ist mit dem Bier? – Unruhe bei der SPD)

Liebe Frau Altpeter, das hat auch etwas damit zu tun, dass hier eine hervorragende Politik gemacht wird.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP – Abg. Brigitte Lösch GRÜNE: Thema verfehlt! – Abg. Ursula Haußmann SPD: Ojemine!)

Wir sind erfolgreich, weil im Mittelpunkt unserer Politik der Mensch und die Generationen stehen.

Das ist auch belegbar. Es gibt eine Allianz-Studie über das Maß der Zuversicht in Deutschland. Diese besagt, dass in Baden-Württemberg im Bundesvergleich die zuversichtlichsten Menschen leben. Diese Zuversicht, dieser Optimismus wirkt lebensverlängernd. Ich darf sagen, meine Damen und Herren: In Baden-Württemberg sind die Menschen zu Recht zuver-

(Staatsrätin Dr. Claudia Hübner)

sichtlich und optimistisch, weil wir hier Politik für Menschen, für Generationen machen,

(Abg. Ursula Haußmann SPD: Oje! Da wird es dir ja anders!)

eine Politik, die von Werten begleitet ist, eine Politik, die seit Jahrzehnten soziale Nähe und soziale Verantwortung vermittelt. Wir entfalten hier ein Wir-Gefühl und haben Zukunftsperspektiven für Jung und Alt.

(Abg. Ursula Haußmann SPD: Nennen Sie doch einmal ein konkretes Projekt! Da gibt es nichts!)

– Gern. Das können wir gern nachlegen.

(Abg. Ursula Haußmann SPD: Das wäre nett!)

Deshalb kommen die Menschen zu uns. Deswegen haben wir auch den höchsten Bevölkerungszuwachs aller Bundesländer. Es kommen viele, und alle, die kommen, bleiben, weil es ihnen hier gut geht.

Es sind Perspektiven, die den demografischen Wandel ausmachen. Ich denke, wir sind mit unserer Demografiepolitik sehr gut aufgestellt.

(Abg. Brigitte Lösch GRÜNE: Fazit?)

Das wird bundesweit – das lasse ich mir von Ihnen auch nicht schlechtreden – als vorbildlich wahrgenommen, und was bundesweit als vorbildlich wahrgenommen wird, muss hier im Land nicht schlechtgeredet werden.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/DVP – Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Jawohl! – Abg. Bärl Mielich GRÜNE: Tosender Applaus!)

Auch der Bund folgt diesem Vorbild. Wir haben in den jetzigen Koalitionsvertrag auf Bundesebene ein Modell aufgenommen, das weitestgehend dem von Baden-Württemberg folgt.

Was heißt das konkret? Die Wahrheit ist konkret. Demografie heißt Alterung der Gesellschaft. Wir leben in einer Gesellschaft des langen Lebens. Wir kümmern uns um zwei Themen, die ich heute in den Mittelpunkt stellen möchte. Dies sind zum einen das Thema „Würde im Alter“ und zum anderen das Thema „Teilhabe im Alter“. Wie wir mit pflegebedürftigen Menschen umgehen, das ist der Gradmesser, der Lackmustest für die Menschlichkeit unserer Gesellschaft.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und der FDP/DVP – Zuruf von der SPD: Der Lackmustest? – Abg. Wolfgang Drexler SPD: Der Mappus-Test!)

Ich habe deshalb – Frau Altpeter, das wird Sie interessieren – eine Studie zum Thema „Freiheitsentziehende Maßnahmen in der Pflege“ in Auftrag gegeben. Es geht dabei konkret um die Fixierungen. Meine Damen und Herren, davon sind 50 % der Heimbewohner hautnah betroffen. Das ist ein Thema, das uns alle angeht: die Betroffenen, die Patienten, die Bewohner, die Angehörigen und vor allem auch das Pflegepersonal. Neben Bayern sind wir das einzige Land, das an dieser Studie der Universität Wien teilnimmt.

(Abg. Ursula Haußmann SPD: Dann muss man aber auch die Konsequenzen ziehen!)

So viel zum Thema „Würde im Alter“.

Zum Thema „Teilhabe im Alter“: Ich erinnere daran, dass wir den Landes-Senioren-Aktionstag eingeführt haben. Das ist ein Schaufenster, um den Menschen, den Senioren, zum einen zu zeigen, was die Landesregierung für die älteren Menschen tut, zum anderen aber auch darzustellen, welches Maß an ehrenamtlichem Einsatz gerade die ältere Generation für uns leistet. Ich verbinde hiermit ein großes Dankeschön an die ältere Generation für das, was hier erbracht wird.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und der FDP/DVP)

Dieser Landes-Senioren-Aktionstag, der in diesem Jahr zum dritten Mal stattgefunden hat, widmete sich diesmal dem Thema Internet, der Internetfähigkeit älterer Menschen. Es geht darum, das zu beseitigen, was man die „digitale Teilung“ der Gesellschaft nennt. Teilhabe läuft heute auch über das Internet. Die Veranstaltung war ein Riesenerfolg; es war eine dezentrale Veranstaltung; alle Landkreise haben mitgemacht. Ich glaube, damit haben wir ein ganz wichtiges Thema aufgegriffen.

Zum Thema „Wirtschaftskraft älterer Menschen“: Auch damit beschäftigen wir uns. Wir wissen, dass es einen riesengroßen Markt für Senioren gibt. Für uns als Exportnation sind damit auch Marktchancen verbunden. Die Wirtschaftskraft älterer Menschen wird von uns als Zukunftsthema erkannt. Das sichert Arbeitsplätze, und es schafft auch neue Arbeitsplätze. Die Erkenntnis ist: Der wichtigste Kunde von morgen hat graues Haar. Dem stellen wir uns.

Ich komme nun zur jüngeren Generation: Bildungspolitik, Schul- und Hochschulbereich. Hier gibt es ebenfalls kein Vertun; man kann es drehen und wenden, wie man will: Wir sind im Bundesvergleich auch hier hervorragend aufgestellt.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU – Abg. Ursula Haußmann SPD: Oje!)

Es gibt kein anderes Land, das bei der Exzellenzinitiative ähnlich gute Resultate erzielt wie wir. Wir sind das Land mit der niedrigsten Quote von Schulabgängern ohne Abschluss. Derzeit beträgt diese Quote 5,5 %. Das ist noch immer zu viel, aber weniger als irgendwo anders.

(Abg. Katrin Altpeter SPD: 270 000 in der Warteschleife!)

Wir sind das Land, das zudem hervorragende Perspektiven für einen Bildungsaufstieg bietet. Erwähnenswert ist hier, dass 50 % der Abiturienten im Land die Hochschulzugangsberechtigung über einen Abschluss an beruflichen Gymnasien erwerben.

(Abg. Marianne Wonnay SPD: 14 Tage zu früh für das Weihnachtsmärchen!)

Bei allen nationalen Bildungsvergleichen zeigt sich, dass wir in der Spitzengruppe sind.

Zum Thema Generationengerechtigkeit: Ich freue mich, Frau Mielich, dass Sie diesen Punkt aufgegriffen haben; denn dies

(Staatsrätin Dr. Claudia Hübner)

scheint mir das Allerwichtigste von allem. Die Frage der Generationengerechtigkeit lässt sich daran festmachen, welche Schulden wir unseren Kindern und Enkeln hinterlassen. Ich darf aber, meine Damen und Herren, doch daran erinnern, dass die Schuldenbremse hier im Land Baden-Württemberg von Ministerpräsident Oettinger eingeführt wurde und dass die Schuldenbremse im Bund über die Föderalismuskommission II ebenfalls auf eine Initiative des Landes Baden-Württemberg zurückgeht.

(Abg. Brigitte Lösch GRÜNE: Und was ist mit den Steuersenkungen im Bund? Was heißt denn „Schuldenbremse“? – Abg. Claus Schmiedel SPD: Der Mapus häuft doch Schulden auf! Das ist doch lächerlich! – Gegenruf des Abg. Hagen Kluck FDP/DVP: Ihr seid die Bremsen des Fortschritts! – Unruhe)

Dies steht in der Verfassung, meine Damen und Herren, und unter unserem designierten Ministerpräsidenten Stefan Mapus wird diese Politik selbstverständlich in gleicher Weise fortgeführt, wie sie in der Vergangenheit durchgeführt wurde.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU – Zuruf des Abg. Claus Schmiedel SPD)

Wir haben für das laufende Jahr noch einen ausgeglichenen Haushalt hinbekommen, meine Damen und Herren. In Zukunft werden wir vermutlich eine Ausnahme von unserem erklärten Ziel – an dem wir auch weiterhin festhalten – machen müssen. Aber im Jahr 2011 müssen und werden wir im neuen Haushalt zu der uns selbst verordneten Regel zurückkehren.

(Abg. Bärbl Mielich GRÜNE: Es ist alles schön und wunderbar! – Gegenruf der Abg. Katrin Altpeter SPD: Genau!)

Meine Damen und Herren, fünf Minuten sind sehr wenig für ein solches Riesenthema. Aber ich will noch einmal zusammenfassen: Die demografischen Zahlen sprechen für sich, und sie lauten im Bundesvergleich für Baden-Württemberg folgendermaßen:

Erstens: höchste Lebenserwartung.

Zweitens: jüngster Altersdurchschnitt.

Drittens: geringstes Geburtendefizit.

Viertens: stabile Zuwanderung.

Fünftens: geringster Bevölkerungsrückgang bis zum Jahr 2060.

Ich sage Ihnen gern, falls es eine zweite Runde gibt, wo anderswo die Menschen davonlaufen und zu uns kommen.

(Abg. Marianne Wonnay SPD: Wir haben keine zweite Runde!)

Frau Mielich, was diese Zahlen angeht, kann man also ruhig sagen: Prima. Ich sage das, weil Sie das vorhin angesprochen haben.

(Zuruf der Abg. Brigitte Lösch GRÜNE)

Fazit: Demografisch ist Baden-Württemberg vergleichsweise gut aufgestellt, und zwar deshalb, weil hier ein hohes Maß an Lebensqualität herrscht. Die Menschen kommen zu uns, weil es hier Chancen für alle Generationen gibt. Unsere Politik hat dies erreicht und wird dafür sorgen, dass das so bleibt und auch morgen so sein wird.

Letzte Bemerkung, meine Damen und Herren: Es ist jedem unbenommen, seinen Lebensabend dort zu verbringen, wo andere die politische Verantwortung tragen. Ich bleibe gern hier.

(Abg. Claus Schmiedel SPD: Ha, ha!)

Danke schön.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP – Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Bravo! Ich auch! – Lachen des Abg. Claus Schmiedel SPD)

**Präsident Peter Straub:** Das Wort erteile ich Herrn Abg. Raab.

**Abg. Werner Raab** CDU: Herr Präsident, meine lieben Kolleginnen und Kollegen! Die Debatte bis hierhin war sehr aufschlussreich und hat die Schwierigkeiten aufgezeigt, die die Opposition hat. Auf der einen Seite – Frau Mielich, da schaue ich Sie an – loben Sie die Zahlen, loben Sie die Zustände im Land Baden-Württemberg. Dann bekommen Sie auf der anderen Seite die Schwierigkeit, alles in Zweifel zu ziehen und wieder infrage zu stellen.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU – Abg. Bärbl Mielich GRÜNE: Die Landesregierung kann nichts dafür, dass die Leute so alt werden!)

Denn – das gilt auch für Sie, Frau Altpeter – wer genau hingehört hat, hat gemerkt: Immer dann, wenn Sie Probleme aufzeigen, müssen Sie auf die Bundespolitik ausweichen.

(Widerspruch bei der SPD – Abg. Katrin Altpeter SPD: Das ist ja gar nicht wahr! Jetzt werde ich gleich sauer! – Unruhe)

Die Aufgaben, die das Land Baden-Württemberg in eigener Zuständigkeit erfüllen kann, sind hervorragend gelöst. Ich möchte das Thema nicht eingrenzen und die Debatte nicht nur auf das Thema reduzieren, ein Ministerium zu fordern.

(Abg. Katrin Altpeter SPD: Was? Das haben doch wir nicht gemacht! – Abg. Claus Schmiedel SPD: Das habt ihr gemacht! Sie wollen gern Minister sein!)

– Wer sagt denn immer, wir müssten schlank sein, wir dürften keine Kosten in die Höhe treiben?

(Zuruf des Abg. Claus Schmiedel SPD)

– Lesen Sie den Artikel genau.

Meine Damen und Herren, für mich bedeutet das: Das Thema Demografie ist nicht auf die Frage nach einem Ministerium zu reduzieren. Es ist eine Querschnittsaufgabe, die jede Ministerin, jeder Minister in diesem Kabinett zu erledigen hat.

(Beifall bei der CDU – Abg. Bärbl Mielich GRÜNE: Sehr gut!)

(Werner Raab)

Wenn Sie hier jetzt Ihre Konzepte vortragen, die Sie in der Bildungspolitik immer vortragen, dann schauen wir doch einmal auf die Ergebnisse.

(Abg. Ursula Haußmann SPD: Es passiert doch nichts!)

Warum kommen denn die Leute nach Baden-Württemberg und studieren hier? Warum haben wir denn die Exzellenzuniversitäten?

(Abg. Claus Schmiedel SPD: Es gehen doch mehr weg als kommen!)

Weil wir hervorragend aufgestellt sind. Das bitte ich jetzt einfach einmal zur Kenntnis zu nehmen.

Zum Ehrenamt: Natürlich haben wir eine Auszeichnungskultur für die ehrenamtlich Tätigen. Wir vernachlässigen sie nicht. Aber wir brauchen keine Steuerung des Ehrenamts über Landesbeamte.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Ja! So ist es! – Gegenruf des Abg. Claus Schmiedel SPD)

Das Ehrenamt muss vor Ort aus den Bedürfnissen wachsen. Aus den Tatsachen, die vor Ort wichtig sind, muss sich das Ehrenamt entwickeln und hat sich das Ehrenamt entwickelt. Natürlich stehen wir erst am Anfang. Das ist doch selbstverständlich. Die demografische Entwicklung wird noch viel mehr Ehrenamt von uns abverlangen, und ich bin davon überzeugt, dass die Baden-Württembergerinnen und Baden-Württemberger das auch leisten werden. Deshalb: Nicht der Staat muss es richten, sondern die Gesellschaft wird es richten. Das ist unser Ansatz von Politik. Diesen Ansatz unterstützen wir.

(Abg. Ursula Haußmann SPD: Oje!)

Frau Mielich, Sie beklagen die Steuererleichterungen. Wer bekommt denn die Steuererleichterungen?

(Abg. Bärbli Mielich GRÜNE: Die Hoteliers!)

Wenn Sie auf der einen Seite sagen, wir müssten die Hoteliers in ihrer Wettbewerbsfähigkeit stärken, insbesondere in den Randbereichen in unserem Land,

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und der FDP/DVP)

z. B. gegenüber der Konkurrenz in der Schweiz, in Frankreich,

(Zuruf der Abg. Bärbli Mielich GRÜNE)

dann dürfen Sie andererseits natürlich nicht bemängeln, dass es zu einer Steuerminderung kommt.

(Abg. Reinhold Gall SPD: Genau das bemängeln wir! Wir haben keine Spielräume für Steuersenkungen!)

Dass diese Steuerminderung finanziert werden muss, ist jedem klar.

(Abg. Reinhold Gall SPD: Wir haben keine Spielräume für Steuersenkungen!)

Gehen Sie, Herr Gall, deshalb zum DEHOGA und sagen den Hoteliers, dass es ein Fehler sei, sie bei der Steuer zu begünstigen. Sagen Sie das den Leuten. Wir sehen dies anders, und wir stehen auch zu dieser Entscheidung.

Meine Damen und Herren – die Frau Staatsrätin hat es ausgesprochen –, die Lebenserwartung ist in Baden-Württemberg die höchste.

(Abg. Ursula Haußmann SPD: Das liegt doch nicht an der Landesregierung!)

– Entschuldigung! Natürlich bestimmt nicht die Landesregierung die Lebenserwartung ihrer Bevölkerung.

(Zurufe von der SPD: Ah! – Abg. Claus Schmiedel SPD: Die Sonnenscheindauer!)

Sie setzt aber die Voraussetzungen. Die Landesregierung hat mit ihrer Landespolitik durch vielfältige Entscheidungen mitgeholfen und dazu beigetragen, dass die Lebenserwartung in Baden-Württemberg höher sein kann als in anderen Ländern.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP – Abg. Winfried Kretschmann GRÜNE: Bei der nächsten Wahl heißt es dann: „Wähle CDU, dann wirst du alt“!)

Ich gebe Ihnen einmal ein ganz einfaches Beispiel, das auch Sie verstehen: Nehmen Sie einmal die Einführung der Stroke-Units, der Schlaganfallstationen in den Krankenhäusern in Baden-Württemberg. Dies ist doch ein sehr deutliches Beispiel, wie man zur Gesundheit der Bevölkerung beitragen kann, wie man Menschen das Leben retten kann, die einen Schlaganfall gehabt haben.

(Abg. Reinhold Gall SPD: Das ist wahr!)

Hätten wir diese Einrichtungen nicht, dann müssten wir viel mehr Tote beklagen. Das sind oft auch Menschen, die noch vollständig im Arbeitsprozess standen, und jeder einzelne Mensch fehlt nachher der Familie und kann seine Leistung innerhalb der Gesellschaft nicht mehr erbringen.

Das hier theoretisch vorzutragen ist immer einfach, aber Politik macht sich am Ende am Konkreten fest.

(Abg. Marianne Wonnay SPD: Genau! Darauf warten wir noch! – Abg. Ursula Haußmann SPD: Nichts Konkretes! – Unruhe)

Das war jetzt ein ganz konkretes Beispiel. Meine Damen und Herren, wir müssen noch vieles weiterentwickeln – das habe ich vorhin schon einmal gesagt –, und wir müssen die Selbstständigkeit, die Teilhabe an der Gesellschaft zu unserem politischen Programm machen, wie wir es auch bisher getan haben.

Lassen Sie mich abschließend noch auf einen Autor hinweisen, den Sie vielleicht kennen: Uwe-Karsten Heye. Lesen Sie sein Buch „Gewonnene Jahre“, und Sie werden erkennen: Er könnte eigentlich der Regierungssprecher des Landes Baden-Württemberg sein.

(Zuruf der Abg. Marianne Wonnay SPD)

(Werner Raab)

Das, was er als Entwicklung der Zukunft auf dem politischen Feld vorträgt, ist genau das, was er hier in unserem Land sieht und beschrieben hat. Es ist ihm nicht zu widersprechen. Nachdem er der Chefredakteur des „vorwärts“ ist, glaube ich, dass Sie sein Buch ohne Not lesen könnten. Dann würden Sie darin vieles erkennen, was in Baden-Württemberg schon Thema ist.

Eines noch ganz zum Schluss, meine Damen und Herren: Das Statistische Landesamt hat leider noch nicht die Lebenserwartung der Mitglieder des Landtags von Baden-Württemberg prognostiziert.

(Abg. Reinhold Gall SPD: Das sieht man an den Pensionslasten!)

Das hängt sicherlich damit zusammen, dass Prognosen schwierig sind, insbesondere dann, wenn sie die Zukunft betreffen.

Danke schön.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/DVP)

**Präsident Peter Straub:** Das Wort erteile ich Frau Abg. Altpeter.

**Abg. Katrin Altpeter** SPD: Herr Präsident, liebe Kolleginnen, liebe Kollegen, meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich greife gern einen der letzten Sätze meines Vorredners auf, nämlich den Satz: Politik macht sich am Konkreten fest.

(Zuruf von der SPD: Genau!)

Wenn ich heute Morgen nur etwas Konkretes gehört hätte, dann würde ich Ihnen gern glauben.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der Grünen)

Wir haben gehört, dass die Menschen in unserem Land besonders alt werden, dass die Sonne besonders oft scheint und dass der Wein in Baden-Württemberg – das kann ich, da ich aus dem Remstal komme, bestätigen – besonders gut ist.

(Zuruf des Abg. Karl Zimmermann CDU)

Weiter haben wir gehört, dass so weit alles in Ordnung sei – man mag es dem Wein oder der Sonne verdanken –

(Zuruf des Abg. Ingo Rust SPD)

und dass es eine Studie zu Fixierungen geben solle. Das waren die wesentlichen Inhalte der bisherigen Debatte. Ich muss sagen: Wenn Sie eine Debatte mit dem Titel „Steigende Lebenserwartung in Baden-Württemberg – Chance für Generationen“ anberaumen, dann hätte ich schon erwartet, dass es in der Tat auch etwas Konkretes zu hören gibt.

(Beifall bei der SPD)

Ich hätte konkrete Ausführungen darüber erwartet, wie Sie den demografischen Wandel im Land gestalten wollen, wie Sie mit den Herausforderungen, aber auch mit den Chancen, die mit ihm einhergehen, umgehen wollen.

Ich habe heute Morgen gehört, dass die Menschen am liebsten zu Hause alt werden wollen. Das wollen wir alle. Wenn

man uns fragt, wie wir alt werden wollen, dann sagen wir: Am besten zu Hause bleiben bis zum Schluss und dann aufs Sofa legen und sterben.

Nun ist dies aber nicht allen älteren Menschen vergönnt. Wir wissen, dass mit der Hochaltrigkeit auch das Risiko der Pflegebedürftigkeit steigt. Dazu habe ich heute nichts gehört: keine Aussage darüber, wie hier im Land damit umgegangen werden soll, dass die älteren Menschen in der Tat zu Hause bleiben wollen, aber Hilfe brauchen, Unterstützung brauchen, Beratung brauchen und hierfür ein entsprechendes Angebot brauchen.

(Beifall bei der SPD und der Abg. Brigitte Lösch GRÜNE – Abg. Werner Raab CDU: Wir haben das!  
– Abg. Claus Schmiedel SPD: Null Komma null! –  
Abg. Hagen Kluck FDP/DVP: Wo leben Sie denn?)

Das Einzige, was Baden-Württemberg nach der Verabschiedung des Pflege-Weiterentwicklungsgesetzes, das in der Tat ein Bundesgesetz ist, getan hat, war die Schaffung von 50 auf ein Mindestmaß reduzierten Pflegestützpunkten im Land. Das bedeutet einen Pflegestützpunkt pro Landkreis,

(Abg. Werner Raab CDU: Das stimmt doch nicht!)

das heißt – ich sage es nur für einen Landkreis, für den Rems-Murr-Kreis – ein Beratungsangebot für 417 000 Einwohner. Wäre es bei der ursprünglichen Planung geblieben, die Sie im Land und im Bund maßgeblich blockiert haben, dann wären allein im Rems-Murr-Kreis 20 Beratungsangebote vorhanden, und in anderen Landkreisen sähe es ähnlich aus.

(Abg. Werner Raab CDU: Das ist keine staatliche Aufgabe!)

Dann hätten wir die Chance gehabt, die Menschen zu erreichen.

(Abg. Hagen Kluck FDP/DVP: Staatskommissarin für alles! – Gegenruf: Jetzt hören Sie doch einmal zu!  
– Unruhe)

– Mit Staatskommissarin hat das herzlich wenig zu tun. Aber es hat mit einer Frage zu tun, die heute von Ihrer Fraktion, aber auch von den anderen des Öfteren genannt wurde, nämlich mit der Frage, wie man in unserem Land in Würde alt wird.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der Grünen)

Ich möchte noch einen weiteren Punkt ansprechen. Wenn wir schon eine so hohe Lebenserwartung mit dem Risiko der Pflegebedürftigkeit am Schluss haben, dann müssen wir auch der Tatsache ins Auge sehen, dass manches nicht mehr zu Hause geht, dass man früher oder später doch in ein Pflegeheim einziehen muss.

(Abg. Werner Raab CDU: Das ist doch auch nichts Neues!)

Die Zahl derer, die in ein Pflegeheim einziehen werden, wird ansteigen. Das wissen wir. Das wurde heute auch nicht genannt. Gleichzeitig lassen Sie im nächsten Jahr die Investitionskostenförderung für Pflegeheime auslaufen. Das wird da-

(Katrin Altpeter)

zu führen, dass es zum einen für die zukünftigen Bewohnerinnen und Bewohner teurer wird,

(Abg. Werner Raab CDU: Das ist überhaupt nicht gesagt!)

ebenso wie für die von Dr. Noll benannte Sandwichgeneration, die für ihre Eltern aufkommt. Zum anderen haben Sie jede Gestaltungsmöglichkeit der Pflege im Land aufgegeben und wollen alles dem Markt überlassen. Das nennen Sie dann „in Würde altern“.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD – Abg. Werner Raab CDU: Das eine widerspricht dem anderen überhaupt nicht! Was soll denn das?)

Gleiches gilt für ein Thema, das uns allen sehr wichtig ist – darüber wurde zumindest in den letzten Plenartagen diskutiert, und es wurde auch so formuliert –, nämlich die zunehmende Demenz älterer Menschen. Auch hier kann ich nichts bis sehr wenig erkennen. Bei der letzten Runde im Plenum haben sich die Sprecher aller Fraktionen dafür ausgesprochen, dass die Landesregierung im Hinblick auf die Demenz mehr tut, dass ein „Zehn-Punkte-Aktionsprogramm Demenz“ in Kraft treten soll. Das wurde von der Landesregierung abgelehnt. Jetzt sagen Sie mir, was es bedeuten soll, wenn wir einerseits eine Demografiebeauftragte haben, die schön die Zahlen herunterbeten kann, gleichzeitig aber an konkreter Politik – da gebe ich Ihnen recht, Herr Raab: Politik macht sich am Konkreten fest – nichts, aber auch gar nichts geschieht.

(Beifall bei der SPD – Abg. Dr. Dietrich Birk CDU: Sie kennen ja nicht einmal die Zahlen!)

Ich würde uns allen wünschen – auch im Sinne der Chancen für die Generationen in diesem Land –, dass Sie sich, bevor Sie noch einmal eine solche Debatte beantragen, wirklich überlegen, was Sie an Konkretem in der Tasche haben.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der Grünen)

**Präsident Peter Straub:** Das Wort erteile ich Frau Abg. Mielich.

**Abg. Bärbl Mielich** GRÜNE: Sehr geehrter Herr Präsident, verehrte Kolleginnen und Kollegen! Frau Staatsrätin, mein Einstieg in der ersten Runde war ironisch.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Hätten Sie es doch gleich gesagt! – Zuruf des Abg. Winfried Kretschmann GRÜNE)

Ich muss sagen, dass ich einigermaßen entsetzt bin – es ist offensichtlich nicht verstanden worden –, dass Sie meinen Einstieg als bare Münze nehmen, dass hier alles prima und wunderbar sei.

(Abg. Dr. Stefan Scheffold CDU: Das ist es doch!)

Das ist doch eine so leichte Bewertung, die mit der Realität nicht besonders viel zu tun hat.

(Zuruf des Abg. Werner Raab CDU)

Ihr Beitrag, den Sie eben geleistet haben, hat noch einmal deutlich gemacht: Sie sehen eigentlich überhaupt keinen Hand-

lungsbedarf. Für Sie ist alles ganz prima und wunderbar. Wir alle könnten eigentlich schon wieder nach Hause gehen.

(Abg. Dr. Dietrich Birk CDU: Dann machen Sie doch einfach Platz!)

Das hört sich so an, als ob wir in einer Wohlfühlveranstaltung wären

(Abg. Brigitte Lösch GRÜNE: Wellnessseminar!)

und nicht im Landtag von Baden-Württemberg sitzen und darüber diskutieren und darum ringen, welche politische Aktionen wir durchführen müssen, damit unser Leben hier wirklich verbessert wird.

(Beifall bei den Grünen)

Auf der einen Seite sagen Sie, dass die Menschen in Baden-Württemberg immer älter werden. Das ist wahrlich nicht das Verdienst der CDU in der Landesregierung.

(Zuruf des Abg. Werner Raab CDU)

Sie verschweigen aber, dass nirgendwo sonst in der Republik so wenige Kinder geboren werden wie in Baden-Württemberg. Es sind nämlich nur 1,3 Kinder pro Frau. Das ist schon seit 30 Jahren so.

(Abg. Dr. Ulrich Noll FDP/DVP: 1,37! – Abg. Thomas Blenke CDU: Woher haben Sie diese Zahl?)

– Ja.

(Abg. Werner Raab CDU: Was sind die wahren Gründe? – Zuruf der Abg. Brigitte Lösch GRÜNE)

– Genau, Herr Raab. Da lautet die Frage: Was sind die wahren Gründe? Offensichtlich ist Baden-Württemberg für die Menschen im Alter durchaus lebenswert. Aber das Leben mit Kindern ist in Baden-Württemberg in keinsten Weise lebenswert.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD – Oh-Rufe von der CDU – Zuruf des Abg. Werner Raab CDU – Abg. Klaus Herrmann CDU: Warum ziehen dann so viele hierher?)

Da muss deutlich nachgebessert werden. Es gibt sehr gute Vorschläge dafür, dass wir ein „Kinderland“ werden, das diesen Namen und dieses Etikett auch verdient. Davon sind wir noch weit entfernt.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD)

Frau Staatsrätin Hübner, Sie haben vorhin gesagt, dass Sie jetzt eine Studie in Auftrag geben, die die Fixierung in der Pflege untersuchen soll. Dies wollen Sie gemeinsam mit Bayern machen. Da kann ich nur sagen: Schönen guten Morgen! Die Fraktion GRÜNE hat bereits im Jahr 2006 eine Große Anfrage zu diesem Thema eingebracht. Damals hat die Landesregierung null Handlungsbedarf gesehen und gesagt: Es gibt in Baden-Württemberg keine Fixierung in der Pflege. Dass Sie jetzt nach drei Jahren auf die Idee kommen, eine solche Studie auf den Weg zu bringen,

(Zuruf der Abg. Brigitte Lösch GRÜNE)

(Bärbl Mielich)

zeigt, dass Sie nach all den Jahren zumindest bereit sind, einmal darüber nachzudenken. Das ist schon einmal etwas.

(Unruhe)

Auf eines möchte ich noch einen Schwerpunkt legen. Wir sehen, dass die Sozialräume, in denen die Menschen leben, die Kommunen sind. Das heißt, dort haben wir einen deutlichen Handlungsbedarf. Die Kommunen müssen so gut ausgestattet werden, dass sie dieser Aufgabe tatsächlich auch gewachsen sind. Das passiert mit diesem Steuererleichterungsgesetz, das Sie im Bund verabschiedet haben, gerade nicht.

(Abg. Beate Fauser FDP/DVP: Doch!)

Herr Dr. Noll, wenn Sie sagen, dass Familien entlastet werden, dann ist das nur die halbe Wahrheit. Auf der anderen Seite werden nämlich die Kommunen gezwungen

(Abg. Dr. Ulrich Noll FDP/DVP: Das Glas ist halb voll!)

– nein –, die Gebühren zu erhöhen, weil sie deutlich weniger Geld bekommen. Das machen alle Kommunen landauf, landab. Überall heißt es: Die Kindergartenbeiträge werden erhöht. Die Gebühren für den öffentlichen Nahverkehr werden erhöht, weil die Kommunen nicht mehr in der Lage sind, diese zusätzlichen Kosten zu stemmen.

(Abg. Karl Zimmermann CDU: Die wollen Sie ja total abschaffen!)

Das heißt: linke Tasche, rechte Tasche. Dies bedeutet letztlich, dass es für die Familien überhaupt keine Verbesserungen gibt.

(Abg. Dr. Ulrich Noll FDP/DVP: Jetzt aber!)

Aber für das Leben in der Kommune wird es deutlich schwieriger, weil der Handlungsspielraum enger wird. Genau da ist aber das Geld gefragt, wenn es darum geht, Sozialräume zu schaffen. Die Kommunen sollen dafür sorgen, dass das Leben lebendig bleibt. Wie wollen Sie denn erreichen, dass Leute auf dem Land überhaupt noch leben können?

(Abg. Hagen Kluck FDP/DVP: Was?)

Sie müssen erreichen, dass die Infrastruktur gefördert wird.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Wir haben ein tolles Vereinsleben! Gehen Sie doch einmal aufs Land!  
– Gegenruf des Abg. Alfred Winkler SPD: Die Schützenvereine pflegen nicht!)

– Das Vereinsleben allein schafft auch keine Einkaufsmöglichkeiten und keine medizinische Versorgung.

Sie brauchen Strukturen, die geschaffen werden müssen. Sie brauchen Rahmenbedingungen, die das Land schafft, und einen Handlungsspielraum, den die Kommunen schaffen. Das alles würden die Kommunen gern machen, wenn sie entsprechend ausgestattet wären.

(Abg. Hagen Kluck FDP/DVP: Der Staat ist keine Handelsorganisation! – Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Sie sollten einmal in die Sommerfrische gehen, damit Sie einmal das Landleben kennenlernen!  
– Weitere Zurufe)

Ich nehme das Beispiel öffentlicher Nahverkehr. Menschen, die älter werden, sind zunehmend darauf angewiesen, dass es einen gut ausgebauten öffentlichen Nahverkehr gibt.

(Abg. Friedlinde Gurr-Hirsch CDU: Die fahren alle Mercedes!)

Ansonsten könnten sie sich nicht mehr bewegen. – Irgendwann werden sie auch nicht mehr Auto fahren können.

(Abg. Rainer Stickelberger SPD: Nicht jeder hat einen Porsche!)

Es geht darum, den öffentlichen Nahverkehr deutlich besser auszubauen. Dazu braucht man aber Geld.

Dasselbe gilt, wenn es um die Gesundheitsversorgung geht. Wir brauchen eine Gesundheitsversorgung im ländlichen Raum. Da muss das Land die Rahmenbedingungen setzen. Das tut es viel zu wenig.

Die Kollegin Altpeter hat das Thema Pflege angesprochen. Wir brauchen ein Landesheimgesetz, das den Bedürfnissen der Menschen, möglichst zu Hause alt zu werden und dann auch wohnortnah betreut zu werden, Rechnung trägt. Das tut das derzeitige Landesheimgesetz nicht.

(Abg. Karl Zimmermann CDU: Doch! Wo leben Sie eigentlich? Wo leben Sie, Frau Mielich? – Gegenruf der Abg. Brigitte Lösch GRÜNE: In Baden! – Abg. Karl Zimmermann CDU: Ich lade Sie einmal nach Kirchheim ein! Kommen Sie einmal hin!)

Das haben wir damals, als es verabschiedet worden ist, angelehnt. Das ist ein deutliches Manko, das in Zukunft beseitigt werden muss.

Ich sage zum Abschluss: Der Titel der heutigen Debatte „Chance für Generationen“ hätte eigentlich lauten müssen: „Herausforderungen für die Generationen“. Wir haben eine Menge an Herausforderungen zu bewältigen. Packen wir sie an.

Schönen Dank.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD)

**Präsident Peter Straub:** Das Wort erteile ich Herrn Abg. Dr. Noll.

**Abg. Dr. Ulrich Noll FDP/DVP:** Herr Präsident, verehrte Kolleginnen und Kollegen! Man kann bei diesem Thema natürlich über alles Mögliche reden. Wir sollten uns zunächst einmal auf die Kernkompetenzen

(Abg. Karl Zimmermann CDU: So ist es!)

des Landes und der Kommunen beschränken.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU – Zurufe von der SPD: Genau! – Abg. Claus Schmiedel SPD: Wieso klatschen die da? Die haben das überhaupt nicht kapiert! – Gegenruf der Abg. Ursula Haußmann SPD: Die klatschen bei allem!)

(Dr. Ulrich Noll)

Damit komme ich zu dem wichtigsten Thema, dem Thema Bildung. Bildung ist natürlich nicht nur ein Thema für Kinder und Jugendliche, sondern das ist ein lebensbegleitendes Thema – Bildung natürlich im umfassenden Sinne verstanden. Damit komme ich zu den Kommunen, zu der Betreuung im vorschulischen Alter.

Weil das Thema Demenz angesprochen worden ist: Die Wissenschaft sagt uns: Die beste Prävention gegen Demenz oder für das zeitliche Hinausschieben von Demenz ist Bewegung, und zwar Bewegung rein körperlich, aber auch geistige Beweglichkeit.

(Abg. Helmut Walter Rüeck CDU: Und täglich zwei Äpfel!)

Dafür werden schon in der Kindheit die Grundlagen gelegt. Denn nirgends gilt so sehr wie im Lebensstil: Was Hänschen nicht lernt, lernt Hans nimmermehr.

Wir sind da auf dem richtigen Weg mit all den Konzepten innerhalb des Orientierungsplans, mit dem Projekt „Bewegte Schule“, dass wir diese ganzheitliche Bildung stärker in den Blick nehmen, bei der sich dann übrigens auch die Generation der Älteren im Sinne von Jugendbegleitung, im Sinne von Wahl-Großeltern und all dieser Modelle, die es gibt, aktiv einbringen kann.

Zweiter Punkt ist das Thema „Freiwilliges bürgerschaftliches Engagement“. Da wünsche ich mir schon sehr, dass wir uns über das hinaus, was der Bund richtigerweise gemacht hat – nämlich ein Programm „Freiwilligendienst der Generationen“ –, gerade mit Blick auf die Frage, wie es mit dem Zivildienst weitergeht, und auf ähnliche Themen, hier im Land überlegen: Wie können wir stärker auch für Ältere ähnliche Modelle wie das freiwillige soziale Jahr anbieten?

(Abg. Marianne Wonnay SPD: Dann macht doch einmal! – Abg. Ursula Haußmann SPD: Dann macht doch endlich einmal etwas! Nur schwätzen reicht nicht!)

Lassen Sie mich zum Schluss kommen. Es gibt viele originäre Landesthemen. Deswegen würde ich den Vorschlag von Frau Staatsrätin Hübner aufgreifen und dem designierten Ministerpräsidenten anraten, wenn nicht jetzt, dann spätestens im Jahr 2011 ein Demografieministerium zu schaffen.

(Widerspruch)

– Ja, so hat sie es geschrieben.

(Abg. Helmut Walter Rüeck CDU: Ihr wollt doch immer weniger Ministerien!)

Aber das soll kein neues sein. Wir haben das Sozialministerium. Das ist für die Vereinbarkeit von Familie und Beruf und für die Themen, die für die Älteren wichtig sind, zuständig. Auch das Freiwilligenengagement ist mit dabei. Wir haben also genug Zukunftsmusik, mit der wir Chancen einer steigenden Lebenserwartung hier in Baden-Württemberg in unseren Kernkompetenzen wirklich befördern können.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP/DVP – Abg. Hagen Kluck FDP/DVP: Jawohl! – Abg. Ursula Haußmann SPD: Oje!)

**Präsident Peter Straub:** Das Wort erhält Frau Staatsrätin Professor Dr. Hübner.

**Staatsrätin für demographischen Wandel und für Senioren Dr. Claudia Hübner:** Meine Damen und Herren, jetzt nehme ich noch einmal das Wort, um ein paar Dinge klarzustellen.

Das Erste, verehrte Frau Mielich, ist: Mein Titel lautet nicht Staatsministerin – danke für die Beförderung –, sondern Staatsrätin. Das ist ein kleiner Unterricht über die Landesverfassung von Baden-Württemberg.

(Zuruf des Abg. Rainer Stickelberger SPD – Abg. Stefan Mappus CDU: Die Grünen haben sich noch nie für Verfassung interessiert!)

Zweitens: Zu dem Thema – weil das jetzt noch einmal Gegenstand war – und auch zu der Presseberichterstattung von heute: Ich bin der Überzeugung, dass die ressortübergreifende politische Verortung der Demografie, die wir im Land haben, die einzig richtige ist. Das zeigt sich übrigens auch daran, dass der Bund unserem Vorbild folgt.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU – Abg. Karl Zimmermann CDU: Sehr gut!)

Es gibt aber Länder, die rot regiert sind, z. B. Rheinland-Pfalz.

(Abg. Helmut Walter Rüeck CDU: Nicht mehr lange!)

Dort waren noch vor ungefähr einem halben Jahr auf der Homepage der Staatskanzlei demografische Zahlen angegeben. Sie endeten im Jahr 2005; sie waren „hochaktuell“. Heute ist dort gar nichts mehr zu finden.

(Abg. Hagen Kluck FDP/DVP: Aha! – Zuruf des Abg. Reinhold Gall SPD – Abg. Claus Schmiedel SPD: Was haben Sie denn auf der Homepage von Rheinland-Pfalz zu suchen? – Abg. Ursula Haußmann SPD: Wir leben aber in Baden-Württemberg! – Zuruf des Abg. Winfried Kretschmann GRÜNE)

Ich rate dazu, dass Länder, die im Bereich der Demografie noch nichts machen, vielleicht, wie es in Nordrhein-Westfalen der Fall ist, zumindest mit einem Sozialministerium beginnen, das im Titel auch die Begriffe „Demografie“ und „Generationen“ enthält.

(Abg. Dr. Ulrich Noll FDP/DVP: Richtig!)

Jetzt zu dieser Klagearie, Frau Altpeter, die wir von Ihnen schon kennen.

(Abg. Ursula Haußmann SPD: Es ändert sich ja nichts bei Ihnen!)

Wenn Sie es konkret haben wollen: Erstens: Die Bundesratsinitiative für das Pflege-Weiterentwicklungsgesetz ging vom Land Baden-Württemberg aus. Weil Sie das Thema Demenz erwähnt haben: Die Aufnahme der Demenzerkrankungen in den Leistungskatalog ist von uns ausgegangen.

(Abg. Helmut Walter Rüeck CDU: Das hat sie nur vergessen!)

(Staatsrätin Dr. Claudia Hübner)

Zweitens: Herr Noll, ich bin Ihnen dankbar dafür, dass Sie gesagt haben: Wir wollen uns auf das beschränken, wofür hier in Baden-Württemberg Kommunen und Land die Verantwortung tragen.

Um die kommunale Selbstverwaltung zu stärken, habe ich diesen Demografie-Spiegel entwickelt.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und der FDP/DVP – Abg. Dr. Ulrich Noll FDP/DVP: Sehr gut!)

Liebe Frau Altpeter, als wir das letzte Mal in diesem Haus darüber diskutiert haben, haben Sie dazu gesagt: „Das interessiert doch kein Schwein.“ Dieser Demografie-Spiegel wird alle drei Minuten angeklickt. Er ist eine Erfolgsgeschichte und bundesweit einmalig.

(Abg. Claus Schmiedel SPD: Alle drei Minuten! Soll das viel sein? – Zuruf der Abg. Ursula Haußmann SPD)

Konkret möchte ich Ihnen mitteilen: Ich möchte einmal wissen, warum es rote und rot-rote Landesregierungen gibt, die unter der Hand bei uns anrufen, um zu fragen: Wie geht ihr mit Demografie um?

(Abg. Brigitte Lösch GRÜNE: Das liegt an der Staatsrätin! – Abg. Dr. Ulrich Noll FDP/DVP: Hier hat die Demografie eine Telefonnummer!)

Es hängt natürlich damit zusammen, dass wir das Thema sehr früh erkannt haben und angegangen sind.

Konkret stellt sich die Frage: Wie weit müssen wir unseren Vorsprung vor den roten Landesregierungen noch ausbauen, damit sie verstehen, worum es geht?

Danke schön.

(Beifall bei der CDU – Abg. Ursula Haußmann SPD: Oje!)

**Präsident Peter Straub:** Meine Damen und Herren, es liegen keine weiteren Wortmeldungen vor. Die Aktuelle Debatte unter Tagesordnungspunkt 1 ist damit erledigt.

Meine Damen und Herren, unter den Zuhörern auf der Tribüne gilt mein besonderer Gruß einer Delegation aus dem Kanton Schaffhausen. Ich begrüße die Mitglieder des Ratsbüros des Kantonsrats Schaffhausen mit seinem Kantonsratspräsidenten Markus Müller an der Spitze. Die Damen und Herren werden heute und morgen Gäste des Landtags von Baden-Württemberg sein. Seien Sie uns herzlich willkommen!

(Beifall bei allen Fraktionen)

Die Delegation wird begleitet vom amtierenden Generalkonsul, Herrn Jost, vom Schweizerischen Generalkonsulat, den ich ebenfalls herzlich willkommen heiße.

(Vereinzelt Beifall)

Zwischen dem Kanton Schaffhausen und dem Land Baden-Württemberg bestehen seit vielen Jahren freundschaftliche und enge Beziehungen. Darüber hinaus findet eine Zusammenarbeit im Rahmen der „Parlamentarierkonferenz Bodensee“ statt, in der alle Anrainerstaaten vertreten sind.

Lieber Kantonsratspräsident Müller, wertige Gäste, ich wünsche Ihnen einen angenehmen Aufenthalt bei uns im Landtag und interessante Eindrücke während Ihres Besuchs in unserem Land.

(Beifall bei Abgeordneten aller Fraktionen)

Ich rufe **Punkt 2** der Tagesordnung auf:

**a) Aktuelle Debatte – Kulturelle Vielfalt – universelle Werte. Wege einer rationalen Integrationspolitik – beantragt von der Fraktion der FDP/DVP**

**b) Antrag der Fraktion der SPD und Stellungnahme des Justizministeriums – Die Integrationspolitik der Landesregierung – Drucksache 14/5443**

Es gelten die üblichen Redezeiten: fünf Minuten für die einleitenden Erklärungen der Fraktionen und fünf Minuten für die Redner in der zweiten Runde.

Das Wort erteile ich Herrn Abg. Kluck.

**Abg. Hagen Kluck** FDP/DVP: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ein Blick in Landesverfassung und Grundgesetz empfiehlt sich immer.

(Abg. Peter Hofelich SPD: Ja!)

Sie kennen Artikel 4 der Landesverfassung, in dem es heißt:

*Die Kirchen und die anerkannten Religions- und Weltanschauungsgemeinschaften entfalten sich in der Erfüllung ihrer religiösen Aufgaben frei von staatlichen Eingriffen.*

Sie kennen auch Artikel 4 des Grundgesetzes, in dem es heißt:

*Die Freiheit des Glaubens, des Gewissens und die Freiheit des religiösen und weltanschaulichen Bekenntnisses sind unverletzlich.*

Bei uns wäre also ein grundsätzliches Minarettverbot nicht möglich. Also könnten wir uns eigentlich bequem zurücklehnen. Das sollten wir aber wegen des Echos, das auf die Volksabstimmung in unserem südwestlichen Nachbarland erfolgt ist, nicht tun.

(Beifall des Abg. Dieter Kleinmann FDP/DVP – Abg. Dieter Kleinmann FDP/DVP: Sehr richtig!)

Deswegen ist es wichtig, dass nicht nur hier und da, sondern vor allem auch im Parlament darüber diskutiert wird. Deshalb haben wir diese Aktuelle Debatte beantragt. Wir wollten damit nicht dem SPD-Antrag zur Integration die Show stehlen oder ihm zuvorkommen, denn wir begrüßen auch diesen Antrag. Es ist immer wichtig, wenn sich das Parlament mit der wichtigen Querschnittsaufgabe Integration befasst.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP/DVP und der CDU sowie des Abg. Rainer Stickelberger SPD)

Sie, meine Damen und Herren, wissen, dass liberale Integrationspolitik bedeutet, den Zuwanderern gleiche Bildungs- und Berufschancen zu geben und sie möglichst umfassend am gesellschaftlichen Leben zu beteiligen. Voraussetzung für ein

(Hagen Kluck)

gutes Zusammenleben ist die gegenseitige Anerkennung der kulturellen und religiösen Identität und die uneingeschränkte Akzeptanz unserer Rechts- und Werteordnung. Insofern ist Integration keine Einbahnstraße, sondern sie muss von beiden Seiten intensiv betrieben werden.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP/DVP und der CDU)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, die bei uns lebenden Muslime haben sich mittlerweile viele Gotteshäuser und Gebetsräume geschaffen, und zwar solche mit und ohne Minarett. In Deutschland gibt es rund 200 Moscheen mit Minaretten, und ungefähr weitere 100 sind in der Planung oder im Bau. Ob die Moschee mit einem solchen Symbol versehen wird oder nicht, ist oft auch eine Frage der Einfügung in die Umgebung oder des Baurechts.

Minarette sind religiöse Symbole. Ich möchte hier klarstellen: Sie sind keine Raketen, die gegen unsere von der jüdisch-christlichen Tradition geprägte Gesellschaft gerichtet sind. Das müssen wir immer wieder klarmachen. Denn wir dürfen den Bau von Minaretten nicht dramatisieren. Ich möchte Ihnen zurufen: Lassen wir doch bitte die Moschee im Dorf.

(Beifall des Abg. Dieter Kleinmann FDP/DVP – Abg. Reinhold Gall SPD: Die steht aber meist in einem Industriegebiet!)

Der Islam ist mittlerweile die drittgrößte Religion in Deutschland. In Baden-Württemberg leben etwa 600 000 Muslime. Nur ein ganz kleiner Teil von ihnen missbraucht die Religion für extremistische Zwecke. Aber wir wissen: Auch in christlichen Glaubensgemeinschaften gibt es Piusbrüder und andere, die vielleicht noch von Kreuzzügen träumen.

(Beifall bei Abgeordneten aller Fraktionen)

Die meisten Muslime fühlen sich in unserer kulturell, ethnisch und religiös vielfältigen Gesellschaft sehr wohl. Das teilen sie mit den Christen, den Buddhisten, den Hinduisten und den Atheisten. Die Prophezeiung einer baldigen Islamisierung Deutschlands können wir getrost ins Reich der Fantasie verweisen.

Dennoch müssen wir zugeben, dass Ängste vorhanden sind. Diese lassen sich nicht durch staatliche Dekrete, sondern nur durch Dialog und gegenseitiges Verständnis beseitigen.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP/DVP und des Abg. Christoph Palm CDU)

Auch klarere Strukturen in den muslimischen Religionsgemeinschaften könnten dazu beitragen, dass man dort die richtigen Ansprechpartner für die Politik findet. Wir wünschen uns eigentlich eine demokratisch zustande kommende repräsentative Institution, die alle auf dem Boden des Grundgesetzes stehenden muslimischen Religionsgemeinschaften vertritt. Wichtig ist das auch für unseren Religionsunterricht. Denn wir Liberalen wollen – das möchte ich hier noch einmal bekräftigen – an unseren Schulen einen islamischen Religionsunterricht in deutscher Sprache. Wir müssen dort mehr Energie hineinpacken, damit wir damit vorankommen.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP/DVP)

Wir wollen, dass den Kindern nicht in irgendwelchen Hinterzimmern eine merkwürdige Version des Korans oder des Islams eingebläut wird, sondern wir wollen, dass das von ausgebildeten Fachkräften vermittelt wird.

(Beifall bei der FDP/DVP – Abg. Dieter Kleinmann FDP/DVP: Sehr gut!)

Meine Damen und Herren, weil Minarette teilweise als Bedrohung empfunden werden, müssen wir uns permanent um Integration bemühen. Wir wollen das friedliche Zusammenleben aller Menschen, egal, welcher Religion sie angehören. Die Grundlagen dafür sind die Beachtung der Rechte anderer, Dialog, Toleranz und gegenseitiges Verständnis.

(Beifall bei der FDP/DVP und des Abg. Reinhold Gall SPD)

**Präsident Peter Straub:** Ich erteile jetzt Herrn Abg. Sakellariou das Wort.

**Abg. Nikolaos Sakellariou SPD:** Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Herr Kluck, in Sachen Religionsfreiheit haben Sie alles Notwendige gesagt. Ich will zu Beginn ein Wort von Frau Staatsrätin Dr. Hübner aufgreifen und umformulieren. Die Aussage der Frau Staatsrätin aufgreifend formuliere ich: „Wie wir mit Menschen mit Migrationshintergrund umgehen, das ist der Lackmusest für die Zukunftsfähigkeit unserer Gesellschaft.“ Genau darum geht es heute. Ein Teil davon ist die Religionsfreiheit. Ich möchte gerade vor dem Hintergrund dessen – auch wenn jetzt eine Delegation aus der Schweiz hier ist – einmal sagen: Wir waren schon einmal weiter.

Ich möchte ein Bild der Stadt Zamość bringen, die im Jahr 1580 – heute ist sie Partnerstadt von Schwäbisch Hall – als ideale Stadt, als der Lebensraum der Zukunft aus damaliger Sicht auf der grünen Wiese geplant wurde. Dort waren von Anfang an für sämtliche Religionen und Religionsgemeinschaften ihre eigenen Tempel vorgesehen. Das war damals das Ziel, weil man genau wusste: Um zu wirtschaftlicher Blüte zu kommen, braucht man maximale Toleranz, und man braucht ein maximales Interesse der Menschen, in diese Stadt zu ziehen.

Friedrich der Große, den ich jetzt einmal zitieren möchte, hat 1740 einen Satz gesagt, der wunderbar zu dem heutigen Thema passt. Ich zitiere Friedrich den Großen:

*Alle Religionen sind gleich und gut, wenn die Leute, so sie professionieren, ehrlich Leute sind. Und wenn Türken und Heiden kämen und wollten das Land peuplieren, so wollen wir ihnen Moscheen und Kirchen bauen.*

Punktum. Das war der Alte Fritz.

(Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Das hat der im Fernsehen gesagt!)

– Natürlich nicht im Fernsehen.

Das ist jedenfalls der Stand, den wir wieder erreichen müssen. Wenn wir uns die heutigen Umfragen anschauen, lesen wir, dass 78 % der Bevölkerung Ängste haben, also weit hinter diese Zeit zurückgefallen sind. Dann ist die Politik gefor-

(Nikolaos Sakellariou)

dert, die Rahmenbedingungen zu schaffen, damit diese Haltung keine Mehrheit mehr bekommt.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der Grünen)

Wir müssen das aber auch im eigenen Interesse tun. Heute ist viel über Demografie gesprochen worden. Nur stichwortartig: Wir wissen, dass die Menschen in Deutschland ohne Migrationshintergrund einen Altersdurchschnitt von 44,2 Jahren und diejenigen mit Migrationshintergrund einen Altersdurchschnitt von 35,2 Jahren haben. Das sind neun Jahre Unterschied, die die Zukunftsfähigkeit unserer Gesellschaft sichern.

Schon heute haben mehr als die Hälfte der Beschäftigten im Krankenhauswesen in Baden-Württemberg einen Migrationshintergrund – mehr als 50 % der Beschäftigten! Das heißt, wenn wir zukunftsfähig sein wollen, müssen wir die roten Teppiche ausbreiten und müssen die Ersten sein, die die Menschen hierher holen, gerade auch vor dem Hintergrund der Globalisierung und der Klimaflüchtlinge, die wir zu erwarten haben.

Es wird damit gerechnet, dass wir allein in der Bundesrepublik Deutschland mittelfristig weitere sechs Millionen Menschen aufnehmen müssen, die aus Klimagründen ihre Heimat verlassen müssen und die hier ihre Aufnahme werden finden müssen.

Jetzt stellt sich die Frage: Tun wir in diesem Bereich genug? Jetzt kommen wir zu der Verantwortlichkeit der Landespolitik, zu den Baustellen der Integrationsarbeit.

25 % aller Menschen in Baden-Württemberg haben einen ausländischen Pass, sind zugewandert oder haben einen Migrationshintergrund. Bundesweit sind es 19 %. Das heißt, wir haben hier eine Vorreiterrolle. Wir haben bei den Menschen unter 30 Jahren sogar ein Drittel mit Migrationshintergrund bzw. mit ausländischem Pass – ein Drittel aller Menschen! Wir haben die besten Voraussetzungen, das Musterländle für Integration zu werden. Wir sind es aber nicht, und zwar aus mehreren Gründen:

Wir versagen uns die Unterstützung der doppelten Staatsangehörigkeit. Ich bin selbst als Grieche auf die Welt gekommen, bin in Griechenland geboren.

(Zuruf des Abg. Karl Zimmermann CDU)

– Ich bin assimiliert, würde ich einmal sagen. Warum? Weil man mir im Alter von zwölf Jahren die doppelte Staatsangehörigkeit angeboten hat. Damals unter Willy Brandt gab es das Angebot der Bundesregierung, allen Kindern von deutschen Müttern, unabhängig von der Staatsangehörigkeit dieser Kinder, dieses Recht zusätzlich zu geben. Ich weiß nicht, wie viel dieses Entgegenkommen dazu beigetragen hat, dass ich heute hier stehe und mich als assimiliert bezeichnen kann. Dieses Entgegenkommen des Staates hat wahrscheinlich dazu geführt, dass ich mich in diesem Umfang dazu bekannt habe.

(Abg. Karl Zimmermann CDU: Und Ihre ursprüngliche Staatsangehörigkeit haben Sie auch noch?)

– Die habe ich noch immer.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD – Abg. Reinhold Gall SPD: Wo ist das Problem, Herr Kollege Zimmermann? Was will Zimmermann damit sagen? – Unruhe)

Die doppelte Staatsangehörigkeit war überhaupt kein Problem, Herr Zimmermann. Das eine hat nichts mit dem anderen zu tun. Aber die Frage des Umgangs mit Menschen mit Migrationshintergrund ist die Frage des Angebots der doppelten Staatsangehörigkeit. Baue ich Hürden auf, oder mache ich es leicht?

(Abg. Karl Zimmermann CDU: Sie sind nur in diesem Parlament oder auch in Griechenland? – Gegenruf des Abg. Norbert Zeller SPD: Herr Zimmermann!)

Dies ist eine Frage der Abschiebepaxis. Erlaube ich weiterhin, dass Menschen, die hier integriert sind, Kinder und Jugendliche, die hier groß geworden sind, abgeschoben werden, und dies in einer Form, die nicht mehr schön ist? Erlaube ich, dass Familien, die hier geduldet werden, auch in den nächsten zwei Jahren wieder im Dreimonatsrhythmus gesagt bekommen können: „Ihr müsst wieder ausreisen“?

(Abg. Hagen Kluck FDP/DVP: Otto Schily!)

All diese Dinge spielen eine Rolle bei der Frage, ob sich Menschen hier wohlfühlen, wie sie integriert werden, wie sie hier aufgenommen werden. Diesbezüglich machen wir hier einiges falsch.

Auf die Bildung komme ich in der zweiten Runde zu sprechen. Dann werde ich mich vertieft mit ihr befassen.

(Beifall bei der SPD und der Abg. Brigitte Lösch GRÜNE)

**Präsident Peter Straub:** Ich erteile Herrn Abg. Palm das Wort.

**Abg. Christoph Palm** CDU: Sehr geehrter Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Gute Politik beginnt mit der Beachtung und Betrachtung der Realitäten, und die Lösung von Problemen beginnt mit deren Benennung. Was in anderem Zusammenhang lapidar klingen mag, muss bei einer Debatte zur Integrationspolitik ins Gedächtnis gerufen werden. Denn ich kenne kein Handlungsfeld der Politik, in dem es so viele Tabuzonen gibt. Wir werden dem Thema und den Menschen, die bei uns leben, und denen, die zu uns kommen, nur gerecht, wenn wir auf der politischen Ebene unaufgeregt und ohne ideologische Scheuklappen unseren Beitrag leisten.

Dazu gehört die Feststellung, dass Deutschland ein Einwanderungsland ist. In der Dekade von 1991 bis 2001 sind mehr Menschen nach Deutschland gekommen als in die klassischen Einwanderungsländer Kanada und Australien zusammen. Es gehört aber auch dazu, dass wir sagen: Der Zustrom hat in den letzten Jahren stark nachgelassen. Im Jahr 2005 ergab sich im Saldo gerade einmal die Zahl von 79 000 Menschen mit ausländischem Pass, die sich in Deutschland niedergelassen haben. Einwanderung und Integration haben eben viel mit wirtschaftlichem Aufschwung zu tun. In wirtschaftlich starken Jahren ist das Thema wesentlich unaufgeregt zu diskutieren als in wirtschaftlich angespannten Jahren.

(Christoph Palm)

Zu den Tatsachen gehört ferner, Herr Sakellariou, dass Deutschland und speziell Baden-Württemberg zu großen Integrationsleistungen fähig sind. Diese Erfolgsgeschichte begann nach dem letzten Weltkrieg, in ganz schwieriger Zeit, mit der Aufnahme von Millionen Heimatvertriebenen, zwar mit der gleichen Sprache, aber vielfach mit einer anderen Kultur, Religion oder Geschichte.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Genau!)

Noch heute hat nicht nur jeder vierte Baden-Württemberger einen ausländischen Pass, sondern ein weiteres Viertel der Baden-Württemberger sind Heimatvertriebene oder Abkömmlinge von Heimatvertriebenen.

Ich beziehe mich dabei auf Herrn Professor Bude von der Universität Kassel, der Baden-Württemberg unlängst bescheinigt hat, auch in den letzten vier Jahrzehnten eine gute Integrationspolitik mit vielen Gewinnern gemacht zu haben. Aber wo es Gewinner gibt, gibt es leider auch Verlierer, wenige Verlierer; um diese gilt es sich zu kümmern. Das machen wir.

Im Übrigen sind wir alle Gewinner, denn die Zuwanderung hat uns in vielfältiger Art und Weise und nicht nur auf dem Feld des kulturellen Lebens Bereicherung gebracht.

Gibt es Versäumnisse insoweit, als man möglicherweise speziell den damals so genannten Gastarbeitern keine stärkeren Integrationsmöglichkeiten gegeben hat? Möglicherweise ja. Darf das zu Schuldzuweisungen führen? Eindeutig nein, denn die Erwartungshaltungen auf beiden Seiten – bei denen, die gekommen sind, und bei denen, die bereits hier waren – waren bis in die Achtzigerjahre hinein noch völlig andere. Ich habe neulich mit dem italienischen Generalkonsul in Stuttgart Kontakt gehabt. Er hat in diesem Gespräch gesagt: „Viele Italiener haben noch heute den gepackten Koffer im Kopf.“ Das ist keine gute Voraussetzung für Integration, denn Integration ist Bring- und Holschuld zugleich.

(Abg. Dieter Kleinmann FDP/DVP: Sehr gut!)

Jeder sollte bei sich selbst beginnen.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und des Abg. Dieter Kleinmann FDP/DVP)

Auf diesem Weg sollten wir bleiben.

Fakt ist auch: Es gibt für Integration kein Patentrezept, weil die Gruppe der zu Integrierenden zu heterogen ist. Ich nehme als Beispiel einmal die Stadt, in der ich lebe: Fellbach hat 44 000 Einwohner, darunter ebenfalls etwa 25 % mit ausländischem Pass,

(Abg. Dieter Kleinmann FDP/DVP: Die trinken aber auch gern Trollinger!)

und diese kommen aus 115 Nationen. Sie sehen daran, dass man Integrationspolitik nicht fokussiert auf ein einziges Rezept bzw. eine ethnische oder nationale Gruppe machen kann.

Es gibt zwar kein Patentrezept, meine Damen und Herren, aber es gibt so etwas wie eine Schlüsselqualifikation zur Integration, und das ist eindeutig der Spracherwerb.

(Beifall bei der CDU – Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: So ist es!)

Hier tut die Landesregierung besonders viel, und zwar nicht nur durch die Sprachstandsdiagnose vor der Einschulung und die daran anknüpfenden Maßnahmen. Erst in der letzten Woche gab es einen Fachkongress mit 400 Teilnehmern zum Thema „Integration durch Bildung“. Minister Rau hat dabei ganz klar den Schwerpunkt der Bildungspolitik definiert und hat dies mit konkreten Handlungsempfehlungen verbunden.

(Abg. Ursula Haußmann SPD: Wenn's hilft!)

Dieses Vorgehen unterstützt die CDU-Fraktion besonders nachdrücklich.

Zum Thema „Strukturelle Integration“, Herr Kollege Sakellariou, das ebenfalls Gegenstand Ihres Antrags ist, haben Sie gerade nichts gesagt. Deshalb gehe ich jetzt auch nicht hierauf ein und hole dies vielleicht in der zweiten Runde nach, in der ich mich dann auch noch dem Schweizer Volksentscheid widmen möchte.

Herr Minister Professor Dr. Goll, die Stellungnahme zu dem Antrag der SPD zeigt, auf welchem gutem und richtigem Weg Sie sind. Mit der Unterstützung der CDU-Fraktion können Sie in diesem Punkt weiterhin rechnen.

Danke.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP – Abg. Ursula Haußmann SPD: „Lobet und danket“!)

**Präsident Peter Straub:** Das Wort erteile ich Herrn Abg. Wölfe.

**Abg. Werner Wölfe GRÜNE:** Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrte Damen und Herren! „Der Ton macht die Musik“, das sagt der Volksmund zu Recht. Ton und Haltung sind keine Nebensache, wenn es um Integration geht. Ein missglücktes Beispiel hat uns vor Kurzem Herr Sarrazin vorgeführt. Herr Kluck und Herr Palm, ich finde, Sie haben den Ton heute ausgezeichnet getroffen; vielen Dank. Eine Integrationsdebatte, die sachlich und ohne Aufregung geführt wird, tut diesem Haus gut.

Was ist die Überschrift dieser Aktuellen Debatte? „Kulturelle Vielfalt – universelle Werte. Wege einer rationalen Integrationspolitik“. Was sind universelle Werte? Das sind Freiheit, Gleichheit, Solidarität, Toleranz, Achtung vor der Natur, kurzum: die Achtung und Wahrung der Menschenrechte. Die Begriffe „Menschenrechte“ und „Universelle Rechte“ sind nahezu synonym, solange wir verstehen, dass Rechte nicht in einem Vakuum existieren. Diese Rechte müssen täglich verteidigt und gestärkt werden.

Wenn nun aber die Bundesregierung aus CDU/CSU und FDP aus Menschenrechten christliche Werte macht, wird diese Definition als Ausgrenzung der nicht christlichen Mitglieder unserer Gesellschaft verstanden; dadurch wird dies Teil einer irrationalen Integrationspolitik.

Beispiele irrationaler, sprich unvernünftiger Integrationspolitik liefern Bundes- wie auch Landesregierung leider noch immer in vielfältiger Weise.

Bleiben wir beim Thema „Verlängerung der Bleiberechtsregelung“: Statt rational und vernünftig zu entscheiden, nämlich eine dauerhafte Bleiberechtsregelung zu verabschieden,

(Werner Wölfle)

werden 30 000 ehemalige Flüchtlinge für weitere zwei Jahre in Unsicherheit gelassen. Das dient nicht der Integration.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD)

Bleiben wir bei Beispielen irrationaler Integrationspolitik. Gestern ist auf dem so geschätzten Landesflughafen Söllingen wieder ein sogenanntes Abschiebecharterflugzeug gestartet; bestimmt waren einige Roma aus dem Kosovo dabei. Alle Organisationen, die in Deutschland christliche Werte symbolisieren, fordern ein Abschiebeverbot für Roma aus dem Kosovo, weil diese dort keinen Schutz als ethnische Minderheit haben und staatliche Stellen als Schutz versagen.

Was sagt eigentlich der Integrationsbeauftragte des Landes dazu? –

(Abg. Brigitte Lösch GRÜNE: Der schweigt!)

Zitat Goll zur Abschiebung der Roma:

*Es ist ein Grundpfeiler auch der baden-württembergischen Integrations- und Ausländerpolitik, dass bei denjenigen Menschen, die kein Aufenthaltsrecht haben, der Aufenthalt beendet wird.*

Dazu gehört auch die Abschiebung. Eine Sonderregelung ist nicht vorgesehen. Eine eindeutige Auskunft.

Nur, wo bleiben diese universellen Werte? Gelten sie für diese Flüchtlinge nicht, Herr Goll? Aber wir wollen nicht undankbar sein. Sie haben sich immerhin geäußert.

(Heiterkeit bei Abgeordneten der SPD)

Ich möchte ein herzliches Grüezi an unsere Gäste richten und komme damit zum Thema „Minarettverbot in der Schweiz“.

(Zuruf des Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU)

– Grüezi wohl! Ich komme ja aus Konstanz; ich komme darauf noch.

Wenn rechtspopulistische Kräfte wie in der Schweiz mit dem Thema „Kampf dem Minarett“ ein Volksbegehren gewinnen, dann hat die Schweizer Gesellschaft ein Problem. Sie hat aber kein Problem mit der direkten Demokratie, wie da manche frohlockten; im Gegenteil. Solche Abstimmungen sind ein Fingerzeig auf Fehlentwicklungen, auf die mit Aufklärung zu reagieren ist. Das ist ein Problem, das es in unserer deutschen Gesellschaft ebenso gibt.

Ich zitiere Ihnen etwas von einem bekannten Filmemacher, nämlich von Fatih Akin, falls dieser Name Ihnen etwas sagt. Seine Eltern konnten übrigens schlecht Deutsch, aber er hat sich bestens in diese Gesellschaft integriert. Auch zu diesem Thema werde ich noch kommen.

Was sagt er? Zitat:

*Ich kann mir das Votum der Schweizer gegen den Minarettbau nur mit Angst erklären. Angst ist die Quelle allen Übels. „Angst essen Seele auf“ heißt ein Film von Rainer Werner Fassbinder. Vielleicht hat die Angst in der Schweiz schon zu viele Seelen aufgegessen.*

Diese Angst ist laut dem Abstimmungsergebnis in Appenzell Innerrhoden am größten – dort, wo kein Muezzin der Welt die Kuhglocken übertönen könnte.

Was ich nicht kenne, macht Angst. Fast alle Moscheen in unserem Land sind in Hinterhöfe, Industrie- und Gewerbegebiete verbannt und werden von den besuchenden Gläubigen als unwürdig und ausgrenzend empfunden. Liberale, aufgeklärte Muslime werden von uns nicht ausreichend gefördert und unterstützt.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Von wem sprechen Sie gerade?)

– Auch von Ihnen.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Von mir nicht!)

– Kann sein.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Das verbitte ich mir! – Heiterkeit bei der SPD)

– Okay. Dann nehme ich Sie aus.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Ja!)

Wir überlassen viele Gläubige radikalen Kräften und wundern uns dann über irrationales Verhalten. Rationale Integrationspolitik würde sich darum kümmern.

Jetzt habe ich vom neuen Landesvorsitzenden der SPD gute Sätze zum Thema Integration gehört,

(Abg. Stephan Braun SPD: Ist auch ein guter Mann!)

war aber über Folgendes erschrocken: Herr Schmid, Sie haben gesagt, Sie forderten beidseitige Lernprozesse. Da haben Sie recht. Aber Sie stören aus meiner Sicht diesen notwendigen Prozess der gegenseitigen Akzeptanz jetzt mit der Bemerkung: Vielleicht ließe sich ein anderer Baustil entwickeln als der neosmanische Einheitsstil. Das betrifft das Thema Minarett. Das hat mich gewundert. Denn das entscheiden nicht wir.

(Zuruf)

– Das hat er gesagt. Es steht in der FAZ.

(Abg. Nikolaos Sakellariou SPD: Was in der FAZ steht, muss ja nicht stimmen! – Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Das darf er doch auch sagen!)

Ich erfinde das ja nicht. Ich schätze seine Haltung, habe mich aber gewundert, weil das genau diesen Effekt auslöst: Wir wissen, was gut ist.

Ein Minarett muss nicht einem bayerischen Zwiebeltürmchen ähneln.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Nein! Das ist richtig!)

Bleiben wir einmal dabei. Ich werde keine zweite Runde machen, deswegen führe ich mein Thema schnell zu Ende aus.

(Werner Wölflé)

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Christliche Kirchen sollen auch in der Türkei möglich sein!)

– Christliche Kirchen sollten in der Türkei möglich sein.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Das ist Toleranz!)

Ich sage Ihnen noch etwas: Als sich der Iran zur Minarett-Entscheidung in der Schweiz geäußert hat – ausgerechnet die Iraner –, habe ich mich maßlos aufgeregt.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Sehr gut!)

– Gut, ja. – Aber das enthebt uns doch nicht der Verantwortung, das Thema hier aktiv anzugehen –

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Auch das ist richtig!)

das, worüber wir jetzt reden –, und zwar im Sinne einer rationalen Integrationspolitik.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD)

Wir können gern einmal in den Dialog eintreten.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Gern!)

Stichwort „Integration braucht Vorbilder“. Das ist ein altes Thema unserer Grünen-Landtagsfraktion: Wir brauchen mehr Polizisten, mehr Lehrer mit Migrationshintergrund im Staatsdienst. Das wäre ein dringendes Aufgabenfeld.

(Abg. Friedlinde Gurr-Hirsch CDU: Auch bei der freiwilligen Feuerwehr!)

– Auch bei der freiwilligen Feuerwehr, selbstverständlich. Auch beim Zivilschutz, gern auch bei der Bundeswehr, querbeet durch all unsere gesellschaftlichen Felder.

(Unruhe)

Mit Freude konnten wir der Presse entnehmen, dass unsere integrationspolitischen Initiativen offensichtlich sogar beim Polizeiapparat angekommen sind. Landespolizeipräsident Hammann will Bewerbern mit Migrationshintergrund bei der Einstellung in den Polizeidienst bessere Chancen geben. Die Testkriterien sollen überarbeitet werden. Da sind wir sehr erfreut. Das fordern wir seit Langem. Sie merken: Opposition regiert immer mit.

(Beifall bei den Grünen)

Die Fraktionen von CDU, CSU und FDP in Berlin haben in ihrem neuen Koalitionsvertrag einige Passagen zum Thema Integration aufgegriffen. Sie erklären u. a. immerhin – jetzt habe ich meine Zettel durcheinandergebracht, auf denen ich nachlesen wollte, was sie gesagt haben –, dass in der Vergangenheit Fehler in der Integrationspolitik gemacht wurden. Das ist schon einmal etwas.

(Abg. Hagen Kluck FDP/DVP: Ja, als Sie am Ruder waren!)

Interessant, aber gleichzeitig wiederum verräterisch ist folgende Passage im Koalitionsvertrag:

*Eltern in Erziehungsverantwortung müssen unsere Sprache beherrschen, damit ihre Kinder die besten Voraussetzungen für schulischen Erfolg haben.*

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Das wäre doch wünschenswert!)

– Wünschenswert, absolut wünschenswert. – Jetzt kommt es:

*Droht wegen mangelnder Deutschkenntnisse der Eltern eine Beeinträchtigung des Kindeswohls, ...*

solle künftig ein Integrationskurs verordnet werden. Der Besuch eines Integrationskurses ist absolut wünschenswert. Aber was steckt dahinter? Ich kenne viele Migrantenkinder, deren Eltern kein Deutsch konnten, die jedoch von ihren Eltern ein Gefühl der Geborgenheit und familiäre Wärme vermittelt bekommen haben, sodass diese Kinder in unserer Gesellschaft erfolgreich Fuß fassen konnten.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Gute Voraussetzungen!)

Ich kenne auch viele Eltern, die gut Deutsch können, die ihren Kindern all dies aber nicht mitgeben. Ich werde den Eindruck nicht los, dass es viel bequemer ist, sich über mangelnde Integration zu ereifern, als sich der Thematik der sozialen Spaltung unserer Gesellschaft zu widmen.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD)

Diese Spaltung können wir in unseren Schulen täglich besichtigen. „Deutscher oder nicht Deutscher?“ ist nicht die Frage. Es muss „... gelingen, den Zusammenhang zwischen sozialer Herkunft, Bildungsbeteiligung und Kompetenzerwerb aufzubrechen“. Das sage nicht ich, sondern das sagt der Bildungsminister Rau. So ist es.

Taten sind gefragt. Wie sagte Herr Raab vorhin? Politik macht sich am Konkreten fest.

Vielen Dank.

(Beifall bei den Grünen)

**Präsident Peter Straub:** Für die Landesregierung erteile ich Herrn Justizminister Dr. Goll das Wort.

**Justizminister Dr. Ulrich Goll:** Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Anlass für die Aktuelle Debatte war in der Tat die Entscheidung in der Schweiz gegen Minarette, wobei man, glaube ich, gleich am Anfang deutlich dazusagen muss: Da hat nicht eine Mehrheit der Schweizer entschieden, sondern es ist leider Folgendes passiert:

Eine bestimmte Zahl von Menschen – leider allerdings eine große Zahl – hat sich von einer sehr emotional geführten Kampagne an die Urne locken lassen, um diese Aussage gegen Minarette zu treffen. Das war natürlich ein von Angst getragenes Verhalten, wobei es eine solche Angst übrigens auch bei uns gibt, wie überhaupt diese Debatte deswegen nützlich ist, weil

(Minister Dr. Ulrich Goll)

wir uns Gedanken darüber machen müssen, welche Schlüsse daraus zu ziehen sind. Schließlich ist die Schweiz nicht sehr weit von uns entfernt.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Aber ein souveräner Staat, der Entscheidungen treffen kann! – Gegenrufe der Abg. Stephan Braun SPD und Hagen Kluck FDP/DVP)

– Ja, das ist so. Das habe ich in keiner Weise in Abrede gestellt. Ich rede gerade von der Möglichkeit, dass so etwas auch bei uns passieren könnte.

(Unruhe)

Ich erinnere mich daran, dass ich vor nicht allzu langer Zeit von einer Dame angesprochen wurde, die zu mir gesagt hat: Wissen Sie, ich habe Angst, dass wir in 50 Jahren hier nur noch Moscheen und keine Kirchen mehr haben. Ich habe dann zu ihr gesagt: Wissen Sie, ich habe vor etwas ganz anderem Angst, nämlich davor, dass wir in 50 bis 100 Jahren weder Kirchen noch Moscheen haben, weil sich überhaupt niemand mehr für Religion interessiert. Das ist meine größere Befürchtung.

Aber wir haben diese Angst natürlich auch, und wir müssen etwas gegen Ängste tun. Dazu ist von Herrn Wölfle das Stichwort „Rationale Integrationspolitik“ gefallen, und es wäre nett, wenn er jetzt auch zuhören würde.

(Abg. Werner Wölfle GRÜNE: Mache ich!)

– Danke. – Ich bin sehr für eine rationale Integrationspolitik und werde Ihnen gleich skizzieren, was für mich ein vernünftiges Integrationsprogramm ist.

Ich darf aber noch eine Bemerkung vorausschicken, weil Sie meine Position und Rolle als Integrationsbeauftragter angesprochen haben. Die Aufgabe des Integrationsbeauftragten ist es sicher nicht, jedem einen Aufenthalt zu verschaffen oder alle befristeten Aufenthaltsmöglichkeiten zu verlängern. Das wäre in höchstem Maße irrational. Ich möchte diesen Punkt jetzt aber auch nicht vertiefen, weil es diesmal in der Debatte sehr viel Konsens gibt, dem ich mich gern anschließen möchte.

Was ist ein vernünftiges Integrationsprogramm? Meine Damen und Herren, das erste Integrationsprogramm ist unsere Verfassung. Die Verfassung enthält eine Reihe von Werten und Spielregeln. Wenn wir die Verfassung als Integrationsprogramm verstehen, ermöglichen wir auf der einen Seite Vielfalt im Rahmen der Verfassung, die wir auch hier haben, aber auf der anderen Seite sichern wir den Zusammenhalt, indem wir darauf bestehen, dass die in der Verfassung festgeschriebenen Spielregeln und Werte eingehalten werden.

(Beifall bei der FDP/DVP)

Deswegen ist unsere Verfassung das wichtigste Integrationsprogramm überhaupt.

Das lässt sich gerade am Beispiel der Religionsfreiheit klar machen. Weil in der Verfassung die Religionsfreiheit steht, nehmen wir es natürlich mit diesem Wert ernst, und zwar gegenüber allen. Das bedeutet natürlich, dass bei uns auch an-

dere Religionen ungehindert ausgeübt werden können und dass sich ihre Vertreter Gotteshäuser bauen können, und zwar natürlich nach ihren eigenen Vorstellungen, aber auch in den für alle geltenden Grenzen, hier insbesondere des Baurechts.

Solche Debatten wie in der Schweiz sind auch bei uns geführt worden – das muss man eindeutig sehen –, und zwar bei einzelnen Bauprojekten. Aber ich habe den Eindruck, dass man mittlerweile immer mehr zu vernünftigen Lösungen kommt, die das Interesse religiöser Minderheiten respektieren, sich ihre Gotteshäuser bauen zu können, die andererseits jedoch auch sicherstellen, dass diese so gebaut werden, dass sie sich in die Umgebung einfügen und alle gut damit leben können. Deswegen haben wir dieses Problem Gott sei Dank nicht mehr.

Das bedeutet also: Es gibt die Religionsfreiheit auf der einen Seite, aber es gibt auf der anderen Seite auch Grenzen. Wir müssen deutlich machen, dass wir hier nicht jedes Verhalten dulden, auch wenn es religiös begründet wird, wie z. B. Zwangsheirat oder den Fall der Genitalverstümmelung, zu dem ich am Freitag nächster Woche im Bundesrat im Zusammenhang mit unserer Bundesratsinitiative etwas sagen werde. Man muss ganz deutlich machen, dass bestimmte Verhaltensweisen für uns auch dann nicht tolerierbar sind, wenn sie religiös begründet werden.

(Beifall bei Abgeordneten aller Fraktionen)

Gerade an diesem Beispiel sieht man: Die Verfassung ist unser Integrationsprogramm,

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Ja!)

sowohl was den positiven Inhalt als auch was bestimmte Grenzen angeht.

Das zweite Mittel gegen Ängste, das hervorzuheben ist, der zweite Weg, um mögliche Ängste abzubauen, ist der Dialog auf dem Boden der Verfassung, das Suchen nach gegenseitigem Verständnis. Das ist wichtig.

(Abg. Dieter Kleinmann FDP/DVP: Sehr richtig!)

Dialog heißt Sprache. Das Gegenteil ist Sprachlosigkeit. Sprachlosigkeit schafft immer Misstrauen und Distanz. Sprachlosigkeit vereitelt Chancen. Deshalb werden wir in den kommenden Jahren – natürlich mit Unterstützung der die Regierung tragenden Fraktionen; ich sehe in dieser Debatte auch, dass die Unterstützung darüber hinausreicht, was mich außerordentlich freut – das mit Abstand größte Programm der Zuwanderungsgeschichte durchführen, das aus den Teilen Diagnose, Sprachförderung und Beteiligung der Eltern besteht.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU – Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Das ist wichtig!)

Wir werden in diesem Bereich, wie sich bereits abzeichnet, große Mengen Geld ausgeben. Allein für die Sprachförderung steht schon jetzt ein Bedarf von über 8 Millionen € fest, aber es wird noch mehr dazukommen. Wir werden auch im Bereich der Beteiligung der Eltern voraussichtlich zu starken finanziellen Anreizen kommen, und zwar mithilfe des Landeshaushalts, aber auch mithilfe beispielsweise der Robert Bosch Stiftung und der Breuninger Stiftung. Das ist übrigens insgesamt

(Minister Dr. Ulrich Goll)

eine vorbildliche Zusammenarbeit, eine Art Public Private Partnership – wie es Frau Breuninger selbst ausgedrückt hat – bei einem ganz wichtigen Thema. Deswegen bin ich mir sicher, dass wir da auch ordentlich vorankommen.

Damit komme ich zu einem weiteren, eigentlich schon vorletzten Stichwort, das damit zusammenhängt und für mich von großer Bedeutung ist. Dieses Stichwort heißt Bildungsaufstieg. Wir müssen es schaffen, dass die Kinder und Jugendlichen aus Familien mit Migrationshintergrund besser in das Bildungssystem,

(Abg. Ursula Haußmann SPD: Da hättet ihr rechtzeitig anfangen müssen!)

besser in den Arbeitsmarkt kommen. Wir müssen ihnen auch den Bildungsaufstieg, den sozialen Aufstieg noch stärker ermöglichen, als dies schon bislang der Fall ist. Das ist für uns nicht nur ökonomisch wichtig. Wir müssen diese Potenziale heben, weil wir sie dringend brauchen.

Dieses Stichwort „Bildungsaufstieg“, das auch bei mir immer mehr ins Zentrum der Betrachtungen rückt, kann man – gerade für die Führung dieses Dialogs gegen Ängste – nicht hoch genug einschätzen. Es ist natürlich schon ein Problem, wenn fremde Religionen und Kulturen gleich in einen direkten Zusammenhang mit sozialen Verhältnissen geraten, in denen wir nicht leben wollen. Das fängt schon bei der baulichen Situation an.

Da geht es schon mit den Ansätzen zur Bildung einer Parallelgesellschaft los. Wir müssen, glaube ich, einmal deutlich sagen: Parallelgesellschaften bzw. Ansätze für eine Parallelgesellschaft sind in niemandes Interesse,

(Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: So ist es!)

weder im Interesse der Aufnahmegesellschaft noch im Interesse der Menschen, die dort leben; denn diese machen das auch nicht freiwillig. Viele wollen auch ganz gern in andere Verhältnisse kommen. Deswegen müssen wir darauf achten, dass wir die Zuwandererfamilien nicht in einer auch für sie unbefriedigenden Situation einmauern und nicht nur über Ansätze zu einer Parallelgesellschaft klagen. Da lässt sich etwas machen. Da werden wir auch etwas machen.

(Zuruf: Was wollen Sie machen?)

Das Stichwort heißt in erster Linie „Bessere Bildung“. Das steht im Zentrum. Das bedeutet, dass die Kinder schulfähig sein müssen, wenn sie in die Schule kommen. Das ist der Hauptschauplatz der kommenden Jahre.

(Beifall bei der FDP/DVP)

Meine Damen und Herren, ich darf abschließend sagen: Ich glaube, dass die Situation beim Thema Integration in Baden-Württemberg insgesamt nicht schlecht ist.

(Abg. Beate Fauser FDP/DVP: Genau!)

Die Mängel liegen vor allem in den Bereichen, die ich angesprochen habe: Mangelnder Bildungserfolg und mangelnder sozialer Aufstieg bei einem sich abzeichnenden Unterschichtproblem, gebunden an den Migrationshintergrund; das sind die Herausforderungen.

Wir sind auf dem Weg, diese Herausforderungen mit breiter Unterstützung zu bewältigen. Wir haben einen konkreten Plan. Dieser ist auch finanziert. Deswegen bin ich ganz sicher, dass wir in den kommenden Jahren dort, wo es Handlungsbedarf gibt, kräftig vorwärtskommen werden.

Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

**Präsident Peter Straub:** Das Wort erteile ich Herrn Abg. Kluck.

**Abg. Hagen Kluck** FDP/DVP: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich bedanke mich herzlich beim Kollegen Palm für die Erkenntnis

(Vereinzelt Heiterkeit)

bzw. für das Aussprechen der Erkenntnis – die Erkenntnis gibt es schon lange –, dass Deutschland ein Einwanderungsland ist.

(Zuruf von der SPD: Genau!)

Das ist ganz wichtig, weil es zu einer Versachlichung der Debatte über Zuwanderung beiträgt.

Ich widerspreche den Aussagen von Herrn Wölfe, wenn er alles miteinander vermengt.

(Zuruf der Abg. Edith Sitzmann GRÜNE)

Ich will beispielsweise sagen: Wir können doch die Republik Kosovo nicht aus der Verantwortung entlassen, den von ihr garantierten Minderheitenschutz in die Tat umzusetzen.

(Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Richtig!)

Sie wissen, dass die Europäische Union dort eine wichtige Rolle spielt. Wir haben darauf zu achten, dass die dort zuständigen Stellen auch ihre Hausaufgaben machen.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP/DVP und der CDU – Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Richtig!)

Wenn wir sagen, dass alle hier bleiben können, dann ist dieses Problem einfach von dort nach hier verschoben. Das darf nicht sein.

(Zuruf der Abg. Edith Sitzmann GRÜNE)

Herr Kollege Wölfe, Sie wissen ganz genau, dass die vorherige Bundesregierung die Diskussion über eine Bleiberechtsregelung immer wieder auf die lange Bank geschoben hat. Jetzt hat die Innenministerkonferenz das einzig Richtige gemacht: Sie hat die Regelung um zwei Jahre verlängert, damit wir in aller Ruhe über diese Bleiberechte reden können.

(Zuruf von der SPD: Endgültig!)

Ich finde, das ist ein vernünftiger Beschluss, an dem auch alle politischen Kräfte mitgewirkt haben.

(Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: So ist es!)

(Hagen Kluck)

Ich finde, damit haben wir die vorhandene Unsicherheit beseitigt. Wir werden das zu einem guten Schluss führen.

Dem Kollegen Sakellariou möchte ich sagen: Baden-Württemberg ist in Sachen Integration ein Musterland. Schauen Sie sich einmal die Verhältnisse in Berlin und anderswo an,

(Zuruf des Abg. Nikolaos Sakellariou SPD – Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: So ist es!)

dann sehen Sie, dass hier, obwohl wir beispielsweise in Stuttgart einen deutlich höheren Anteil von Menschen mit Migrationshintergrund haben, so etwas nicht passiert. Das heißt, hier wird sehr viel geleistet.

Sie werden mich sicherlich darin unterstützen, wenn ich sage: Dies hat noch mehr Kraft und mehr Energie bekommen, seit wir im Jahr 1996 im Zusammenhang mit der Regierungsbeteiligung der FDP/DVP auch das Amt des Integrationsbeauftragten der Landesregierung eingeführt haben.

(Beifall bei der FDP/DVP – Unruhe)

Der Landesbeauftragte für Integration hat hier gerade vor mir noch einmal deutlich gesagt, was da gemacht wird. Die SPD kann das auch in der Stellungnahme zu ihrem Antrag, der hier auch zur Debatte steht, lesen. Dort ist klargestellt, dass sich auch die neue Bundesregierung kräftig bemüht, jetzt ein bisschen mehr Fahrt in die Sache zu bringen.

Wir wollen Sprachförderung, Integrationsverträge, eine nationale Integrationspartnerschaft, die leichtere Anerkennung ausländischer Abschlüsse,

(Abg. Ursula Haußmann SPD: Hättet ihr schon lange machen können! – Gegenruf des Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Wer hat denn elf Jahre in Berlin regiert?)

die Verhinderung von Zwangsheirat. All dies ist doch auf dem richtigen Weg und wird gemacht. Baden-Württemberg war schon immer in vielem Vorreiter und hat die neuen Entwicklungen vorangetrieben. Denken Sie daran, wie man uns in Sachen Zwangsheirat anfangs ausgelacht hat. Jetzt ist es so weit, dass alle Leute einsehen, dass hier eklatante Verstöße gegen ein elementares Menschenrecht vorliegen, gegen die man etwas tun muss.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP/DVP)

Herr Wölflé, Sie sagen, christliche Werte würden Menschen ausgrenzen. Ich kann Ihnen nur sagen: Sie sollten einmal wieder ins Neue Testament schauen.

(Abg. Karl Zimmermann CDU: Hat der doch gar nicht!)

Dann sehen Sie, dass christliche Werte niemanden ausgrenzen.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU)

**Präsident Peter Straub:** Das Wort erteile ich Herrn Abg. Sakellariou.

**Abg. Nikolaos Sakellariou SPD:** Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich habe vorhin etwas zum Umgang mit Menschen mit Migrationshintergrund und mit Ausländern gesagt und möchte noch eine Personengruppe ergänzen, weil wir hier auch über universelle Werte reden. Es handelt sich um die Personengruppe der ausländischen Frauen, die deutsche Männer heiraten und erst ab Vollendung des zweiten Ehejahrs ein eigenständiges Aufenthaltsrecht bekommen. Das führt zu der verheerenden Situation, dass viele deutsche Männer genau wissen, unter was für einem Druck die Frauen stehen, dass sie kurz vor Ablauf dieser Aufenthaltszeit zum Landratsamt gehen und mitteilen, dass die Ehe aufgelöst werden soll, und dass dann automatisch ein Abschiebebescheid erlassen wird.

Jetzt kommt das Ungeheuerliche – das sage ich jetzt auch in Richtung Justizminister –: Solche Frauen bekommen dann nicht einmal Beratungshilfe. Das heißt, sie sind darauf angewiesen, anwaltlichen Schutz von jemandem zu finden, der sie kostenlos vertritt.

Diese Personengruppe gehört auch zu dem Teil, bei dem etwas geändert werden muss, jedenfalls dann, wenn man universelle Werte auch in diesem Land, auch auf Frauen bezogen und auch im Umgang mit Menschen anderer Herkunft ernst meint. Das ist ein Handlungsauftrag.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der Grünen – Abg. Karl Zimmermann CDU: Schutz vor Scheinehe, genau!)

Zweitens: Auch ich möchte mich beim Kollegen Palm für die Formulierung bedanken, dass wir – auch im eigenen Interesse – ein Einwanderungsland sind. Es ist für die CDU eine wichtige Erkenntnis, dass das auch mit einer Bereicherung verbunden ist

(Abg. Ingo Rust SPD: Das hat lange genug gedauert!)

und dass in der Vergangenheit auch Fehler gemacht worden sind. Wenn das jetzt auf dem Tisch liegt, dann können wir anfangen, darüber zu diskutieren. Denn im Grunde ist alles gesagt worden. Wenn nämlich die Erkenntnis lautet, dass wir Einwanderer brauchen, und wenn man aufgrund dieser Erkenntnis integrieren will, dann muss man an der richtigen Stelle ansetzen, nämlich bei der Bildungspolitik. Die Bildungspolitik ist nun wirklich ein Bereich der Politik, für den wir als Land originäre Zuständigkeiten haben.

Punkt 1: Anteil von ausländischen Kindern an Sonderschulen. In Baden-Württemberg haben 25 % aller Kinder an Sonderschulen einen ausländischen Pass. Das ist die allerhöchste Quote in der ganzen Republik. Dieser Anteil hat sich seit 25 Jahren nicht geändert. Er ist weder in Berlin so hoch noch in Rheinland-Pfalz, noch in anderen vergleichbaren Ländern. Dies darf nicht sein.

Dann haben wir bei den ausländischen Schülern die niedrigste Quote von Abiturienten. Nur 3,7 % der ausländischen Schüler schaffen in Baden-Württemberg überhaupt das Abitur. Das ist die rote Laterne. Hier besteht ein Handlungsbedarf, der einer Lösung zugeführt werden muss.

(Beifall bei der SPD und der Abg. Dr. Birgit Arnold FDP/DVP)

(Nikolaos Sakellariou)

Bei den Jugendlichen insgesamt liegt der Anteil derer, die keinen Hauptschulabschluss haben – die Zahlen sind vorhin schon genannt worden –, zwischen 5 und 6 %. Aber bei den Jugendlichen mit Migrationshintergrund, das heißt bei den Jugendlichen mit Potenzialen, die wir noch heben können, beträgt der Anteil 17 %. Dieser Anteil ist bei dieser Personengruppe viel zu hoch. Über Bildung könnten wir diese Personengruppe wieder erreichen.

(Beifall bei der SPD)

Meine Damen und Herren, eines möchte ich noch ansprechen, weil diese 78 %, die mit Ängsten an dieses Thema herangehen, leider oft durch politische Schaukämpfe in diese Situation gekommen sind. Herr Professor Pfeiffer hat eine Analyse darüber gemacht, wie Gewalt, Bildung und soziale Integration zusammenhängen, und zwar anhand der Personengruppe der jungen Türken in den Städten München, Hamburg und Schwäbisch Gmünd. Bei dieser Personengruppe liegt der Anteil derer, die Hartz IV beziehen, in München bei 8,1 %, in Hamburg bei 24 % und bei uns in Schwäbisch Gmünd bei 20 %. Der Anteil derjenigen aus dieser Personengruppe, die das Gymnasium besuchen, liegt in München bei 15 %, in Hamburg bei 8,4 % und – jetzt kommt Baden-Württemberg – in Schwäbisch Gmünd bei 4,1 %. Das ist die niedrigste Quote in diesem Vergleichszeitraum.

(Abg. Dr. Stefan Scheffold CDU: Hört, hört! – Zuruf der Abg. Beate Fauser FDP/DVP)

Jetzt zur Gewaltbereitschaft und zur Gewalttätigkeit innerhalb dieser Personengruppe. Dort, wo der Gymnasialanteil am höchsten ist, in München, liegt die Gewaltbereitschaft bei 24,1 %, in Hamburg liegt sie bei 33,1 % und in Baden-Württemberg, in Schwäbisch Gmünd

(Abg. Dr. Stefan Scheffold CDU: Ja?)

bei 40,3 %.

(Zuruf des Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP)

Das alles sind Daten des Statistischen Landesamts.

(Zuruf des Abg. Karl Zimmermann CDU – Gegenruf des Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Zimmermann, zuhören! – Abg. Dr. Stefan Scheffold CDU: Wann war denn die Umfrage? War das im letzten Jahr? – Zuruf der Abg. Ursula Haußmann SPD)

Das alles sind Daten des Statistischen Landesamts. Dieser Zusammenhang müsste Ihnen zu denken geben. Denn damit steht leider fest, dass es bei uns keine gleichen Startchancen für alle gibt. Die Möglichkeiten für diese Personengruppe, zu partizipieren, sind hier am schlechtesten.

(Abg. Hagen Kluck FDP/DVP: Sie haben versagt!)

Wir haben leider keine gleichen Startchancen für Jugendliche mit und ohne Migrationshintergrund, so wünschenswert das wäre.

(Beifall bei der SPD und des Abg. Thomas Oelmayer GRÜNE – Abg. Dr. Stefan Scheffold CDU: Da stellen Sie Ihrem Parteikollegen Leidig aber ein schlechtes Zeugnis aus!)

**Stellv. Präsident Wolfgang Drexler:** Für die CDU-Fraktion erteile ich Herrn Abg. Palm das Wort.

**Abg. Christoph Palm CDU:** Vielen Dank. – Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich bin Ihnen noch meine Bemerkungen zum Schweizer Volksentscheid schuldig. Diese Entscheidung ist für ganz Europa und speziell auch für Christen in islamischen Ländern eine schwierige Entscheidung. Sie darf aber nicht dazu führen, mit dem Finger auf die Schweiz zu zeigen. Das gilt für uns, und, meine Damen und Herren, das gilt in verstärktem Maße für Vertreter von Ländern, die die Religionsfreiheit in der Praxis gar nicht kennen.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

Es ist richtig, dass die Situation in der Schweiz mit der in Deutschland aus unterschiedlichen Gründen nicht vergleichbar ist. Verehrter Herr Kollege Kluck, der Kernbereich unseres Grundgesetzes und der Landesverfassung, zu dem die Religionsfreiheit zweifelsfrei gehört, ist nicht disponibel. Er darf nicht verändert werden und schon gar nicht in einem Volksentscheid zur Abstimmung gestellt werden.

Meine Damen und Herren, das Frappierendste am Schweizer Votum ist doch die große Kluft zwischen der deutlichen Ablehnung des Verbots von Minaretten in den Umfragen und der 58-prozentigen Zustimmung zum Minarettverbot in der Abstimmung. Das bedeutet, dass es eine offizielle und eine verdeckte Diskussion gibt. Hier müssen wir ansetzen. Dazu gehört, dass wir die Debatte nicht zwischen den Extremen führen: Das sind auf der einen Seite die Apokalyptiker, die Europa kurz vor der Machtübernahme durch den Islam sehen, auf der anderen Seite diejenigen, die sagen, das einzige oder größte Problem bei der Integration sei der Rassismus, Herr Kollege Wölfle. Beide Positionen halte ich für falsch.

(Beifall bei der CDU und der Abg. Dr. Birgit Arnold FDP/DVP)

Wir müssen weiter an einem Klima der Offenheit arbeiten. Es muss möglich sein, dass in einem Klima des Respekts und der Toleranz jeder nicht nur seine Wünsche und Erwartungen, sondern auch seine Ängste formulieren und aussprechen darf – dies wohlgeachtet immer in respektvoller Art und Weise. Wenn uns dies gelingt, wird es bei der Integration noch mehr Gewinner auf allen Seiten geben. Wenn uns dies nicht gelingt, wird es nur einen Sieger geben: Das sind die Extremisten auf beiden Seiten.

Lassen Sie uns also die verbreitete Sorge vor einer Islamisierung ernst nehmen. Lassen Sie uns gleichzeitig die aufgeschlossenen Kräfte, die es in einer großen Mehrheit unter den Muslimen gibt, durch einen intensiven Dialog stärken.

Meine Damen und Herren, wenn man z. B. weiß, wer in einer Moschee predigt und was er predigt, dann ist schon ein großes Stück des Weges gegangen. Das muss vor Ort geschehen. Das ist ganz klar. Aber diese Offenheit fordern wir auch ein.

Herr Kollege Wölfle, man muss sich auch des Öfteren mit aufgeklärten Muslimen über das Thema unterhalten, die zum Teil eine Position zum Moscheebau und auch zum Minarettbau einnehmen, die deutlich von dem abweicht, was politischer Mainstream speziell bei den Grünen ist.

(Christoph Palm)

(Beifall bei der CDU – Abg. Karl-Wilhelm Röhm  
CDU: Genau so ist es!)

Lassen Sie uns aber auch ganz klar deutlich machen, dass Toleranz keine Einbahnstraße ist.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Jawohl!)

Wer Toleranz als Schwäche auslegt und sie ausnutzt, darf sich über einen Rückgang an Toleranz nicht wundern.

(Zuruf von der CDU: Sehr richtig!)

Herr Präsident, hier in der Umgebung, in Esslingen, sieht man: Der Moscheebau und die Überschreitung des Vereinbarten durch diejenigen, die die Moschee bauen wollen oder gebaut haben, düpiert doch in erster Linie diejenigen, die aufgeschlossen sind; das macht das Feld für weitere Annäherungen natürlich schwer.

(Beifall des Abg. Dieter Kleinmann FDP/DVP)

Toleranz darf und kann auch nicht Beliebigkeit bedeuten. Lassen Sie es mich so formulieren: Den hohen Turm mit dem Namen Integration kann man nur auf einem festen Wertefundament bauen. Das ist für mich die christliche Sozialethik.

Herzlichen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/  
DVP – Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Bravo! Klasse!  
se!)

**Stellv. Präsident Wolfgang Drexler:** Mir liegen keine weiteren Wortmeldungen vor. Damit ist die Aktuelle Debatte beendet.

Für den Antrag der Fraktion der SPD, Drucksache 14/5443, ist die Überweisung an den Ständigen Ausschuss beantragt. – Sie sind damit einverstanden.

Damit ist Tagesordnungspunkt 2 erledigt.

Ich rufe **Punkt 3** der Tagesordnung auf:

**Zweite Beratung des Gesetzentwurfs der Landesregierung – Gesetz über die Zuständigkeiten nach dem Schornsteinfeger-Handwerksgesetz (Schornsteinfeger-Zuständigkeitsgesetz – SchfZuG) – Drucksache 14/5349**

**Beschlussempfehlung und Bericht des Wirtschaftsausschusses – Drucksache 14/5493**

**Berichterstatterin: Abg. Edith Sitzmann**

Meine Damen und Herren, das Präsidium hat für die Allgemeine Aussprache eine Redezeit von fünf Minuten je Fraktion festgelegt.

In der Allgemeinen Aussprache erteile ich für die CDU-Fraktion Herrn Abg. Mack das Wort.

(Zuruf des Abg. Karl Zimmermann CDU)

– Herr Kollege Zimmermann, wenn dies eine Ermahnung von Ihnen war, sich kurz zu fassen, haben Sie recht. Wir wollen einmal sehen, wie sich die Kollegen daran halten.

**Abg. Winfried Mack** CDU: Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! In der ersten Lesung ist vor allem über das Bundesgesetz diskutiert worden, das schon seit einem Jahr in Kraft ist. Es lohnt sich nicht, weiter über dieses Gesetz zu diskutieren.

(Abg. Karl Zimmermann CDU: Sehr gut!)

Es lohnt sich nicht, sich über verschüttete Milch zu unterhalten.

Aber eines möchte ich festhalten: Das Bundesgesetz schafft die Rechtsgrundlage für eine bundesweit einheitliche Kehr- und Überprüfungsordnung, die bisher nur landesweit vom Landesgesetzgeber, also von uns als Landesparlament, erlassen wurde. Diese Regelungskompetenz ist jetzt zum Bundesgesetzgeber gewandert. Das heißt, wir haben Kompetenzen freiwillig abgegeben.

Das ist vom Prinzip her falsch, weil der Landtag dadurch in seinen Rechten verletzt wird. Es ist auch von der Sache her falsch, weil wir die Pflichten und die Überwachungsvorschriften, die darin enthalten sind, besser in einem Landesgesetz hätten regeln können.

(Abg. Wolfgang Stehmer SPD: Richtig!)

Ich bitte also darum, in Zukunft aufzupassen und nicht unnötig weitere Kompetenzen an den Bund abzugeben.

(Abg. Hagen Kluck FDP/DVP: Dann könnte es auch wieder Kaminkehrer heißen! – Abg. Wolfgang Stehmer SPD: Wer hat denn die Kompetenz abgegeben?)

– Herr Stehmer, übrigens hat die Große Koalition in Berlin dieses Gesetz verabschiedet.

(Abg. Wolfgang Stehmer SPD: Ich habe es nicht verabschiedet!)

– Ja, aber die Große Koalition in Berlin.

Im Übrigen stimmen wir dem Gesetz, um das es geht, zu. Das ist ein Gesetz mit drei Paragraphen. Das regelt alles so, wie es bisher war. Deshalb kann man getrost zustimmen.

Herzlichen Dank.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/  
DVP – Abg. Dr. Klaus Schüle CDU: Sehr gut!)

**Stellv. Präsident Wolfgang Drexler:** Für die SPD-Fraktion erteile ich Herrn Abg. Stehmer das Wort.

(Abg. Klaus Herrmann CDU: Schließt sich vollumfänglich an!)

**Abg. Wolfgang Stehmer** SPD: Fast, Herr Herrmann. – Sehr geehrter Herr Präsident, meine Damen und Herren! Das Schornsteinfegerhandwerk war immer ein besonderes Handwerk, eng mit staatlichen Behörden verbunden und auch auf staatliche Regelungen existenziell angewiesen. Das wird auch so bleiben, wenn das sogenannte Kehrmonopol im Jahr 2013 weitgehend fällt – auch wenn Sie das immer anders hören –, und zwar deswegen, weil der Staat weiterhin ein überragendes Interesse daran hat,

(Zuruf des Abg. Karl Zimmermann CDU)

(Wolfgang Stehmer)

dass häusliche Feuerstätten aus Gründen der Feuersicherheit, Herr Zimmermann, und des Umweltschutzes lückenlos überwacht werden. Dank der staatlich festgelegten Kehr- und Überprüfungsarbeiten – jetzt nach Bundesrecht – gibt es in Deutschland im Gegensatz zu den Ländern, bei denen es derartige Regelungen nicht gibt, nur äußerst selten Tote durch Kohlenmonoxidvergiftungen wegen defekter häuslicher Feuerstätten. Schauen Sie einmal ins benachbarte Ausland. Unsere häuslichen Feuerungsanlagen sind im europäischen Vergleich diejenigen mit den geringsten Emissionen.

Die Schornsteinfeger schützen mit ihrer Arbeit die Bewohner von 2,3 Millionen Gebäuden im Land Baden-Württemberg.

(Zuruf des Abg. Karl Zimmermann CDU)

Sie haben dabei arbeitstäglich über 20 000 Kundenkontakte, bei denen sie auch wertvolle Beratungen durchführen, und zwar ohne Beratervertrag, Herr Zimmermann.

Ende 2008 hat der Bund mit Zustimmung der Länder auf Druck der EU-Kommission ein Gesetz verabschiedet, das 90 % der bisherigen Schornsteinfegerarbeiten vor Ort ab dem Jahr 2013 in den freien Wettbewerb stellt. Das ist sehr bürokratisch ausgefallen. Dazu habe ich bereits in der Ersten Beratung Ausführungen gemacht; die möchte ich nicht wiederholen. Das Gesetz bietet aber auch Chancen für Handwerksmeister, die einen besonderen Service bieten und modern aufgestellt sind.

(Abg. Karl Zimmermann CDU: Genau!)

– Genau.

Wir spüren aber bereits heute, in der Übergangszeit bis Ende 2012, für die das Nebentätigkeitsverbot, das es bisher gegeben hat, schon gefallen ist, zu welchen Problemen die Umstellung auf den Wettbewerb führen kann. Die Probleme liegen darin begründet, wie man mit den verbleibenden 10 % der hoheitlichen Schornsteinfegeraufgaben – was bleibt, sind die Bauabnahme, die Feuerstättenschau, die Mängelverfolgung und die Überwachung der Schornsteinfegerarbeiten bis zur Ersatzvornahme bei unwilligen Gebäudeeigentümern – umgeht, und vor allem darin, wie die Kosten für diese hoheitlichen Aufgaben letztlich von den Kunden erhoben werden: direkt als hoheitliche Gebühr oder indirekt über die Kostenkalkulationen der künftigen Privatverträge. Das ist ein Unterschied.

Zur Bewältigung der hoheitlichen Aufgaben gibt es auch künftig noch grundstücksscharf abgegrenzte Kehrbezirke mit staatlicher Verleihung. Die Kehrbezirke werden auf Zeit – für sieben Jahre – an Schornsteinfegermeister verliehen. Die bisherigen Bezirksschornsteinfegermeister bleiben noch bis Ende 2014 auf ihren bisherigen Bezirken. Dann müssen auch sie sich dem neuen Bewerbungsverfahren unterziehen.

(Zuruf des Abg. Klaus Herrmann CDU)

Frei werdende Kehrbezirke werden ab dem Jahr 2010 nach dem neuen Bewerbungsverfahren abgewickelt.

(Zuruf des Abg. Winfried Mack CDU)

– Wenn Sie das wissen, Herr Mack, ist das schön.

Bei dem heute zur Abstimmung stehenden Gesetz geht es gerade um die Verfahrenszuständigkeit für die künftigen Bewerbungen. Wir werden dem Gesetz zustimmen. Das haben wir bereits bei der Ersten Beratung gesagt.

(Beifall des Abg. Karl Zimmermann CDU – Zuruf des Abg. Hagen Kluck FDP/DVP)

Wir bitten Sie, Herr Staatssekretär, aber ausdrücklich darum, die auf der Grundlage des neuen Schornsteinfeger-Handwerksgesetzes erlassene Verwaltungsvorschrift zum Bewerbungsverfahren nochmals eingehend auf ihre Tauglichkeit nach dem gesunden Rechtsempfinden zu prüfen.

(Zuruf des Abg. Hagen Kluck FDP/DVP)

Wenn Beurteilungskriterien einzig Eignung, Befähigung und fachliche Leistung sind, dann reicht dazu ein fest vorgegebenes Punktegewichtungssystem nicht aus. Auch nach dem Jahr 2012 haben die Schornsteinfegerbetriebe, die die Kundenkartei des ganzen Kehrbezirks haben – die haben nur die künftigen bevollmächtigten Bezirksschornsteinfegermeister –, einen großen Wettbewerbsvorteil. Daher geht es bei den Kehrbezirksvergaben – alle sieben Jahre – für die Betroffenen um ihre Existenz.

Wir wissen: Wir werden die Schornsteinfegerbetriebe auch in Zukunft noch brauchen, um die Feuersicherheit zu gewährleisten und um mehr für die Erreichung der Klimaziele tun zu können. Die Betriebe brauchen dazu eine gute wirtschaftliche Grundlage mit verlässlichen Rahmenbedingungen. Sorgen Sie dafür, dass diese in den Jahren des Umbruchs nicht verloren gehen. Nur dann können Sie sich, Herr Zimmermann, bei den Neujahrsempfängen mit gutem Gewissen neben die Schornsteinfeger stellen und rufen: „Zum Glück gibt es den Schornsteinfeger.“

Danke.

(Beifall bei der SPD sowie der Abg. Karl Zimmermann CDU und Beate Fauser FDP/DVP)

**Stellv. Präsident Wolfgang Drexler:** Für die Fraktion GRÜNE erteile ich Frau Abg. Sitzmann das Wort.

**Abg. Edith Sitzmann GRÜNE:** Herr Präsident, meine Damen und Herren! Wir behandeln in Zweiter Beratung ein wenig spektakuläres Gesetz. Es regelt materiell rein gar nichts; es regelt ausschließlich die Zuständigkeiten auf Landesebene.

Herr Kollege Mack hat gerade gesagt, wir brauchten auf Landesebene mehr Kompetenzen. Ich befürchte allerdings, wenn es darum gegangen wäre, diese in einem Gesetz zu regeln, dann hätte das nicht nur zehn Monate gedauert – wie jetzt bei diesen drei Paragrafen –, sondern deutlich länger.

Inhaltlich haben wir an diesem Gesetz nichts zu kritisieren. Wir werden also zustimmen. Ich habe allerdings noch eine Frage. Der Herr Minister ist jetzt nicht da. Deshalb möchte ich den Herrn Staatssekretär bitten, noch einmal zu einem Punkt Stellung zu nehmen, über den auch in der öffentlichen Debatte diskutiert worden ist. Das ist das Thema Vorschornstein.

(Edith Sitzmann)

(Abg. Reinhold Gall SPD: Ganz gemein! – Abg. Karl Zimmermann CDU: Haben Sie es zwischenzeitlich nicht herausbekommen, Frau Kollegin? Das ist das Fegefeuer!)

Wir haben es im Ausschuss besprochen. Allerdings finde ich, dies sollte auch öffentlich klargestellt werden, und zwar dahin gehend, dass auf die Verbraucherinnen und Verbraucher, auf die Hauseigentümer keine zusätzlichen Belastungen zukommen und dass es keine zusätzliche Bürokratie geben wird.

(Zuruf des Abg. Hagen Kluck FDP/DVP)

– Das wäre auch mit der FDP, einer Partei, die immer für den Bürokratieabbau ist, nicht zu vereinbaren. – Wenn Sie uns und der Öffentlichkeit hier noch sagten, wie die Regelungen dazu geplant sind, wäre das gut. Im Übrigen stimmen wir zu.

Danke.

(Abg. Hagen Kluck FDP/DVP: Beifall! – Beifall bei den Grünen)

**Stellv. Präsident Wolfgang Drexler:** Für die Fraktion der FDP/DVP erteile ich Frau Abg. Fauser das Wort.

**Abg. Beate Fauser FDP/DVP:** Herr Präsident, meine Damen und Herren! Über das Gesetz wurde in erster Lesung bereits gründlich und zum Teil auch kontrovers diskutiert. Für uns alle ist es wichtig, dass wir in Zukunft davon ausgehen können, dass die Schornsteinfeger in diesem Bereich für unsere Sicherheit sorgen. Dies ist gewährleistet. Wir haben, wie Frau Sitzmann deutlich sagte, eigentlich nur Formalien umzusetzen.

Zukünftig werden die Schornsteinfeger nach einem gewissen Punktesystem berufen. Diese Aufgabe wurde an das Regierungspräsidium Stuttgart delegiert,

(Abg. Hagen Kluck FDP/DVP: In gute Hände! – Gegenruf des Abg. Wolfgang Stehmer SPD: Die einen sagen so, die anderen anders!)

weil dieses bereits bisher die Sach-, Fach- und Widerspruchsbehörde war. Wir sind der Auffassung, Herr Stehmer, dass sich das Ganze gut einspielen wird. Allerdings ist es notwendig, dass sich die Schornsteinfeger stets auch aktiv beweisen. Denn es ist etwas anderes, ob man einen Bezirk auf Lebenszeit bekommt oder ob man sich alle sieben Jahre wieder bewerben muss. Hierbei ist abzuwarten, wie sich dies auswirken wird.

Wir werden um die EU-Vorschriften nicht herumkommen. Wie Sie alle wissen, ist es aufgrund der Dienstleistungsfreiheit bereits seit dem 29. November 2008 möglich, dass Schornsteinfeger aus anderen EU-Ländern bei uns kehren. Damit wurde das Oligopol aufgebrochen. Die „Wirtschaftswache“ hat hierüber ganz freudig berichtet. Ich hoffe, dass es in Zukunft nicht teurer, sondern preiswerter wird, dass wir mehr Konkurrenz auf dem Markt haben.

(Abg. Wolfgang Stehmer SPD: Das glauben nur Sie, Frau Fauser! – Abg. Karl Zimmermann CDU: Das haben wir bei der Energieversorgung auch gedacht! – Abg. Reinhold Gall SPD: Alles alte Märchen der Liberalisierung! – Gegenruf des Abg. Hagen Kluck FDP/DVP: Ruhe! Davon versteht ihr nichts!)

Ich wünsche den Schornsteinfegern und allen anderen viel Erfolg bei diesem Unternehmen.

Ich will es noch einmal wiederholen. Wie Sie alle wissen, hat die Bevölkerung bei dem „Standardpranger“ unseres früheren Innenministers Thomas Schäuble klargemacht, dass sie mit dem Oligopol, so, wie es bestand, nicht einverstanden war.

(Beifall bei der FDP/DVP)

**Stellv. Präsident Wolfgang Drexler:** Für die Landesregierung erteile ich Herrn Staatssekretär Drautz das Wort.

**Staatssekretär Richard Drautz:** Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren Abgeordneten! Ich möchte zunächst feststellen: Herr Mack, Herr Stehmer, Frau Fauser und Frau Sitzmann haben gesagt, dass sie dem Gesetz zustimmen werden. In der ersten Runde habe ich für dieses Gesetz gekämpft.

(Abg. Dr. Stefan Scheffold CDU: Der Kampf hat sich gelohnt!)

Dabei haben wir schon alle Argumente ausgetauscht. Ich möchte mich für die Zustimmung bedanken und wünsche Ihnen eine wunderschöne Adventszeit.

Danke.

(Heiterkeit und Beifall bei der CDU und der FDP/DVP – Abg. Wolfgang Stehmer SPD: So geht es auch!)

**Stellv. Präsident Wolfgang Drexler:** Vielen Dank, Herr Staatssekretär.

(Abg. Reinhold Gall SPD: Aber die Frage von Frau Sitzmann wurde gar nicht beantwortet!)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, in der Allgemeinen Aussprache liegen keine weiteren Wortmeldungen vor. Wir kommen daher in der Zweiten Beratung zur **A b s t i m m u n g** über den Gesetzentwurf Drucksache 14/5349.

Abstimmungsgrundlage ist die Beschlussempfehlung des Wirtschaftsausschusses, Drucksache 14/5493. Der Wirtschaftsausschuss schlägt Ihnen vor, dem Gesetzentwurf unverändert zuzustimmen.

Ich rufe auf

§ 1

Zuständigkeit der unteren Verwaltungsbehörden

Wer § 1 zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Wer ist dagegen? – Wer enthält sich? – § 1 ist einstimmig zugestimmt.

Ich rufe auf

§ 2

Zuständigkeit des Regierungspräsidiums Stuttgart

Wer § 2 zustimmt, der möge bitte die Hand heben. – Wer ist dagegen? – Wer enthält sich? – § 2 ist einstimmig zugestimmt.

(Stellv. Präsident Wolfgang Drexler)

Ich rufe auf

§ 3

Inkrafttreten

Wer § 3 zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Wer stimmt dagegen? – Wer enthält sich? – § 3 ist ebenfalls einstimmig zugestimmt.

Die Einleitung

lautet: „Der Landtag hat am 9. Dezember 2009 das folgende Gesetz beschlossen:“.

(Abg. Klaus Herrmann CDU: Das goldene Gesetz?)

– Was habe ich gesagt?

(Abg. Klaus Herrmann CDU: Sie haben gerade „goldenes Gesetz“ gesagt! – Gegenruf des Abg. Norbert Zeller SPD: Nicht irritieren lassen! – Zuruf des Abg. Karl Zimmermann CDU)

– Wer im Landtag kein Schwäbisch versteht, der soll das sagen, Herr Zimmermann.

(Heiterkeit)

Die Überschrift

lautet: „Gesetz über die Zuständigkeiten nach dem Schornsteinfeger-Handwerksgesetz (Schornsteinfeger-Zuständigkeitsgesetz – SchfZuG)“. – Sie stimmen der Überschrift zu.

Wir kommen zur

S c h l u s s a b s t i m m u n g

Wer dem Gesetz im Ganzen zustimmt, den bitte ich, sich zu erheben. – Wer ist dagegen? – Wer enthält sich? – Das Gesetz ist einstimmig verabschiedet.

Tagesordnungspunkt 3 ist damit erledigt.

Ich rufe **Punkt 4** der Tagesordnung auf:

**Zweite Beratung des Gesetzentwurfs der Fraktion der CDU und der Fraktion der FDP/DVP – Gesetz zur Aufnahme der Stiftung Orthopädische Universitätsklinik Heidelberg durch das Universitätsklinikum Heidelberg – Drucksache 14/5446**

**Beschlussempfehlung und Bericht des Ausschusses für Wissenschaft, Forschung und Kunst – Drucksache 14/5496**

**Berichterstatlerin: Abg. Rita Haller-Haid**

Meine Damen und Herren, das Präsidium hat für die Allgemeine Aussprache eine Redezeit von fünf Minuten je Fraktion festgelegt.

Für die CDU-Fraktion darf ich Herrn Abg. Pfisterer das Wort erteilen.

**Abg. Werner Pfisterer** CDU: Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Die Beratung des Gesetzentwurfs der Fraktion der CDU und der Fraktion der FDP/DVP zur Aufnahme der Stiftung Orthopädische Universitätsklinik Heidel-

berg durch das Universitätsklinikum Heidelberg geht nun in die zweite Runde. Als Heidelberger Abgeordneter und Vorsitzender des Arbeitskreises „Wissenschaft, Forschung und Kunst“ meiner Fraktion liegt mir dieses Thema besonders am Herzen. Aus diesem Grund freue ich mich, heute zum zweiten Mal hierzu Stellung nehmen zu können.

Im Rahmen der ersten Lesung habe ich die Historie der Stiftung Orthopädische Universitätsklinik ausführlich dargelegt und bin vor allem auch auf die wirtschaftlichen Probleme eingegangen. Ich fasse es heute nochmals kurz zusammen:

Mit Wirkung vom 1. Januar 2008 hat das Universitätsklinikum Heidelberg die Geschäftsführung der Stiftung Orthopädische Universitätsklinik übernommen. Dies war von beiden Seiten so gewollt und führt unbestritten auch zu Synergieeffekten. Ich war und bin nach wie vor davon überzeugt, dass die Vollintegration die beste Lösung ist.

(Zurufe von der CDU: Ja!)

Auf diese Art und Weise sollen eine einheitliche Unternehmensstruktur mit all ihren organisatorischen Vorteilen sowie effiziente und betriebswirtschaftlich optimale Bedingungen geschaffen werden.

Eigentlich dachte ich, dass in diesem Haus Einigkeit hinsichtlich dieses wichtigen Gesetzentwurfs bestünde. Dem ist allerdings nicht so, denn überraschenderweise hat die SPD-Fraktion gemeinsam mit den Grünen einen Änderungsantrag gestellt. Eines der damit angestrebten Ziele ist, dass die zum 31. Dezember 2008 festgestellten Gesamtverbindlichkeiten der Stiftung Orthopädische Universitätsklinik vom Land übernommen werden sollen.

Bei der ersten Lesung des Gesetzentwurfs waren sich alle Fraktionen im Haus noch einig, und jetzt kommt der Sinneswandel.

Meine Heimatzeitung, die „Rhein-Neckar-Zeitung“, hat dieses Thema vor einigen Tagen aufgegriffen. Am 3. Dezember 2009 gab es darin einen umfangreichen Bericht mit der Überschrift: „Und wer trägt die Schulden?“ Ich darf auszugsweise einige Passagen zitieren:

*Der Gesetzentwurf von CDU und FDP/DVP, der heute in zweiter Lesung im Wissenschaftsausschuss beraten wird, sieht vor, dass die Uniklinik die Schulden übernimmt und vom Land 15 Jahre lang jährlich 1 Million € bekommt.*

Diese 15 Millionen € sind allerdings nur ein Ersatz für die pauschale Förderung nach dem Krankenhausfinanzierungsgesetz, auf die zwar die Orthopädische Klinik einen Anspruch hat, nicht aber das Uniklinikum.

Ich zitiere weiter – jetzt wird es spannend –:

*„Ein geradezu sittenwidriges Geschäft, zu dem die Universitätsklinik da per Gesetz gezwungen werden soll“, kritisiert die Grüne Landtagsabgeordnete Theresia Bauer: „Die Fehler der Vergangenheit sind ... von dem vorherigen Betreiber der Orthopädie zu verantworten und können jetzt nicht dem Uniklinikum untergeschoben werden. ... das Universitätsklinikum ist eine wirtschaftlich tätige Einrichtung, die unter schwierigen Wettbewerbsbedingungen ... erfolgreich sein muss.“*

(Werner Pfisterer)

Es ist schon erstaunlich, dass sich der Landtag von Baden-Württemberg sagen lassen muss, dass er gerade ein sittenwidriges Gesetz durchsetzen möchte. Man staunt.

Ich habe dies einmal zum Anlass genommen und nachgesehen, was die Juristen unter dem Wort „sittenwidrig“ verstehen. Sicherlich können alle Juristen im Haus den folgenden Satz auswendig:

*Sittenwidrig handelt, wer gegen das Anstandsgefühl aller billig und gerecht Denkenden verstößt.*

Lassen Sie uns also einmal prüfen, ob der vorliegende Gesetzentwurf gegen die guten Sitten verstößt.

Ich halte Folgendes fest: Dem Klinikum Heidelberg werden durch die Aufnahme der Stiftung große Werte zufließen. In der Bilanz von 2008 werden die Grundstücke und Gebäude mit einem Buchwert von 103 Millionen € geführt. In einem Bodengutachten werden die Grundstücke der Stiftung mit 18,1 Millionen € bewertet. Der Gutachter hat nur 60 % vom Wert angesetzt. Hier sieht man also einen entsprechend klaren Wert.

Es wird davon ausgegangen, dass die Grundstückswerte noch erhebliche stille Reserven enthalten, und die Gebäude sind in einem enorm guten Zustand – woher auch die Schulden rühren,

(Abg. Theresia Bauer GRÜNE: Und die stillen Risiken?)

weil man relativ früh gut saniert hatte.

Nun, liebe Kolleginnen und Kollegen der Grünen und der SPD, sagen Sie mir einmal, was an dem Vorgang sittenwidrig sein soll. Ich persönlich kenne niemanden, der ein solches Geschäft – wenn ich es einmal so salopp formulieren darf – privat nicht machen würde. Ein Geldbetrag in dieser Dimension ist enorm, wenn man ihn dazubekommt.

(Abg. Dr. Klaus Schüle CDU: Richtig! – Abg. Georg Wacker CDU: Sehr gut!)

Jetzt noch einige Sätze zu der Frage nach den Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern in der Orthopädie. Ich habe schon in der Ersten Beratung darauf hingewiesen, dass es keine betriebsbedingten Kündigungen geben wird und dass aus diesem Grund die in dem Gesetzentwurf vorgesehene Regelung für die Betroffenen und auch für uns als Verantwortliche sinnvoll ist.

Noch einige Worte zu den arbeitsrechtlichen Bedingungen. In dem Gesetzentwurf wird auf die Gründe für die Weitergeltung der entsprechenden Vereinbarungen hingewiesen. Es geht ganz klar darum, dass hier im Einzelnen Arbeitsverträge vorhanden sind und wir mangels Detailkenntnis gar nicht sagen können, was darin steht. Es ist daher nicht Aufgabe des Gesetzgebers, auf die Ausgestaltung der Arbeitsverträge einzuwirken. Dies obliegt ganz klar den Tarifparteien vor Ort, und die werden dies auch entsprechend machen.

Es geht eben darum, dass die arbeitsrechtlichen Bedingungen vor Ort im Zuge eines Tarifvertrags zwischen der Gewerkschaft und dem Arbeitgeber gestaltet werden. Aus diesem Grund wird das vor Ort geregelt und nicht per Gesetz.

Ich bedanke mich bei allen Beteiligten für die ganz gute Zusammenarbeit und die Ergebnisse, die hier heute vorliegen. Ich bitte um Zustimmung zu dem Gesetzentwurf.

Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP – Abg. Dr. Klaus Schüle und Abg. Georg Wacker CDU: Sehr gut!)

**Stellv. Präsident Wolfgang Drexler:** Für die SPD-Fraktion erteile ich Frau Abg. Haller-Haid das Wort.

**Abg. Rita Haller-Haid SPD:** Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir hatten bereits bei der ersten Lesung signalisiert, dass wir dem Gesetz zustimmen werden, auch wenn aus unserer Sicht ganz entscheidende Fragen offengeblieben sind.

Für eine Zustimmung spricht natürlich, dass die Ressourcen und die medizinische Leistungsfähigkeit der Stiftung Orthopädische Universitätsklinik für die Uniklinik gesichert werden, dass mit einer Vollintegration die jahrelange Verunsicherung des Personals endlich zu Ende geht, dass es keine betriebsbedingten Kündigungen geben wird und dass damit auch sämtliche Privatisierungsüberlegungen, die es wieder einmal zuhauf gab, endlich vom Tisch sind.

Aber es sind nach wie vor Fragen offen, vor allem auch, wie ein solches Ausmaß an Missmanagement, Korruption und Untreue trotz der Einschaltung eines Wirtschaftsprüfungsunternehmens möglich war. Es saßen immerhin zwei Vertreter des Landes im Aufsichtsrat der Stiftung. Deshalb, denke ich, hat das Land einen Teil der Schuld mitzuverantworten und müssen die Schulden beim Land hängen bleiben. Daran führt aus unserer Sicht kein Weg vorbei.

Ich benutze in diesem Zusammenhang gar nicht das Wort „sittenwidrig“, Herr Pfisterer. Aber unfair ist es auf jeden Fall, die Schulden, für die man selbst mitverantwortlich ist, einfach jemand anderem aufs Auge zu drücken.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD – Abg. Werner Pfisterer CDU: Und wie steht das mit dem Vermögen dazu?)

– Dazu sage ich noch etwas.

Die Rücklagen, die bei der ersten Lesung auch angesprochen wurden, wurden ganz sicher nicht deswegen gebildet, Herr Pfisterer, um Schulden eines vorherigen Betreibers abzubezahlen; sie wurden vielmehr auch gebildet, um wichtige, notwendige Investitionen tätigen zu können. Es ist ganz klar: Wenn das Universitätsklinikum jetzt die Schulden bezahlen muss, dann sinken natürlich die Möglichkeiten des Uniklinikums.

(Abg. Werner Pfisterer CDU: Sagen Sie einmal etwas zu den positiven Effekten!)

Das wirkt sich natürlich auch zulasten der Beschäftigten aus. Auf deren Rücken wurde, wie leider bei allen Klinika im Land, immer bis an die Schmerzgrenze gespart. Diese Beschäftigten sollen jetzt erneut herangezogen werden, um für den Abbau der Schulden eines anderen Betreibers geradezustehen.

(Rita Haller-Haid)

(Abg. Werner Pfisterer CDU: Wieso denn? Sie zahlen doch nichts dafür! Sie haben ja weiterhin ihre Verträge!)

– Aber es ist klar, dass bei ihnen gespart wird. Das Klinikum muss diese 24 Millionen €, um die es immerhin geht, doch wieder erwirtschaften. Wie soll ein Uniklinikum dies erwirtschaften, wenn nicht letzten Endes auf dem Rücken des Personals?

(Zuruf des Abg. Werner Pfisterer CDU)

Ich möchte an dieser Stelle noch einmal daran erinnern, dass das Ministerium im Frühjahr dieses Jahres noch eine sachgerechte Lösung des Schuldenproblems vor eine Integration in das Klinikum gestellt hat.

Meine Damen und Herren, eine sachgerechte Lösung sieht aber anders aus. Das, was jetzt hier vorliegt, ist nämlich nichts anderes als die für das Land billigste Lösung. Wenn dann wieder wie bei der ersten Lesung argumentiert wird, es spiele doch gar keine Rolle, wer die Schulden trage, Land oder Klinikum, rechte Tasche oder linke Tasche, das Land bleibe ja Gewährträger, dann kann ich nur raten: Fragen Sie doch einmal die Beschäftigten und diejenigen, die dafür Sorge tragen müssen, dass das Klinikum halbwegs kostendeckend arbeitet.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Im Übrigen stellt sich dieselbe Frage bis heute auch bei der Grundsteuer. Selbst heute, da wir in der zweiten Lesung über dieses Gesetz beraten, ist deren volle Höhe noch nicht ermittelt. Ich frage mich, warum eigentlich nicht. Aber eines ist klar: Auch dafür muss natürlich das Klinikum bezahlen und wieder nicht das Land.

Ich weiß, jetzt wird gesagt: Das Klinikum bekommt auch die Grundstücke. Aber veräußern kann das Klinikum die Grundstücke natürlich nicht. So kommen in Wahrheit zu den 24 Millionen € noch einige Millionen dazu.

Eigentlich könnte man das auch einmal umdrehen: Das Land würde einfach die Grundstücke behalten und dann auch selbst die dafür anfallenden Steuern zahlen. Wenn es egal ist, könnten wir es gern auch einmal so herum machen.

Aus den genannten Gründen ist die SPD-Fraktion der Auffassung: Die Übernahme der Stiftung Orthopädische Universitätsklinik in das Klinikum muss erstens ohne eine Übernahme von Altlasten erfolgen. Zweitens dürfen bei dieser Übernahme auf keinen Fall Nachteile für die Beschäftigten entstehen – die aber nach der vorgesehenen Regelung für nicht wenige Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter die Folge sein dürften; denn durch den Übergang auf den Tarifvertrag des Uniklinikums können für manche auch Nachteile entstehen. Aus diesem Grund schlagen wir einen Überleitungstarifvertrag vor, der zwischen den Tarifparteien einvernehmlich geregelt wird.

Es wäre schön, wenn auch die beiden Regierungsfractionen den von unserer Fraktion und der Fraktion GRÜNE vorgeschlagenen Änderungen zustimmen würden. Dann würde dieses Gesetz nämlich nicht nur von allen Fraktionen im Landtag getragen, sondern auch von den Beschäftigten des Heidel-

berger Klinikums und von den Beschäftigten der Stiftung Orthopädische Universitätsklinik.

Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der Grünen)

**Stellv. Präsident Wolfgang Drexler:** Für die Fraktion GRÜNE erteile ich Frau Abg. Bauer das Wort.

**Abg. Theresia Bauer GRÜNE:** Herr Präsident, sehr verehrte Damen und Herren! Der Heidelberger Kollege Pfisterer hat sich mit seiner heutigen Rede heftig ins Zeug gelegt,

(Abg. Werner Pfisterer CDU: Was heißt „heute“? – Abg. Dr. Klaus Schüle CDU: Eine gute Rede war das! Eine hervorragende Rede! – Abg. Dietmar Bachmann FDP/DVP: Er hat recht!)

nachdem wir noch in der letzten Woche im Wissenschaftsausschuss eine Debatte darüber hatten – ausgelöst von CDU und FDP/DVP –, dass man die Verabschiedung dieses Gesetzes mit möglichst wenig Aufwand heute ohne Aussprache durchziehen möchte.

(Zuruf des Abg. Dr. Klaus Schüle CDU)

Sie wollten versuchen, wegen der 24 Millionen € Altschulden möglichst wenig Staub aufzuwirbeln.

(Abg. Werner Pfisterer CDU: Wir wollen keinen Staub, wir wollen Fakten!)

Wir meinen, da geht es um eine ganze Stange Geld. 24 Millionen € sind harte und für das Uniklinikum voraussichtlich auch traurige Fakten. Wir wollen darüber reden, wer dieses Geld aufbringen muss. Wir wollen über die Frage reden: Wer zahlt, und wer trägt die Verantwortung dafür, dass jetzt 24 Millionen € Altlasten vorliegen? Ihr Gesetzentwurf sagt ganz einfach: Die Altlasten trägt zu 100 % das Universitätsklinikum Heidelberg. Wir sagen in unserem Änderungsantrag von der SPD und uns Grünen: Die Altlasten hat das Land zu tragen.

Eigentlich ist es eine völlig eindeutige Angelegenheit, wenn man sieht, wer die Verantwortung für die Altschulden trägt. Der erste Verantwortliche war die Klinikleitung selbst. Spätestens seit 2007 konnte man wissen, dass die Stiftung Orthopädische Universitätsklinik bei Weitem nicht nur Schwierigkeiten wegen der Umstellung auf DRGs und wegen außerordentlich luxuriöser Investitionen im Baubereich hatte, sondern es auch massive hausgemachte Probleme gab. Die Stiftung Orthopädische Universitätsklinik steckte mit ihrer Geschäftsführung tief drin im Sumpf aus Vetterleswirtschaft, Missmanagement und hausgemachten Fehlern. Die Fehler sind übrigens nicht von der Wirtschaftsprüfungsgesellschaft gefunden worden, und sie sind auch nicht vom Aufsichtsrat festgestellt worden, in dem das Land nicht nur mit zwei Personen sitzt, sondern auch den Vorsitz hat. Die Fehler sind durch die gründliche Prüfung des Rechnungshofs aufgedeckt worden.

Daher steht auch der zweite Verantwortliche fest: Das ist die Landesregierung selbst, die in ihrer Kontrollfunktion versagt und im Aufsichtsrat offensichtlich nicht viel mehr getan hat,

(Theresia Bauer)

als konsequent wegzusehen, als sich die Probleme entwickelten.

Keine Verantwortung für die 24 Millionen € trägt das Universitätsklinikum Heidelberg, aber wirklich gar keine. Deswegen ist es überhaupt nicht in Ordnung, dass man jetzt dem Uniklinikum die kompletten Altlasten einer anderen Einrichtung aufbürdet.

Man muss das auch vor folgendem Hintergrund sehen: Wir haben unseren Universitätsklinikum eine weitgehende rechtliche Selbstständigkeit gegeben. Wir haben unsere Universitätsklinikum aufgefordert und sie beauftragt, als wirtschaftlich tätige Einrichtungen zu agieren. Sie sollen erfolgreich und effizient in einem harten Wettbewerb am Markt agieren. Wir erwarten von ihnen, dass sie wirtschaftlich handeln. Dann kann man ihnen doch nicht die Schulden, die andere produziert haben, aufbrummen wie irgendeiner nachgeordneten Behörde. Das ist ein völliger Widerspruch. Was für ein Anreiz soll das sein, wenn ein Unternehmen, das erfolgreich am Markt agiert, für seinen Erfolg dann dadurch bestraft wird, dass man ihm in die Rücklagen greift und ihm die Schulden anderer aufbrummt? Das kann doch nicht sein! Das ist kein Anreiz, um mit öffentlichem Geld verantwortlich umzugehen.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen)

Die Lösung war aus gutem Grund lange umstritten. Seit zwei Jahren wird über dieses Thema verhandelt. Seit dieser Zeit versucht das Universitätsklinikum zu erreichen, dass diese Schulden nicht an ihm hängen bleiben. Noch im Frühjahr – Frau Kollegin Haller-Haid hat darauf hingewiesen – hat das Wissenschaftsministerium in seiner Stellungnahme zu dem Antrag Drucksache 14/3997 geantwortet – ich zitiere den entscheidenden Satz; es ging um die Frage der Vollintegration –:

*Zwingende Voraussetzung hierfür ist jedoch, dass eine sachgerechte Lösung des Schuldenproblems der Stiftung gefunden werden kann, bei der eine Gefährdung des Universitätsklinikums Heidelberg ausgeschlossen wird. Klärungsbedürftig ist auch die Frage einer bei der Eingliederung der Stiftung möglicherweise anfallenden Grunderwerbsteuer.*

Heute wissen wir, was „sachgerecht“ für Sie bedeutet: Sachgerecht ist für Sie, 100 % der Schulden an das Universitätsklinikum zu delegieren. Auch die komplette Verantwortung für die Grunderwerbsteuer landet beim Universitätsklinikum. Das ist die wirkliche Motivation dafür, warum Sie von CDU und FDP/DVP lieber keine Aussprache durchführen und lieber nicht so viel Wind um das Thema machen wollten. Sie wollten nicht, dass darüber geredet wird.

(Abg. Werner Pfisterer CDU: Damit haben wir null Probleme!)

Die FDP/DVP hat im Wissenschaftsausschuss gesagt: „Es ist doch egal, wo die Schulden anfallen, ob beim Land oder beim Uniklinikum. Am Ende zahlt es doch der Steuerzahler.“

(Abg. Dietmar Bachmann FDP/DVP: Richtig erkannt!)

Ich finde, dass man so nicht mit unseren Einrichtungen umgehen kann. Selbst wenn dem so wäre, müsste das Land sa-

gen: Wir übernehmen die Verantwortung. Dann stünden die Altschulden sauber im Landeshaushalt, wo sie hingehören.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen)

Noch ein Satz zum Thema „sittenwidrig“. Ich habe auch nachgeschaut, was im Lexikon darüber zu finden ist. Dort kann man z. B. lesen:

*Sittenwidrige Bedingungen bei einem Geschäft sind solche, bei denen man einseitig seine Verantwortung abwälzt auf den schwächeren Partner und ihn zu einer vertraglichen Konstruktion drängt, die er unter freiwilligen Gesichtspunkten nicht eingehen würde.*

Das sind sittenwidrige Bedingungen. Sie wissen es auch selbst: Das Uniklinikum hat mit allem, was es hatte, gekämpft, um zu verhindern, dass die Schulden nun von ihm zu tragen sind. Es kann sich halt nicht wehren.

(Abg. Werner Pfisterer CDU: Die übernehmen das doch gern! Die machen das doch gern! Die machen später auch Gewinn!)

– Ich rede doch auch mit ihnen, Kollege Pfisterer.

(Abg. Werner Pfisterer CDU: Ständig!)

Das Universitätsklinikum hat alles versucht, um zu erreichen, dass die Schulden dort landen, wo sie hingehören.

Zum Schluss: Im Grundsatz – das möchte ich hier auch noch einmal betonen – stimmt auch die grüne Fraktion mit dem vorgesehenen Weg überein: Wir finden es richtig, dass es zu der Vollintegration kommt. Das ist der richtige Weg.

(Abg. Hagen Kluck FDP/DVP: Also zustimmen!)

Die Stiftung Orthopädische Universitätsklinik war am Ende. Eine Privatisierung wäre im Interesse der Beschäftigten ein Fehler gewesen. Wir glauben, dass am Ende die Stiftung Orthopädische Universitätsklinik Heidelberg mit der Integration in die Uniklinik eine gute Zukunft hat.

(Abg. Werner Pfisterer CDU: Späte, aber gute Erkenntnis! – Unruhe – Glocke des Präsidenten)

Schöner wäre es gewesen, wenn die Bedingungen die richtigen wären und Sie im Interesse der Beschäftigten und der Fairness gegenüber dem Klinikum heute unserem Änderungsantrag zustimmten.

Vielen Dank.

(Beifall bei den Grünen)

**Stellv. Präsident Wolfgang Drexler:** Für die FDP/DVP-Fraktion erteile ich Herrn Abg. Bachmann das Wort.

**Abg. Dietmar Bachmann FDP/DVP:** Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen!

(Abg. Brigitte Lösch GRÜNE: Bitte nicht reimen!)

Schon aus Anlass der Einbringung unseres gemeinsamen Gesetzentwurfs haben Kollege Pfisterer und ich für unsere Fraktionen deutlich gemacht, dass dieses Gesetz alternativlos ist.

(Dietmar Bachmann)

Eine Stadt wie Heidelberg braucht eine orthopädische Klinik der Maximalversorgung. Heidelberg hat eine orthopädische Klinik der Maximalversorgung mit einem hervorragenden Ruf. Der einzig vernünftige Weg ist es jetzt, diese Klinik zu erhalten und auf dem von uns aufgezeigten Weg einzugliedern.

(Abg. Dieter Kleinmann FDP/DVP: Ja!)

Nun gibt es eine Diskussion über den Wert. Liebe Kollegin Haller-Haid, liebe Kollegin Bauer, Kollege Pfisterer hat es euch doch vorgerechnet: Die Stiftung Orthopädische Universitätsklinik hat 25 Millionen € Schulden. 15 Millionen € werden in Form eines Zuschusses vom Land gezahlt, und zwar aus den Kassen des Krankenhausförderprogramms. Damit bleiben noch 10 Millionen € beim Klinikum hängen.

Der Wert der Grundstücke beträgt 103,9 Millionen €.

(Abg. Theresia Bauer GRÜNE: Da werden wieder Äpfel mit Birnen verglichen!)

Der Wert der Gebäude beträgt 18,2 Millionen €. Wenn man diese beiden Zahlen, die auch der Kollege Pfisterer schon genannt hat, zusammenzählt, ergibt das ein Gesamtvermögen von 122,1 Millionen €, das von der Stiftung Orthopädische Universitätsklinik auf die Universitätsklinik Heidelberg übergeht. Diesem Betrag stehen 10 Millionen € Schulden gegenüber. Das heißt, die Universitätsklinik Heidelberg macht ein Geschäft, bei dem sie am Ende 112,1 Millionen € mehr hat, als sie vorher hatte.

(Lachen der Abg. Theresia Bauer GRÜNE – Beifall des Abg. Dieter Kleinmann FDP/DVP – Abg. Dieter Kleinmann FDP/DVP: So ist es!)

Jetzt sage ich einmal etwas zur Alternative – die deswegen auch gar nicht infrage kam –: Hätte man die Stiftung Orthopädische Universitätsklinik einem Privaten zu diesen Konditionen zum Kauf angeboten – mit 112,1 Millionen € vom Staat in Form von Grundstücken geschenkt –, hätte der Rechnungshof doch gefragt, ob wir noch wissen, was wir tun.

(Abg. Werner Pfisterer CDU: Und die Grünen und die SPD hätten eine Anfrage dazu gemacht!)

Deswegen ist es so richtig. Es ist gut, dass die Universität dieses Geld, diese Werte bekommt. Das bisschen an Schulden nehmen wir eben mit in Kauf. Die Universität hat wirtschaftlich gesehen noch immer weit über 100 Millionen € Reingewinn.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU)

Ich komme noch einmal zu Ihrem Antrag. Die Universitätsklinik – Sie haben es zu Recht gesagt – ist eine Einrichtung des Landes. Es geht wirklich nach dem Prinzip „Linke Tasche, rechte Tasche“. Deswegen haben wir das Ganze auch im Land behalten, indem wir es der Uniklinik überantwortet und nicht irgendeinem anderen Träger gegeben haben. Einem anderen Träger hätten wir glatt noch 112,1 Millionen € mitgeben bzw. diese von ihm kassieren müssen. Das wäre schwierig geworden. Deswegen war es so die einzig mögliche Lösung.

Im Land ist es ganz einfach organisiert: Ganz oben ist das Volk, das alle fünf Jahre seine Vertreter wählt. Diese wiederum wählen eine Regierung, und darunter ist ganz viel Verwaltung angesiedelt. In dieser Verwaltung ist auch die Universitätsklinik. Sie ist kein selbstständiges Wesen mit eigenem Recht. Sie ist eine Körperschaft, die dem Land gehört.

Wenn alles, wie es sich gehört, für die Steuerzahlerinnen und Steuerzahler im Land arbeitet, wenn wir, aber auch die vielen Schwestern und Ärzte vor Ort, unsere Verantwortung wahrnehmen, dann sind wir alle Diener des Volkes. Am Ende ist es eine Kasse. Es sind immer die Steuerzahlerinnen und Steuerzahler, die Bürgerinnen und Bürger dieses Landes, die für dieses Geld geradestehen müssen.

(Beifall bei der FDP/DVP)

Um es vielleicht noch etwas einfacher auszudrücken, weil bald Weihnachten ist: Papst Benedikt pflegt regelmäßig, wie es sich gehört, zu erklären, auch er sei nur ein Arbeiter im Weinberg des Herrn, und er ist eben bei Weitem nicht der einzige. So ist es beim Land auch. Wir alle sind in derselben Firma.

(Abg. Rita Haller-Haid SPD: Dann übernehmen Sie doch die Schulden!)

– Frau Kollegin Haller-Haid, unfair ist in dieser Debatte allenfalls, wenn man den Menschen draußen vormacht, es sei anders. Das haben Sie getan. Am Ende zahlen die Bürgerinnen und Bürger für alles, was wir hier beschließen, und für alles, was die Verwaltung im Land tut.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP/DVP)

Das Einzige, was unfair ist, ist, zu versuchen, die Leute für dumm zu verkaufen.

(Abg. Rita Haller-Haid SPD: Das machen Sie doch gerade!)

Ich darf den Kollegen Pfisterer zum Begriff „sittenwidrig“ zitieren: Sittenwidrig ist etwas, was „gegen das Anstandsgefühl aller billig und gerecht Denkenden verstößt“.

(Zuruf der Abg. Ursula Haußmann SPD)

Wenn hier heute Morgen irgendetwas gegen das Anstandsgefühl aller billig und gerecht Denkenden verstößt, dann ist das einzig und allein, dass man versucht, die Bürgerinnen und Bürger, die Steuerzahlerinnen und Steuerzahler mit einem solchen Antrag zu verdummen. Dagegen verwahren wir uns.

Vielen Dank.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU – Abg. Hagen Kluck FDP/DVP: Jawohl! – Abg. Reinhold Gall SPD: Zum Thema Anstand könnten wir einmal über das Parteiengesetz und den Verstoß dagegen reden! – Gegenruf des Abg. Hagen Kluck FDP/DVP: Herr Kollege Gall, halten Sie sich zurück!)

**Stellv. Präsident Wolfgang Drexler:** Für die Landesregierung erteile ich Herrn Minister Professor Dr. Frankenberg das Wort.

**Minister für Wissenschaft, Forschung und Kunst Dr. Peter Frankenberg:** Herr Präsident, meine Damen und Herren! Abg. Werner Pfisterer hat das Notwendige und Richtige zum Inhalt des Gesetzentwurfs und das Notwendige und Richtige zu dem Änderungsantrag von SPD und Grünen gesagt. Abg. Bachmann hat es deutlich unterstrichen: Es handelt sich bei dem Klinikum, das die Orthopädie übernimmt, um ein Klinikum des Landes Baden-Württemberg.

Noch eine kurze Zwischenbemerkung, denn ich will Sie nur mit wenigen Worten bitten, diesem Gesetzentwurf zuzustimmen.

Frau Bauer, beim Vorstand des Klinikums handelt es sich nicht nur um den kaufmännischen Vorstand, sondern das sind auch ärztliche Vorstände gewesen, die hervorragende ärztliche und medizinische Arbeit geleistet haben.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU – Abg. Dieter Kleinmann FDP/DVP: Ja! – Abg. Werner Pfisterer CDU: Sehr gut! Und keine Schuld tragen!)

Man sollte nicht den gesamten Vorstand der Orthopädie in Haftung nehmen für das, was ein einzelnes Vorstandsmitglied gemacht hat.

(Zuruf der Abg. Theresia Bauer GRÜNE)

Es war gerade auch der hohe Leistungsstandard der Orthopädie, der dazu geführt hat, dass die Orthopädie mit den Fallkostenpauschalen Probleme hatte. Ein weiterer Teil der Schulden ist durch die Baumaßnahmen aufgehäuft worden, und nur relativ wenige Schulden sind durch Missmanagement entstanden.

Insofern kann man sagen: Es ist ein Glücksfall für die Universitätsklinik und für die Orthopädie, dass sie zusammenkommen, dass das zusammenkommt, was an allen anderen Universitätsklinikumsstandorten zusammen ist und zusammengehört, nämlich eine Orthopädie als Teil der Universitätsklinik, übrigens mit großen Synergiemöglichkeiten für die Universitätsklinik, für die dortige Chirurgie.

Das Universitätsklinikum wollte diese Übernahme und diese Integration auch gegen Bestrebungen zur Privatisierung. Hier ist niemand gezwungen worden. Wir leben in einem Staat freier Bürger und auch autonomer und freier Institutionen. Sie wollten es, weil es Synergieeffekte gibt und weil die Konditionen der Übernahme für das Universitätsklinikum letztlich positiv sind.

(Abg. Rita Haller-Haid SPD: Das ist wie beim Solidarpakt!)

Es ist alles zu den Schulden und dem Gegenwert gesagt worden. Dazu kommen allerdings erhebliche Synergieeffekte in der Krankenversorgung, die aus der Integration der Stiftung Orthopädische Universitätsklinik in das Universitätsklinikum resultieren.

Auch der Übergang der Beschäftigten ist vernünftig geregelt. Es ist letztlich eine Angelegenheit der Tarifparteien. Schlechterstellungen werden vermieden. Es gibt keine betriebsbedingten Kündigungen. Insofern kann auch niemand ernsthaft

behaupten, diese Integration und die Übernahme der Schulden gingen letztlich zulasten der Beschäftigten des Universitätsklinikums oder der Stiftung Orthopädische Universitätsklinik.

(Abg. Werner Pfisterer CDU: Das zu behaupten ist sittenwidrig!)

Denn das Universitätsklinikum hat stets hervorragend gewirtschaftet, hat erhebliche liquide Mittel und Rücklagen und kann im Betrieb durchaus mit seinen Rücklagen, ohne die eigenen Beschäftigten irgendwie zu tangieren, diese Integration leisten.

In diesem Sinn bitte ich Sie um Zustimmung zu diesem Gesetz, das nach allem, was geleistet werden konnte, für den Standort Heidelberg eine optimale Lösung ist. Optimale Lösungen für die Menschen sind selten sittenwidrig.

(Vereinzelt Heiterkeit – Abg. Dieter Kleinmann FDP/DVP: So ist es!)

Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

**Stellv. Präsident Wolfgang Drexler:** Liebe Kolleginnen und Kollegen, mir liegen keine weiteren Wortmeldungen vor. Wir kommen daher in der Zweiten Beratung zur **A b s t i m m u n g** über den Gesetzentwurf Drucksache 14/5446.

Abstimmungsgrundlage ist die Beschlussempfehlung des Ausschusses für Wissenschaft, Forschung und Kunst, Drucksache 14/5496. Der Ausschuss empfiehlt Ihnen, dem Gesetzentwurf unverändert zuzustimmen.

Dazu liegt ein Änderungsantrag der Fraktion der SPD und der Fraktion GRÜNE, Drucksache 14/5559, vor, den ich an den entsprechenden Stellen zur Abstimmung stellen werde.

Ich rufe auf

§ 1

Aufnahme

und dazu Ziffer 1 des Änderungsantrags der Fraktion der SPD und der Fraktion GRÜNE, Drucksache 14/5559.

Ich lasse über Ziffer 1 des Änderungsantrags abstimmen. Wer dafür ist, möge bitte die Hand heben. – Wer ist dagegen? – Wer enthält sich? – Damit ist Ziffer 1 des Änderungsantrags abgelehnt.

Ich lasse nunmehr über § 1 des Gesetzentwurfs abstimmen. Wer § 1 zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Wer ist dagegen? – Wer enthält sich? –

(Heiterkeit bei Abgeordneten der CDU, der Grünen und der FDP/DVP – Abg. Reinhold Gall SPD zu Abg. Rita Haller-Haid SPD: Wir sind doch im Ausschuss dafür gewesen! – Abg. Hagen Kluck FDP/DVP zur SPD: Sauladen! – Zuruf des Abg. Dr. Stefan Scheffold CDU)

Damit ist § 1 mehrheitlich angenommen.

(Stellv. Präsident Wolfgang Drexler)

Ich rufe auf

§ 2

Aufgabenfortführung und Fortführung des Versorgungsauftrags

Wer § 2 zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Wer ist dagegen? – Wer enthält sich? – Damit ist § 2 einstimmig zugestimmt.

Ich rufe auf

§ 3

Beschäftigte

und dazu Ziffer 2 des Änderungsantrags der Fraktion der SPD und der Fraktion GRÜNE, Drucksache 14/5559.

Ich lasse zunächst über Ziffer 2 des Änderungsantrags abstimmen. Wer dieser Ziffer 2 zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. –

(Abg. Brigitte Lösch GRÜNE: Aber dieses Mal eindeutig!)

Wer ist dagegen? – Wer enthält sich? – Damit ist dieser Änderungsantrag abgelehnt.

Ich lasse nunmehr über § 3 des Gesetzentwurfs abstimmen. Wer § 3 zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Wer ist dagegen? – Wer enthält sich? – Damit ist § 3 mehrheitlich zugestimmt.

Ich rufe auf

§ 4

Weiternutzung der Anlagegüter

Wer § 4 zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Wer ist dagegen? – Wer enthält sich? –

(Heiterkeit – Abg. Hagen Kluck FDP/DVP: Frau Haller-Haid, abstimmen! Alle Hände hoch! – Abg. Werner Pfisterer CDU: Wir sind in der Abstimmung, Frau Haller-Haid!)

Mehrheitlich zugestimmt.

Ich rufe auf

§ 5

Förderfähigkeit

Wer § 5 zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. –

(Abg. Werner Pfisterer CDU: Zwei Meinungen der SPD! – Zuruf des Abg. Dr. Stefan Scheffold CDU)

Wer ist dagegen? – Wer enthält sich? – Damit ist § 5 einstimmig zugestimmt.

Ich rufe auf

§ 6

Inkrafttreten

Wer § 6 zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. –

(Abg. Hagen Kluck FDP/DVP: Jetzt sind sie wieder auf Linie! – Gegenruf des Abg. Reinhold Gall SPD: Jetzt machen sie wieder, was ich will!)

Wer ist dagegen? – Wer enthält sich? – Damit ist § 6 einstimmig zugestimmt.

Die Einleitung

lautet: „Der Landtag hat am 9. Dezember 2009 das folgende Gesetz beschlossen.“

Die Überschrift

lautet: „Gesetz zur Aufnahme der Stiftung Orthopädische Universitätsklinik Heidelberg durch das Universitätsklinikum Heidelberg“. – Sie stimmen der Überschrift zu.

Wir kommen zur

S c h l u s s a b s t i m m u n g

Wer dem Gesetz im Ganzen zustimmt, den bitte ich, sich zu erheben. – Wer ist dagegen? – Wer enthält sich? – Damit ist dem Gesetz einstimmig zugestimmt.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, bevor wir in die Mittagspause eintreten, möchte ich bekannt geben, dass sich das Gremium nach Artikel 10 GG zu Beginn der Mittagspause im Josef-Schofer-Saal trifft.

Ich unterbreche die Sitzung bis 14:00 Uhr.

(Unterbrechung der Sitzung: 12:43 Uhr)

\*

(Wiederaufnahme der Sitzung: 14:00 Uhr)

**Stellv. Präsident Wolfgang Drexler:** Liebe Kolleginnen und Kollegen! Die unterbrochene Sitzung wird fortgesetzt.

Ich rufe **Punkt 5** der Tagesordnung auf:

**Regierungsbefragung**

Die Regierung hat dem Herrn Landtagspräsidenten zur Vorbereitung der Regierungsbefragung am 9. Dezember zwei zentrale Themen der Kabinettsitzung am 7. Dezember mitgeteilt:

1. Bilanz zum Start des Aktionsplans 2018 – Ernährung für Kinder und Jugendliche (Initiative „Komm in Form“)
2. Bundesratsinitiative „Strafbarkeit der Verstümmelung weiblicher Genitalien“

Die Regierung schlägt vor, das erste Thema zu behandeln, also die Bilanz zum Start des Aktionsplans 2018.

Ich darf für die Landesregierung Frau Staatssekretärin Gurr-Hirsch ans Mikrofon bitten.

**Staatssekretärin Friedlinde Gurr-Hirsch:** Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kollegen und Kolleginnen! Gern habe ich dem Kabinett in der vergangenen Kabinettsitzung Bericht über ein Jahr „Komm in Form“ im Rahmen des Aktionsplans 2018 erstattet. Sie kennen den Welternährungstag am 24. Ok-

(Staatssekretärin Friedlinde Gurr-Hirsch)

tober. Sie haben auch in den letzten Wochen über Organisationen wie „Brot für die Welt“ und „Adveniat“ wieder mitbekommen, dass die Zahl der Hungernden auf der Welt ständig steigt. Man spricht von einer Milliarde Menschen, die keinen Zugang zu ausreichendem Essen haben. Wir in Baden-Württemberg, wir in Europa unterhalten uns dagegen über Themen wie Überernährung und Fehlernährung. Jeder neunte junge Mensch soll von Adipositas betroffen sein.

Das große Thema muss von uns, der Weltgemeinschaft, gelöst werden, und wir müssen das viel konsequenter tun, indem wir vor allem die Verteilungsproblematik lösen und Verteilungsgerechtigkeit herstellen.

Aber die Themen eines gesundheitsbewussten Lebensstils sind sicherlich Themen der nationalen Politik und im Fall Deutschlands Themen der Länder. Es gibt ein Rahmenprogramm des Bundes, nämlich den Aktionsplan „IN FORM“ mit einer Laufzeit bis zum Jahr 2020. Wir in Baden-Württemberg haben vor einem Jahr „Komm in Form“ im Rahmen des Aktionsplans 2018 beschlossen, das heißt, wir haben andere Akzente gesetzt, auch Akzente der Bewegung.

Die Aufforderung lautet „Komm in Form!“, und zwar auch deswegen, weil unser Land seit 30 Jahren, seit der Ära des Landwirtschaftsministers Gerhard Weiser, Themen der Ernährungserziehung und der Ernährungsinformation in unserem Ministerium verankert hat.

Nun könnte man sagen, das sind „Pipi-Themen“. „Kinder und Gedöns“, hat Bundeskanzler Schröder einmal gesagt.

(Abg. Dieter Hillebrand CDU: SPD!)

Es sind jedoch keine Kleinigkeiten. Es geht immerhin um Kosten von 79 Milliarden € für die Behandlung ernährungsbedingter Erkrankungen. Insofern wird dieses Thema zunehmend ernster genommen.

Was ist „Komm in Form“? „Komm in Form“ ist eine Vorbereitung dergestalt, dass alle Aktivitäten, die es im Land gibt, unter ein Dachkonzept gestellt wurden und dass vor allem die Strukturen, die wir haben, effizient eingesetzt werden. Unser Rezept ist, die Leistungen, die es gibt, etwa die der 270 Ernährungsfachfrauen im Land, die auf Honorarbasis arbeiten, multiplikativ einzusetzen.

Im Vorlauf zum Orientierungsplan im Kindergarten haben wir uns schon vor fünf Jahren eingeschaltet. Wir haben den Orientierungsplan auch mit Ernährungsthemen unterlegt und im Vorfeld des Orientierungsplans und dessen Realisierung vor allem auch die Erzieherinnen fortgebildet. In allen 35 Landkreisen erfolgte Fortbildung durch unser Haus.

In diesem Jahr haben wir den Schwerpunkt auf die Kleinkindernährung und die Ernährungserziehung gelegt. Natürliche Partner sind dabei selbstverständlich die Hebammen, aber auch die sozialpädagogischen Ausbildungseinrichtungen.

Ganz konkret: Ein Projekt der nächsten drei Jahre soll der sogenannte Ernährungsführerschein sein. Das ist ein Projekt mit sechs Unterrichtseinheiten, die im dritten Grundschuljahr durch die Lehrer vermittelt werden können. Sie beinhalten sowohl Kompetenzen des Tuns, also der Nahrungszubereitung, als auch Elementarkenntnisse über Ernährung. Der Ernäh-

rungsführerschein soll in der Grundschule künftig so selbstverständlich sein wie der Fahrradführerschein. Ich glaube, dass das ein Grundstein ist, auf dem man aufbauen kann.

Wir haben selbstverständlich Kooperationen mit der Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung angestrengt. Unser Fokus richtet sich auch auf Jugendeinrichtungen, etwa auf Jugendhäuser. Wir begleiten auch Verbandsjugendliche beim Thema Ernährung, aber auch beim Thema Getränke. In Jugendhäusern sollten von Jugendlichen etwa gesunde und interessante Getränke selbst zubereitet werden – ohne Alkohol.

Ein Schwerpunkt in diesem Jahr ist auch die Schulverpflegung insgesamt gewesen. Das Land Baden-Württemberg ist das erste Bundesland, das eine Vernetzungsstelle für die Schulverpflegung implementiert hat. Inzwischen sind uns andere gefolgt. Wir haben Gelder vom Bund abgegriffen.

**Stellv. Präsident Wolfgang Drexler:** Frau Staatssekretärin, ich darf Sie bitten, zum Ende zu kommen. Für die Einführung sind fünf Minuten vorgesehen.

**Staatssekretärin Friedlinde Gurr-Hirsch:** Gern, ja. – Insgesamt kann man sagen, dass sehr viel gelaufen ist. Wir sind sehr zufrieden damit, dass vor allem die Landkreise selbst aktiv geworden sind. In den Landkreisen sind vor allem auch Projekte für sozial Benachteiligte gelaufen. Das Thema Ernährung ist angekommen, und ich bin davon überzeugt, dass es sich multipliziert.

**Stellv. Präsident Wolfgang Drexler:** Vielen Dank. Bitte bleiben Sie für Fragen gleich am Rednerpult stehen. Dann geht nicht immer Zeit für den Weg zum Rednerpult verloren.

Gibt es Fragen aus den Fraktionen? – Nein. Dann darf ich mich bei Ihnen, Frau Staatssekretärin, bedanken.

Jetzt kommt die Runde der Opposition. Heute beginnt die Fraktion GRÜNE. Ich darf Herrn Abg. Schlachter bitten. Herr Kollege, Sie können vom Rednerpult aus vortragen.

**Abg. Eugen Schlachter GRÜNE:** Das mache ich gern. – Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Am vergangenen Montag hat eine Untersuchung der Staatsanwaltschaft bei der Landesbank Baden-Württemberg wohl erheblichen Staub aufgewirbelt. Man kann im Gefolge auch sagen, dass die Menschen dadurch ihr Vertrauen in uns als Parlamentarier, in die Landesregierung und möglicherweise in die Landesbank verloren haben.

Das hat insbesondere auf uns und auf die Aufsichtsorgane eingewirkt. Man wird auf der Straße mit den Worten angesprochen: Ihr habt doch milliardenschwere Rettungspakete beschlossen, ihr habt unser Geld dort hineingeworfen. Jetzt scheint es – so lautet der Vorwurf – untreu vereinnahmt bzw. verausgabt worden zu sein. So ist die landläufige Meinung.

Seitens der Bevölkerung besteht wohl auch die Angst, dass die Risiken, die wir durch unseren Rettungsschirm abgeschirmt haben, möglicherweise doch schlagen werden. Ich brauche vor diesem Hohen Haus angesichts bevorstehender Haushaltsberatungen nicht zu sagen, dass es furchtbar wäre, wenn es auch nur in Teilen so weit käme, dass die Risiken hieraus schlagen.

(Eugen Schlachter)

Das Finanzministerium ist nach dem Landesbankgesetz federführende Aufsicht für die Landesbank. Deshalb frage ich die Landesregierung und im Speziellen den Finanzminister:

Erstens: Sind der Landesregierung Entscheidungen des Vorstands der Landesbank Baden-Württemberg bekannt, die im Widerspruch zu Entscheidungen des Verwaltungsrats oder anderer Gremien der LBBW standen?

Zweitens: Welche Schlussfolgerungen bezüglich der Arbeit der Gremien der Landesbank Baden-Württemberg zieht die Landesregierung aus den bekannt gewordenen Vorhaltungen der Staatsanwaltschaft gegen die Landesbank Baden-Württemberg?

Danke.

**Stellv. Präsident Wolfgang Drexler:** Für die Landesregierung erteile ich Herrn Finanzminister Stächele das Wort.

**Finanzminister Willi Stächele:** Herr Präsident, Herr Kollege Schlachter, meine Damen und Herren! Zur ersten Frage: Mir sind keine Entscheidungen bekannt, bei denen es einen Widerspruch zwischen dem Vorstand und den Gremien gegeben habe. Alle, die wir in den Gremien sitzen, würden peinlichst darauf achten, dass es keinen Widerspruch gibt.

Zur zweiten Frage: Herr Schlachter, Sie haben Verständnis, dass ich aus Respekt vor der dritten Gewalt keine Bewertung eines laufenden Ermittlungsverfahrens vornehmen kann, will oder darf. Wir haben die Medieninformation der Staatsanwaltschaft Stuttgart erhalten. Auch ich habe sie erhalten. Ich füge an – das gilt für uns alle –: In dubio pro reo.

Ich bin dankbar, dass im Hinblick auf Ermittlungsziele und Ermittlungsverfahren vonseiten der Betroffenen jede Offenheit gegeben ist. Ich kann Ihnen aber mitteilen, dass wir als Rechtsaufsicht gehandelt haben, und zwar nach § 18 Abs. 2 des LBBW-Gesetzes, indem wir tatsächlich als Rechtsaufsicht aufgefordert haben, uns Informationen zu den Ermittlungsverfahren und den Vorwürfen, die erhoben werden, zu geben.

Ich gehe davon aus, dass sich die Gremien in der nächsten Woche – die Termine sind bereits benannt – mit diesem Vorgang auseinandersetzen und im Rahmen des gesetzlich Zulässigen auf den aktuellen Informationsstand gebracht werden. Ich füge meine persönliche Meinung und Hoffnung an, dass dies in unser aller Interesse einen zügigen Abschluss finden kann. Ich glaube, man sollte jetzt alles dazu beitragen, dass man nicht noch einen Vertrauensverlust herbeiredet.

Das ist der aktuelle Stand, den ich mitzuteilen habe. Im Übrigen werden wir die weiteren Unterrichtungen zur Kenntnis nehmen. Wer mehr wissen möchte, der muss schon schauen, wie die Öffentlichkeitsfrage von der Staatsanwaltschaft bzw. vom Landeskriminalamt beantwortet wird.

**Stellv. Präsident Wolfgang Drexler:** Herr Minister, bleiben Sie bitte am Rednerpult stehen. Die Abgeordneten, die Fragen stellen wollen, können das von ihrem Platz aus tun.

Wer meldet sich zu Wort? – Herr Abg. Gall von der SPD-Fraktion.

**Abg. Reinhold Gall SPD:** Werte Kolleginnen, werte Kollegen! Die am Montag durchgeführte Durchsuchung der Landesbank stellt auch aus unserer Sicht in der Tat eine schwere Belastung für die Bank und deren Geschäftstätigkeit, aber auch für die anstehende Entscheidung der EU-Ebene dar. Ich erlaube mir die Bemerkung: Auch die Öffentlichkeitsarbeit der Bank selbst lässt Raum für Spekulationen. Herr Kollege Schlachter hat diese Spekulationen gerade „landläufige Meinung“ genannt. Ich füge an: Die eine oder andere Äußerung von Herrn Schlachter trägt aber auch zu dieser „landläufigen Meinung“ bei.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und der CDU – Abg. Karl Zimmermann CDU: Sehr gut! – Zuruf von der CDU: Er ist doch Banker, er muss es doch wissen! – Weitere Zurufe von der CDU, u. a. Abg. Karl Zimmermann: Der Schlachter ist das!)

Aber in den Medien war auch zu lesen – andere Informationen haben wir nicht –, dass Verträge von Vorständen, insbesondere die des Risikovorstands, nicht verlängert werden sollen.

Meine Frage an die Landesregierung lautet: Ist dies eine direkte Entscheidung im Zusammenhang mit der am Montag durchgeführten Durchsuchung, oder stand diese Entscheidung schon seit Längerem fest?

**Stellv. Präsident Wolfgang Drexler:** Bitte, Herr Minister.

**Finanzminister Willi Stächele:** Vertragslaufzeiten haben mit Sicherheit nichts mit dem zu tun, was an Ermittlungen seit Montag offenkundig geworden ist. Vertragslaufzeiten stehen; Verträge beginnen, und sie enden. Es ist ein Gebot an die zuständigen Gremien, Entscheidungen über Vertragsverlängerungen bzw. über die Nichtverlängerung von Verträgen zu treffen.

Mehr kann ich dazu nicht sagen, denn die zuständigen Gremien müssen sich mit Verträgen befassen, die in den nächsten Monaten enden werden.

Das, worüber ansonsten noch öffentlich spekuliert wird, ist von mir nicht zu kommentieren. Ich kann nur immer wieder sagen, man möge dafür Sorge tragen, dass der Persönlichkeitsschutz geachtet wird und dass nicht öffentliche Tatbestände auch wirklich nicht öffentlich bleiben.

(Zurufe von der CDU: Sehr gut!)

**Stellv. Präsident Wolfgang Drexler:** Herr Kollege Schlachter.

**Abg. Eugen Schlachter GRÜNE:** Es ist bekannt geworden, dass der bisherige Risikovorstand dort seinen Job nicht mehr machen soll. Dabei stellt sich die Frage: Haben die Gremien an dieser Entscheidung mitgewirkt?

**Finanzminister Willi Stächele:** Entscheidungen über Verträge sind in den letzten Wochen nicht ergangen. Ich kann nur empfehlen, dass Sie denjenigen, der dies geschrieben hat, fragen, wie er zu dieser Information kommt. Es steht mir jedoch wirklich nicht an, dies weiter zu kommentieren; zumindest kann ich nicht sagen, wer dies wann und wo an die frische Luft gesetzt hat.

(Vereinzelt Heiterkeit)

**Stellv. Präsident Wolfgang Drexler:** Eine weitere Frage, Herr Abg. Gall.

**Abg. Reinhold Gall SPD:** Herr Minister, Sie haben gerade zu Recht – zumindest soweit ich dies weiß – darauf hingewiesen, dass dies Verträge sind, deren Laufzeiten irgendwann im kommenden Frühjahr sowieso auslaufen. Dabei handelt es sich allerdings um Personen in durchaus wichtigen Funktionen. Aufgrund meiner Tätigkeit in anderen Gremien weiß ich, dass der Zeitraum für Entscheidungen darüber, ob Verträge verlängert werden oder nicht, nicht nur wenige Monate beträgt, sondern länger ist. Welche Zeiträume für die Entscheidungsfindung darüber, ob solch wichtige Verträge verlängert werden oder nicht, halten Sie denn eigentlich für erforderlich?

**Finanzminister Willi Stächele:** Zunächst einmal dürfen Sie davon ausgehen, dass die Frage der Vertragslaufzeiten und die Fragen, wie und innerhalb welcher Zeiträume darüber zu entscheiden ist, mit Sicherheit ganz losgelöst von diesen aktuellen Ermittlungen

(Abg. Rainer Stickelberger SPD: Na ja!)

und damit von dem Zeitpunkt, zu dem wir überhaupt von den Ermittlungen wussten, waren. Ich wusste schon vor den Ermittlungen, welche Verträge zur Entscheidung anstehen. Man hat darüber diskutiert, und ich weiß, dass abschließende Entscheidungen getroffen werden müssen.

Es gibt keine Handreichungen, die für jeden Einzelfall festlegen, zu welchem Zeitpunkt über diese Fragen befunden werden muss. Sie können manche Dinge vielleicht schon recht früh entscheiden, im Lichte von Entwicklungen, die bereits stattgefunden haben, und Sie können andere Dinge erst später entscheiden. Es gibt nirgendwo eine Vorschrift, der zufolge Sie sich vor Abschluss eines Vertrags zu einem bestimmten Zeitpunkt auf den Wochentag genau festlegen müssten.

Es gibt allerdings in den Verträgen oftmals eine gemeinsame Vereinbarung, wonach man sich frühzeitig äußern solle. Diese Frühzeitigkeit ist dann terminlich festgesetzt. Aber eine solche frühzeitige Äußerung muss nicht erfolgen. Sie kann erfolgen; wenn sie aber nicht erfolgt, kann jeder Vertragspartner entsprechend dem Vertrag handeln. Das ist bei solchen Verträgen üblich.

Im Übrigen bitte ich um Verständnis dafür, dass ich hier jetzt keine Einzelfälle, die möglicherweise anstehen, mit Namen und Inhalten vortragen kann.

**Stellv. Präsident Wolfgang Drexler:** Gibt es weitere Fragen? – Das ist nicht der Fall.

**Finanzminister Willi Stächele:** Umfassend beantwortet.

**Stellv. Präsident Wolfgang Drexler:** Vielen Dank für die erschöpfende Auskunft.

(Heiterkeit – Vereinzelt Beifall – Abg. Dr. Stefan Scheffold CDU: Vielen Dank für die umfassenden Kommentare!)

Nun eine Frage von Frau Abg. Fohler zu einem anderen Thema. – Bitte, Frau Abgeordnete.

**Abg. Sabine Fohler SPD:** Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich möchte heute ein Thema ansprechen, das schon einmal im Mittelpunkt einer Regierungsbefragung stand und über das wir damals hier im Parlament auch sehr lebhaft diskutiert haben. Diese lebhaftige Diskussion hat gezeigt, dass das Thema, wie ich meine, ein sehr wichtiges Thema ist und im Landtag auch einen großen Stellenwert hat.

Es geht um die Anerkennung der Zeugen Jehovas als Körperschaft des öffentlichen Rechts. Bei der ersten Regierungsbefragung zu diesem Thema hatte Staatssekretär Wacker für das Kultusministerium ausgeführt, dass er keine rechtliche Handhabe sehe, um diese Anerkennung zu verhindern. Auch Minister Rau hat dies bis heute immer wieder betont und diese Meinung vertreten.

Jetzt lesen wir in der Presse, dass nicht nur die Kollegin Dr. Arnold von der FDP/DVP, sondern auch Justizminister Dr. Goll in dieser Sache völlig anderer Meinung sind. Ich zitiere:

*Wenn wir diesen Verein anerkennen, begeben wir uns auf eine abschüssige Piste.*

Weiter sagt er:

*Man würde auch das wertvolle Gut der öffentlich-rechtlichen Körperschaft entwerten ...*

Minister Dr. Goll plädiert nun dafür, sich bei der Bewertung der Zeugen Jehovas nicht nur auf deren Eigendarstellung, sondern auch auf die Berichte der Aussteiger zu verlassen oder auf sie zu hören, denn diese ehemaligen Mitglieder können schildern, was intern in dieser Sekte wirklich passiert.

Herr Minister Goll, ich kann nur sagen: Willkommen im Klub! Das war genau das, was wir bei der ersten Regierungsbefragung zu diesem Thema gefordert haben, nämlich erstens alle rechtlichen Möglichkeiten auszuschöpfen, um diese Anerkennung zu verhindern, und zweitens die Berichte von Selbsthilfegruppen und Aussteigern endlich ernst zu nehmen und diese Leute überhaupt zu hören.

Ich denke, das ist auch wichtig. Denn wenn wir uns weiter auf den Weg begeben und in ein Verfahren eintreten, müssen wir als Land gut gerüstet und vorbereitet sein und auch die entsprechenden Informationen haben. Dazu brauchen wir die Gespräche mit denjenigen, die aufgrund eigener Erfahrungen die internen Strukturen dieser Sekte bestens kennen.

Ich sage hier ganz deutlich: Dieses Thema eignet sich nicht für ein Tauziehen zweier Minister, nämlich ein Tauziehen zwischen CDU-Minister Rau und FDP/DVP-Minister Dr. Goll.

Deswegen frage ich vor dem Hintergrund der widersprüchlichen Äußerungen dieser beiden Regierungsmitglieder: Was ist nun wirklich die Haltung der Landesregierung? Will sie, wie Minister Rau es sagt, die Sache möglichst still und leise und ohne Aufsehen zu erregen im Kabinett durchwinken, oder wird sie, wie es Minister Dr. Goll angekündigt hat, alle rechtlichen Möglichkeiten ausschöpfen, um die Anerkennung der Zeugen Jehovas als Körperschaft des öffentlichen Rechts zu verhindern?

(Sabine Fohler)

Ich fordere Sie auf: Nehmen Sie hier Stellung, sagen Sie uns, was die Haltung der Landesregierung ist, und informieren Sie uns über den Stand des Verfahrens.

(Beifall bei der SPD – Abg. Reinhold Gall SPD: Aber nur einer!)

**Stellv. Präsident Wolfgang Drexler:** Für die Landesregierung erteile ich dem Herrn Justizminister das Wort.

**Justizminister Dr. Ulrich Goll:** Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Die Frage, ob die Gemeinschaft der Zeugen Jehovas als öffentlich-rechtliche Körperschaft anerkannt werden soll, ist natürlich eine sehr komplizierte. Sie beschäftigt in der Tat im Moment auch die Landesregierung.

Dazu muss ich sagen, dass in der Landesregierung noch kein endgültiges Ergebnis gefunden worden ist. Einen Beschluss des Kabinetts gibt es hierzu noch nicht. Somit ist das, was ich jetzt sage, im Grunde genommen eine Momentaufnahme der Diskussion, die eben auch noch innerhalb der Landesregierung wie auch woanders stattfindet. Da haben Sie mich völlig richtig zitiert. Dem habe ich auch gar nichts hinzuzufügen.

Ich bin auch dankbar für die Gelegenheit, eines klarstellen zu können: Natürlich respektiere ich die Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts und anderer Verfassungsgerichte. Ich habe nur die Frage gestellt, ob man sich in den bisherigen Genehmigungsverfahren vornehmlich oder ausschließlich auf Angaben der betroffenen Organisationen gestützt hat oder ob auch einmal versucht wurde, Kontakt zu betroffenen Aussteigern aufzunehmen. Das ist der Stand der Dinge nach der letzten Kabinettsitzung. Ich halte es nach wie vor für klar, dass man sich einerseits an rechtliche Bestimmungen zu halten hat, dass man sich aber andererseits auch mit Betroffenen in Verbindung setzen sollte.

Wenn es ein bestimmtes Klagerisiko gibt – das möchte ich als Zweites sagen –, dann würde ich sicher zu denen gehören, die ein gewisses Klagerisiko auch eingehen würden, weil ich es bedenklich fände, wenn diese Anerkennung stattfinden würde. In der Tat bin ich nämlich der Meinung, dass ein solches Beispiel Schule machen könnte. Im Übrigen würde es am Schluss auch ganz übel auf die Kirchen zurückfallen – das sage ich nur einmal am Rande –, wenn dann fünf, sechs Organisationen hinterherkommen und wir dann die Rechte der Kirchen einschränken müssen, weil wir am Ende den anderen die ganzen Befugnisse nicht geben wollen.

Das würde mich also dazu bringen, es selbst bei einem bestimmten Risiko zu machen. Aber vorrangig ist für mich die Frage zu klären, wie man noch weitere Informationen gewinnen kann, um dann zum Schluss im Kabinett eine sicherlich einvernehmliche Entscheidung zu treffen.

**Stellv. Präsident Wolfgang Drexler:** Herr Minister, bleiben Sie bitte vorn, falls es weitere Fragen gibt.

Gibt es weitere Fragen? – Frau Abg. Fohler.

**Abg. Sabine Fohler SPD:** Ich hätte gern schon einmal konkret gewusst, welche Schritte die Landesregierung jetzt anstellt, um z. B. mit den betroffenen Gruppen zu sprechen, weil da die Informationen herkommen können. Das hätte ich auch

gern möglichst in einem gewissen Zeitfenster, und ich hätte gern konkrete Angaben.

**Justizminister Dr. Ulrich Goll:** Wir hatten das Thema mittlerweile, wenn ich mich richtig erinnere, zweimal im Kabinett, das letzte Mal in einer Sitzung, deren Datum ich nicht mehr weiß. Da wurde über den Stand der Dinge und der Diskussion berichtet.

Ich kann dazu nur sagen, dass ich vorgeschlagen habe, dass man in gewisser Weise das vorhandene Material, das wir von Aussteigern haben, auf jeden Fall sichtet und dass ich bei der nächsten Gelegenheit, wenn das Thema wieder auf der Tagesordnung steht, den Vorschlag machen werde, mit diesen Personen in Kontakt zu treten, um sich weitere Informationen zu verschaffen.

Mehr kann ich im Moment nicht sagen, weil das Thema nicht in der letzten Sitzung besprochen wurde. Ich weiß nicht, ob es auf die Tagesordnung der kommenden Sitzung kommt. Da Sie mich fragen, kann ich Ihnen nur sagen, was ich vorschlagen werde.

**Stellv. Präsident Wolfgang Drexler:** Eine Zusatzfrage des Herrn Abg. Schebesta.

**Abg. Volker Schebesta CDU:** Herr Minister, Sie haben das Stichwort Klagerisiko angeführt. Deshalb interessiert mich ein spezieller juristischer Teilaspekt. Es gibt eine Erstanerkennung in einem anderen Bundesland. Wir müssen uns jetzt über die Frage einer Zweitanerkennung in anderen Bundesländern unterhalten. Wie schätzen Sie juristisch – als Justizminister – die Möglichkeit ein, dass in einem eventuellen Klageverfahren die Gerichte zu dem Schluss kommen könnten, die Frage nach der Zweitanerkennung in künftigen Fällen sehr rigide zu bewerten, also keinen Handlungsspielraum, wie wir ihn jetzt zur Prüfung nutzen, wie wir ihn jetzt praktizieren, mehr anerkennen, weil sie sagen: „Die Erstanerkennung hat nahezu bindende oder bindende Wirkung für weitere Bundesländer“? Wie schätzen Sie diese Möglichkeiten in einem Klageverfahren ein? Wie fließt das in die politische Bewertung der Landesregierung ein?

**Justizminister Dr. Ulrich Goll:** Gut. Es ist natürlich auch genau die schwierige Frage, welchen Handlungsspielraum wir eigentlich haben. Aber das kann einen nach meiner Meinung nicht davon abbringen, zu sagen, dass wir diesen Handlungsspielraum ausloten und ihn auch ein Stück weit in Richtung der Entscheidung, die wir haben wollen, nutzen. Das dürfen wir schon. Es gibt eine entscheidende Behörde: Das ist die Landesregierung. Da fällt es aber nicht in mein Ressort, wobei ich ausdrücklich anbiete, dieser Geschichte auch persönlich nachzugehen, wenn ich den Auftrag bekomme, und mit den Betroffenen Kontakt aufzunehmen.

Mir geht es im Grunde nur darum, die Spielräume, die wir haben, auszunutzen. Dass wir gar keinen Spielraum haben, würde ich so nicht sagen. Er mag gering sein, aber ich würde ihn auch im Sinne der Entscheidung nutzen, die wir haben wollen. Wenn es am Ende nicht geht, dann geht es nicht. Aber zwei Schritte, die ich vorhin genannt habe, fehlen mir zur Stunde schon noch, nämlich das komplette Bild auch aus der Sicht der Betroffenen und die Abschätzung des Klagerisikos.

**Stellv. Präsident Wolfgang Drexler:** Eine weitere Frage, Frau Abg. Fohler.

**Abg. Sabine Fohler SPD:** Herr Minister Dr. Goll, wie beurteilen Sie die Äußerung des Herrn Kollegen Dr. Rülke, der die bisherige rechtliche Prüfung als rein kursorisch bezeichnet hat?

(Zuruf des Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP – Abg. Ursula Haußmann SPD: Eine klare Antwort jetzt bitte einmal!)

**Stellv. Präsident Wolfgang Drexler:** Bitte, Herr Justizminister.

**Justizminister Dr. Ulrich Goll:** Ich habe diese Äußerungen meines Fraktionsvorsitzenden nicht zu klassifizieren und nicht zu begutachten. Hier geht es um eine Regierungsbefragung.

(Heiterkeit des Abg. Dr. Stefan Scheffold CDU)

Ich teile die Befürchtung im Kern, dass man bisher im Wesentlichen von der ersten bis zur letzten Entscheidung von dem ausgegangen ist, was die Organisation selbst auf den Tisch legt. Wenn es so wäre, dann wäre mir das, ehrlich gesagt, zu wenig.

**Stellv. Präsident Wolfgang Drexler:** Eine Zusatzfrage des Herrn Abg. Bayer.

**Abg. Christoph Bayer SPD:** Herr Minister Dr. Goll, wir haben in der letzten Schulausschusssitzung von Herrn Minister Rau gehört, dass sämtliche Möglichkeiten in seinem Ressort ausgeschöpft seien und die Sache eigentlich klar sei. Er hat damit den Ball in andere Ministerien gespielt. Er liegt jetzt u. a. in Ihrem Ministerium.

Uns würde schon interessieren, wie Sie damit umgehen bzw. wo Sie tatsächlich noch Möglichkeiten sehen, regelnd einzugreifen, insbesondere was den Aspekt der Verfassungstreue angeht. Haben Sie belastbares Material, mit dem Sie dann in der Lage sind, einen möglichen Prozess zu bestehen? Das ist die erste Frage.

Die zweite Frage: Im Eröffnungsstatement wurde darauf hingewiesen, dass man sich möglicherweise auf einer „abschüssigen Piste“ befinde. Was kommt da noch in Bewegung?

**Stellv. Präsident Wolfgang Drexler:** Bitte, Herr Minister.

**Justizminister Dr. Ulrich Goll:** Ich habe von einer abschüssigen Piste geredet, weil mir – ich weiß nicht, ob man Leute zum Jagen tragen soll; das muss man aber wahrscheinlich gar nicht –

(Abg. Brigitte Lösch GRÜNE: Manchmal schon!)

sofort die Namen von Organisationen einfallen, die es als nächste versuchen könnten. Deswegen gilt auch das berühmte Zitat „respice finem – bedenke das Ende“, das insbesondere der frühere Ministerpräsident Erwin Teufel gelegentlich zu zitieren pflegte.

(Abg. Dr. Klaus Schüle CDU: Können wir bestätigen!)

Mir geht es nur darum, dass man alle Möglichkeiten ausschöpft. Ich hatte bisher den Eindruck, dass mit Aussteigern, von denen wir sogar die Namen kennen, der entsprechende Kontakt noch nicht aufgenommen wurde. Da gibt es, wenn man so will, eine Art negativen Kompetenzkonflikt zwischen den Ressorts, weil zunächst jeder sagt: Sind wir eigentlich dafür zuständig? Ich biete also allen Ernstes an, wenn jemand das möchte und ich den Auftrag bekomme, es selbst zu machen.

(Abg. Claus Schmiedel SPD: Sehr gut! – Abg. Rainer Stichelberger SPD: Quasi verfassungsrichterlich!)

**Stellv. Präsident Wolfgang Drexler:** Vielen Dank, Herr Minister.

Gibt es weitere Fragen? – Nein. Damit sind die Regierungsbefragung und auch der Tagesordnungspunkt 5 beendet.

Ich rufe **Punkt 6** der Tagesordnung auf:

**Antrag der Fraktion GRÜNE und Stellungnahme des Ministeriums für Wissenschaft, Forschung und Kunst – Hochschulpakt I und II in Baden-Württemberg – Drucksache 14/3536**

Das Präsidium hat folgende Redezeiten festgelegt: für die Begründung fünf Minuten, für die Aussprache fünf Minuten je Fraktion.

Ich erteile Frau Abg. Bauer von der Fraktion GRÜNE das Wort.

**Abg. Theresia Bauer GRÜNE:** Herr Präsident, verehrte Kolleginnen und Kollegen! Gelingt es, in kürzester Zeit genügend Studienplätze zur Verfügung zu stellen? Gelingt uns der finanzielle Kraftakt, der bundesweit nötig ist, um den wachsenden Bedarf an höherer Bildung zu decken, zumal er in eine Zeit fällt, in der die öffentlichen Haushalte so angespannt sind wie nie zuvor?

Wir alle wissen – rhetorisch und mit warmen Worten wird es von allen beteuert –: Wir brauchen ein massives Hochschulwachstum. Wir brauchen es angesichts des Dreiklangs erstens von geburtenstarken Jahrgängen in den Schulen, zweitens einem veränderten Übergangsverhalten – immer mehr junge Menschen gehen auf ein berufliches Gymnasium oder ein allgemeinbildendes Gymnasium und erlangen so die Hochschulreife – und drittens den doppelten Abiturjahrgängen, die schon heute und auch in den nächsten Jahren aus allen Bundesländern sukzessive an die Hochschulen drängen.

(Unruhe – Glocke des Präsidenten)

Das ist eine enorme quantitative Herausforderung für unser Hochschulsystem, und diese quantitative Herausforderung ist gleichzeitig mit den Qualitätsfragen zu bewältigen, die im Zusammenhang mit den Fehlern bei der Umsetzung der Bologna-Reform zu bearbeiten sind. Letzteres ist erst jetzt ins Bewusstsein der Öffentlichkeit gedrungen, und zwar insbesondere durch die Proteste der Studierenden.

Wir haben also zum gleichen Zeitpunkt zwei Aufgaben im Hochschulbereich zu bewältigen, nämlich den quantitativen

(Theresia Bauer)

Ausbau und die qualitative Verbesserung von Studium und Lehre. Das erfordert einen enormen Aufwand an Finanzmitteln, an Personen, an zeitlichen Ressourcen in den Hochschulen bis hin zu den räumlichen Gegebenheiten, die dafür zur Verfügung zu stellen sind.

In einem bin ich mir sicher: Die beiden Großbaustellen, die hiermit benannt sind, sind viel wichtiger für die Zukunftschancen unserer jungen Generation als die Exzellenzinitiative, die über Jahre hinweg fast ausschließlich die Aufmerksamkeit im Hochschulbereich auf sich gezogen hat. An dem Punkt „Verbesserung von Lehre und Studium“ werden sich die Zukunftschancen der jungen Generation entscheiden und nicht am Thema Exzellenzinitiative.

(Beifall bei den Grünen)

Deswegen ist es höchste Zeit, uns massiv und verstärkt um die Aufwertung der Lehre im Zentrum der Hochschulpolitik zu kümmern. Die Hochschulpakete I und II – im engeren Sinne jeweils die ersten Säulen der Hochschulpakete I und II, die der Bund und die Länder miteinander vereinbart haben – sind eine Stütze für den Ausbau der Studienplätze. Der Hochschulpaket I wurde im Jahr 2007 verabredet, die Fortsetzung, also der Hochschulpaket II, wurde im Juni dieses Jahres verabschiedet. Diese Hochschulpakete sind sozusagen die großen Schwestern des Programms „Hochschule 2012“ für Baden-Württemberg für den Ausbau von Studienplätzen.

(Unruhe)

Man könnte jetzt an den Hochschulpaketen herumkritteln. Das eine oder andere daran ist sicher zu kritisieren, z. B. die Fragen, ob es genügend Planungssicherheit gibt oder ob die neuen Studienplätze auskömmlich finanziert sind. Das kann man machen. Aber ich möchte dies gern beiseite lassen und etwas anderes vornewegstellen.

(Unruhe)

Ich bin mir sicher: Es ist ein Glück, dass es gelungen ist, wenigstens diese beiden Pakete zu schnüren, dass Bund und Länder miteinander vereinbart haben, über einen längeren Zeitraum – vorläufig bis zum Jahr 2016 – diese zusätzlichen Gelder in die Verbesserung von Studium und Lehre zu stecken. Ich bin froh, dass es trotz der Föderalismusreform auch gelungen ist, dass der Bund Geld in die Verbesserung der Lehre der Hochschulen steckt.

Ich hoffe und erwarte, dass sich alle Beteiligten, Bund und Länder, auch in dieser schwierigen finanziellen Situation nicht aus dieser Verantwortung zurückziehen werden, z. B. durch irgendwelche Taschenspielertricks, Rechentricks, neuen Verbuchungen von irgendwelchen Haushaltszahlen, sondern dass alle miteinander dafür sorgen, dass wirklich zusätzliches Geld in die Hochschulen fließt. Das haben diese nämlich bitter nötig.

(Anhaltende Unruhe)

Der Antrag, über den wir heute reden, ist über ein Jahr alt. Die Stellungnahme dazu ist ebenfalls über ein Jahr alt. Es ging darum, eine erste Zwischenbilanz dazu zu ziehen, wie Baden-Württemberg bei der Umsetzung des Hochschulpakts I abschneidet.

Die Antworten auf die im Antrag gestellten Fragen, die vor einem Jahr gegeben wurden, waren noch sehr vorläufig. Man konnte noch nicht viel vergleichen. Deswegen ist es, glaube ich, aussagekräftiger, auf aktuelleres Zahlenmaterial zu rekurrieren. Das gibt es auch; das nämlich hat das Centrum für Hochschulentwicklung (CHE) vorgelegt. Es hat im Frühjahr dieses Jahres, im April, eine vergleichende Bewertung darüber durchgeführt, wie gut es den Bundesländern gelingt, im Hochschulbereich zu wachsen und die Ziele des Hochschulpakts umzusetzen.

(Fortgesetzte Unruhe)

Ich finde deren Ergebnisse sehr lesenswert. Ich würde mir wünschen, dass wir für hochschulpolitische Debatten – auch wenn es das Plenum anscheinend nicht besonders interessiert; dann eben für diejenigen, die es interessiert – gute, aussagekräftige Zahlen vorgelegt bekommen. Denn ich habe nach wie vor den Eindruck, dass wir mit der Landesregierung um die Wette laufen müssen, weil sie mit den Zahlen im Hochschulbereich eher ein Versteckspiel betreibt, anstatt sie auf den Tisch zu legen und eine gescheite Bewertungsgrundlage für uns alle herzustellen.

(Fortgesetzte Unruhe)

Eine Variante dieses Versteckspiels wird z. B. bei der Frage gespielt, wie man den Aufwuchs beziffert. Beziffern wir ihn in Studienplätzen, oder beziffern wir ihn in Köpfen? Man kann es auch andersherum formulieren: Beziffern wir ihn in realen Menschen, die ein Studium aufnehmen, oder zählt eher die Infrastruktur, die zur Verfügung gestellt wird?

Jetzt kann man beim Heranziehen der Zahl der Plätze einwenden, dass es nichts nützt, Plätze zu haben, wenn diese wegen Zugangsbeschränkungen nicht besetzt werden. Umgekehrt kann man fragen: Was nützt es, wenn wir immer mehr Studierende an die Hochschulen lassen, aber die Plätze nicht ausreichen? Man sollte aufhören, mit diesen Methoden um den heißen Brei herumzureden. Wir sollten uns darauf verständigen, dass dem Wissenschaftsausschuss und dem Parlament – egal, ob wir angebotsorientiert oder nachfrageorientiert denken – insgesamt die Zahlen in beiden Varianten zur Verfügung gestellt werden. Dann kann man seine Schlüsse daraus ziehen, dann kann man vergleichen, und dann müssen wir hier nicht ewig Zahlen interpretieren und im Nebel stochern.

(Beifall bei den Grünen)

Lassen Sie mich in der Kürze der Zeit nur fünf Aspekte anreißen, auf die wir achten müssen, wenn wir die Herausforderung des Studienplatzausbaus wirklich bewältigen wollen.

Erstens: Nach meiner Lesart der Zahlen gelingt es in Baden-Württemberg nicht, den quantitativen Aufwuchs ausreichend schnell zu bewerkstelligen.

(Abg. Dr. Dietrich Birk CDU: Falsch!)

– Herr Dr. Birk, Sie kennen die Studie des CHE bestimmt auch. Das sind die aktuellsten Zahlen, die mir vorliegen. Das CHE kommt zu der Einschätzung, dass es in den Jahren 2007 und 2008 in Baden-Württemberg nicht gelungen ist, den angekündigten Aufwuchs zu bewältigen. Wir haben vom Bund

(Theresia Bauer)

Geld für die Jahre 2007 und 2008 bekommen. Wir müssen schauen, ob wir nicht auch in ein Haushaltsrisiko hineinlaufen, wenn wir nicht schnell genug mit den realen Aufwüchsen vorankommen. Vielleicht können Sie uns aber eines Besseren belehren. Legen Sie uns die Zahlen einfach vor. Dann muss ich hier nicht das CHE zitieren.

(Abg. Dr. Dietrich Birk CDU: Können wir machen!)

Das Zweite – das steht vielleicht damit in Verbindung – ist: Ich wundere mich schon, wie es in der jetzigen Situation, in der wir neue Studienplätze aufbauen, passieren kann, dass es Universitäten im Land gibt, in denen die Studienanfängerzahlen schon wieder zurückgehen. In diesem Jahr – das sind die aktuellsten Zahlen, die vorliegen – sind in den Universitäten Stuttgart, Karlsruhe und Ulm die Anfängerzahlen, anstatt weiter zu wachsen, schon wieder rückläufig, obwohl sie am Masterplan 2012, dem Programm „Hochschule 2012“, partizipieren.

(Abg. Dr. Dietrich Birk CDU: Aber die kommen doch erst jetzt! Frau Kollegin, Sie kennen doch die Ausbauplanungen! Was soll das?)

– Herr Dr. Birk, die Erklärung liefert Ihnen auch das CHE. Von diesem lassen Sie sich doch ansonsten gern beraten. Die Erklärung ist ganz einfach: Wenn man eine rein angebotsorientierte Politik macht, dann werden sich die Hochschulen immer wieder neue Maßnahmen überlegen, wie sie über Zulassungsbeschränkungen an einer anderen Stelle die Zugänge wieder versperren. Nur dann, wenn man eine Finanzierung aufbaut, die verstärkt nach dem Prinzip „Geld folgt Studierenden“ funktioniert, gibt es einen wirklichen Anreiz für die Hochschulen, die Plätze, die durch den Ausbau geschaffen werden, auch zu besetzen.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen)

Das CHE wird da in seiner Studie sehr deutlich und zitiert Wirtschaftsverbände und den Stifterverband, die alle in das gleiche Horn pusten und sagen: Die Politik muss in ihrer Hochschulfinanzierung die Prioritäten anders setzen und muss weg von der reinen Angebotsorientierung, wie sie auch hier in Baden-Württemberg gemacht wird.

Zwei weitere Stichworte: Es gelingt offensichtlich bislang noch nicht ausreichend, den gewollten Aufwuchs in den Bereichen Ingenieurwissenschaften, Naturwissenschaften und Mathematik zu schaffen. Wir hatten in den Jahren 2007 und 2008 in diesem Bereich sogar einen Rückgang der Zahl der Studienanfänger. Das hat sich jetzt verändert. Wir haben einen Aufwuchs bei Ingenieurwissenschaften, aber im Gegenzug wiederum Schwierigkeiten bei Naturwissenschaften und Mathematik, sodass die Anstrengungen zu verstärken sind, junge Menschen zu motivieren, diese Studiengänge zu absolvieren.

Das wird nur dann funktionieren, wenn es uns gelingt, die Abbrecherquoten zu senken und den Ruf dieser Fächer zu verbessern; denn sie gelten als so hart, dass man die ersten Semester nur mit Mühe überstehen kann. Wir müssen mit den Hochschulen zusammen daran arbeiten, mehr Menschen davon zu überzeugen, dass es Sinn macht, diese Studiengänge zu wählen.

Ein letzter Punkt: Der Hochschulpakt hat – was ich sehr gut finde – ein deutliches Gewicht darauf gelegt, den Aufwuchs dafür zu nutzen, den Anteil von Frauen beim Hochschulpersonal zu erhöhen. Baden-Württemberg gehört da bundesweit zu den Schlusslichtern. Wir haben erheblichen Nachholbedarf bei der Steigerung des Frauenanteils an Professoren. Die ersten Zahlen, die mir vorliegen, zeigen leider, dass die baden-württembergischen Hochschulen trotz dieser einmaligen Chance, zusätzliches Personal zu bekommen, wiederum nicht ausreichend vorangekommen sind, um dieses Defizit zu verringern.

Ich weiß, dass das Ministerium da Anstrengungen unternimmt. Das finde ich auch sehr gut. Sie müssen sie aber offensichtlich weiter verstärken, damit wir relevante und in Zahlen nachlesbare Verbesserungen bei der Steigerung des Frauenanteils in Hochschulen erleben.

Vielen Dank.

(Beifall bei den Grünen)

**Stellv. Präsident Wolfgang Drexler:** Für die CDU-Fraktion erteile ich Herrn Abg. Dr. Schüle das Wort.

**Abg. Dr. Klaus Schüle** CDU: Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Frau Kollegin Bauer, in Ihrem Antrag ging es um zwei Programme: zum einen um das Ausbauprogramm „Hochschule 2012“ des Landes und zum anderen um den „Hochschulpakt 2020“ des Bundes. Das sind zwei verschiedene Programme, die man auseinanderhalten muss. Dann haben Sie isoliert die Studierendenzahlen von 2005 bis 2007 in diesen Antrag eingebracht und sind zumindest in Ihrem Antrag zu nicht zutreffenden Schlüssen gekommen. Sie haben das jetzt gerade relativiert, was ich gut finde.

Sie haben damals gemeint, dass die Ziele des Programms „Hochschule 2012“ des Landes, aber auch des „Hochschulpakts 2020“ des Bundes nicht erreicht werden und dass die Studierendenzahlen zurückgehen.

Ich kann hier feststellen: Genau das Gegenteil ist der Fall. Den „Hochschulpakt 2020“ des Bundes werden wir übererfüllen. Ich werde gleich zu den Zahlen kommen. Beim Ausbauprogramm des Landes „Hochschule 2012“ liegen wir voll im Plan. Wir haben in diesem Jahr Rekordzahlen von Studierenden in Baden-Württemberg. Das ist die Realität.

Die Fehlschlüsse, Frau Bauer – deswegen gehe ich darauf ein –, kommen vielleicht wegen der Unterschiedlichkeit der beiden Programme zustande. Deswegen wollen wir uns diese noch einmal genau anschauen. Beim Ausbauprogramm „Hochschule 2012“ des Landes geht es um Studienplätze. Das heißt, in Abstimmung mit den Hochschulen und der regionalen Wirtschaft wird die entsprechende Ausstattung zur Verfügung gestellt: Personal, Technik, Sachmittel.

Beim „Hochschulpakt 2020“ des Bundes geht es „lediglich“ darum – es ist aber eine gute Sache –, pro Kopf der Studierenden einen Zuschuss zu geben, damit die Quantität stimmt, vor allem aber auch, damit man Unterstützung für eine hohe Qualität gibt.

Das sind ähnliche Programme. Zwischen beiden gibt es einen Zusammenhang, aber konzeptionell auch einen klaren Unterschied. Das sieht man konkret an den Zahlen: Beim Ausbau-

(Dr. Klaus Schüle)

programm „Hochschule 2012“ des Landes werden 16 000 neue Studienplätze bis zum Jahr 2012 aufgebaut.

Die erste Stufe ist bereits umgesetzt: Zum Wintersemester 2007/2008 gab es 5 000 neue Plätze. Da lag der Schwerpunkt bei der Dualen Hochschule. Dies ist wichtig; zu den Universitäten kommen wir gleich.

Im ersten Teil der zweiten Ausbaustufe haben wir 3 600 Plätze aufgebaut. Da lag der Schwerpunkt bei den Fachhochschulen.

Am 6. Oktober hat das Kabinett die Schaffung von 2 917 neuen Studienplätzen mit dem Schwerpunkt bei den Universitäten beschlossen. Dieses Vorhaben befindet sich gerade in der Umsetzung. Das heißt: Wir sind bei diesem Thema voll im Plan. Baden-Württemberg wird bis zum Jahr 2012 zusätzlich 485 Millionen € ausgeben.

Jetzt zum „Hochschulpakt 2020“. Die Gesamtzahl der Studierenden soll in Deutschland bis zum Jahr 2015 um 275 000 steigen. In der ersten Phase – das haben Sie genannt – von 2007 bis 2010 soll es in Deutschland 91 000 Studienplätze mehr geben. Heruntergerechnet auf Baden-Württemberg sind das 15 500. Davon haben wir jetzt 11 557 erreicht. Im nächsten Jahr erreichen wir dann auch diese 15 500.

In der zweiten Phase wird die Zahl der zusätzlichen Studienanfänger am Ende bei voraussichtlich 78 000 liegen anstatt bei 52 000, wie sie nach dem Hochschulpakt vereinbart sind, weil man die Plätze pro Jahr addieren muss. So rechnet der „Hochschulpakt 2020“. Das muss man wissen. Dann wirft man die Zahlen auch nicht durcheinander.

Jetzt kommt ein entscheidender Punkt – Frau Kollegin Bauer, Sie haben es angesprochen –: Das Geld folgt den Studierenden. Jetzt muss man wissen, dass die Hochschulen die Mittel des „Hochschulpakts 2020“, also die Bundesmittel, nur dann bekommen, wenn sie die Studienplätze auch tatsächlich mit Studierenden besetzt haben. Dies ist ein Anreiz für die Hochschulen, nicht irgendwelche Studienplätze zu schaffen, sondern solche, die bei den Studierenden auch wirklich Akzeptanz finden. Das ist einmalig. Das macht nur Baden-Württemberg. Das hat dazu geführt, dass keine Leerstände produziert werden, sondern dass alle neuen Studienplätze auch tatsächlich besetzt worden sind. Deswegen liegen wir bei den Zahlen so gut.

Abschließend: Völlig entgegen Ihrer damaligen Annahme haben wir in Baden-Württemberg mit 55 638 Studienanfängern zum Wintersemester 2009/2010 Rekordzahlen bei den Studierenden.

(Abg. Claus Schmiedel SPD: Einen Rekord an Abiturienten! Das ist doch keine Kunst!)

– Wenn in dem Antrag, Herr Kollege Schmiedel, steht, die Zahl gehe zurück, wir aber jetzt auf Rekordniveau sind, ist das ein Unterschied, den man feststellen darf.

(Abg. Claus Schmiedel SPD: Wenn es eine Abiturientenschwemme gibt, gibt es auch eine Studentenschwemme! – Gegenruf des Abg. Hagen Kluck FDP/DVP: Wieso „Schwemme“? Seien Sie doch froh, wenn die Menschen studieren! – Zuruf der Abg. Theresia Bauer GRÜNE)

Darüber freuen wir uns, weil wir im Jahr 2007 und im Jahr 2008 eine Zunahme hatten. Dies zeigt: Den Studierenden gefällt es in Baden-Württemberg, weil wir hier die besten Hochschulen haben. Wir sind auf einem guten Weg.

(Abg. Hagen Kluck FDP/DVP: Dank der guten Politik der Landesregierung!)

Da machen wir weiter.

Herzlichen Dank.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP – Abg. Werner Pfisterer CDU: Sehr gut erklärt!)

**Stellv. Präsident Wolfgang Drexler:** Für die SPD-Fraktion erteile ich Herrn Abg. Rivoir das Wort.

**Abg. Martin Rivoir SPD:** Sehr geehrter Herr Präsident, meine Damen und Herren! Der vorliegende Antrag der Fraktion GRÜNE – das wurde schon gesagt – ist ein Jahr alt. Mittlerweile hat sich die Situation an unseren Hochschulen, insbesondere in finanzieller Hinsicht, dramatisch verändert.

Der Antrag aus dem letzten Jahr versucht, akribisch Nachweis zu führen, warum welche Planzahlen unzutreffend sind, warum welche Planzahlen nicht erreicht werden können und warum und um welche Zehntelprozentpunkte die baden-württembergische Situation von der in anderen Ländern abweicht. Das sind richtige Fragen, berechnete Fragen. Aber die Fragen und Antworten stammen eben aus dem Jahr 2008.

Die Situation bei den Hochschulen, die wir im Wintersemester 2009/2010 erleben, ist demgegenüber verändert.

(Abg. Dietmar Bachmann FDP/DVP: Zum Besseren!  
– Gegenruf des Abg. Hagen Kluck FDP/DVP: Genau!)

Ich denke, dass wir hier nun breiter darüber diskutieren müssen und uns nicht mit Erbsenzählerei aufhalten sollten.

Wir haben an diesem Ort bereits vor zwei Wochen in einer Aktuellen Debatte über die Situation an unseren Hochschulen diskutiert. Ich will diesen Tagesordnungspunkt nutzen, um auf ein paar wichtige Punkte, existenzielle Probleme unserer Hochschulen, hinzuweisen.

Wir haben z. B. das Problem, dass der Bologna-Prozess wirklich außer Kontrolle geraten ist. Wir haben Studienangebote, die oft unstudierbar geworden sind. Die Wissenschaftlichkeit des Studiums ist nicht mehr überall gewährleistet. Wir werden große Probleme – das hat jetzt wieder mit Zahlen zu tun – beim Übergang vom Bachelor- zum Masterstudium bekommen, und – es wurde oft gesagt, aber daran hat sich nichts geändert – unsere Hochschulen sind chronisch unterfinanziert.

(Beifall bei der SPD – Abg. Dr. Klaus Schüle CDU:  
Das Klatschen der Schuldenmacher!)

Meine Damen und Herren, auch das Thema Studiengebühren will ich Ihnen nicht ersparen. Studiengebühren sind eine Zugangshürde, und sie haben in diesem Bundesland eine Selektionswirkung. Der Solidarpakt wurde hier einseitig durch die Einführung der Geschwisterregelung gebrochen. Das Projekt „Unternehmerische Hochschule“ ist gescheitert. Der Prozess führte zu einer Entfremdung von der Institution Hochschule.

(Martin Rivoir)

Das Fehlen einer Verfassten Studierendenschaft sorgt für großen Unmut unter den Studierenden.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Diese Liste ließe sich beliebig fortsetzen. All diese Punkte führen sogar dazu, dass sich Rektoren mit Hörsaalbesetzern solidarisieren.

Jetzt hat man ein wenig den Eindruck, dass die Verantwortlichen im Land und im Bund versuchen, den Protest mit einer Art Wattetaktik einzulullen. Aber, meine Damen und Herren, ich sage Ihnen: Watte hilft auf Dauer nicht gegen eine grundsätzlich verfehlte Hochschulpolitik.

(Beifall bei der SPD – Zuruf des Abg. Hagen Kluck FDP/DVP)

Herr Minister, Sie haben nach unserer letzten Debatte sehr medienwirksam mit anwesenden Studierenden gesprochen und diskutiert; es gab ein fast zweistündiges Gespräch. Wir waren als AK-Vertreter mit dabei. Sie haben den Studierenden versprochen, einige Punkte, die ihnen wichtig waren, zu prüfen und dann entsprechend zu reagieren.

Ich will hier einige Punkte, die dort angesprochen worden sind, ohne Anspruch auf Vollständigkeit aufzählen:

Sie wollen sich dafür einsetzen, dass erstens die Arbeit der Studierendenvertreter durch Globalbudgets erleichtert wird und dass zweitens hochschulpolitische Aktivitäten als Grund für ein Urlaubssemester anerkannt werden. Des Weiteren haben Sie in Aussicht gestellt, dass Modelle des Studiums unterschiedlicher Geschwindigkeiten ausprobiert werden.

Sie haben zudem zugesagt – das ist jetzt eine interessante Forderung –, sich dafür einzusetzen, dass die Fünfjahresfrist als Regelstudienzeit aufgeweicht wird. Es gab wohl gestern einen KMK-Beschluss, dass an dieser Fünfjahresfrist festgehalten wird. Insofern ist es besonders interessant, wie Sie Ihre Ankündigung jetzt umsetzen wollen.

Schließlich wollen Sie sich auch dafür einsetzen, dass beim BAföG Bachelor und Master als Einheit gesehen werden.

Dies sind einige aktuelle Fragen, die die Studierenden und die Lehrenden an unseren Hochschulen im Moment, im Jahr 2009, bewegen. Herr Minister, ich möchte Sie bitten, nachher auf diese Punkte einzugehen und uns zu sagen, wie Sie die Zusagen, die Sie den Studierenden in dem Gespräch vor zwei Wochen gemacht haben, umsetzen wollen.

Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD)

**Stellv. Präsident Wolfgang Drexler:** Für die FDP/DVP-Fraktion erteile ich Herrn Abg. Bachmann das Wort.

**Abg. Dietmar Bachmann FDP/DVP:** Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Der Antrag der Grünen – das haben hier schon alle gesagt – stammt vom Herbst 2008. Aus ihrer Zeit heraus sind die Fragen verständlich, denn im Sommer 2008 gab es tatsächlich eine kurze Durststrecke in Sachen Hochschulausbau. Auch wir waren von den damaligen Zahlen enttäuscht.

Die sich überlagernden Effekte, auf die das Ministerium in seiner Stellungnahme zu Recht eingeht, ließen damals noch nicht erkennen, wie erfolgreich unser Ausbauprogramm „Hochschule 2012“ sein würde. Im Gegensatz zu den Grünen haben wir aber mit dem uns eigenen unerschütterlichen Optimismus an den Erfolg geglaubt. Die Grünen dagegen reden mit ihrem ständigen Pessimismus das Land und den Standort schlecht.

Aber wir sagen Ihnen klipp und klar mit Theodor Heuss – auch wenn jetzt kein Grüner da ist, richten Sie es ihnen bitte aus –:

*Der einzige Mist, auf dem nichts wächst, ist der Pessimist.*

(Beifall bei der FDP/DVP)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, als Optimisten hatten wir die Hoffnung nicht aufgegeben, dass auch die Grünen dazu lernen. Leider ist davon in der heutigen Debatte nichts zu spüren, und die Fakten werden, wie bei den Grünen üblich, so lange zurechtgebogen, bis sie ins eigene schiefe Weltbild passen.

(Abg. Hagen Kluck FDP/DVP: Genau!)

Drei Punkte will ich deshalb kurz ansprechen:

Erstens: Tatsache ist, dass wir im kommenden Jahr 70 % der bis zum Jahr 2012 vorgesehenen Plätze bereits geschaffen haben werden. Im Jahr 2010 werden 2 900 Plätze neu eingerichtet, sodass insgesamt 11 500 der geplanten 16 000 neuen Studienplätze schon zur Verfügung stehen.

(Abg. Hagen Kluck FDP/DVP: Hört, hört!)

Das Programm liegt damit, wie es Kollege Schüle ausdrückte, voll im Plan.

(Beifall bei der FDP/DVP)

Zweitens: Der Bund wird in dem Antrag der Grünen und auch in der heutigen Debatte wieder für den Hochschulpakt gelobt. Kollegin Bauer sagte wörtlich, das sei die große Schwester des Programms „Hochschule 2012“. Im Grundsatz ist es richtig, den Bund zu loben. Denn jeder neue Platz, der vom Bund aus diesem Programm geschaffen wird, wird mit insgesamt 8 525 € gefördert. Absurd ist es aber, die Landesregierung und die sie tragende Koalition nicht noch mehr zu loben. Denn in Baden-Württemberg wird jeder neu geschaffene Studienplatz mit 9 375 € gefördert.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP/DVP – Abg. Hagen Kluck FDP/DVP: Hört, hört!)

Es ist eben so: Unser Programm ist die große Schwester, nicht umgekehrt.

(Zuruf des Abg. Walter Heiler SPD)

Drittens: Völlig absurd ist dann der Vorwurf, wir würden nicht genug für die MINT-Fächer tun. Zunächst einmal ist darauf hinzuweisen, dass 43 % der neuen Studienplätze in den Bereichen Mathematik, Ingenieur- und Naturwissenschaften eingerichtet werden. Jeder dieser neuen Studienplätze wird zu-

(Dietmar Bachmann)

dem in überdurchschnittlichem Umfang, nämlich mit 12 000 € bezuschusst. Wir tun dies aus voller Überzeugung, weil wir die Ingenieur- und die Naturwissenschaften für das Rückgrat von Wirtschaft und Wohlstand halten.

Merkwürdig ist der Vorwurf der Grünen vor allem deshalb, weil wir nicht genau wissen: Ist es denn nun richtig, MINT zu fördern – der Antrag und die heutige Debatte deuten irgendwie an, wir müssten da mehr tun –, oder ist das richtig, was in der letzten Debatte gesagt wurde, dass wir zu einseitig auf MINT schauen? Liebe Kollegin Bauer, nur ein Vorwurf kann stimmen. Entweder wir tun zu viel, oder wir tun zu wenig. Es wäre hilfreich, wenn Sie sich einig würden, was Sie uns zum Vorwurf machen wollen. Dann könnten wir damit auch vernünftig umgehen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, das Programm „Hochschule 2012“ hat sich zu einer Erfolgsgeschichte entwickelt. Unsere Universitäten stehen außerdem in der Exzellenz ganz vorn. Kein anderes Land gibt einen so hohen Anteil seines Bruttoinlandsprodukts – derzeit 4,2 % – für Forschung und Entwicklung aus.

(Abg. Claus Schmiedel SPD: Das ist die Industrie, nicht das Land! So ein Käse! – Zuruf der Abg. Ursula Haußmann SPD)

Jeder Vernünftige sieht, dass wir in Sachen Wissenschaft ganz vorn stehen. Jedem patriotischen Baden-Württemberger geht das Herz auf, wenn das Landesmotto „Wir können alles“ so eindeutig erfüllt ist.

(Abg. Peter Hofelich SPD: Das Landesmotto!)

Jeder Anständige tut das, was wir als Koalition, wir als FDP/DVP-Fraktion, heute aus voller Überzeugung wieder einmal tun: Wir danken Herrn Professor Dr. Frankenberg und seiner Mannschaft für ihre Arbeit.

(Beifall bei der FDP/DVP und der CDU – Abg. Claus Schmiedel SPD: Zum ersten Mal, dass die CDU aufwacht!)

Aber als unverbesserliche Optimisten geben wir auch bei den Grünen die Hoffnung nicht auf. Auch bei ihnen könnte ein Erkenntnisprozess einsetzen, wie ihn Immanuel Kant einmal beschrieben hat:

*Wenn die Wissenschaft ihren Kreis durchlaufen hat, so gelangt sie natürlicherweise zu dem Punkte eines bescheidenen Misstrauens und sagt, unwillig über sich selbst: Wie viele Dinge gibt es doch, die ich nicht einsehe!*

Halten Sie es mit Kant, und sehen Sie endlich ein, dass nur eine Koalition in unseren Landesfarben Schwarz-Gelb das Land in eine gute Zukunft führen kann.

Vielen Dank.

(Beifall bei der FDP/DVP und der CDU – Abg. Walter Heiler und Abg. Ursula Haußmann SPD: Oje, oje, oje!)

**Stellv. Präsident Wolfgang Drexler:** Für die Landesregierung erteile ich Herrn Minister Professor Dr. Frankenberg das Wort.

**Minister für Wissenschaft, Forschung und Kunst Dr. Peter Frankenberg:** Herr Präsident, meine Damen und Herren! Zukunft durch Bildung, Qualifikation und Innovation, das ist der Hintergrund unseres Programms „Hochschule 2012“ und auch die Grundlage für den Abschluss des Hochschulpakts. Wir investieren dieses Geld in eine sehr erfolgreiche Hochschullandschaft. Oder kennt jemand von Ihnen in Deutschland ein besseres Hochschulsystem als das von Baden-Württemberg?

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Zu diesen exzellenten Hochschulen gehört auch die Universität Ulm.

(Zuruf des Abg. Martin Rivoir SPD)

– Bitte?

(Zurufe der Abg. Claus Schmiedel und Martin Rivoir SPD – Gegenruf des Abg. Jörg Döpfer CDU: Die sind sprachlos!)

Der Antrag der Grünen vom November 2008 ging in der Tat von der Erwartung aus, dass die Ziele des Programms „Hochschule 2012“ und die Vereinbarung des „Hochschulpakts 2020“ nicht erreicht werden können.

Die Zahlen der Studienanfänger in den Jahren 2008 und 2009 sprechen eine andere Sprache. Im Jahr 2008 gab es über 4 500 zusätzliche Studienanfänger, also „Köpfchen“ und „Köpfe“.

(Heiterkeit bei der CDU und der FDP/DVP)

Im Jahr 2009 waren es knapp 9 000, Frau Bauer. Das sind keine Plätze, sondern das sind zusätzliche Studierende, und das sind klare Zahlen. Wir haben diese Studienplätze nicht durch Kapazitätserweiterung, sondern durch wirklich neue, ausfinanzierte Studienplätze geschaffen. Das sind also keine „Plätzchen“ wie in anderen Bundesländern, sondern es sind wirklich Plätze.

(Beifall des Abg. Dr. Klaus Schüle CDU – Abg. Werner Pfisterer CDU: Kann man das noch einmal wiederholen, damit es vertiefend hängen bleibt? – Abg. Dr. Klaus Schüle CDU: Er meinte nicht „Gutsle“!)

– Die Plätzchen reservieren wir für Weihnachten.

Wenn man in dieser Zeit den Solidarpakt kritisiert – beim Solidarpakt sind die Tarifsteigerungen berücksichtigt –, dann muss man sich einmal vor Augen führen, dass laut der letzten Statistik des Bildungsberichts für die Bundesrepublik Deutschland im Berichtszeitraum die Hochschulausgaben in keinem Land so gestiegen sind wie in Baden-Württemberg. Wir schränken nicht ein wie in Berlin, sondern wir geben zusätzliche Mittel. Ich hoffe auch nicht, dass irgendwann einmal ein Rektor von hier ein ähnliches Interview geben wird, wie dies Herr Professor Lenzen von der FU Berlin in der „Welt am Sonntag“ getan hat. Er sagte: „Einen Wissenschaftsminister wie Zöllner gibt es ansonsten nur noch in China.“

(Heiterkeit des Abg. Hagen Kluck FDP/DVP – Abg. Hagen Kluck FDP/DVP: Wo er recht hat, hat er recht!)

(Minister Dr. Peter Frankenberg)

Wir sind das Land einer freiheitlichen Hochschulpolitik und nicht das Land einer administrativen, einschränkenden, regulierenden und überregulierenden Hochschulpolitik.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

Wir schaffen Studienplätze mit Aussicht auf eine erfolgreiche Berufskarriere, und wir werden bis zum Jahr 2010 über 11 500 neue Studienanfängerplätze geschaffen haben und liegen damit über dem Ziel, das wir im „Hochschulpakt 2020“ vereinbart haben. Es ist also mit einer gewissen Wahrscheinlichkeit zu erwarten, dass wir keineswegs, wie die Grünen vermutet haben, das Ziel nicht erreichen, sondern dass wir mehr Studienanfänger haben werden, als wir im Hochschulpakt vereinbart haben.

Dabei sind wir im MINT-Bereich besonders erfolgreich. In keinem anderen Land gibt es so viele Anfänger im Ingenieurbereich, und in keinem anderen Land gibt es so viele Anfänger im MINT-Bereich wie in Baden-Württemberg. Wir haben unser Programm gezielt auf diese Bereiche hin ausgerichtet, und zwar in Absprache mit Unternehmen, aber auch mit öffentlichen Einrichtungen, die die Abnehmer unserer Absolventen sind.

Natürlich ist es nicht hundertprozentig möglich, Wünsche und das Zurverfügungstellen von Studienplätzen zur Deckung zu bringen. Daher werden wir in der nächsten Phase, wenn der doppelte Jahrgang des allgemeinbildenden Abiturs kommt, die Universitäten in voller Breite ausstatten, sodass auch die Wünsche derer, die Geistes- und Sozialwissenschaften studieren wollen, erfüllt werden können.

Auch die Bologna-Reform wirkt positiv und ist zu einem großen Teil gut umgesetzt worden.

(Abg. Walter Heiler SPD: Er spricht mit leidenschaftlichem Feuer!)

Dass es nach einer solch großen Reform einen Bedarf an Optimierung gibt, ist völlig klar. Nur zwei Punkte, Herr Rivoir: Wir haben gerade heute ein Programm ausgeschrieben, in dem wir Modellversuche zu einem Studium unterschiedlicher Geschwindigkeiten fördern werden.

(Abg. Martin Rivoir SPD: Gut!)

Baden-Württemberg ist das erste Land, das mit Modellversuchen neue, innovative Wege im Bachelorstudium geht, Wege, die dem Rechnung tragen, dass heutzutage ein großer Teil eines Altersjahrgangs mit unterschiedlichen Neigungen, mit unterschiedlichen Fähigkeiten und mit unterschiedlichen Erwartungen studiert.

Die Diskussion über Bachelor und Master in der KMK war nicht gestern, sondern sie findet heute und morgen statt. Dort werde ich meine Vorschläge einbringen.

**Stellv. Präsident Wolfgang Drexler:** Herr Minister, gestatten Sie eine Kurzintervention des Herrn Abg. Winkler?

**Minister für Wissenschaft, Forschung und Kunst Dr. Peter Frankenberg:** Ja, bitte.

**Stellv. Präsident Wolfgang Drexler:** Bitte sehr, Herr Abgeordneter.

**Abg. Alfred Winkler SPD:** Herr Minister, gestern und heute war Ihr letztes Wort in Ihren Ausführungen „Master und Bachelor“. Vorgestern wurde in einer großen deutschen Zeitung berichtet, dass bei den neuen Bachelorstudiengängen an einigen Universitäten eine Abbrecherquote in den MINT-Fächern von bis zu 40 % besteht.

(Abg. Claus Schmiedel SPD: In Baden-Württemberg sind es besonders viele!)

Sie sagen, der Bologna-Prozess verlaufe erfolgreich.

**Minister für Wissenschaft, Forschung und Kunst Dr. Peter Frankenberg:** Zunächst einmal, Herr Winkler, muss man schauen, wie denn die Vergleichszahlen der früheren Diplom- und Magisterstudiengänge aussehen.

Das Zweite ist: Es gibt Studiengänge mit hohen Abbrecherquoten und andere mit niedrigeren Abbrecherquoten. Übrigens gehen die Abbrecherquoten an den Universitäten deutlich zurück, während die Abbrecherquoten an den Fachhochschulen bundesweit ansteigen.

Unsere Antwort hierauf ist das Konzept eines Studiums der unterschiedlichen Geschwindigkeiten oder auch das Vorschalten propädeutischer Semester, um die Studierenden bezüglich der Inhalte, die in dem von ihnen gewählten Studiengang vorausgesetzt werden, aber zuvor nicht im Rahmen von Schulfächern vermittelt wurden, zu einer besseren Studierfähigkeit zu bringen.

(Abg. Norbert Zeller SPD: Das ist doch ein Armutszeugnis! – Abg. Martin Rivoir SPD: So, wie man es früher auch schon gemacht hat! – Zuruf von der SPD: Was bringt denn G 8?)

Es bleiben zwei Herausforderungen, die, was neue Studienplätze betrifft, bereits genannt worden sind. Die eine Herausforderung ist, mehr Frauen für den MINT-Bereich zu gewinnen. Inzwischen sind 50 % der Abiturienten weiblich. Wir müssen zudem feststellen, dass viele Frauen in Mathematik und Naturwissenschaften hochbegabt sind. Es ist aber erforderlich, sie nicht nur für ein entsprechendes Studium, sondern auch für eine Berufstätigkeit in diesen Fächern zu gewinnen. Das klappt häufig noch auseinander. Die Entwicklung der Befähigung hierzu beginnt allerdings nicht erst mit dem Schuleintritt, sondern es sind das Elternhaus und die vorschulischen Einrichtungen, die die Grundlagen schaffen.

Der zweite Bereich, auf den wir uns konzentrieren müssen, ist die bessere Bildungsbeteiligung – gerade was das Studium angeht – von Kindern mit Migrationshintergrund. Wir werden nämlich nach dem demografischen Boom, den wir jetzt erleben und der auch aufgrund der von uns bereitgestellten zusätzlichen Studienplätze eine Chance für Wirtschaft und Gesellschaft ist – dort werden immer mehr Hochqualifizierte gebraucht werden –, eine ebenfalls demografisch bedingte rückläufige Entwicklung der Zahl junger Menschen erleben. Umso wichtiger ist dann die hochwertige akademische, aber auch die duale Ausbildung junger Menschen, und umso wichtiger ist es, dass möglichst jeder bzw. jede nach seinen bzw. ihren Fähigkeiten und Möglichkeiten gefördert wird.

(Abg. Ursula Haußmann SPD: Das muss im Kindergarten anfangen! Macht doch einmal!)

(Minister Dr. Peter Frankenberg)

Wir müssen, wie es so schön heißt, die Bildungspotenziale unserer jungen Generation wirklich nutzen.

Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

**Stellv. Präsident Wolfgang Drexler:** In der Allgemeinen Aussprache liegen mir keine Wortmeldungen mehr vor. Wir kommen jetzt zur Erledigung des Antrags der Fraktion GRÜNE, Drucksache 14/3536.

Abschnitt I des Antrags ist ein Berichtsteil, der mit der Aussprache für erledigt erklärt werden kann.

Abschnitt II umfasst einen Beschlusstil mit Handlungsersuchen. Dieser Abschnitt wird zur Abstimmung gestellt. Wer Abschnitt II des Antrags der Fraktion GRÜNE, Drucksache 14/3536, zustimmt, möge bitte die Hand heben. – Wer ist dagegen? – Wer enthält sich? – Der Antrag ist knapp abgelehnt.

(Abg. Dr. Klaus Schüle CDU: Vielen Dank, Herr Präsident! – Gegenruf des Abg. Martin Rivoir SPD: Der müsste einmal durchzählen! – Gegenruf der Abg. Theresia Bauer GRÜNE: Wir hatten eigentlich die Mehrheit, oder? – Gegenruf des Abg. Martin Rivoir SPD: 26 : 24 waren es! Wenn noch ein paar mehr von euch da gewesen wären, hätten wir die Mehrheit gehabt! – Gegenruf der Abg. Theresia Bauer GRÜNE: Ich richte es aus!)

Damit ist Punkt 6 der Tagesordnung erledigt.

Ich rufe **Punkt 7** der Tagesordnung auf:

**Antrag der Fraktion GRÜNE und Stellungnahme des Wirtschaftsministeriums – Tourismusmarketing Baden-Württemberg entflechten und erneuern – Drucksache 14/3696**

Hierzu rufe ich den Änderungsantrag der Fraktion GRÜNE, Drucksache 14/5564, mit zur Beratung auf.

Das Präsidium hat folgende Redezeiten festgelegt: für die Begründung fünf Minuten und für die Aussprache fünf Minuten je Fraktion.

Ich darf Herrn Abg. Pix für die Fraktion GRÜNE das Wort erteilen.

**Abg. Reinhold Pix GRÜNE:** Sehr verehrter Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren, Kolleginnen und Kollegen! Letzten Freitag fand in Schwäbisch Hall die Jahreshauptversammlung der Tourismus-Marketing GmbH Baden-Württemberg statt. Sie hat gezeigt, dass die Hausaufgaben erledigt wurden, dass wieder ein geordnetes Wirtschaften eingeleitet ist, dass effizient gewirtschaftet wurde. Möglicherweise gibt es noch eine kleine „Landratsüberlast“, aber im Großen und Ganzen zeigt sich, dass die Tourismus-Marketing GmbH Baden-Württemberg wieder auf dem besten Weg ist und dass zudem das Jahresgehalt ihres Geschäftsführers wieder deutlich unter dem des Wirtschaftsministers liegt.

Daher konnte man am Wochenende wieder guten Gewissens in der Überzeugung nach Hause gehen, dass jetzt alles wie-

der gut wird, dass sich beim nahezu drittgrößten Wirtschaftszweig Baden-Württembergs mit weit über 280 000 Arbeitsplätzen – nicht exportabhängig – alles wieder zum Guten wenden wird, wäre da nicht noch ein kleiner Wermutstropfen im Wein der Tourismus-Marketing GmbH aufgetaucht. Dieser Wermutstropfen ist das in den vergangenen Jahren gezeigte Missmanagement der FDP/DVP im Tourismus –

(Lachen bei der FDP/DVP)

egal, ob dies unter Minister Döring erfolgt war oder heutzutage unter Minister Pfister erfolgt ist –, das fast schon legendär ist.

Dazu gehört, wie Sie alle heute in den Medien gelesen haben, ein Brief, den die Mehrzahl der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der TMBW, nämlich zwei Drittel

(Abg. Dietmar Bachmann FDP/DVP stellt sich an ein Saalmikrofon.)

– Herr Bachmann, Sie können sich gleich wieder hinsetzen –, in ihrer großen Sorge um die Personalsituation geschrieben haben. Diese Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter wurden dann von Minister Pfister zum einen verdonnert, diesen Brief als nicht geschrieben zu betrachten – ihnen wurde mit arbeitsrechtlichen Konsequenzen gedroht –, und der Minister hat zum anderen gefordert, dass dieses Schreiben medial nicht auftaucht. Das ist natürlich in Baden-Württemberg so gut wie unmöglich. Daher fordern wir Minister Pfister auf, den Brief der Angestellten der TMBW zu veröffentlichen, um bei diesem Vorgang für die erforderliche Transparenz zu sorgen.

Herr Minister, ich muss Ihnen sagen: Dieses Engagement von Ihnen als Aufsichtsratsvorsitzender der Tourismus-Marketing GmbH Baden-Württemberg ist Ihres Amtes nicht würdig.

(Beifall bei den Grünen)

Zweitens: Der Landesrechnungshof hat mit großer Deutlichkeit zahlreiche Kritikpunkte an der TMBW geäußert. In einem aktuellen Prüfbericht konnten Sie das nachlesen. Eine der Forderungen des Rechnungshofs lautet – dies bereits zum zweiten Mal –, dass die Entsendung eines Vertreters des Finanzministeriums in den Aufsichtsrat der TMBW als wünschenswert erachtet werde. Damit wäre sowohl das Land als wichtiger Geldgeber im Aufsichtsrat vertreten als auch die erforderliche Unabhängigkeit vom Wirtschaftsministerium gewährleistet.

Daher fordern wir Herrn Finanzminister Stächele auf, seinen ganzen Einfluss geltend zu machen: Setzen Sie sich bei Ihren uneinsichtigen Kollegen für eine Satzungsänderung der TMBW ein. Darin soll und muss endlich die Beteiligung eines Vertreters des Finanzministeriums als wirklich unabhängiges Mitglied im TMBW-Aufsichtsrat festgeschrieben werden.

Drittens: Es gibt in diesem Land Menschen, die gleich zwei Hüte auf haben; manchmal sind das auch noch Hüte, die gar nicht aufeinander passen. So ist die Situation, in der sich unser Wirtschaftsminister Pfister befindet. Aus dem Wirtschaftsministerium stammen 70 % der Mittel der Tourismus-Marketing GmbH Baden-Württemberg, gleichzeitig ist der Wirtschaftsminister Aufsichtsratsvorsitzender der TMBW. Das heißt, er kontrolliert die Verwendung der eigenen Gelder.

(Reinhold Pix)

(Minister Ernst Pfister: Was? – Zuruf des Abg. Claus Schmiedel SPD)

Das, meine Damen und Herren, kann und darf nicht sein.

Wir fordern Sie, Herr Minister Pfister, daher hier und heute auf, als Vorsitzender des Aufsichtsrats der TMBW zurückzutreten.

(Beifall bei den Grünen)

Wenn diese drei Forderungen umgesetzt sind, wäre ein wirklicher Neuanfang im Tourismus in Baden-Württemberg möglich. Dann könnten die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der TMBW endlich so arbeiten, wie es erforderlich ist: erfolgreich, effizient und hoch motiviert.

Vielen Dank.

(Beifall bei den Grünen – Abg. Claus Schmiedel SPD: Wer soll denn dann Aufsichtsratsvorsitzender sein? Der Herr Mendler?)

**Stellv. Präsident Wolfgang Drexler:** Für die Fraktion der CDU redet jetzt Herr Abg. Dr. Löffler.

**Abg. Dr. Reinhard Löffler** CDU: Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Mit Samthandschuhen haben die Medien die TMBW nicht angefasst. Starke Vokabeln wie „Filz“, „Missstände“, „Verschwendung“ waren da zu lesen, und heute Morgen war sogar von „Nötigung“ die Rede.

Die Grünen haben jetzt auch die Jagdsaison auf den Minister,

(Heiterkeit des Ministers Ernst Pfister – Abg. Reinhold Pix GRÜNE: Auf den Aufsichtsratsvorsitzenden! Das ist eine Schizophrenie!)

auf Herrn Ernst Pfister ausgerufen, der Minister und als Verbandspräsident Aufsichtsratsvorsitzender ist; das ist richtig.

Es ist aber an der Zeit, mit der Legendenbildung um die TMBW aufzuräumen. Denn eines muss klar sein: Die TMBW ist eine gute und erfolgreiche Gesellschaft.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/DVP – Abg. Werner Pfisterer CDU: Sehr gut!)

Im Jahr 1993 hat die TMBW 187 000 € an Umsatz gehabt. Heute hat das Unternehmen 2 Millionen € Umsatz. Der Umsatz ist über die Jahre kontinuierlich gestiegen. Man hat es geschafft, den Personalabbau konstant zu halten. Die Kosten für Personal wurden in den letzten fünf Jahren um 100 000 € reduziert.

(Zuruf des Abg. Claus Schmiedel SPD)

Der Wirtschaftsprüfer hat in allen Prüfungen ein Testat erteilt. Das Testat erstreckt sich auch auf § 53 des Haushaltsgrundsatzgesetzes.

Richtig ist, dass 70 % des Etats, der Unternehmenserträge aus Zuwendungen des Landes in Höhe von 3,5 Millionen € kommen. Davon werden ca. 700 000 € gleich an die Tourismusverbände weitergegeben. Aber – auch das muss man sagen –

die TMBW hat es in den letzten Jahren geschafft, Baden-Württemberg international zu einem Reiseland und einem Genießerland zu machen. Wir haben 280 000 Arbeitsplätze in der Touristikbranche. Das ist auch ein Erfolg der TMBW. Dafür bedanke ich mich auch bei den Mitarbeitern dieser Gesellschaft.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und der FDP/DVP)

Vielleicht war die TMBW gerade deshalb so erfolgreich, weil sie keine Behörde, keine Anstalt und auch keine Beteiligungsgesellschaft des Landes ist, sondern eine privat organisierte GmbH mit zwölf Gesellschaftern. Das Land Baden-Württemberg ist nicht Gesellschafter und ist auch nicht in den Gremien vertreten.

Die Rechtsbeziehungen zwischen dem Land und der TMBW beruhen ausschließlich auf einem Verwaltungsakt, auf einem Zuwendungsbescheid. Dieser Zuwendungsbescheid über 3,5 Millionen € regelt sehr detailliert Stellenpläne, Personalpläne, Finanzpläne, Einnahmen und Ausgaben. Er geht auch ins Detail. Er regelt, auf welche Kostenstelle welche Zahlungen zu erfolgen sind. Er regelt die Ausstattung des Büros. Er regelt, wie viele Arbeitsplätze befristet und nicht befristet sein sollen. Er regelt Radfahrwege. Er regelt auf 35 Seiten viele Dinge; man glaubt es kaum. Er ergänzt das noch in Nebenbestimmungen.

(Abg. Claus Schmiedel SPD: Irre! Ist das noch privatwirtschaftlich?)

– Richtig, man kann sich fragen, ob das wirklich noch privatwirtschaftlich geregelt ist. Auf jeden Fall hat das Land keine Gremienvertretung. Das Land haftet auch nicht für das Unternehmen. Dennoch funktioniert es ganz hervorragend und ganz blendend.

(Abg. Hagen Kluck FDP/DVP: Deswegen!)

Ich glaube, wir sollten dabei auch berücksichtigen, dass der Minister nicht in seiner Person als Minister handelt, sondern als Vertreter des Tourismusverbands.

Wenn ein Unternehmen so strukturiert ist, hat das Land außer dem Verwaltungsakt der Rechtsbeziehung keine Möglichkeit, in diese Gesellschaft einzugreifen. Ich glaube, Herr Pix, Sie gehen dem Prüfbericht des Rechnungshofs ein bisschen auf den Leim. Der Rechnungshof kann nur kontrollieren, was mit diesen 3,5 Millionen € gemacht wird. Er kann die Mittelverwendung auf Wirtschaftlichkeit und Sparsamkeit überprüfen, er kann aber in die Gesellschaft nicht eingreifen. Die gesellschaftlichen Strukturen sind völlig selbstständig.

Es geht nicht an, dass der Rechnungshof sagt, wie der Aufsichtsrat seine Geschäftsordnung zu organisieren hat. Es geht nicht an, dass der Rechnungshof sagt, wer in den Aufsichtsrat soll; selbst wenn ein Landesvertreter dort tätig ist, kann er nicht die Interessen des Landes vertreten, sondern nur die Interessen der Gesellschafter. Daher spielt es überhaupt keine Rolle, wie dieser Aufsichtsrat bestellt wird.

Der Aufsichtsrat entscheidet auch über die Höhe der Geschäftsführerbezüge. Nun gibt es in den Nebenbestimmungen des Verwaltungsakts, und zwar in den „Allgemeinen Neben-

(Dr. Reinhard Löffler)

bestimmungen für Zuwendungen zur institutionellen Förderung“, einen Satz, der wie folgt lautet:

*Der Zuwendungsempfänger darf seine Beschäftigten finanziell nicht besser stellen als vergleichbare Landesbedienstete.*

Das ist gut und schön und wird auch gemacht. Aber der Geschäftsführer als Organ der Gesellschaft ist nicht Beschäftigter, und deshalb hat niemand vom Land das Recht, über die Höhe der Geschäftsführerbezüge zu diskutieren.

Das ist aber genau das, was Sie in Ihrem Antrag in epischer Breite tun. Überschieden ist Ihr Antrag zwar „Tourismusmarketing Baden-Württemberg entflechten und erneuern“, aber eigentlich meinen Sie: Erforschen der Geschäftsführerbezüge, der Nebenbeschäftigungen und der Aufsichtsratsmandate. All das kann aber nicht Gegenstand der Forderung sein, die Sie erheben; denn es handelt sich um eine selbstständige Gesellschaft.

Ich glaube, dass Ihr Antrag aus diesem Grund abgelehnt werden muss. Eine Entflechtung der Gesellschaft ist eine Enteignung. Die Gesellschaft als juristische Person ist verfassungsrechtlich geschützt als eingerichteter und ausgeübter Gewerbebetrieb. Lassen Sie bitte die Hände davon.

Es ist gar nicht erforderlich, diese Gesellschaft zu entflechten. Auch eine Neustrukturierung ist nicht erforderlich. Das System funktioniert. Es funktioniert erfolgreich und hat all die Jahre erfolgreich funktioniert. Ich denke, was gut ist, kann man besser machen. Aber eine Neustrukturierung ist nicht zielführend.

Ich danke dem Wirtschaftsminister als Person im Aufsichtsrat für die Arbeit. Ich hoffe, dass sie weitergeführt wird und erfolgreich weitergeführt wird.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und der FDP/DVP – Abg. Dr. Klaus Schüle CDU: Sehr gut! – Abg. Hagen Kluck FDP/DVP: Bravo!)

**Stellv. Präsident Wolfgang Drexler:** Für die SPD-Fraktion erhält Herr Abg. Dr. Prewo das Wort.

(Abg. Hagen Kluck FDP/DVP: Der wird auch loben!)

**Abg. Dr. Rainer Prewo SPD:** Herr Präsident, verehrte Kolleginnen und Kollegen! In mehreren Berichten, vor allem der „Stuttgarter Zeitung“, wurden Missstände bei der Tourismusmarketing Baden-Württemberg aufgedeckt: merkwürdige Gehaltszahlungen an den früheren Geschäftsführer mit Zügen der Selbstbedienung, undurchsichtige Auftragsvergaben und auch Gefälligkeitsleistungen, die nicht nachvollziehbar waren, vor allem aber ein fast völliges Fehlen einer inhaltlichen Aufsicht und Kontrolle durch den Aufsichtsrat und dessen Vorsitzenden, der zugleich der Wirtschaftsminister ist.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der Grünen)

Das meiste allerdings, meine Damen und Herren, betrifft den Vorgänger von Minister Pfister und nicht den heutigen Wirtschaftsminister.

(Abg. Ursula Haußmann SPD: Wer war denn das? – Gegenruf des Abg. Claus Schmiedel SPD: Das ist egal, das ist eine Familie! Die gehören zur FDP!)

Der Rechnungshof hat alles geprüft und bestätigt. Nicht ein einziger Punkt, von dem die Zeitung berichtete, konnte durch die Prüfung entkräftet werden.

(Lachen der Abg. Beate Fauser FDP/DVP)

Das muss man festhalten. Ich weiß nicht, warum der Kollege Löffler den Haupttenor seiner Rede darauf gelegt hat, den Rechnungshof zu rügen.

Hinter solchen etwas verlotterten und aus dem Leim gegangenen Strukturen dieser Gesellschaft

(Abg. Hagen Kluck FDP/DVP: Na, na, na!)

müssen nach der Lebenserfahrung noch mehr Probleme stecken. Das ist auch die Quintessenz des Briefes, den die Mitarbeiter an den Minister geschrieben haben oder schreiben wollten.

Baden-Württemberg war immer ein sehr starkes Tourismusland

(Abg. Claus Schmiedel SPD: So ist es!)

und hatte die zweithöchste Zahl von Gästen nach Bayern. Aber in den letzten zehn, 15, 20 Jahren haben wir schleichend an Boden verloren, und das in einer Zeit, in der in Deutschland und der Welt das Reisen und der Tourismus deutlich zugenommen haben. Seit 1992 – Statistisches Bundesamt, Herr Kollege Löffler – hat die Zahl der Gästeübernachtungen in Deutschland um 23 % zugenommen, in Baden-Württemberg um gerade 0,8 %. Wir sind von Rang 6 auf Rang 9 bei der Relation der Gästeübernachtungen pro Einwohner gefallen. Während Baden-Württemberg 13 % der Einwohner in Deutschland hat, haben wir inzwischen nur noch 11,8 % der Gästeübernachtungen. Da sind die Geschäftsreisenden, von denen wir sehr viele im Land haben, schon mitgezählt. Wir sind also unter den deutschen Durchschnitt gefallen, dabei lagen wir 1995 noch über dem deutschen Durchschnitt.

(Abg. Hagen Kluck FDP/DVP: Wie viele beherbergen denn Sie?)

Darum müssen wir uns kümmern, Herr Kollege Kluck. Genau das ist der Punkt, den wir für das Land anpacken müssen.

(Beifall bei der SPD)

Da muss dann der Lohn – auch Ihr Lohn, Herr Minister – endlich einmal der Leistung entsprechen,

(Abg. Claus Schmiedel SPD: Sehr richtig!)

um einen gewissen Slogan aufzugreifen. Das gilt für den Sektor Heilbäder sogar in besonderem Maß.

Wir sind doch ein wunderbares Ferienland: Vom Bodensee über das Allgäu, den Schwarzwald, die Alb, Hohenlohe, Neckarland, Odenwald, Stromberg, Kraichgau, Ortenau, Kurpfalz, Main-Tauber

(Dr. Rainer Prewo)

(Abg. Hagen Kluck FDP/DVP: Reutlingen! – Abg. Thomas Blenke CDU: Heckengäu! Schlehengäu!)

Ist das ganze Land ein wunderbares Ferienland.

(Abg. Claus Schmiedel SPD: So ist es! Nur muss man etwas daraus machen!)

Der heutige Trend im Tourismus kommt uns sogar entgegen – es ist sogar ein Megatrend –, nämlich der sanfte Tourismus, Wellness, der Aktivtourismus, Radfahren, Wandern sowie Genießen und Kultur. Das ist der Megatrend im Tourismus. Das machen die Leute immer lieber.

Genau davon haben wir am meisten von allen zu bieten. Wir müssen nur unsere Segel richtig setzen. Wir haben auch hervorragende Angebote, vor allem Spitzenprodukte. Aber in der Breite und in der Infrastruktur für den Tourismus, also dort, wo der Staat zuständig ist, fallen wir zurück.

Der Tourismus wird auch als Wirtschaftszweig immer wichtiger. Heimische Arbeitsplätze im Tourismus können nicht ins Ausland verlagert werden. Wir haben heute viel mehr Arbeitsplätze im Tourismusbereich als in der Automobilindustrie oder im Maschinenbau.

(Unruhe)

Darauf müssen wir schauen und Maßstäbe für das Land entwickeln. Es ist eine tolle und lohnende Aufgabe, Tourismusmarketing in Baden-Württemberg zu betreiben. Wir müssen es endlich erfolgreicher machen.

Der neue Geschäftsführer der Gesellschaft, Andreas Braun, hat eine spannende Aufgabe. Ihm und seinem Team trauen wir das auch zu.

(Beifall bei der SPD – Abg. Claus Schmiedel SPD: Unserem Team! – Unruhe)

Das zeigt übrigens gerade der Brief, den die Mitarbeiter an den Minister geschrieben haben. Denn Leute, die einen solchen Brief schreiben, trauen sich mehr zu, als sie bisher durften. Sie wollen etwas schaffen, sie sind motiviert bis in die Haarspitzen, sonst schrieben sie keinen solchen Brief.

(Lebhafte Unruhe)

Sie müssen aber jetzt mit ihrem neuen Chef durchstarten und die Erblast der alten Geschäftsführung hinter sich lassen. Sie werden in den nächsten Jahren an ihrem Erfolg gemessen, und damit auch die Regierung am Erfolg der TMBW.

Herr Minister, Sie haben im Ausschuss erklärt, man habe die Gesellschaft seinerzeit als eine „staatsferne Gesellschaft“ gründen wollen. Gut, Staatsferne.

(Zuruf des Ministers Ernst Pfister)

Aber die Fachzuständigkeit liegt beim Ministerium.

(Abg. Dr. Reinhard Löffler CDU: Nein!)

Der Minister ist Aufsichtsratsvorsitzender.

(Abg. Dr. Reinhard Löffler CDU: Nein!)

Wo ist da die Staatsferne?

(Abg. Claus Schmiedel SPD: Der macht den Zuwendungsbescheid!)

Er dokumentiert die Staatsferne nur in der Weise, dass er sich als präsidialer Frühstücksdirektor versteht

(Abg. Hagen Kluck FDP/DVP: Oi, oi, oi! Herr Prewo, Anstand!)

und dabei die Kontrolle außer Acht lässt und sich da missversteht.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Es geht aber um 70 % Steuergelder. Deswegen ist es richtig und muss auch so sein, dass der Minister im Aufsichtsrat ist und dass er Vorsitzender des Aufsichtsrats ist. Denn es geht um das Tourismusmarketing des Landes. Es geht – ökonomisch gesprochen – auch um Standortinteressen des Landes.

(Glocke des Präsidenten)

**Stellv. Präsident Wolfgang Drexler:** Herr Kollege Dr. Prewo – –

**Abg. Dr. Rainer Prewo SPD:** Sofort, ich bin gleich fertig. – Wer soll diese Interessen wahrnehmen? Wer muss daran gemessen werden? Das ist der Fachminister.

Meine Damen und Herren, der Antrag der Fraktion GRÜNE ist in diesen Punkten wahrlich nicht hilfreich.

(Abg. Hagen Kluck FDP/DVP: Das war die erste richtige Erkenntnis!)

Die darin enthaltene Forderung, dass es keine Interessenverquickung geben dürfe, ist ganz klar. Das ist aber schon gesetzlich geregelt. Das brauchen wir nicht extra zu beschließen.

Sinnvoll wäre es, wenn das Parlament besser eingebunden wäre, aber nicht im Aufsichtsrat oder etwas Ähnlichem, sondern wir wünschen uns, Herr Minister, dass künftig jedes Jahr

(Zuruf der Abg. Brigitte Lösch GRÜNE)

ein Leistungsbericht der TMBW im Wirtschaftsausschuss abgegeben wird.

(Beifall bei der SPD – Abg. Claus Schmiedel SPD: Sehr gut!)

**Stellv. Präsident Wolfgang Drexler:** Herr Kollege Dr. Prewo – –

**Abg. Dr. Rainer Prewo SPD:** Wir haben ein starkes Land, aber eine schwache Regierung. Das ist das Problem. Sie steht im Land in Wirklichkeit auf der Bremse.

(Beifall bei der SPD – Lachen des Ministers Ernst Pfister – Zuruf des Abg. Claus Schmiedel SPD)

**Stellv. Präsident Wolfgang Drexler:** Für die FDP/DVP-Fraktion darf ich jetzt Frau Abg. Fauser das Wort erteilen.

**Abg. Beate Fauser FDP/DVP:** Herr Präsident, meine Damen und Herren!

(Beate Fauser)

(Abg. Hagen Kluck FDP/DVP: Gib's ihm! – Gegenruf des Abg. Claus Schmiedel SPD: Nicht aufputschen!)

Herr Prewo spricht irgendwie von anderen Zeiten und von anderen Verantwortungen. Die Realität hat er leider nur sehr wenig im Auge. Ich kann ihm nur in einem Punkt zustimmen: Andreas Braun ist ein guter Mann. Er wurde von unserem Aufsichtsratsvorsitzenden an erster Stelle mit ausgesucht. Damit haben wir eine Kontinuität und auch zukünftig eine hervorragende Entwicklung.

(Beifall bei der FDP/DVP – Abg. Reinhold Gall SPD: Was heißt „auch zukünftig“? In der Vergangenheit war es anders!)

– Ich habe manchmal den Eindruck, dass Sie überhaupt nicht wissen, wovon wir reden.

Zum Bericht des Rechnungshofs muss man ganz klar sagen: Der Rechnungshof hat festgestellt, dass ihm manche Spesenrechnungen zu hoch sind. Jetzt kann man sich als Schwabe – ich bin auch Schwäbin – darüber streiten, ob die eine oder andere Veranstaltung etwas zu teuer war.

(Abg. Hagen Kluck FDP/DVP: Genießerland!)

Wissen Sie: Wenn ich einen Scheich aus dem Nahen Osten einlade und versuche, ihm unser Land näherzubringen, kann ich mit ihm schlecht zu McDonald's gehen.

(Abg. Reinhold Gall SPD: Das ist Quatsch! Da geht man in die Besenwirtschaft! Das ist nicht so teuer!)

– Das kann man auch machen, Herr Gall; Sie haben da völlig recht. Das ist originell.

Aber es konnte im Grunde genommen nichts festgestellt werden, was besonders relevant wäre. Deshalb ist diese Ausführung völlig überflüssig.

Man versucht als Opposition natürlich immer, alles madig zu machen.

(Abg. Dr. Rainer Prewo SPD: Nein! – Abg. Ursula Haußmann SPD: Was macht ihr? Schönschwätzen!)

Das ist sehr schade, weil gerade in den Bereichen des Tourismus und der Übernachtungszahlen in den letzten Jahren ein wirklicher Boom stattfand. Bis zur Krise konnten wir hervorragende Zahlen vermelden und hatten auch eine hervorragende Entwicklung. Durch das Wachstumsbeschleunigungsgesetz und die Reduzierung der Mehrwertsteuer im Hotelbereich werden wir das noch besser fortsetzen können, weil die Leute endlich die Möglichkeit haben, wieder zu investieren, einen vernünftigen Service zu leisten und somit insgesamt zum Wohlbefinden der Gäste beizutragen.

(Beifall des Abg. Dietmar Bachmann FDP/DVP)

Unser Wirtschaftsminister hat hervorragende Arbeit geleistet; das ist überhaupt keine Frage. Die TMBW wurde auch immer kontrolliert. Nachdem ich festgestellt habe, dass viele von den Kollegen vielleicht gar nicht wissen, was die Tourismus-Marketing Baden-Württemberg eigentlich macht, möchte ich es Ihnen doch kurz sagen.

Wir hatten früher lauter zersplitterte einzelne Regionen und Kreise, die sich um die Wirtschafts- bzw. Tourismusförderung kümmerten. Inzwischen haben wir wirklich schlagkräftige Institutionen in den Regionen, u. a. die Schwarzwald Tourismus GmbH, die Internationale Bodensee Tourismus GmbH, den Schwäbische Alb Tourismusverband usw. Bei der jährlichen Konferenz der TMBW sind diese regionalen Gesellschaften mit der TMBW verbunden. Vorhin wurde das bereits angeführt. Die Tourismus-Marketing GmbH gibt an den Heilbärderverband und gleichzeitig an die Regionen insgesamt rund 1 Million € gleich weiter. Mit dieser Vernetzung wird versucht, international aufzutreten. Die Tourismus-Marketing Baden-Württemberg ist vor allem für das internationale Geschäft zuständig. Sie macht Messeauftritte, Roadshows,

(Zurufe von der SPD: Brautschauen?)

Presseevents. Mir wurde von Reiseeinkäufern auf der ITB bestätigt: Baden-Württemberg ist hervorragend aufgestellt, besser als alle anderen Bundesländer.

(Beifall bei der FDP/DVP)

Höchstens Bayern kommt da noch annähernd mit. Klar ist natürlich auch: Wir haben nicht so viel Geld wie Norwegen, die Schweiz oder Österreich.

(Minister Ernst Pfister: Südtirol! – Abg. Walter Heiler SPD: Andorra!)

Wir kommen hier mit wenig Geld zurecht und machen daraus wirklich das Beste.

Das Internetportal von TMBW wurde mehrfach ausgezeichnet. Sie können dort in verschiedenen Sprachen – Englisch, Japanisch, Französisch –

(Abg. Walter Heiler SPD: Russisch! – Abg. Ursula Haußmann SPD: Genau, Englisch! Brautschauen!)

online buchen. Das sollten Sie sich vielleicht einmal anschauen, damit Sie wissen, was in dieser zwar relativ kleinen, aber schlagkräftigen Gesellschaft gemacht wird.

Es ist gut, dass die TMBW selbstständig agieren kann und dass der Wirtschaftsminister als Mitgelddgeber von 70 %

(Abg. Ursula Haußmann SPD: So viel?)

selbstverständlich die Aufsicht darüber behält.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP/DVP)

Dies müssen wir auch in Zukunft so weiterführen.

Meine Damen und Herren, die TMBW ist gut aufgestellt. Jeder hat es hier gesagt: Andreas Braun macht eine hervorragende Arbeit; seine Stellvertreterin im Übrigen auch. Ich möchte in diesem Zusammenhang auch die Mitarbeiter des Wirtschaftsministeriums nicht vergessen. Denn sie haben gerade im Bereich des sanften Tourismus in den letzten Jahren sehr viel getan. Ich hoffe, dass diese Ansätze nicht aufgrund der finanziellen Notlage unter die Räder kommen.

Ich finde es schön, dass wir in einem wunderschönen Land leben. Wenn Sie alle einmal durch Baden-Württemberg fahren,

(Beate Fauser)

ob mit dem Auto, dem Zug oder dem Fahrrad, dann können Sie feststellen: Wir leben in einem wunderschönen Land

(Abg. Ursula Haußmann SPD: Das wissen wir doch!)

mit sehr vielen Gasthöfen, mit wunderschönen Hotels. Wir sind das Genießer- und Wellnessland Baden-Württemberg. Und Radfahrer haben wir überall, Herr Prewo.

Danke schön.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU)

**Stellv. Präsident Wolfgang Drexler:** Für die Landesregierung erteile ich Herrn Wirtschaftsminister Pfister das Wort.

**Wirtschaftsminister Ernst Pfister:** Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Die Tourismus-Marketing GmbH Baden-Württemberg ist vor 15, 16 Jahren gegründet worden. Ziel war, dass die Tourismuspolitik im Land eine Einheit haben sollte, die das operative Geschäft macht. Man kann sagen, dass die Geschichte des Tourismus in Baden-Württemberg in diesen 15 Jahren eine absolute Erfolgsgeschichte ist.

(Beifall bei der FDP/DVP)

Herr Dr. Prewo, weil Sie es angesprochen hatten: Gerade auch in den letzten fünf oder sechs Jahren ist sie eine Erfolgsgeschichte gewesen. Man kann dies z. B. an der Umsatzentwicklung sehen. Man kann dies auch an der Entwicklung der Übernachtungszahlen sehen.

(Abg. Dr. Rainer Prewo SPD: Das ist zu wenig!)

Vor fünf, sechs Jahren lag die Zahl der Übernachtungen in Baden-Württemberg bei rund 37 Millionen im Jahr. Im letzten Jahr waren es rund 42 Millionen Übernachtungen.

(Abg. Reinhold Pix GRÜNE: Trotz Tricksereien!)

Was wollen Sie mehr? Dies ist eine absolute Erfolgsgeschichte.

(Abg. Reinhold Pix GRÜNE: Trotz Tricksereien! – Abg. Claus Schmiedel SPD: Vor sechs Jahren war die Zahl halt unten!)

– Herr Pix, Sie können zu mir sagen, was Sie wollen. Das nehme ich alles gern in Kauf. Sie dürfen mich gern kritisieren. Aber ich lasse es nicht zu, dass Sie z. B. die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der TMBW, auch die beiden Hauptgeschäftsführer, kritisieren und ihnen Missmanagement vorwerfen.

(Abg. Brigitte Lösch GRÜNE: Das darf er doch!)

Das lasse ich nicht zu. Ich stelle mich hinter die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der TMBW – damit dies klar ist, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP – Abg. Hagen Kluck FDP/DVP zur SPD: Miesmacher! – Abg. Claus Schmiedel SPD: Hinter oder vor? – Gegenruf von der SPD: Besser „vor“! – Zuruf des Abg. Reinhold Pix GRÜNE)

Zweiter Punkt: Ich habe in meinem Leben noch nie jemanden benötigt. Das erkläre ich jetzt hier an dieser Stelle.

(Abg. Claus Schmiedel SPD: Wie kommt das dann in die Zeitung?)

Und ich werde in meinem Leben auch nie jemanden benötigen. Es hat keine Nötigung stattgefunden.

Fakt war, dass mich die Mitarbeiter um ein vermittelndes Gespräch gebeten haben. Dieser Bitte um ein vermittelndes Gespräch bin ich nachgekommen. Das Ergebnis dieses vermittelnden Gesprächs war, dass wir uns einig waren, gemeinsam weiterzumachen, nicht mehr und nicht weniger. Ich lasse mir von niemandem Nötigung vorwerfen, damit das klar ist.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP – Abg. Hagen Kluck FDP/DVP: Bravo!)

Dritter Punkt: Ich danke dem Rechnungshof – der Rechnungshofpräsident sitzt hier – dafür, dass er die Aufgabe mit übernommen hat, über einen langen Prozess daran mitzuarbeiten, dass noch bessere Spielregeln im Zusammenspiel zwischen TMBW, Tourismusverband, Wirtschaftsministerium und allen anderen Tourismuspolitikern, die in irgendeiner Weise einen Betrag dazu leisten müssen, entwickelt werden konnten.

Wir waren nicht in allen Fragen immer einig. Das ist kein Geheimnis. Das muss auch nicht so sein. Im Wirtschaftsausschuss haben wir in epischer Breite miteinander darüber diskutiert. Das Ergebnis ist, dass wir klare Spielregeln entwickelt haben, die eine Garantie dafür sind, dass die Erfolgsgeschichte des Tourismus auch in der Zukunft weitergeführt werden kann. Der Landesrechnungshof hat hierfür mit Vorschlägen durchaus einen Beitrag geleistet. Herr Präsident Munding, dafür möchte ich mich ausdrücklich bei Ihnen bedanken.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und der FDP/DVP sowie des Abg. Reinhold Pix GRÜNE)

Den Antrag der Fraktion GRÜNE will ich nur in einem Punkt aufgreifen. Ich glaube, die anderen Punkte sind bereits alle angesprochen worden. Ich bedanke mich ausdrücklich bei den Rednern der Koalitionsfraktionen auch dafür, dass hier noch einmal sehr sachkundig aufgelistet worden ist, wie die Konstruktion ist.

Es war wirklich so, dass vor 16 Jahren, als wir diese Neukonstruktion gemacht haben, ausdrücklich darauf geachtet worden ist, dass die TMBW nicht ein Anhängsel einer Behörde oder des Wirtschaftsministeriums ist. Vielmehr wurde die TMBW ganz bewusst als eine GmbH gegründet. Damit kann sie nach dem GmbH-Recht natürlich auch als ein wirtschaftliches Unternehmen agieren.

(Zuruf des Abg. Reinhold Pix GRÜNE)

Ich halte diese Entscheidung, die damals getroffen worden ist, für richtig.

Übrigens: Der Tourismusverband ist Mehrheitsgesellschafter dieser TMBW. Ansonsten sind diejenigen Mitglieder und Gesellschafter im Aufsichtsrat, die im Tourismus das operative Geschäft machen; Sie kennen sie alle. Das Land Baden-Württemberg ist ausdrücklich nicht Gesellschafter. Das war auch so gewollt.

(Minister Ernst Pfister)

Aber klar ist natürlich auch: Wenn das Land Baden-Württemberg – in diesem Fall das Wirtschaftsministerium – entsprechende Zuwendungen an die TMBW gibt, muss dies natürlich immer auch nach den Prinzipien der Landeshaushaltsordnung funktionieren. Deshalb ist es wichtig, dass immer wieder klargemacht wird: Die TMBW und wir alle halten uns an diese Prinzipien der Landeshaushaltsordnung. In diesem Zusammenspiel hat die TMBW auch in der Zukunft allerbeste Chancen, den Tourismus in Baden-Württemberg weiterzuentwickeln. Nur, eines geht natürlich nicht: Wir dürfen da keine Fehler machen.

Herr Kollege Pix, ich möchte Ihnen in allem Ernst sagen: Ihre Forderung, die Tourismuskittel, die vom Land Baden-Württemberg an die TMBW gegeben werden, zukünftig an die Regionen, an die Gliederungen durchzureichen, wäre – ganz abgesehen davon, dass so etwas in keinem einzigen Bundesland in Deutschland gemacht wird – eine sehr schlechte Entscheidung. Sie würden dem Tourismus damit ausdrücklich schaden.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU – Zuruf von der CDU: So ist es!)

Womit hängt das zusammen? Wir müssen Auslandsmarketing machen. Wir müssen im europäischen Umfeld Auslandsmarketing machen. Wir machen Auslandsmarketing im Überseebereich. Wir müssen Landesmarketing machen, aber ein Landesmarketing, das natürlich allen Regionen des Landes hilft. Wir können doch nicht das Genießerland Baden-Württemberg in der Region X oder Y entwickeln, sondern wir müssen das auf Landesebene als Landesmarketing entwickeln, damit alle Regionen von diesem Genießerland Baden-Württemberg etwas haben.

Wir werden im nächsten Jahr das „Automobilland Baden-Württemberg“ entwickeln und als große Veranstaltung im Jahr 2011 durchführen. Sie können doch nicht ernsthaft glauben – Entschuldigung, ich kann gar nicht verstehen, wie man auf eine solche Idee kommen kann. Ein solches Vorhaben – da gibt es noch tausend andere Beispiele – kann doch nur auf Landesebene durchgesetzt werden.

Mehr als 20 % der Tourismuskittel gehen schon heute in die Region. Ich kenne keine einzige Region – glauben Sie mir, ich weiß, wovon ich spreche –, die jemals den Antrag gestellt hätte, dass die gesamten Mittel zukünftig in die Region gehen sollen. Sie sind der Einzige, und Sie liegen hier völlig falsch. Das muss ich Ihnen sagen.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU)

Deshalb wird es selbstverständlich dabei bleiben. Selbstverständlich wird es auch dabei bleiben, dass der Vorsitzende des Aufsichtsrats die Aufgabe hat, die Tourismuspolitik nach den Grundsätzen voranzutreiben, die sich die TMBW gegeben hat, aber übrigens auch in der Verklammerung mit der Tourismuspolitik des Landes Baden-Württemberg. Das hängt eng zusammen. Selbstverständlich wird der Wirtschaftsminister darauf achten – das sind die Spielregeln, von denen ich vorhin gesprochen habe –, dass die Spielregeln auch eingehalten werden, und eine Kontrollfunktion ausüben.

Ich sage Ihnen: Gerade in dieser Verklammerung gibt es die allerbesten Chancen, dass es eben nicht zu Pannen kommt, sondern dass erfolgreich gestaltet werden wird. Deshalb ist dieser Antrag, den Sie gestellt haben, unsachgemäß und sollte dringend zurückgewiesen werden.

(Beifall bei der FDP/DVP und des Abg. Thomas Blenke CDU)

Insgesamt bitte ich Sie, diesen Antrag der Grünen abzulehnen.

(Abg. Hagen Kluck FDP/DVP: Machen wir!)

Lassen Sie mich zum Schluss noch Folgendes sagen: Es ist vorhin zu Recht darauf hingewiesen worden; alle Redner haben das gesagt.

(Zuruf des Abg. Peter Hofelich SPD)

Wir werden morgen über das Thema „Industrielle Arbeitsplätze“ diskutieren. Ich habe die Vorstellung, dass wir industrielle Arbeitskerne unbedingt erhalten müssen. Wir werden morgen darüber reden, wie wir das im Einzelnen machen können. Ich habe nicht die Vorstellung, dass ein Wegbrechen der industriellen Arbeitsplätze in vollem Umfang kompensiert werden könnte, etwa durch Tourismusarbeitsplätze. Das ist schon klar.

Aber wenn wir uns heute die Krisensituation anschauen und sehen, welche unglaubliche Delle Baden-Württemberg abkommen hat – 10 % Schrumpfung im ersten halben Jahr 2009; auf das ganze Jahr gesehen 7 %, also deutlich mehr als im Bundesdurchschnitt –, dann bin ich froh, dass es in diesem Land noch Branchen gibt, die von dieser Delle so gut wie nicht betroffen sind, die ausdrücklich dazu beigetragen haben, dass die Zahl nicht exportierbarer Arbeitsplätze gesteigert worden ist, die ein Garant dafür sind, dass die Entwicklung nicht noch schlechter gewesen ist. Der Tourismus gehört eindeutig dazu.

Herr Kollege Prewo, wenn es darum geht, dass wir den Tourismus voranbringen wollen, und wir uns dieses Themas auch im politischen Raum, z. B. im Wirtschaftsausschuss, verstärkt annehmen, dann stimme ich Ihnen sofort zu. Ich habe überhaupt nichts dagegen, dass wir uns vornehmen, einmal im Jahr bei passender Gelegenheit über die touristische Entwicklung im Land Baden-Württemberg zu sprechen, dass wir dem Parlament – in diesem Fall dem Wirtschaftsausschuss – die Möglichkeit geben, darüber zu diskutieren, auch Vorschläge zu machen, die ich, wenn sie sinnvoll sind, gern aufnehme.

Nur: Das, was die Grünen heute vorgeschlagen haben, ist absolut nicht sinnvoll. Deshalb sollte man diese Anträge ablehnen.

Vielen Dank.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU)

**Stellv. Präsident Wolfgang Drexler:** Das Wort für die Fraktion GRÜNE erteile ich Herrn Abg. Pix.

(Abg. Hagen Kluck FDP/DVP: Nein! – Zuruf: Schon wieder?)

**Abg. Reinhold Pix** GRÜNE: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Herr Wirtschaftsminister Pfister, ich bin Ihnen sehr dankbar dafür, wie Sie die Tourismuskulisse in Baden-Württemberg gerade dargestellt haben und dass Sie darauf hingewiesen haben, welche Stellung der Tourismus in Baden-Württemberg inzwischen einnimmt. Da ziehen wir gemeinsam an einem Strang. Wir wollen genau das Gleiche.

Wenn Sie aber sagen, Baden-Württemberg sei eine Tourismusdestination – nur als solche kann man es begreifen –, dann muss ich sagen: Da sind wir grundsätzlich anderer Ansicht. Denn wir haben unterschiedliche Tourismusdestinationen. Wir haben eine Tourismusdestination Südlicher Schwarzwald, die sehr gut aufgestellt ist. Die braucht kein Geld. Das habe ich noch nie behauptet, und das will ich auch nicht behaupten. Aber wir haben auch eine Tourismusdestination Bodensee. Die ist gerade noch selbstständig, aber von ihrer Budgetierung her am Ende. Sie würde gern mehr tun, aber das kann sie nicht.

Sie haben auf bestimmte Fälle hingewiesen. Der Tourismus behauptet sich ausgerechnet in einer Wirtschafts- und Finanzkrise vor allem in ländlichen Räumen – weniger in unseren urbanen Gebieten, weil der Geschäftsreiseverkehr eingebrochen ist. Aber ländliche Räume haben zum Teil noch Zuwachsraten, wie im Raum Südlicher Schwarzwald und Freiburg. Dort sind Zuwachsraten zu verzeichnen. Das muss man sich einmal vorstellen.

Daran sehen wir doch, was für ein Potenzial darin steckt und welche Verantwortung wir hier zu übernehmen haben, dies noch weiter voranzubringen. Denn es zeigt sich tatsächlich, dass wir hier in wirtschaftlich schwierigen Zeiten einen Stabilitätsfaktor haben, der unbedingt ausgebaut werden muss.

Dann, Herr Wirtschaftsminister – bitte hören Sie mir einmal zu –, passt es doch überhaupt nicht in die heutige Zeit, auch noch die Mittel zu kürzen. Wir haben jetzt einen Scherbenhaufen mühsam zusammengekehrt. Das Ganze findet zu alten Kräften zurück, und jetzt kürzt man, sagt aber gleichzeitig, wie wichtig alles sei. Denn wir haben noch ganz andere finstere Ecken in unserer Landschaft. Schauen Sie einmal in den Norden Baden-Württembergs. Dann werden Sie feststellen, dass es dort sieben, acht Minigesellschaften gibt, die meist noch auf Landkreisebene funktionieren, die nicht zusammenarbeiten und die die Unterstützung der Tourismus-Marketing GmbH ganz nötig haben.

Wenn man dies will, kann man doch nicht gegen eine regionale Ausrichtung sprechen. Dann kann man doch nicht dagegen sprechen, dass man dies verbessern muss.

Meine Damen und Herren, die Tourismus-Marketing GmbH hat vieles, hat Gutes vor. Aber wenn z. B. im Zillertal die Förderung doppelt so hoch ist wie in Baden-Württemberg, wenn in Südtirol bei einer Einwohnerschaft von knapp 400 000 Personen die Förderung und der Etat achtmal höher sind,

(Abg. Dr. Klaus Schüle CDU: Deckungsvorschlag!)

wenn in Bayern in einer krisenhaften Finanzsituation 1,5 Millionen € zusätzlich für Tourismusförderung ausgegeben werden,

(Zuruf des Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP)

dann frage ich mich natürlich: Wieso können Sie hier jetzt noch einmal streichen? Das passt doch überhaupt nicht zusammen.

(Abg. Helmut Walter Rüeck CDU: Ihr seht doch, dass es geht!)

Eine Effizienzsteigerung lässt sich auch mit vorhandenen Mitteln erreichen. Das weiß ich. Aber wir müssen hier ordentliche Strukturen haben, auch im Norden Baden-Württembergs, und dann kommen wir voran. Die Tourismus-Marketing GmbH hat eine Zukunft. Sie ist gut aufgestellt, wenn sie die entsprechenden Mittel bekommt.

(Beifall der Abg. Beate Fauser FDP/DVP – Zuruf des Abg. Hagen Kluck FDP/DVP)

Die Säulen, auf die sie ausgerichtet ist, nämlich Genuss, Natur, Erlebnis, Wellness, Gesundheit und Kultur, bedeuten die Zukunft. Baden-Württemberg lässt sich dann als touristische Destination mit den Schwerpunkten Nachhaltigkeit, Kulturlandschaft und Klimaschutz profilieren. Dann ist ein Parkhaus auf dem Feldberg natürlich relativ kontraproduktiv.

Vielen Dank.

(Beifall bei den Grünen)

**Stellv. Präsident Wolfgang Drexler:** Mir liegen keine weiteren Wortmeldungen vor. Wir kommen zur geschäftsordnungsmäßigen Behandlung des Antrags der Fraktion GRÜNE, Drucksache 14/3696.

Abschnitt I ist ein Berichtsteil. Ich gehe davon aus, dass dieser Teil für erledigt erklärt wird. – Sie stimmen zu.

Abschnitt II dieses Antrags ist ein Beschlussteil, der einige Handlungersuchen beinhaltet. Ich gehe davon aus, dass dieser Abschnitt in der Fassung des Änderungsantrags der Fraktion GRÜNE, Drucksache 14/5564, zur Abstimmung gestellt werden soll. Wer für diesen Änderungsantrag der Fraktion GRÜNE ist, möge bitte die Hand erheben. – Wer ist dagegen? – Wer enthält sich? – Damit ist der Antrag Drucksache 14/5564 abgelehnt.

Der Tagesordnungspunkt 7 ist erledigt.

Ich rufe **Punkt 8** der Tagesordnung auf:

**Antrag der Fraktion der SPD und Stellungnahme des Ministeriums für Kultus, Jugend und Sport – Befristete Beschäftigung von Lehrkräften und Lehramtsanwärtern – Drucksache 14/3697**

Das Präsidium hat folgende Redezeiten festgelegt: für die Begründung fünf Minuten, für die Aussprache fünf Minuten je Fraktion.

Für die SPD-Fraktion darf ich Herrn Abg. Kaufmann das Wort geben.

**Abg. Gunter Kaufmann** SPD: Herr Präsident, meine sehr verehrten Kolleginnen und Kollegen! Wir weisen mit unserem Antrag zur befristeten Beschäftigung von Lehrkräften auf eine Situation hin, die nicht nur an den Schulen als äußerst unbefriedigend angesehen wird. Hartz IV statt Ferien, heißt es am Schuljahresende für nicht wenige Lehrkräfte, die als Ver-

(Gunter Kaufmann)

vertretungslehrkräfte befristet beschäftigt waren oder gerade ihr Referendariat abgeschlossen haben. Die Frage, ob sich das Land hier als ein fairer Arbeitgeber zeigt, ist durchaus berechtigt.

Sie wissen es: Wer in Baden-Württemberg als Krankheits- oder Elternzeitvertretung arbeitet, wird zu Beginn der Sommerferien arbeitslos, auch wenn die Arbeit nach den Sommerferien weitergeht. Bei vielen dieser Lehrkräfte vollzieht sich der Wechsel von befristeter Beschäftigung zur Arbeitslosigkeit über mehrere Jahre hinweg immer wieder.

Aus der vorliegenden Stellungnahme der Landesregierung wird deutlich, dass zum Schuljahr 2008/2009 bei zwei von drei Einstellungen das befristete Beschäftigungsverhältnis nach den Sommerferien fortgeführt wurde. Das ist aus unserer Sicht nicht unproblematisch. Auch der Hinweis auf Beispiele aus anderen Bundesländern macht die Sache für uns nicht besser.

In ihrer Stellungnahme verweist die Landesregierung auf die Situation in Hessen, wo es ähnlich sei. Ich darf in diesem Kontext sagen: Hessen hat seit 2009 eine andere Regelung. Dort werden befristet beschäftigte Vertretungslehrkräfte, die im nachfolgenden Schuljahr wieder benötigt werden, auch während der Sommerferien bezahlt. Das wäre auch eine Lösung für Baden-Württemberg.

(Beifall bei der SPD und der Abg. Renate Rastätter  
GRÜNE)

Meine Damen und Herren, auch Lehramtsbewerber werden nach einem erfolgreichen Abschluss des Referendariats zu Ferienbeginn in die Arbeitslosigkeit entlassen, selbst wenn ihnen für das nächste Schuljahr eine Einstellung garantiert wurde. Das hierdurch entstehende finanzielle Loch führt durchaus dazu, dass sich viele überlegen, ob sie sich nicht in einem benachbarten Bundesland, in dem die Beschäftigung früher aufgenommen werden kann, verpflichten, wodurch sie bei uns nicht mehr verfügbar wären, obwohl sie bei uns ausgebildet wurden. Das halten wir ebenfalls für nicht sachgerecht.

(Beifall bei der SPD und der Abg. Renate Rastätter  
GRÜNE)

Wenn Sie sich die Situation der Referendare vor Augen führen, so sollten Sie daran denken, dass es sich um junge Menschen handelt, die nach einem vier- oder fünfjährigen Studium und einem 18 Monate langen Referendariat vor den Sommerferien in die Arbeitslosigkeit entlassen werden und dann fast drei Monate finanziell auf dem Trockenen sitzen. Die letzte Zahlung erfolgt in der Regel am 30. Juni, und die ersten Abschlagszahlungen sind dann im September fällig. Aber die Miete läuft weiter, die Lebenshaltung verursacht Kosten, und auch mit Kindern ist dies eine schwierige Situation. Wenn man dann auf staatliche Unterstützung durch Hartz IV oder ALG II angewiesen ist, so ist das bedauerlich, und wir müssen uns fragen, ob ein solcher Umgang mit diesen Menschen gerechtfertigt ist.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der Grünen)

Sie wissen: Arbeitslosengeld gibt es für Lehramtsbewerber nicht, da man als Beamtin oder Beamter auf Widerruf keine

Sozialversicherungsbeiträge gezahlt hat. Auch ist die Antragstellung bei der ARGE sehr aufwendig. Viele empfinden das als demütigend, einige verzichten daher von vornherein darauf. Auch ist das finanzielle Ergebnis nicht gerade berauschend.

Meist sind diese jungen Lehrkräfte zudem privat versichert und können gar nicht so schnell aus diesem Versicherungsverhältnis heraus, nur um dann möglicherweise nach sechs oder acht Wochen doch wieder einen Aufnahmeantrag stellen zu müssen. Sie zahlen daher 100 % der Beiträge selbst. Das ist eine Situation, bei der man fragen muss, ob man diesen jungen Menschen das so zumuten sollte.

Der Sparkurs der Landesregierung in diesem Bereich ist auch gegenüber den Vertretungslehrkräften beschäftigungspolitisch falsch; er ist gegenüber den Betroffenen unsozial, vor allem aber pädagogisch unsinnig und organisatorisch sehr aufwendig.

(Abg. Dr. Klaus Schüle CDU: Wie immer ohne Deckungsvorschlag!)

Es muss für alle Schulen eine Lehrerreserve geben, und wenn diese Lehrerreserve nicht ausreichen sollte, muss entsprechend aufgestockt werden. Es gibt sehr viele qualifizierte Bewerber. Schauen Sie sich die Einstellungszahlen an; dort gibt es sicher noch ein Potenzial, auf das man durchaus zurückgreifen kann.

(Abg. Dr. Klaus Schüle CDU: Das Geld kommt aus der Steckdose!)

Die SPD-Landtagsfraktion fordert daher eine verlässliche und kontinuierliche Lehrereinstellungspolitik. Eine Unterbrechung der Gehaltszahlungen allein über die Sommerferien ist, wenn es anschließend weitergehen soll, unseres Erachtens nicht gerechtfertigt. Hier wird auch im Kollegium mit zweierlei Maß gemessen.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Auch die Lehramtsanwärter mit Einstellungszusage, die sich aus ihrer Schule ja nicht verabschieden, sollten fairerweise nicht erst zu Beginn des neuen Schuljahrs, sondern bereits zum Ende des alten Schuljahrs in den Schuldienst übernommen werden.

Wer gebraucht wird, soll auch in den Sommerferien sein Gehalt bekommen. Unsere beiden Anträge formulieren dieses Anliegen.

(Beifall bei der SPD – Abg. Norbert Zeller SPD: Sehr gut!)

**Stellv. Präsident Wolfgang Drexler:** Meine Damen und Herren, unter unseren Gästen auf der Zuhörertribüne gilt jetzt mein besonderer Gruß dem Botschafter der Republik Ungarn, Herrn Dr. Sándor Peisch, und dem Oberbürgermeister der ungarischen Hauptstadt Budapest, Herrn Dr. Gábor Demszky.

(Beifall bei allen Fraktionen)

Begleitet werden Herr Botschafter Dr. Peisch und Herr Oberbürgermeister Dr. Demszky von Herrn Generalkonsul Kovács

(Stellv. Präsident Wolfgang Drexler)

und Herrn Honorarkonsul Kurz, unserem ehemaligen Landtagskollegen. Herzlich willkommen!

(Beifall bei allen Fraktionen)

Anlass des Besuchs von Herrn Botschafter Dr. Peisch und Herrn Oberbürgermeister Dr. Demszky in Stuttgart ist das Konzert des renommierten Bartók-Quartetts heute Abend im Stuttgarter Neuen Schloss. Dieses Konzert soll laut Veranstalter zum Ausklang des Jahres, in dem sich die Öffnung des Eisernen Vorhangs zum 20. Mal jährt, einen kulturellen Akzent im Zusammenhang mit der künftigen Donaustrategie der Europäischen Union setzen.

Herr Botschafter und Herr Oberbürgermeister, ich darf Ihnen und Ihrer Begleitung weiterhin einen angenehmen Aufenthalt in Baden-Württemberg und erfolgreiche Gespräche wünschen.

Nochmals herzlich willkommen!

(Beifall bei allen Fraktionen)

Für die CDU-Fraktion darf ich nun Frau Abg. Vosschulte das Wort erteilen.

**Abg. Christa Vosschulte** CDU: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Die Organisation eines Schulbetriebs ist etwas ganz Eigenes. Das Schuljahr folgt eigenen Regeln, und diese gestalten sich einfach anders als in anderen Institutionen. Nur in Bezug auf die Ferien gleicht das Parlament der Schule.

Die Veränderungen geschehen in der Regel in der letzten Ferienwoche, Herr Kaufmann, und das ist auch immer die Zeit, in der die Schulleiter am meisten beansprucht sind und die größten Sorgen haben. Denn der Bedarf an Lehrern kann sich erheblich ändern, und zwar zum einen durch die Schülerzahlen, die auch die Zahl der Klassen beeinflussen können, und zum anderen etwa dadurch, dass sich Vertretungen als notwendig erweisen.

Der Bedarf an Lehrern ändert sich in dieser Zeit zum Teil also noch erheblich. Die Schulleiter sind daher sehr dankbar für Lehrer, die zwar nur befristet eingestellt werden können, aber doch wenigstens erst einmal da sind. Damit wird natürlich etwas getan, was auch der Schule an sich zugutekommt. Denn sie können diese Lehrkräfte – die in der Regel keine Spitzenlehrkräfte sind – am Ende des Schuljahrs auch wieder von ihren Aufgaben entbinden. Bei einer festen Anstellung wäre das nicht möglich, und die Schulgemeinschaft müsste dann unter Umständen weiter mit diesen Kollegen leben. Das ist nicht immer vergnüglich, und es ist vor allem auch nicht im Sinne der Schüler.

Auch hätten Neubewerber keine Chance mehr, diesen Platz zu ergattern, denn er wäre besetzt. Das ist im Sinne einer notwendigen strengen Lehrerauswahl an den Schulen nicht sinnvoll.

Die befristet eingestellten Kollegen wissen im Übrigen, was sie tun, wenn sie den Vertrag unterschreiben. Das muss man auch dazusagen.

Anders stellt es sich bei den Referendaren dar. Hier muss man leider sagen, dass auch die Wirtschaft solche Probleme kennt.

Es ist zwar nicht die Regel, aber es kommt auch dort immer wieder vor, dass ihre Betriebe Absolventen nach den Prüfungen, die in der Regel Mitte Februar stattfinden, in die Arbeitslosigkeit schicken müssen, wenn sie erst im April oder Mai einen Bedarf an diesen jungen Menschen haben. Das heißt, auch dort wird so verfahren. Wenn der Bedarf eintritt, dann wird dieser Arbeitnehmer eingestellt.

Genauso ist es beim Staat. Wenn der Vorbereitungsdienst beendet ist, wenn die Ausbildung abgeschlossen ist, beginnt ein neuer Abschnitt, der dann auch durch die tatsächliche Arbeitsaufnahme markiert ist. Im Übrigen hat die Rechtsprechung diese Praxis eindeutig bestätigt.

In der Landeshaushaltsordnung finden wir Maßgaben, die dies noch unterstützen, nämlich insbesondere die Grundsätze der Wirtschaftlichkeit und der Sparsamkeit.

Man muss natürlich auch – insofern kommt Ihr Antrag ein bisschen ungelogen – die finanzielle Situation des Landes betrachten, die gerade sehr ungünstig ist.

Meine Damen und Herren, das alles ist nicht schön. Ich finde es auch nicht gut. Anders wäre es ganz sicher besser. Aber wir müssen auch sagen, dass andere Bundesländer genauso verfahren. Wenn dann Referendare bzw. Absolventen des Referendariats aus Baden-Württemberg „auswandern“ – wie Sie sagen –, in ein anderes Bundesland gehen, dann hat das häufig auch andere Gründe und nicht nur den Grund, dass sie bei uns über die Sommerferien finanziell nicht abgesichert sind.

Hier ist für uns etwas unglücklich, dass unsere Ferien sehr spät liegen.

(Abg. Gunter Kaufmann SPD: Ja, das stimmt!)

Wenn andere nach den Sommerferien wieder anfangen, beginnen bei uns erst die Ferien. Insbesondere im Hinblick auf Hessen ist das der Fall, wenn in der Rotation die Sommerferien dort früh beginnen.

Dass es in anderen Bundesländern auch so geht, ist kein Vorbild, aber vielleicht ein Trost.

Ich wäre dankbar, wenn Sie für Ihre recht teuren Vorschläge mit den Anträgen auch gleich einen Deckungsvorschlag mitliefern würden. Aber der müsste dann den gesamten Haushalt berücksichtigen. Es reicht nicht, irgendwo „hineinzupicken“ und zu sagen, von da könnte man es nehmen.

Ich hoffe aber, dass wieder bessere Zeiten kommen, und dann muss man dieses Problem sicherlich noch einmal angehen.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/  
DVP)

**Stellv. Präsident Wolfgang Drexler:** Für die Fraktion GRÜNE erteile ich jetzt Frau Abg. Rastätter das Wort.

**Abg. Renate Rastätter** GRÜNE: Verehrte Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen!

**Stellv. Präsident Wolfgang Drexler:** Frau Kollegin, eine Geschlechtsumwandlung ist bei mir noch nicht eingeleitet.

(Heiterkeit)

**Abg. Renate Rastätter GRÜNE:** Ich hatte jetzt an die Kollegin Vossschulde gedacht, die sonst nachmittags hier sitzt. Ich nehme das zurück und korrigiere mich.

Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir hatten viele Jahre lang einen großen Handlungsbedarf bei der Optimierung – so will ich es einmal sagen – des Lehrereinstellungsverfahrens. Die Lehramtsanwärter haben ihre Zusage sehr spät erhalten, und die Ferien liegen sehr spät im Jahr – das haben Sie auch schon erwähnt, Frau Kollegin Vossschulde –, mit dem Ergebnis, dass tatsächlich über Jahre hinweg auch wirklich sehr gut qualifizierte Lehramtsanwärter mit guten Leistungsziffern in andere Bundesländer abgewandert sind, so u. a. vor drei oder vier Jahren noch Lehrkräfte für Mathematik, die in andere Bundesländer gegangen sind und die heute mit bundesweiten Werbekampagnen wieder angeworben werden sollen.

Nun hat sich aber zum Glück das Lehrereinstellungsverfahren tatsächlich geändert. Die Ausschreibungen erfolgen früher. Es gibt ein gestuftes Verfahren, und insbesondere für die Lehrerinnen und Lehrer an Gymnasien und an beruflichen Schulen gibt es mittlerweile die Möglichkeit, bereits im Kalenderjahr zuvor eine Zusage zu erhalten.

Das ist aber noch immer nicht optimal. Wir haben von den Rektoren gehört, dass bei angehenden Realschullehrkräften die Zusagen noch immer sehr spät erfolgt sind. Es sind Realschullehrkräfte, die mit einer sehr guten Leistungsziffer abgeschlossen haben, in andere Bundesländer abgewandert, auch noch in diesem Schuljahr. Auch hier haben wir also noch einen Verbesserungsbedarf.

Aber nach wie vor haben wir das Problem, dass durch die späten Ferien und durch die Tatsache, dass die Lehramtsbewerberinnen und Lehramtsbewerber während der Ferienzeiten zunächst keine Bezahlung bekommen, manche von ihnen noch abwandern.

Nach ihrem Referendariat werden Lehramtsbewerber zunächst einmal in die Arbeitslosigkeit entlassen. Sechseinhalb Wochen lang haben sie kein Einkommen. Im Grunde ist das kein anständiger Umgang mit jungen Menschen, die in der Regel sieben Jahre gebraucht haben, um ihre Ausbildung einschließlich des Referendariats zu beenden.

(Abg. Brigitte Lösch GRÜNE: Das ist beschämend!)

Denn auch während des Referendariats haben sie nur ein Minigehalt bekommen, das kaum existenziell absichert. Insofern kann man sagen, dass es eigentlich nicht anständig ist, sie, auch wenn sie eine Einstellungszusage haben, zunächst einmal in die Arbeitslosigkeit – sechseinhalb Wochen ohne Gehalt – zu schicken.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD  
– Abg. Gunter Kaufmann SPD: Ja!)

Man kann sagen, dass es eine Art Einstellungssperre ist, die Sie hier praktizieren, und zwar auf dem Rücken dieser jungen Lehrkräfte, die in der Regel schon um die 28, 29 Jahre alt sind, wenn sie eingestellt werden. Das ist sicher etwas, für das wir auch in der Zukunft nach Lösungen suchen müssen.

Jetzt gibt es aber noch eine Gruppe, und zwar die befristet Beschäftigten, die Sie auch schon angesprochen haben: die jungen Lehrkräfte, die keine feste Einstellungszusage bekommen, aber dann eine befristete Anstellung für das kommende Schuljahr finden. Frau Kollegin Vossschulde, Sie haben gesagt, dass die Schulen für solche Lehrkräfte dankbar sind.

Diese jungen Lehrkräfte, die lediglich eine befristete Anstellung bekommen, sind aber doppelt benachteiligt. Es sind junge Lehrkräfte, die dann im Angestelltenverhältnis beschäftigt werden. Sie erhalten in der Regel rund 400 € bis 600 € netto weniger im Monat als ihre beamteten Kollegen für die gleiche qualifizierte Arbeit, die sie an der Schule leisten. Sie haben zuvor sechseinhalb Wochen ohne Bezahlung zu überbrücken, und nach elf Monaten erhalten sie kein Arbeitslosengeld, weil sie keine zwölf Monate erreicht haben. Das heißt, sie gehen erneut für sechseinhalb Wochen ohne Gehalt in die Arbeitslosigkeit, und sie haben immer die Unsicherheit, ob sie im darauffolgenden Jahr wieder beschäftigt werden.

Ich kenne den Fall einer Realschullehrerin mit einer guten Leistungsziffer; es sind auch Bewerber mit einer 1,5 nicht eingestellt worden. Frau Vossschulde, es hat bei Ihnen ein bisschen so geklungen: Wir sind ja schon froh, wenn wir auch nur die Schlechteren bekommen, um ein Jahr zu überbrücken; wir sind aber auch froh, wenn wir sie am Ende des Jahres wieder abgeben können.

(Abg. Christa Vossschulde CDU: Die haben aber auch eine Chance!)

Das, finde ich, ist kein fairer Umgang mit denjenigen, die wirklich bereit sind, auch befristet zu arbeiten und sich zu engagieren und gute Arbeit zu leisten, um ihre Chancen zu verbessern. Das so hinzustellen, finde ich, ehrlich gesagt, auch nicht sonderlich fair und gerecht.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD)

Aber jetzt zu diesen Beschäftigten, zu den jungen Menschen, die im darauffolgenden Schuljahr wieder ein befristete Anstellung bekommen sollen. Ich finde, da haben wir wirklich Handlungsbedarf: Wir sollten ihnen einen Vertrag über zwölf Monate geben, damit sie über die Ferien beschäftigt bleiben. Hierfür sind keine großen Summen nötig; es wäre jedoch gerecht, weil diese Lehrkräfte benachteiligt sind und man ihnen eine Chance geben muss, über ihr Engagement an der Schule im Schuldienst zu bleiben. Das sind oft sehr engagierte und hoch motivierte Lehrkräfte, die über Jahre hinweg solche Beschäftigungsverhältnisse eingehen.

Darunter sind, Frau Vossschulde, auch sehr viele junge Migranten. Mir haben junge Migranten, die ein Lehramtsstudium absolviert haben, die möglicherweise einen Punkt, zwei oder drei Leistungspunkte schlechter waren, gesagt: „Jetzt habe ich mich engagiert; ich bin Lehrer bzw. Lehrerin geworden, und nun bekomme ich für wenig Geld nur eine befristete Beschäftigung.“ Ich finde, dass man dann wenigstens dafür sorgen kann, dass diese Menschen über die Ferien beschäftigt werden. Ich bitte Sie, hier für eine Lösung zu sorgen.

(Der Rednerin wird das Ende ihrer Redezeit angezeigt. – Glocke des Präsidenten)

(Renate Rastätter)

Im Finanzausschuss hat die Kollegin der FDP/DVP im Januar 2009 gesagt, man wolle hier nach einer Lösung suchen. Ich bitte Sie eindringlich,

(Glocke des Präsidenten)

nach einer Lösung zu suchen. Damit Sie ein Signal bekommen, werden wir dem Antrag der SPD heute zustimmen.

Vielen Dank.

(Beifall bei den Grünen – Abg. Brigitte Lösch GRÜNE: Sehr gute Rede!)

**Stellv. Präsident Wolfgang Drexler:** Für die FDP/DVP-Fraktion erteile ich Frau Abg. Dr. Arnold das Wort.

**Abg. Dr. Birgit Arnold** FDP/DVP: Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen, meine sehr verehrten Damen und Herren! In der Tat, Frau Rastätter – auch Frau Vosschulte hat das deutlich zum Ausdruck gebracht –, sehen wir durchaus die schwierige Situation, die Sie für die beiden Beschäftigungsbereiche beschrieben haben, nämlich zum einen für Lehrkräfte, die befristet eingestellt werden, auch mit Folgeverträgen, und zum anderen für Lehramtsanwärter, die jeweils die Sommerferien überbrücken müssen.

Ich möchte aber von unserer Seite aus daran erinnern: Es handelt sich, wie gesagt, um ein befristetes Beschäftigungsverhältnis, das vielleicht wieder eintritt, und es handelt sich um das Ende einer Ausbildung und den Beginn eines Arbeitsverhältnisses. Auch darauf hat Frau Vosschulte hingewiesen: Wir haben auch in anderen Berufsfeldern diese deutliche Trennung zwischen Ausbildung und Einstellung. Auch dort wird eine Einstellung in der Regel nur dann vorgenommen, wenn tatsächlich die Arbeitsaufnahme erfolgt. Im Grunde kann also aufgrund einer anderen Arbeitsorganisation im Berufsfeld Schule nicht automatisch der Anspruch erhoben werden, dass man die Sommerferien bezahlt bekommt.

(Abg. Renate Rastätter GRÜNE: Hier geht es nur um diejenigen mit einer Einstellungsusage!)

Ich möchte das, was bereits angesprochen wurde, an einigen Punkten etwas detaillierter darstellen. In der Tat haben wir, was die Lehramtsanwärter angeht, seit dem letzten Jahr ein sehr viel flexibleres und zielgerichteteres Einstellungsverfahren. Wir sehen das sehr positiv.

Ich darf einige Schritte erwähnen. Schon im November 2008 hat eine vorgezogene Stellenausschreibung mit Einstellungsusage vor allem im gymnasialen und im beruflichen Bereich stattgefunden. Vor Weihnachten gab es Einstellungsusage für die leistungsbesten Altbewerber im Grundschul-, Hauptschul- und Realschulbereich. Im Mai 2000 wurde das Listenauswahlverfahren schon mehrere Wochen vorgezogen, damit noch vor Pfingsten Einstellungsangebote ausgesprochen werden konnten, auch hier wieder im gymnasialen Bereich und bei den Berufsschulen.

All diese vorgezogenen Maßnahmen haben dazu geführt, dass in diesem Jahr von den 5 000 neuen Lehrerinnen und Lehrern, die eingestellt wurden, allein 3 000 schon im Frühjahr eine Einstellungsusage hatten. Ich denke, für diesen Personenkreis ist es deutlich leichter, diese sechs Wochen zu überbrü-

cken, wenn ihnen klar ist: Ab September bin ich in einem festen Arbeitsverhältnis.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP/DVP)

Insofern sehen wir jetzt keinen so dringenden Handlungsbedarf wie Sie. Schulen sowie Lehrerinnen und Lehrer haben durch diese sehr flexible und zielgerichtete Lehrereinstellung seit dem letzten Herbst sehr viel mehr Planungssicherheit gewonnen.

Allerdings wünschen wir uns sehr, dass diese Möglichkeiten der Flexibilität bei der frühzeitigen Lehrgewinnung und bei den Einstellungsusage nicht nur im gymnasialen und im Berufsschulbereich greifen, sondern dass wir das auf andere Schularten ausdehnen, vor allem auf den Sonderschulbereich. Gerade hier haben wir landauf, landab viele Mangelsituationen. Baden-Württemberg bildet Sonderschullehrerinnen und -lehrer aus, aber diese wandern oft in andere Bundesländer ab, die nicht ausbilden. Es gibt einen Markt für diese jungen Leute, auch in anderen Bundesländern. Ich höre immer wieder, dass die Leute da waren, ausgebildet waren, gut waren und dann abgewandert sind.

Wir wünschen uns also sehr, dass die Möglichkeiten der frühen Einstellungsusage auch und vor allem im Sonderschulbereich greifen.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU)

**Stellv. Präsident Wolfgang Drexler:** Für die Landesregierung erteile ich Herrn Staatssekretär Wacker das Wort.

**Staatssekretär Georg Wacker:** Sehr geehrter Herr Präsident, meine Damen und Herren! Das Ziel der Landesregierung ist es, möglichst viele Lehramtsbewerber in ein festes Beschäftigungsverhältnis zu übernehmen. Der Personalkörper unseres Schulwesens umfasst 110 000 Lehrkräfte. Damit haben wir einen großen Personalkörper mit einem nicht einfachen Personalmanagement. Wenn wir sehen, dass nur ca. 9 % der Lehrkräfte nicht in einem Beamtenverhältnis beschäftigt werden und damit 91 % einen absolut krisensicheren, dauerhaften Arbeitsplatz bekommen, ist das ein Beleg dafür, dass es gelingt, möglichst vielen Lehrkräften eine feste berufliche Perspektive anzubieten.

Wir bieten auch denjenigen Lehrkräften, die aus persönlichen Gründen nicht verbeamtet werden können, z. B. aufgrund des Lebensalters oder wegen gesundheitlicher Beeinträchtigungen, durch unbefristete Arbeitsverträge eine langfristige Jobgarantie. Das heißt, die Übernahme in ein Beamtenverhältnis ist ein besonders hohes Gut, vor allem im Vergleich zu vielen Beschäftigungsverhältnissen in der freien Wirtschaft, wo es eine solche Sicherheit gerade derzeit in dieser Form nicht gibt.

Die Landesregierung betreibt im Bereich des Personalmanagements keinen Sparkurs. Einer der Redner hat das Wort „Sparkurs“ in den Mund genommen. Dass wir mit Beginn des letzten Schuljahrs 5 000 neue Einstellungen vorgenommen haben, dass wir im Zuge der Qualitätsoffensive Bildung den Klassenteiler in Stufen senken und damit in den nächsten Jah-

(Staatssekretär Georg Wacker)

ren noch einmal insgesamt 3 200 volle Deputate zusätzlich schaffen – das sind keine befristeten Arbeitsverhältnisse, sondern feste Beamtenstellen –, das sind Belege dafür, dass wir sehr viele Voraussetzungen dafür schaffen, dass die Bewerberinnen und Bewerber auch die Perspektive eines festen Beamtenverhältnisses erhalten.

Neben diesen sehr guten Perspektiven haben wir die Instrumente für Unterrichtsversorgung und Personalmanagement weiterentwickelt. Frau Vosschulte und Frau Dr. Arnold haben Beispiele genannt, die ich nicht noch einmal aufführen möchte. Sehr frühzeitig erteilen wir Einstellungszusagen. Durch die schulbezogenen Stellenausschreibungen schaffen wir es, sowohl den Lehrkräften eine günstige Perspektive zu vermitteln als auch den Schulstandorten – gerade denen im ländlichen Raum – die Chance zu geben, das richtige Personal für die jeweilige Schule zu finden.

Meine Damen und Herren, damit stehen wir natürlich vor der Frage: Wie gehen wir mit der Situation um, wenn wir Ausfälle aufgrund von Krankheit oder Schwangerschaft haben, wenn es darum geht, möglichst kurzfristig – auch für einen begrenzten Zeitraum – Personal zu gewinnen? Ich bitte schon um Verständnis dafür, dass wir, wenn der Landeshaushaltsgesetzgeber einen festen Stellenplan vorgibt, auch nur im Rahmen dieses festen Stellenplans operieren können.

(Beifall der Abg. Dr. Birgit Arnold FDP/DVP – Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Sehr richtig!)

Wenn wir darüber hinaus Personalbedarf haben, dann setzen wir die Instrumente ein, die uns der Haushaltsgesetzgeber dafür ergänzend zur Verfügung stellt. Ich bin dem Haushaltsgesetzgeber auch sehr dankbar dafür, dass wir beispielsweise gerade für den Bereich der Krankheitsvertretungen jährlich nahezu 17 Millionen € zur Verfügung haben. Wenn selbst diese Mittel nicht reichen, haben wir flexible Möglichkeiten, auch Mehranforderungen vorzunehmen, um die Unterrichtsversorgung gerade in diesem Bereich in der Fläche zu sichern.

Damit stellt sich die Frage: Wie gehen wir damit um, wenn es um die Bezahlung in den Ferien geht? Da bitte ich schon um eine differenzierte Betrachtungsweise. Wenn ein Referendariat zu Beginn der Sommerpause zum Abschluss kommt, dann endet ein Laufbahnabschnitt. Die Lehramtsbewerber bewerben sich danach oder auch während des Referendariats für eine feste Anstellung. Wenn jemand nach dem Referendariat mit Beginn des neuen Schuljahrs eine Zusage für eine Verbeamtung bekommt, dann kann doch im Grunde vom Arbeitgeber nicht verlangt werden, dass das neue Dienstverhältnis mit der Bezahlung des Urlaubs beginnt. Das gibt es weder in der freien Wirtschaft noch in anderen Bereichen des öffentlichen Dienstes.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP – Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Sehr richtig!)

Das ist in diesem Fall auch zumutbar.

Wenn wir aber im Bereich der Krankheitsvertretungen nun einmal Fälle haben, dass sich Lehrkräfte mit dem Wissen, dass ihr Vertrag zum Ende des Schuljahrs endet, für eine neue Anstellung bewerben, würde natürlich, Herr Kollege Kaufmann, durchaus viel dafür sprechen, ein Anreizsystem zu schaffen, um diese Kräfte zu binden.

Meine Damen und Herren, wenn im Rahmen der Qualitätsoffensive Bildung 530 Millionen € zur Verfügung gestellt werden, z. B. für die Neuschaffung von 3 200 Stellen zur Senkung des Klassenteilers, dann muss ich auch dafür Verständnis haben, dass ich nicht noch einmal weitere ca. 30 Millionen € bekomme, um für dieses Personal diese sechs Wochen zur Überbrückung zu finanzieren.

Ich bitte einfach um Verständnis dafür, dass wir die Mittel nur im Rahmen der gegebenen Möglichkeiten einsetzen können. Dieses Verständnis kann man den Betroffenen abverlangen, wenn sie wissen, dass sie mit Beginn des neuen Schuljahrs, also zum 1. September oder in der ersten, spätestens aber der zweiten Septemberwoche, einen lebenslangen Arbeitsvertrag in der Tasche haben.

Ich glaube, dass die Perspektiven auch vor dem Hintergrund dessen sehr günstig sind, dass wir eine sehr hohe Übernahmequote, also ein günstiges Verhältnis zwischen der Zahl der Bewerber und den tatsächlichen Einstellungszahlen haben. Damit können die qualifizierten Lehramtsbewerber ein hohes Maß an Sicherheit haben, dass sie eine lebenslange Anstellung in unserem Schulsystem erhalten.

Vielen Dank.

(Beifall bei der FDP/DVP und der CDU – Abg. Dr. Klaus Schüle CDU: Sehr gut!)

**Stellv. Präsident Wolfgang Drexler:** Herr Staatssekretär Wacker, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abg. Dr. Bullinger?

**Staatssekretär Georg Wacker:** Ja.

**Stellv. Präsident Wolfgang Drexler:** Bitte.

**Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP:** Herr Staatssekretär, mich interessiert noch eine Sache, weil mich Schulleiter darauf angesprochen haben. Wenn ein Referendariat abgeschlossen ist und der Betreffende die Zusage bekommen hat, dass er nach den Ferien als Lebenszeitbeamter beginnen darf – natürlich zunächst auf Probe –, er dann jedoch kurzfristig absagt, welche Konsequenzen hat das für ihn? Das hat doch, wenn ich es richtig weiß, für ihn keine Konsequenzen, obwohl er zuvor eine ein Jahr oder sogar anderthalb Jahre dauernde hervorragende Referendarausbildung erhalten hat.

Zweite Frage: Es gibt Ausbildungen an Fachhochschulen, beispielsweise an der Fachhochschule für Finanzwesen, deren Absolventen ebenfalls Beamte auf Widerruf sind. Wenn diejenigen dann eine Stelle angeboten bekommen und diese nicht annehmen, trifft es dann zu, dass sie dann die Kosten ihrer Ausbildung anteilig zurückbezahlen müssen?

(Abg. Gunter Kaufmann SPD: Nein, nein!)

Das wäre natürlich eine eklatante Ungleichbehandlung zwischen zwei Ausbildungen, zum einen an der Pädagogischen Hochschule oder im Referendariat und zum anderen an einer Fachhochschule im Verwaltungsbereich.

**Stellv. Präsident Wolfgang Drexler:** Herr Staatssekretär Wacker, können Sie alle Fragen beantworten?

**Staatssekretär Georg Wacker:** Die erste Frage kann ich weitgehend präzise beantworten. Bei der zweiten Frage kann ich mit einer ansatzweise zufriedenstellenden Antwort dienen.

(Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Sie können die Antwort auch gern nachreichen!)

– Genau. Vor allem den zweiten Teil, Herr Bullinger, würde ich Ihnen nachreichen.

Zur ersten Frage, Herr Bullinger: Diese Frage ist natürlich schon mit Ernst zu betrachten. Wir haben ein sehr aufwendiges Lehrereinstellungsverfahren, das bereits während des zuvor laufenden Schuljahrs beginnt. Bereits im November werden Einstellungszusagen erteilt. Über mehrere Tranchen gibt es mehrere Ausschreibungsverfahren, sowohl das Direkt-ausschreibungsverfahren als auch das sogenannte schulscharfe, stellenbezogene Verfahren. Da kann es natürlich zu der Situation kommen, dass Lehramtsbewerber, wenn sie nahezu eine feste Zusage in der Tasche haben, „von der Schippe springen“.

(Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Und zwar kurz vor Schulbeginn! Unverschämt!)

Wenn sie die Verbeamtung noch nicht erhalten haben, können sie rechtlich gesehen „von der Schippe springen“. Das führt dazu, dass wir immer wieder auf das Nachrückverfahren verweisen müssen. Wenn es Schulen gibt, die sich darüber beklagen, dass möglicherweise erst im August oder zu Schuljahrsbeginn die Lehrkräfte zugewiesen werden, hängt das eben nicht mit dem angeblich nachlässigen Verhalten der Schulverwaltung zusammen, sondern es hängt, Herr Bullinger, genau damit zusammen, dass es auch Personen gibt, die kurz vor Torschluss dem Schulamt sagen: „Tut mir leid, ich kann die Stelle nicht annehmen“.

(Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Ohne Konsequenzen! – Gegenruf der Abg. Renate Rastätter GRÜNE: Quatsch!)

und dann das Schulamt in Nöte gerät und neue Personen für die Einstellung finden muss. Die Möglichkeit einer rechtlichen Konsequenz für die Betroffenen ist in diesen Fällen leider nicht gegeben.

Die Antwort auf die andere Frage würde ich Ihnen gern nachliefern.

**Stellv. Präsident Wolfgang Drexler:** Vielen Dank, Herr Staatssekretär.

Das Wort erhält jetzt noch einmal Herr Abg. Kaufmann.

(Abg. Hagen Kluck FDP/DVP: Noch einmal?)

**Abg. Gunter Kaufmann SPD:** Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Vorhin wurde von den Vertretern der Regierungskoalition darauf hingewiesen, dass sich der Lehrerberuf in einer Schule ändern kann. Frau Vossschulte, das ist richtig. Dass eine gewisse Flexibilität vorhanden sein muss, ist richtig. Dass nicht alle befristeten Vertragsverhältnisse verlängert werden können, ist auch richtig.

Aber der Punkt, um den es geht, ist doch ganz einfach. Wenn Sie in die Stellungnahme zu unserem Antrag schauen, dann

sehen Sie doch, dass zwei von drei befristet angestellten Lehrkräften nach den Ferien wiederkommen. Da ist die Frage: Ist es fair, wenn die sich im Juli verabschieden und sagen: „Wir sehen uns nach den Sommerferien wieder“, und bis dahin nicht bezahlt werden? Nur um diesen Sachverhalt geht es.

Bei den Lehramtsanwärtern ist gegen eine flexible Lehrereinstellung selbstverständlich gar nichts einzuwenden. Ich begrüße auch ausdrücklich, dass frühzeitig Zusagen gegeben werden, um die guten und sehr guten Leute zu halten. Aber soll man dann einfach sagen: „Wir wissen ja, dass ihr wiederkommt“? Diese Pädagogen verabschieden sich in die Ferien, und wir wissen, dass sie nach den Ferien wiederkommen. Die Frage ist, ob wir dann als Arbeitgeber wirklich eine faire Haltung einnehmen, wenn wir sagen: „Aber für diese Zeit setzen wir euer Gehalt aus.“

Ich will daran erinnern, dass die jungen Leute, die ihren Dienst beginnen, ohnehin schon einen Beitrag zum Sparen leisten. Sie müssten wissen, dass ein Studienrat mit einem vierprozentigen Abschlag von seinem Gehalt über die ersten drei Jahre zu rechnen hat. Somit leisten diese Lehrkräfte schon einen entsprechenden Sparbeitrag für den Landeshaushalt.

Insofern stellt sich die Frage: Ist es gerecht, wie wir mit den Beschäftigten umgehen? Da hilft auch kein Hinweis auf die Landeshaushaltsordnung. Sie ist zudem nicht sakrosankt. Für uns stellt sich die politische Frage: Wie gehen wir mit dieser Situation um?

(Beifall bei der SPD)

Es wurde auf private Unternehmen, auf die Industrie hingewiesen. Dazu muss ich sagen: Dort ist dieses Verhalten die Ausnahme. Der Lehrling und der Trainee werden in der Regel übernommen, es sei denn, das Projekt fängt erst später an. Bei uns ist es aber die Regel, dort ist es die Ausnahme. Das ist der gewaltige Unterschied, meine Damen und Herren.

Insofern möchte ich schon einmal darauf verweisen, dass bei der Diskussion im Finanzausschuss – Frau Rastätter hat es angesprochen – insbesondere von der FDP/DVP darauf hingewiesen wurde, dass man nach Lösungsmöglichkeiten sucht. Ich bedaure ausdrücklich, dass hier in dieser Richtung keine Aussage getroffen wurde.

Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD)

**Stellv. Präsident Wolfgang Drexler:** Mir liegen in der Aussprache keine Wortmeldungen mehr vor. Wir kommen zur geschäftsordnungsmäßigen Behandlung des Antrags Drucksache 14/3697.

Abschnitt I ist als Berichtsteil erledigt.

Abschnitt II beinhaltet ein Handlungersuchen. Darüber soll sicherlich abgestimmt werden. Wer Abschnitt II des Antrags der Fraktion der SPD, Drucksache 14/3697, zustimmt, möge bitte die Hand heben. – Wer ist dagegen? – Wer enthält sich? – Damit ist Abschnitt II mehrheitlich abgelehnt.

(Abg. Helen Heberer SPD: Ganz knapp!)

(Stellv. Präsident Wolfgang Drexler)

Ich rufe **Punkt 9** der Tagesordnung auf:

**Antrag der Fraktion der SPD und Stellungnahme des Justizministeriums – Gesamtkonzeption zur Digitalisierung der Grundbücher und Grundakten und zur geplanten Konzentration der Grundbuchämter auf elf Amtsgerichte – Drucksache 14/3700**

(Abg. Rainer Stickelberger SPD: Justizministerium, nicht „Juschdizminischderium“!)

Mit aufgerufen ist auch der Änderungsantrag der Fraktion der SPD, Drucksache 14/5557.

Das Präsidium hat folgende Redezeiten festgelegt: fünf Minuten für die Begründung, in der Aussprache fünf Minuten je Fraktion.

Für die SPD-Fraktion darf ich Herrn Abg. Stickelberger das Wort erteilen.

**Abg. Rainer Stickelberger SPD:** Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Die Systemumstellung des Grundbuchwesens in Baden-Württemberg ist sicherlich ein Kraftakt, eine langjährige Prozedur, die von allen Beteiligten viel Aufwand und Kraft erfordert. Deshalb nehmen wir das Thema auch nicht leicht.

Vorweg möchte ich sagen: Sie wissen, dass die SPD-Fraktion mit dieser Reform grundsätzlich einverstanden ist. Über das Ob dieser Reform brauchen wir deshalb nicht zu diskutieren. Es geht jetzt in den Jahren, die noch vor uns liegen, und im Rückblick auf das, was bereits geschehen ist, um das Wie der Umsetzung dieser Reform.

Wir haben dazu einen Änderungsantrag eingebracht, weil unser ursprünglicher Antrag schon einige Monate alt ist. Dieser Änderungsantrag, den wir gestern eingebracht haben, wurde durch die Mitteilung der Landesregierung, Drucksache 14/5552, die wir ebenfalls gestern erhalten haben, inzwischen teilweise beantwortet, sodass wir schon ein Stück weit klarer sehen, was die Digitalisierung des Grundbuchs angeht.

Trotzdem habe ich einige grundsätzliche Bemerkungen. Unsere Kritik hat sich auf drei wesentliche Punkte konzentriert: erstens auf die Standortwahl, zweitens auf das Prozedere hinsichtlich der Digitalisierung und drittens auf den Umgang mit dem Personal.

Zu den Standorten möchte ich nicht mehr viel sagen. Die Standortentscheidungen sind getroffen. Sie stellen uns nicht zufrieden. Insbesondere ist für uns nach wie vor nicht nachvollziehbar, warum etwa das Grundbuchamt für Mannheim in Tauberbischofsheim liegen muss.

(Beifall bei der SPD)

Dass dies natürlich Bestandteil eines Kompromisses zur Umstrukturierung der staatlichen Schulverwaltung und der Flurneuordnungsverwaltung war und nach der Intention der Landesregierung der Stärkung des ländlichen Raums dienen soll, wissen wir; so wurde es gesagt. Das muss man schon glauben. Ein überzeugendes Argument dafür haben wir noch nicht gehört. Aber ich will da jetzt nicht nachkartieren.

(Abg. Thomas Oelmayer GRÜNE: Hauptsache, Ulm bleibt!)

– Hauptsache, Ulm bleibt.

(Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Neu-Ulm!)

Bei der Digitalisierung wird es schon schwieriger. Herr Minister, Sie haben in dem Bericht der Landesregierung zur Beratenden Äußerung des Rechnungshofs, die uns heute mit der Mitteilung der Landesregierung, Drucksache 14/5552, zugegangen ist, ausführlich Stellung genommen, insbesondere was den Fahrplan der Digitalisierung angeht, einmal im badischen und einmal im württembergischen Landesteil. Das Zieljahr 2018 wird wohl konform gehen, synchron laufen mit der Notariatsreform. Das ist auch gut so.

Gleichwohl ergeben sich aus Ihrem Bericht natürlich wiederum neue Fragen, etwa was das „6-€-Gesetz“ angeht, mit dem ein Anreiz dafür geschaffen werden soll, dass die badischen Gemeinden mit der Digitalisierung sozusagen in die Puschen kommen, um es einmal auf gut alemannisch zu sagen. Hier bestehen erhebliche Rückstände bei der Aufarbeitung. Das wird uns noch beschäftigen. Wie das im Einzelnen ablaufen wird, wissen wir noch nicht.

Mit Interesse haben wir zur Kenntnis genommen, dass in Ihrem Bericht von einer Vergabe der Ersterfassung nach außen die Rede ist. Bisher ist die Ersterfassung mit Landespersonal, mit kommunalem Personal erfolgt. Jetzt, nachdem schon viele Ersterfassungen erfolgt sind, sprechen Sie in Ihrer Stellungnahme von einer Vergabe der Ersterfassung nach außen, sprich von einer Privatisierung oder einer Klärung durch den freien Markt.

(Abg. Thomas Oelmayer GRÜNE: Fremdvergabe!)

Dabei würden wir natürlich schon gern wissen, wie man sich das vorzustellen hat und warum man erst jetzt, nachdem wir schon jahrelang über die Digitalisierung diskutieren, bei der Ersterfassung eventuell auf private Anbieter zugeht.

Ein weiterer Punkt ist die Hybridlösung, die jetzt wohl kommt. Zum einen gibt es die Digitalisierung, zum anderen die Erhaltung des Altbestands in Papierform, wobei erst ab einem bestimmten Stichtag die Digitalisierung erfolgen soll. Da stellt sich natürlich schon die Frage, nach welchen Kriterien man diesen Stichtag wählt und ob gerade das Zeitprinzip ein aussagefähiges Merkmal für die Relevanz von Grundakten ist, etwa bei einer Beurkundung oder anderen Vorgängen. Ich kann mir kaum vorstellen, dass ein Notar im Sinne einer seriösen Bearbeitung bei einer Beurkundung nicht auf die Grundakten insgesamt zurückgreifen müsste.

Damit sind wir natürlich bei dem Problem, wie der Bürger diesen Zugang zum Grundbuch hat. Da haben wir schon Bedenken, auch jetzt in der Übergangsphase. Wir haben künftig zentrale Erfassungsstellen, wir haben eine zentrale Aufbewahrung der Grundbücher im Landesarchiv, und wir haben die Grundbuchämter vor Ort. Wir haben also gegenüber dem bisherigen Rechtszustand eher eine Zersplitterung der Zuständigkeiten. Dazu hätten wir gern weitere Aufklärung, wie das dann in der Praxis laufen soll.

(Rainer Stichelberger)

Die Grundbuchämter sind bisher im Sinne der Bürgernähe so verfahren, dass der Bürger bei der Einsichtnahme ins Grundbuch vor Ort auch beraten wurde. Diese Beratungsfunktion fällt aus unserer Sicht

(Abg. Ingo Rust SPD: Sehr wichtig!)

bei der digitalen Einsichtnahme weg. Das ist für uns natürlich schon ein wesentlicher Gesichtspunkt für die Bewertung. Aber dazu werden wir in der nächsten Zeit sicher noch einiges hören.

Auch was die „On-Demand“-Abfrage angeht, stellt sich die Frage: Ist es praktikabel, dass man sozusagen erst digitalisiert, wenn ein bestimmter Zugriff auf das jeweilige Grundbuch gewünscht wird? Wir sind noch sehr skeptisch, wie das in der Praxis ablaufen wird.

Wir machen mit, aber uns liegt daran, dass das System auch in Zukunft, wie es bisher beim alten System der Fall war, bürgernah ausgestaltet ist.

Einen letzten Punkt möchte ich ansprechen. Wir erwarten natürlich auch die Klärung der Standorte, aber nicht in Bezug auf die eigentliche Standortfrage, sondern im Hinblick auf die Frage: Wie steht es mit den Gebäuden? Wie steht es mit der räumlichen Unterbringung? Hierüber werden wir im Lauf der Zeit ebenfalls noch Aufschluss erhalten müssen.

Vor allem fragen wir: Was passiert mit dem Personal? Bisher haben wir kompetentes Personal in den Grundbuchämtern. Wir haben staatliche Grundbuchämter, die über gutes Personal verfügen. Diese Mitarbeiter werden kaum in der Lage sein, an den neuen Standorten tätig zu sein, weil die räumlichen Abstände häufig zu groß sind. Darüber hätten wir auch im Interesse der Beschäftigten gern Klarheit.

Es gibt also eine Fülle von Fragen, die jetzt partiell durch den Bericht der Landesregierung beantwortet sind, aber eben nicht ausreichend; vielmehr wirft dieser Bericht eher neue Fragen auf.

Weil das Ganze im Fluss ist und dynamisch ist, Herr Minister, hätte ich einen Vorschlag: Unser ursprünglicher Antrag ist natürlich durch den Zeitablauf überholt. Unserem Änderungsantrag ist durch Ihre Mitteilung teilweise Rechnung getragen worden. Wenn Sie bereit wären, dem zuständigen Ausschuss in drei bis vier Monaten einen Zwischenbericht über den aktuellen Stand zu geben – auch über die Fragen der räumlichen Unterbringung und des Personals –, dann wären unsere Anträge für heute erledigt, und wir könnten, glaube ich, im Interesse aller Beteiligten und aller Fraktionen die Sache weiter klären und im Auge behalten.

Bis zum Jahr 2018 werden sich noch viele Fragen auftun. Es wäre sicher sinnvoll, wenn das Parlament diesen Prozess aktiv begleiten könnte.

Danke schön.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der Grünen)

**Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte:** Das Wort erteile ich Herrn Abg. Hollenbach für die Fraktion der CDU.

**Abg. Manfred Hollenbach** CDU: Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren! Lieber Herr Kollege Stichelberger, ich bin Ihnen für Ihren Beitrag und Ihre sehr sachliche Betrachtung des Themas „Digitalisierung der Grundbücher“ sehr dankbar. Ich bin Ihnen auch sehr dankbar dafür, dass Sie heute nicht darauf bestehen, dass über Ihren Antrag detailliert diskutiert oder abgestimmt wird.

Sie haben gesagt, die Digitalisierung der Grundbücher sei ein Kraftakt. Dem kann ich nur beipflichten. Das ist für mich wirklich ein Jahrhundertwerk, das in der Justizverwaltung vollzogen werden muss. Es ist ein Jahrhundertwerk im wahren Sinn des Wortes, denn die Grundbücher, mit denen noch heute in den mehr als 650 Grundbuchämtern unseres Landes gearbeitet wird, stammen aus dem Jahr 1900. Bei der Einführung des Bürgerlichen Gesetzbuchs im Jahr 1900 hat sich auch dieses Recht verändert. Seitdem hat sich im Prinzip kaum etwas verändert.

Die meisten Grundbücher sind noch heute in Folioformat mit handschriftlichen Eintragungen. Diese Eintragungen füßen zum Teil noch auf alten Güterbüchern und Servitutenbüchern. Das sind Begriffe, mit denen viele junge Leute gar nichts anzufangen wissen. Es sind aber immerhin Bücher, die in der Praxis fast jeden Tag noch in die Hand genommen werden müssen.

Nun kommt dieser Quantensprung – so kann man es schon nennen – „Digitalisierung der Grundbücher“. Es sind mehr als 6 000 – Entschuldigung, Herr Minister: sechs Millionen.

(Abg. Thomas Oelmayer GRÜNE: 6 000 wäre kein Problem! – Zuruf des Abg. Klaus Herrmann CDU)

– 6 000 wäre wenig. – Das macht die Sache natürlich kompliziert. Zudem haben wir in Baden-Württemberg ein sehr differenziertes System. Wir haben nämlich drei verschiedene Ausgangsbasen: Im Württembergischen sind die Grundbuchämter bei den Notariaten angesiedelt,

(Abg. Thomas Oelmayer GRÜNE: Da sind wir gut dabei!)

zum Teil auch bei den Kommunen; im Badischen werden die Grundbücher zum größten Teil in kommunalen Grundbuchämtern gelagert und bearbeitet, und schließlich gibt es dort auch noch elf staatliche Grundbuchämter. Schon allein aufgrund dieser Komplexität kann die Digitalisierung nicht reibungslos und problemlos verlaufen.

Aber in den vergangenen Jahren ist hier meines Erachtens viel Klarheit geschaffen worden. Ausgehend von einer gutachterlichen Äußerung des Rechnungshofs, von Herrn Munding, die 2006 abgegeben wurde, befassen sich auch der Ständige Ausschuss und der Finanzausschuss mit diesem Thema.

Es hat sich sehr viel geklärt. Auch wir haben viele Fragen gestellt, und wir werden auch noch viele Fragen stellen. Wir wissen, dass die Umstellung und die Umschreibung der Grundbücher eine große Herausforderung für das Personal ist. Das kann nicht reibungslos gehen.

Insbesondere für die Kommunen im badischen Landesteil hat man versucht, mit einem kleinen Bonus von 6 € je digitalisiertem Grundbuch Anreize zu schaffen. Ich höre immer wie-

(Manfred Hollenbach)

der, wenn man in den Kommunen nachfragt: Zum Teil wird es gemacht, zum Teil wird es eben auf die Seite gelegt, weil man sagt: Mit den 6 € pro Grundbuch können wir diese Arbeit nicht leisten. Aber man kommt voran. Wir haben jetzt endlich ein Ziel, nämlich das Jahr 2017, 2018.

Man hat vor allem auch eine Entscheidung getroffen – das möchte ich besonders betonen –, nämlich diese elf Standorte auszuwählen. Über die Frage, ob die Standorte richtig gewählt sind oder nicht, Herr Stickelberger, kann man immer unterschiedlicher Meinung sein. Ich könnte mir manches auch anders vorstellen. Aber irgendwann muss man zu Potte kommen. Irgendwann muss man sagen: So wird es gemacht.

Der Minister hat sogar einmal gesagt, am liebsten wäre ihm ein einziges Grundbuchamt in Baden-Württemberg. Auch das wäre denkbar.

(Abg. Reinhold Gall SPD: Aber nicht in Tauberbischofsheim!)

– Das könnte auch in Tauberbischofsheim sein.

(Abg. Hagen Kluck FDP/DVP: Reutlingen!)

Aber ich denke, das sollte keine ideologische Frage sein. Vielmehr hat man sich jetzt auf elf Standorte geeinigt. Die sollte man angehen. Jetzt erwarten wir auch von der Justizverwaltung eine deutliche Katalogisierung, anhand der wir sehen, was an den einzelnen Standorten gemacht werden muss und wie die Umstellung vollends vollzogen werden kann.

Wir können dem Vorschlag von Herrn Stickelberger voll und ganz folgen. Wir bitten um Berichterstattung, und wir werden das auch positiv begleiten und hoffen, dass wir spätestens im Jahr 2018 ein ganz modernes Grundbuch in Baden-Württemberg haben, ein System, das dann mindestens wieder 120 Jahre hält.

(Beifall bei der CDU und des Abg. Hagen Kluck FDP/DVP)

**Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte:** Ich erteile für die Fraktion GRÜNE Herrn Abg. Oelmayer das Wort.

**Abg. Thomas Oelmayer GRÜNE:** Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Die Themen Grundbuch und „Digitalisierung der Grundbücher“ beschäftigen den Landtag und die zuständigen Gremien im Landtag schon seit geraumer Zeit. Ich will zwei Bemerkungen vorweg machen.

Die Konzentration auf elf Standorte, welche auch immer dies dann sind – ich freue mich natürlich, dass Ulm dabei ist; das sage ich ganz offen; ich freue mich auch, dass Mannheim dabei ist; das ist keine Frage –

(Abg. Rainer Stickelberger SPD: Eben nicht! – Abg. Walter Heiler SPD: 120 km weg!)

– Es ist nicht dabei. Ich entschuldige mich für den Versprecher. – Herr Minister, diese Konzentration finde ich richtig klasse, weil Sie diese bei anderen Institutionen der Justiz, etwa wegen angeblich mangelnder Bürgernähe etc., grundsätzlich ablehnen.

(Abg. Hagen Kluck FDP/DVP: Strafvollzug! Alles nach Ulm!)

Deshalb finde ich es toll, dass Sie hier den Schritt gewagt haben. Ob es elf oder zwölf Standorte sind, spielt keine zentrale Rolle, aber die Konzentration ist wichtig. Warum ist sie wichtig? Sie ist wichtig, weil sie für mehr Effizienz sorgt, weil sie – das kommt auch in der jüngsten Mitteilung der Landesregierung zum Ausdruck – dazu beiträgt, dass die Betriebskosten am Schluss, wenn ich es richtig im Kopf habe, im Vergleich zur bisherigen Struktur um über 2,4 Millionen € niedriger sein werden.

Gestatten Sie mir, auch zu dem Antrag, den die SPD-Fraktion heute zur Debatte gestellt hat und der im Übrigen ziemlich genau ein Jahr alt ist – wohingegen die Stellungnahme der Landesregierung zur Entwicklung der Digitalisierung relativ neu ist –, ein paar Anmerkungen zu machen.

Man muss zwischen Württemberg und Baden klar differenzieren. Zum 30. Juni 2009 war in Württemberg eine Erfassungsquote von immerhin 69 % erreicht. Im Jahr 2012 bzw. 2013 soll komplett digitalisiert sein. Das heißt, dahinter steckt eine ganz ordentliche Effizienz. Dennoch stellt sich eine Frage, die Sie, Herr Minister, vielleicht gleich heute beantworten können. Sehr zur Effizienzsteigerung beigetragen hat die zentrale Erfassungsstelle, angesiedelt beim Amtsgericht in Stuttgart. Nun haben Sie in Ihrer Stellungnahme ausgeführt, es sollten zwei weitere hinzukommen. Sicher hat auch das Parlament ein Interesse daran, zu erfahren, wo diese dann sein sollen. Ich denke, das betrifft das württembergische Rechtsgebiet.

Unmittelbar folgen muss dann das badische Rechtsgebiet. Dort ist es deswegen komplexer, weil die staatlich Beschäftigten es geschafft haben, ihrer Aufgabe, zu digitalisieren, zu 94 % gerecht zu werden, während es im kommunalen Bereich nach den Zahlen, die Sie jetzt geliefert haben, gerade einmal 35 % sind. Das heißt, in der Summe sind dort bis dato gerade einmal 50 % digitalisiert. Da stehen also noch eine ganze Menge Herausforderungen an.

Die kommunale Selbstverwaltung ist natürlich ein hohes Gut. Sie haben versucht, Anreize zu schaffen, indem für jedes digitalisierte Grundbuch 6 € gezahlt werden. Darauf haben die Kommunen nicht alle so euphorisch reagiert, dass sie gleich gesagt hätten: Wenn wir 6 € pro Grundbuch bekommen, dann sind wir sofort dabei und sind auch bis zum Jahr 2012 fertig. Nein, von 340 Kommunen haben es nur 119 zugesagt. Sie haben jedoch angekündigt, Sie wollten dennoch das Gesetzgebungsverfahren für dieses „6-€-Gesetz“ zum Beginn des kommenden Jahres realisiert wissen. Mich würde interessieren, ob diese 6 € Ihrer Auffassung nach tatsächlich zu einer Effizienzsteigerung führen. Es dürfte wohl schwierig werden, die Digitalisierung bis zum Jahr 2017 oder 2018 – was ja die Zielsetzung ist – abzuschließen.

Zum Schluss hin noch eine Frage, die auch der Kollege Stickelberger bereits angesprochen hat, nämlich zum Thema Fremdvergabe. Natürlich hätte uns interessiert – Sie haben es ausgeführt: es gab intensive Gespräche, und es wäre, wenn überhaupt, nur dann sinnvoll und legitim, wenn durch private Träger wirklich effizienter gearbeitet werden könnte und dort tatsächlich Einsparungen erfolgten –, welche Institutionen dies betrifft und wann das geschehen soll.

Ganz zum Schluss noch folgende Anmerkung – ich habe es schon erwähnt –: Diese digitalisierte Form wird aus meiner

(Thomas Oelmayer)

Sicht trotz der Konzentration der Standorte zu mehr Bürgernähe führen, und zwar deswegen, weil dann jeder Bürger seinen Grundbuchauszug digital von zu Hause aus am Computer abrufen kann. Insofern wird die Digitalisierung der Grundbücher tatsächlich zu mehr Bürgernähe beitragen. Entsprechendes wünsche ich mir auch bei anderen Rechtsorganisationen in unserem Land. Dann könnten wir über das Thema Bürgernähe gern noch einmal generell diskutieren und dabei vielleicht auch Einvernehmen erzielen.

Wir sind also dabei, und wir unterstützen auch das Anliegen des Kollegen Stickelberger, über diese Thematik gegebenenfalls noch einmal intensiv in einer der nächsten Sitzungen des Ständigen Ausschusses zu diskutieren, um dort Gelegenheit zu erhalten, einzelne Fragen noch einmal eingehend zu erörtern. Die Stellungnahme der Landesregierung zum vorliegenden Antrag umfasst allein schon zwölf oder 13 Seiten, und das kann in fünf Minuten nicht erschöpfend abgehandelt werden.

(Glocke der Präsidentin)

**Stellv. Präsidentin Christa Vossschulte:** Herr Abgeordneter, bitte kommen Sie zum Ende.

**Abg. Thomas Oelmayer GRÜNE:** Ja, Frau Präsidentin, ich komme gleich zum Schluss.

Aber angesichts der Summe von 50 Millionen € ist es, meine ich, richtig und wichtig, dass sich das Parlament intensiv um diese Thematik kümmert und sich hierüber auch intensiv von der Regierung informieren lässt.

(Beifall bei den Grünen)

**Stellv. Präsidentin Christa Vossschulte:** Das Wort erteile ich Herrn Abg. Kluck für die Fraktion der FDP/DVP.

**Abg. Hagen Kluck FDP/DVP:** Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Ich will gleich vorweg sagen: Die FDP/DVP-Fraktion hat nichts dagegen, dieses Thema noch einmal im Ständigen Ausschuss zu behandeln.

(Abg. Ursula Haußmann SPD: Da haben wir ja Glück gehabt!)

– Ja, so sind wir zu euch. Seid ihr auch einmal freundlich zu uns.

Kollege Stickelberger hat gesagt, eine Beratung bei der Einsichtnahme sei künftig nicht mehr möglich. Dieser Auffassung sind wir nicht; denn die Einsichtnahme kann nur bei den Grundbucheinsichtsstellen erfolgen, die die Gemeinden einrichten können. Herr Kollege Oelmayer, von zu Hause aus wird das nicht möglich sein. Ich fände es beispielsweise nicht gut, wenn andere Leute in meinem Grundbuch herumfuhrwerken könnten.

(Abg. Thomas Oelmayer GRÜNE: Nicht in Ihrem! Vielleicht haben Sie ja gar keins!)

– Doch. Sie wissen ja: Ich habe größere Latifundien zur Eselshaltung. Aber es geht Sie nichts an, wie groß diese Grundstücke sind und welche Belastungen darauf liegen.

Bei der Gemeinde wird dies also künftig möglich sein, und dabei kann auch eine Beratung erfolgen.

Grundsätzlich möchte ich noch einmal sagen, dass wir die Digitalisierung für richtig halten. Wir sind der Meinung, dass der technische Fortschritt dies geradezu gebietet. Denn es gibt inzwischen – da hat der Kollege Oelmayer recht –

(Abg. Thomas Oelmayer GRÜNE: Oh, danke!)

bessere Möglichkeiten der Einsichtnahme. Das digitale Grundbuch kann bürgernäher sein als das jetzige in komplizierter Schriftform.

Damit ist auch ein ganz großer wirtschaftlicher Vorteil verbunden, da sich die Betriebskosten der Grundbuchämter und damit die Belastungen für die Steuerzahler auf Dauer deutlich verringern werden. Auszüge aus dem Grundbuch können zukünftig in digitaler Form angefordert werden, und auf diesem Weg kann besser und vor allem auch schneller auf Einträge zurückgegriffen werden.

Durch die digitalen Zugriffsmöglichkeiten reicht die Zahl von elf Grundbuchämtern auch aus. Ich hätte mir natürlich ein Grundbuchamt in Reutlingen gewünscht. Wenn Ulm eines bekommt, dann hätte Reutlingen eigentlich auch eines haben müssen. Aber Sigmaringen ist nicht so weit, und es wird auch, wie gesagt, keinen riesengroßen Publikumsverkehr geben. Das ist gar nicht erforderlich, weil wir davon ausgehen, dass die meisten Gemeinden diese Grundbucheinsichtsstellen einrichten werden, weil sie selbst natürlich auch möglichst schnell auf diese Informationen zurückgreifen wollen.

Der Kollege Stickelberger müsste – falls er beispielsweise nach Mannheim umziehen wollte – also nur in Ausnahmefällen nach Tauberbischofsheim fahren.

(Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Schöne Gegend!)

Bislang haben wir noch 667 Grundbuchämter; diese große Zahl verhindert jedoch eine Bündelung der Kapazitäten. Die Digitalisierung birgt also ein enormes Einsparpotenzial, und wir meinen, auch der Service für die Bürger wird dadurch besser.

Es sind noch die Leistungsanreize im badischen Rechtsgebiet – die genannten 6 € – angesprochen worden. Wir sagen, das ist ein Anreiz. Wenn schon die Hälfte der Gemeinden mitmachen, ist das doch gar nicht schlecht; das ist ein guter Anfang. Wir haben auch noch ein bisschen Zeit. Vielleicht muss man die Leute noch stärker auf diese Anreize hinweisen.

Diese „hybride“ Aktenführung – so sage ich das einmal –, dass ein Teil der Grundakten in Papierform erhalten bleibt und die neuen Teile elektronisch geführt werden, halten wir für sinnvoll. Denn auf neue Aktenteile wird eben häufiger zurückgegriffen als auf ältere. Die zentrale Verwahrung der Grundakten in Zusammenarbeit mit der Landesarchivverwaltung ist im Vergleich zur dezentralen Lagerung natürlich auch sehr viel kostengünstiger. Gerade für den Wirtschaftsstandort Baden-Württemberg ist es wichtig, dass sich die Regeleintragungszeiten auf elektronischem Weg deutlich verkürzen und damit Investitionen schneller getätigt werden können.

Wenn die Digitalisierung abgeschlossen ist, werden wir die modernsten und effektivsten Grundbuchämter in der Bundesrepublik Deutschland haben. Wenn es nach uns geht, soll das

(Hagen Kluck)

Verfahren wie geplant vorangetrieben werden, sodass die Reform bis zum Jahr 2018 erfolgreich abgeschlossen werden kann.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU)

**Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte:** Das Wort erteile ich Herrn Minister Professor Dr. Goll.

**Justizminister Dr. Ulrich Goll:** Frau Präsidentin, meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich freue mich durchaus, dass die Bedeutung dieser Reform in ihrer Tragweite von allen Seiten des Parlaments offensichtlich erkannt und ständig im Auge behalten wird. In der Tat hört sich das im Moment trocken an: „Grundbuchamtsreform“. Das ist aber natürlich im Blick auf die vergangenen Jahrzehnte eine der größten Umwälzungen in der Justiz, und zwar eine, die durch technische Veränderungen, die wir gerade auch im Bereich des Grundbuchs nicht einfach ignorieren können, eindeutig angesagt ist.

Ich erinnere mich an die Zeit, als wir die Debatte über ein elektronisches Grundbuch angefangen haben. Wir waren da bekanntlich unter den Bundesländern nicht sehr früh dran, weil wir die dezentralste Struktur in der Bundesrepublik haben. Wir haben in Baden-Württemberg noch heute mehr Grundbuchämter als die gesamte restliche Bundesrepublik zusammen. Deswegen hatten es die anderen – Bayern mit 70 Standorten oder Sachsen mit 30 Standorten – natürlich leichter.

Es war also eigentlich höchste Zeit, die neue Technik in den Grundbuchämtern einzuführen. Trotzdem gab es damals noch skeptische Fragen, ob man so etwas überhaupt machen soll. Ich glaube, heute sind wir so weit, dass kein Mensch mehr auf die Idee käme, ein Grundbuch, diesen Papierbestand, anders zu führen als im Endeffekt elektronisch. Wir sind auch auf einem guten Weg.

Natürlich stellen sich unterwegs Fragen, die man einfach gemeinsam klären muss.

Eine davon ist die Standortfrage. In welchen Orten es Grundbuchämter geben wird, steht bereits fest, und an den Standorten findet natürlich auch schon emsig die Suche nach geeigneten Lösungen statt. Wir nutzen also die Zeit, wie man auch generell sagen muss: Auch wenn das Ganze zwischen 2012 und 2017 stattfinden soll, schauen wir schon jetzt, dass wir die Zeit bis dahin optimal zur Vorbereitung nutzen. Einerseits war es sicherlich weise, sich einen ausreichenden Horizont zu geben; andererseits nützt es jedoch nichts, wenn man die Zeit nicht nutzt. Also nutzen wir sie natürlich.

Diese Zeitschiene wirkt sich ein Stück weit auch auf das Personal aus. Im Zusammenspiel zwischen dem zeitlichen Horizont und den Standorten glaube ich, sagen zu können, dass wir an den Standorten, die sich in der Nähe der Ballungszentren befinden, durchaus Chancen haben, dass ein Großteil der Bediensteten, die vielleicht gar nicht in der Stadt wohnen, auch am neuen Standort tätig sein werden. Bei anderen Standorten wie z. B. Tauberbischofsheim wird das eher weniger der Fall sein. Das muss man ganz klar sagen. Es sei aber noch einmal daran erinnert, dass es kein Fehler ist, auch in Tauberbischofsheim ein paar Arbeitsplätze zu schaffen. Denn andererseits tun wir uns im Rhein-Neckar-Raum sicherlich leichter,

das Personal innerhalb des Justizbereichs zu vermitteln, gerade über einige Jahre hinweg. Deswegen glaube ich, dass wir es insgesamt auch hinbekommen werden, das Personalproblem zu lösen.

Die größte Herausforderung wird darin bestehen, genügend qualifiziertes Personal auch für das neue Grundbuch zu haben, und weniger darin, Personal in andere Stellen zu vermitteln. Das sehen wir eindeutig als das geringere Problem an. Dafür gibt es in den Ballungsräumen einfach so viele Dienststellen, und auch der Zeitraum ist lang genug, um reagieren zu können.

Noch einmal zum Thema „Bürgernähe und Nutzung“. Wir gehen in der Tat nicht davon aus, dass an den elf Standorten ein nennenswerter Publikumsverkehr stattfindet. Es mag Ausnahmefälle geben, wenn es sich um sehr große kommunale Projekte oder auch privat getragene Projekte handelt, in denen ein Mitarbeiter der Kommune oder des Projektträgers vielleicht einmal ein, zwei Tage vor Ort ist, wenn sich so viele Fragen kumuliert hintereinander stellen. Aber dann muss man sagen, dass im Rahmen des Gesamtprojekts selbst eine Reise nach Tauberbischofsheim – so weit weg ist das auch nicht – natürlich eine völlig normale Sache ist, und zwar auch in der Vorbereitung eines solchen Projekts. Aber wir können uns das im Grunde genommen wirklich nur als Ausnahmefall vorstellen.

Normalerweise bekommt man den Zugang entweder über einen der 500 Notare oder über eine Gemeinde, die am Verfahren teilnimmt – in all diesen Fällen ist natürlich auch eine fachliche Begleitung gewährleistet –, oder eben über die elf Amtsgerichte. Ich meine, bezogen auf ein Land wie Baden-Württemberg sind, wenn man elf Standorte hat, auch für die meisten Teile des Landes keine unüberwindlichen Distanzen zu überwinden, wenn man selbst zu einem dieser Grundbuchämter kommen wollte. Ich sage aber noch einmal: Wir werden das als Ausnahmefall zu betrachten haben.

(Abg. Thomas Oelmayer GRÜNE: Wie bei den Amtsgerichten!)

Jetzt zu der Frage, wie weit wir eigentlich sind. Wie weit sind wir bei der Digitalisierung? Es sei noch einmal schnell ins Gedächtnis gerufen: Wir haben im württembergischen Landesteil 70 % geschafft. Wir haben im Schnitt im badischen Landesteil 50 % geschafft. Hinter den 50 % verbergen sich allerdings in der Tat zwei sehr unterschiedliche Werte, nämlich über 90 % bei den staatlichen Grundbuchämtern und 30 % bei den Kommunen. Da liegt also noch die größere Herausforderung.

Wir versuchen, dieser Herausforderung durch das angekündigte „6-€-Gesetz“ zu begegnen. Mittlerweile haben wir durch eine Umfrage ermitteln können, dass es für viele der Gemeinden eine interessante Vorstellung ist, ab 2012 ein digitalisiertes Grundbuch zu übergeben. Das wäre natürlich auch für uns viel besser.

(Abg. Thomas Oelmayer GRÜNE: Es haben aber nur 30 % geantwortet!)

– Aber trotzdem ist das Volumen, das herauskommt, nennenswert. Jedenfalls lohnt es sich, mit einem solchen Gesetz, dem „6-€-Gesetz“, noch einmal einen Anreiz zu setzen.

(Minister Dr. Ulrich Goll)

Für das, was auf diesem Weg nicht geschieht, kommen die vorhin angesprochenen Erfassungszentren ins Spiel. Herr Oelmayer, Sie haben nach den Standorten gefragt. Die Standorte sind in Heilbronn und in Villingen-Schwenningen. Gerade der Standort Villingen-Schwenningen ist ganz bewusst auf dem baden-württembergischen Grenzgebiet angesiedelt. Denn wir stellen uns das so vor, dass diese zusätzlichen Erfassungszentren – wir haben schon eines in Stuttgart, das sehr gut arbeitet – erst die Arbeit in Württemberg fertig machen, aber dann bereitstehen, um in Baden den „Rest“ zu erledigen.

Es bleibt eigentlich nur noch das Stichwort Fremdvergabe anzusprechen. Hinsichtlich der Fremdvergabe gibt es innerhalb der Landesregierung eine Absprache. Bei dem ganzen Thema geht es ein Stück weit auch um das Sparen, um sinnvolles Sparen. Auch hier wird natürlich auch vonseiten der Kollegen aus der Finanzverwaltung die Frage gestellt: Was ist eigentlich günstiger, Fremdvergabe für den Rest oder selbst erledigen? Im Moment ermitteln wir programmgemäß, wer das überhaupt machen könnte. Dafür gibt es sehr unterschiedliche Angebote. Ich kann einer Entscheidung und einer internen Abstimmung hier nicht wirklich vorgreifen, aber ich könnte mir schon vorstellen, dass es in diesem Fall eindeutig sinnvoller ist, den begonnenen Weg zu beschreiten, den Kommunen die 6 € zu geben und den Rest mit den Erfassungszentren zu machen. Denn wir haben bei diesem Projekt schon immer ein bisschen die Gefahr, dass die Partner etwas anbieten, ohne genau zu wissen, was auf sie zukommt.

(Abg. Thomas Oelmayer GRÜNE: Dann dauert es noch länger und kostet es noch mehr!)

– Dann könnte es noch länger dauern und noch mehr kosten.

Zum Stichwort Kosten: Wir sind nach unseren Schätzungen selbst dann, wenn wir einen Puffer einrechnen, eigentlich vollständig in dem Bereich, den wir bisher an Kosten für die restliche Digitalisierung angegeben haben. Da gibt es also keine Hiobsbotschaften irgendwelcher Art, sondern im Gegenteil: Wir haben da noch ein bisschen Luft, um reagieren zu können, wenn sich einzelne Punkte in diesem nicht immer leicht absehbaren Prozess etwas anders als geplant entwickeln sollten. Auch da gibt es also keine kritischen Informationen, die hier zu geben wären.

Noch ein Wort zu den Grundakten, weil das ein wichtiges Thema ist: Bei den Grundakten war die Frage: Lohnt sich eine Volldigitalisierung, oder machen wir es immer bezogen auf den Zugriff? Die Volldigitalisierung lohnt sich aus unserer Sicht bei den Grundakten nicht. Die Grundakten sind wichtig, sie werden gebraucht, ganz klar. Aber sie deswegen komplett zu digitalisieren wäre wirklich ein riesiger Aufwand, und das Problem lässt sich auch anders lösen.

Übrigens ließe sich ein Teil des Problems schon dadurch lösen, dass wir nicht so viel in die Grundakten aufnehmen. Auch hier lohnt ein Vergleich mit anderen vergleichbaren Justizorganisationen. In Österreich z. B. sind wesentlich weniger Informationen in den Grundakten gespeichert, und es funktioniert auch. Man könnte also darüber nachdenken: Was wird überhaupt aufgenommen? Was muss aufgenommen werden, und was ist redundant?

Wir wollen es so machen: Wir werden die Grundakten voraussichtlich an einem einzigen Standort unterbringen. Das ist

nicht ganz einfach, weil es immerhin um ca. 160 km Akten geht. Aber machbar ist es natürlich. Es gibt genügend „Hütten“ im Land Baden-Württemberg, um die Unterbringung zu ermöglichen. Dort wird dann, wenn eine Anfrage kommt, auf den Zugriff hin digitalisiert und die Auskunft gegeben.

Technisch ist das alles darstellbar, auch in kurzer Zeit. Wir wissen, dass wir es so organisieren müssen, dass der Service hinterher besser ist als zuvor. Wir haben den Ehrgeiz, dass er – im Durchschnitt des Landes gesehen – auch zeitlich besser ist als vorher.

Wir werden, um Platz zu sparen, beispielsweise die elektronische Antragseinreichung für Notare verpflichtend einführen – dafür gibt es jetzt eine gesetzliche Grundlage –, wie es beim Handelsregister schon geschehen ist. Das wird dazu beitragen, dass dort die Digitalisierung einen Sprung nach vorn macht.

Wir werden – auch das ist vielleicht noch nachzutragen und ist interessant – beim Betrieb dieser zentralen Registratur, was die Grundakten angeht, mit der Landesarchivverwaltung zusammenarbeiten. Das liegt nahe; denn diese Behörde hat im Umgang mit Papier und auch im Auskunftswesen die meiste Erfahrung und ist auch an einer Zusammenarbeit interessiert. Ich glaube deshalb, dass wir auch hier zu funktionierenden und kostengünstigen Ergebnissen kommen können.

In den Jahren 2012 bis 2017 wird das Vorhaben also über die Bühne gehen, im württembergischen Landesteil in der Tat synchronisiert mit den Veränderungen im Notariat. Aus heutiger Sicht kann man sagen: Ich glaube, wir haben die Angelegenheit ganz gut im Griff. Es ist immerhin Neuland. Ich will aber noch einmal sagen: Ich empfinde Ihre Fragen in diesem Bereich als hilfreich, auch wenn sie von der Opposition kommen.

(Heiterkeit des Abg. Rainer Stickelberger SPD – Abg. Rainer Stickelberger SPD: Wie immer! – Abg. Helen Heberer SPD: Wir bringen das Rad zum Rollen! – Abg. Peter Hofelich SPD: Wir helfen, wo wir können! – Abg. Walter Heiler SPD: Was war denn das für eine Aussage?)

– Ich darf das doch einmal hervorheben, wenn es ausnahmsweise der Fall ist.

Ich bedanke mich für die konstruktive Zusammenarbeit bei diesem wichtigen Projekt und für die Unterstützung auch in der Zukunft.

Danke schön.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

**Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte:** Das Wort erteile ich Herrn Abg. Stickelberger.

**Abg. Rainer Stickelberger SPD:** Herr Minister, vielen Dank. Konkret heißt das, Sie würden sich im Ständigen Ausschuss zu den noch offenen Fragen auf der Basis des aktuellen Verfahrensstands im März/April äußern.

(Minister Dr. Ulrich Goll: Gern!)

(Rainer Stickelberger)

Wenn Sie das heute verbindlich zusagen, sind unsere Anträge für heute erledigt.

(Minister Dr. Ulrich Goll: Ist gar kein Problem!)

– Sie sagen das zu. Danke schön. Dann sind unsere Anträge erledigt.

Danke.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

**Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte:** Meine Damen und Herren, es ist vorgeschlagen, den Antrag Drucksache 14/3700 nach der Zusage des Ministers für erledigt zu erklären. – Sie stimmen diesem Vorschlag zu. Es ist so beschlossen.

Auch der Änderungsantrag Drucksache 14/5557 ist damit erledigt.

Damit ist auch Punkt 9 der Tagesordnung erledigt.

Ich rufe **Punkt 10** der Tagesordnung auf:

**a) Antrag der Fraktion der SPD und Stellungnahme des Umweltministeriums – Umweltzonen und Luftreinhaltepläne im Land – Drucksache 14/3864**

**b) Antrag der Fraktion GRÜNE und Stellungnahme des Umweltministeriums – Luftreinhalteplanung und immissionsschutzrechtliche Genehmigung – Drucksache 14/5243 (geänderte Fassung)**

Das Präsidium hat folgende Redezeiten festgelegt: für die Begründung zu a und b je fünf Minuten, für die Aussprache fünf Minuten je Fraktion.

Das Wort erteile ich Frau Abg. Grünstein.

**Abg. Rosa Grünstein SPD:** Sehr geehrte Frau Präsidentin, verehrte Kolleginnen und Kollegen, meine Damen und Herren! Das Thema „Luftreinhaltung in unseren Ballungsräumen“ beschäftigt uns schon wieder, und ich befürchte, dass es das noch eine ganze Weile tun wird.

Sie könnten jetzt sagen: Da ist doch schon alles gesagt und eigentlich auch schon von fast jedem. Damit hätten Sie sogar recht. Aber darin liegt auch die Problematik. Denn über etwas zu reden und es dann auch zu tun, das scheinen für viele Menschen zwei extrem unterschiedliche Dinge zu sein, die man nicht miteinander verbinden mag. Obwohl sich die Werte in den letzten Jahren partiell verbessert haben, müssen wir dieses Thema immer wieder bearbeiten, bis endlich auch die entsprechenden Handlungen folgen.

Uneingeschränkt können wir natürlich begrüßen, dass die EU hier vorausgegangen ist und allen Mitgliedsstaaten mit strengen Grenzwerten etwas Dampf gemacht hat. Denn nicht selten spielt die Gesundheit der Menschen, die z. B. von Feinstaub oder anderen Luftverunreinigungen betroffen sind, eine zu untergeordnete Rolle.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der Grünen)

Es darf nicht sein, dass die Interessen der Wirtschaft oder der durchfahrenden Pendler mehr wiegen als die der wirklich Betroffenen, nämlich derer, die dort wohnen.

Dass es sich auch um ein soziales Problem handelt, wenn die Luft derart verschmutzt wird – nicht nur durch Feinstaub und Ähnliches, sondern z. B. auch durch Lärm –, wird leider meist gar nicht erst zur Kenntnis genommen. Es wohnen doch meist die schlechter verdienenden Menschen z. B. im Stuttgarter Kessel oder in anderen Ballungsgebieten, durch die der viele Verkehr fließt.

(Abg. Brigitte Lösch GRÜNE: Da wohne ich auch!  
– Heiterkeit)

Die besser Betuchten können in die höher gelegenen Regionen ausweichen. – Schlechter oder besser?

(Abg. Brigitte Lösch GRÜNE: In den höheren Regionen!)

– Okay. – Die höher gelegenen Regionen sind aber natürlich auch entsprechend teurer. In jeder Stadt gibt es Gebiete, in denen die etwas weniger Betuchten, und Gebiete, in denen die etwas besser Verdienenden leben.

(Abg. Brigitte Lösch GRÜNE: Das hat damit nichts zu tun!)

Umweltzonen sind natürlich eine unumgängliche Maßnahme, um die Luftreinhaltung zu verbessern, auch wenn viel daran herumkritisiert wird.

(Zuruf der Abg. Brigitte Lösch GRÜNE)

– Kann ich helfen?

(Abg. Brigitte Lösch GRÜNE: Nein!)

– Nein; dann ist es gut.

(Abg. Brigitte Lösch GRÜNE: Dabei können Sie mir nicht helfen! – Gegenruf des Abg. Dr. Dietrich Birk CDU: Wir können Ihnen helfen!)

Dennoch sind Teile der Kritik natürlich auch völlig berechtigt. Die aufwendige und sehr kostspielige Einrichtung von Umweltzonen wird schnell zur Farce, wenn die ergriffenen Maßnahmen nur Placebos sind, weil viel zu viele Fahrverbote nicht wirksam werden. Denn es gibt viel zu viele Ausnahmen.

Das Urteil des Verwaltungsgerichts Stuttgart vom 14. August 2009 war in dieser Hinsicht besonders wertvoll. Denn zum einen hat es endlich klar darauf hingewiesen, dass viele der sogenannten Maßnahmen des Aktionsplans nur Schall und Rauch sind, eben schöne und relativ unverbindliche Absichtserklärungen, oder dass es sich dabei um Maßnahmen handelt, die längst beschlossen oder sogar schon begonnen waren, ehe der Aktionsplan erstellt wurde. Sie eigneten sich aber allemal dazu, den Luftreinhalte- und Aktionsplan anzureichern, ihn mit scheinbaren Maßnahmen zu garnieren und den Anschein zu erwecken, dass man hier stringent durchgriffe und tätig würde.

Zum anderen hat das Gericht aber die Verantwortlichen – in diesem Fall die Stadt Stuttgart, den Regierungspräsidenten und auch das Umweltministerium – dazu verdonnert, tatsächlich echte Maßnahmen zu ergreifen. Weil aber diese Maßnahmen zu schwach und die Ausnahmegenehmigungen überaus zahlreich waren, waren die Umweltzonen gerade zu Beginn

(Rosa Grünstein)

vergleichsweise wenig erfolgreich. Es wäre wirklich widersinnig, die nun vorgesehene Verschärfung zu kritisieren.

Zwei Anmerkungen will ich mir aber trotzdem nicht verkneifen. Für die ca. 40 000 Menschen, die nun gesagt bekommen, dass sie ab Mitte nächsten Jahres ihr Auto mit einer roten Plakette nicht mehr in einer Umweltzone nutzen dürfen, ist diese Nachbesserung ein Vertrauensbruch. Schließlich muss man so etwas auch im Familienhaushalt planen können. Hier trifft es eben auch wieder meist die Normal- oder Geringverdiener. Nicht jedes Fahrzeug kann um- oder nachgerüstet werden. Da hätte man sich besser gleich – wie die Stadt Hannover – eine knappere Frist gesetzt und wäre so der Rüge der Richter entgangen.

Es ist mir aber auch wichtig, dass eine faire und ausgeglichene Balance zwischen Fahrverboten für die einen und Ausnahmegenehmigungen für die anderen gewahrt wird. Da spricht es leider wieder einmal Bände, wenn nicht einmal detaillierte Auskünfte über diese Ausnahmen gegeben werden können.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der Grünen)

Stellen Sie sich doch einmal den Gemütszustand eines einfachen Bürgers vor, der sich für ein neues Auto krummlegen muss, der sparen muss, der vielleicht sogar Schulden in einer Höhe machen muss, die er kaum verkraften kann, und der dann – dies nur als Beispiel – die Müllautos, die den ganzen Tag durch die Gemeinden fahren müssen, anschaut, die keine Umweltplakette haben.

Eine Ausnahmegenehmigung hat aber auch der flotte, aber doch oft stark qualmende und viel Sprit fressende Oldtimer aus den Siebzigern. Der darf munter weiterfahren. Ich weiß, wovon ich spreche; denn es gibt an dem Ort, wo ich wohne, genau um die Ecke ein Museum, in das viele Oldtimerbesitzer mit ebendiesen Fahrzeugen kommen. Da kann man sehen, wie viele es davon gibt.

Ohne Frage wird man bei existenziell bedrohten Handwerkern mit ihren schlecht bis gar nicht nachrüstbaren Lieferwagen nicht um Ausnahmen herumkommen. Aber da geht es wirklich um die Existenz und nicht um „just for fun“. Vieles bleibt ungerecht, besonders für die einfachen Leute, die als Pendler ein teures neues Auto erstehen müssen.

Leider ist das Umweltministerium in dieser Hinsicht wenig auskunftsfreudig über Maßnahmen und Ausnahmen. Aber auch den Kommunen ist da kaum etwas zu entlocken. Die Frau Ministerin wird das nachher sicher alles richtigstellen.

So werden Ihnen wohl auch zukünftig weitere parlamentarische Initiativen nicht erspart bleiben, Frau Ministerin. Wir können Ihr Vorgehen zu den Umweltzonen im Land nur dann mittragen, wenn die Vorgehensweise insbesondere bei den Ausnahmegenehmigungen transparent gestaltet ist. Unseren Wunsch nach Zusammenfassung einzelner Umweltzonen mit gleichen Maßnahmenkatalogen zu einer faktisch größeren Umweltzone, um z. B. im Ballungsraum Stuttgart nicht solche unsinnigen Flickenteppiche auszuweisen, führe ich hier gar nicht weiter aus. Stellen Sie sich nur einmal die armen Menschen vor, die zwischen diesen Zonen leben müssen und bei denen dann der gesamte Verkehr derer durchläuft, die kei-

ne „richtige“ Plakette haben. Unsere diesbezüglichen Forderungen liegen bei Ihnen ja auf dem Tisch.

Ihnen und noch mehr den betroffenen Bürgerinnen und Bürgern wünsche ich natürlich, dass die Umweltzonen im Jahr 2009 und erst recht dann im Jahr 2010 stärker zu einer Luftverbesserung beitragen, dass sich auch die Verschrottungsprämie für alte Autos merklich auswirkt und auch die neuen, schärferen Grenzwerte in ihrer nächsten Stufe eingehalten werden können. Ich bin gespannt auf die nächsten Berichte aus dem Umweltministerium.

Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD)

**Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte:** Das Wort erteile ich Herrn Abg. Scheuermann für die Fraktion der CDU.

(Abg. Winfried Scheuermann CDU: Erst die Grünen!)

– Entschuldigung. Für die Fraktion GRÜNE Frau Abg. Dr. Splett, bitte schön.

**Abg. Dr. Gisela Splett GRÜNE:** Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Der SPD-Antrag, über den wir hier sprechen, ist ein knappes Jahr alt. Die damalige Einschätzung der Landesregierung, dass es keinen Anpassungsbedarf für die Luftreinhalte- und Aktionspläne gebe, gilt schon lange nicht mehr.

Für Stuttgart – Kollegin Grünstein hat es erwähnt – ist der Anpassungsbedarf inzwischen gerichtlich festgestellt. Das Gericht fordert bei Gefahr einer Grenzwertüberschreitung Maßnahmen, die kurzfristig umsetzbar und wirksam sind. Der Luftreinhalte- und Aktionsplan erfüllte diese Anforderungen nicht. Auch für andere Kommunen sind Klagen angedroht, weil mögliche wirkungsvolle Maßnahmen nicht umgesetzt wurden.

(Abg. Brigitte Lösch GRÜNE: Unglaublich!)

Es ist keine Neuigkeit, dass die in den Plänen enthaltenen Maßnahmen in etlichen Kommunen nicht ausreichen werden, um die Grenzwerte, insbesondere die ab 2010 für Stickstoffdioxid geltenden Grenzwerte, einzuhalten.

(Abg. Franz Untersteller GRÜNE: Z. B. in Pleidelsheim!)

Es ist klar, dass man deshalb über zusätzliche Maßnahmen nachdenken muss, dass man von Beginn an wirksamere Maßnahmen hätte vorsehen müssen.

Dabei geht es im Übrigen nicht nur um die Emissionen des Verkehrs, auch wenn das natürlich die wichtigste Quelle für die hoch belasteten Bereiche entlang von Hauptverkehrsstraßen ist. Als Karlsruherin beschäftigt mich vielmehr auch die Frage: Wie ist es möglich, dass neue große Emittenten genehmigt werden, die zu Zusatzbelastungen in Bereichen führen, in denen schon jetzt Grenzwertüberschreitungen vorhanden sind und in denen auch in den nächsten Jahren auch Grenzwertüberschreitungen zu befürchten sind?

(Beifall bei den Grünen)

(Dr. Gisela Splett)

Ich halte das deutsche Immissionsschutzrecht mit seinen Regelungen zu den Irrelevanzschwellen für nicht EU-rechtskonform.

(Abg. Ulrich Lusche CDU: Oha!)

– Das ist so. Der Fall des in Datteln geplanten Kohlekraftwerks hat zudem gezeigt, dass die Vorschriften der TA Luft auch den Anforderungen des Naturschutzrechts nicht genügen.

Das Kohlekraftwerk in Karlsruhe wurde genehmigt, obwohl Karlsruhe ein Luftqualitätsproblem hat.

(Zuruf des Abg. Karl Zimmermann CDU)

Die Arbeitsgemeinschaft der Karlsruher Kinder- und Jugendärzte hatte während des Genehmigungsverfahrens für das Kohlekraftwerk darauf hingewiesen, dass schon damals die Belastung der Atemwege im ungünstigen Klima der Oberrheinebene zu groß ist und in den Arztpraxen die Anzahl der Patientinnen und Patienten mit Asthma und anderen schweren und chronischen Lungenerkrankungen ständig wächst.

Wie kann es sein, dass in dieser Situation einerseits ein Luftreinhalte- und Aktionsplan aufgelegt wird, der Maßnahmen enthält, die bestenfalls zu Verbesserungen im unteren Prozentbereich führen, und man gleichzeitig eine Anlage genehmigt, die zu Verschlechterungen in der gleichen Größenordnung führt, und diese Folgen für irrelevant erklärt?

Unverständlich ist auch, warum das Land zwar Fristverlängerungen für Grenzwertüberschreitungen bezüglich des Feinstaubes bei der EU beantragt hat, dies aber für Stickstoffdioxid erst nach Ablauf des nächsten Jahres tun will, obwohl die neuen Grenzwerte bekanntlich ab 1. Januar 2010 gelten und man schon jetzt weiß, dass sie in etlichen Kommunen überschritten werden.

(Beifall bei den Grünen)

Die EU sagt ganz deutlich, dass es Ziel sein muss, etwaige Fristüberschreitungen zum Erreichen der Grenzwerte so kurz wie möglich zu halten. Was macht Baden-Württemberg? Wir rechnen mit Grenzwertüberschreitungen, warten aber sogar mit der Antragstellung auf Fristverlängerung erst einmal in Ruhe ab.

Überhaupt kommt die Landesregierung den EU-weit geltenden Vorgaben, die dem Gesundheitsschutz dienen, nur zögerlich nach. Die Straßenverkehrsbehörden betätigen sich oft genug als Bremser, indem sie mögliche Maßnahmen ablehnen. Dies gilt nicht nur für die Luftreinhalte- und Aktionspläne, sondern auch für die Lärmschutzpläne. In etlichen Gemeinden wurden Maßnahmenvorschläge erarbeitet, und Landesbehörden haben abgeblockt.

Bei den Umweltzonen kommt das Problem fehlender Kontrollen hinzu. Nur in Stuttgart darf der polizeiliche Vollzugsdienst kontrollieren, in anderen Städten nicht,

(Abg. Hans Heinz CDU: Gott sei Dank!)

und das, obwohl man bei der Bewertung der Wirksamkeit der Maßnahme jeweils von einem Befolungsgrad von 100 %

ausging. Dann ist es kein Wunder, wenn die Wirksamkeit in der Realität nicht so hoch ausfällt.

(Abg. Hans Heinz CDU: Muss man alles kontrollieren?)

Bei den Umweltzonen gilt: Das Umweltministerium ist wie ein Tiger gestartet –

(Abg. Franz Untersteller und Abg. Brigitte Lösch GRÜNE: Tigerin!)

jedenfalls was die Anzahl der Umweltzonen im Land angeht.

(Zuruf des Abg. Johannes Stober SPD)

Das Innenministerium stand gleichzeitig heimlich und still auf der Bremse, und die Landung als Bettvorleger lässt auch den Gutwilligsten an der Ausgestaltung dieses Instruments zweifeln. Man hat keinen bürokratischen Aufwand gescheut. Gescheut hat man aber die Umsetzung wirksamer Maßnahmen. Gescheut hat man Maßnahmen, die mehr Konsequenzen für den Verkehr gehabt hätten als die Umweltzonen, so, wie man sie eingeführt hat. Ein Konzept für eine nachhaltige Verkehrspolitik, die auch dem Klimaschutz gerecht wird, fehlt im Land nach wie vor. Die Fixierung auf das Automobil ist in Baden-Württemberg ungebrochen.

Welchen Stellenwert die Luftreinhaltung für die Landesregierung hat, kann man auch den Einsparvorschlägen für den Haushalt entnehmen. Die Landesregierung plant für die nächsten beiden Jahre eine pauschale Kürzung im Bereich Luftreinhaltung und Lärmschutz um 20 %. Nötig wäre genau das Gegenteil, nämlich eine Erhöhung des Mittelansatzes. Ich begreife eine Kürzung in diesem Bereich als Bankrotterklärung für den Gesundheitsschutz im Bereich des Umweltministeriums.

(Beifall bei den Grünen)

Meine Damen und Herren, ich kann mich der Aussage von Kollegin Grünstein anschließen. Wir werden nicht zurückstehen, auch in den nächsten Jahren bei den Themen Luftreinhaltung und Lärmschutz immer wieder nachzufragen. Wir werden uns mit den Defiziten der Landesregierung in diesem Bereich intensiv auseinandersetzen.

Danke.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD)

**Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte:** Das Wort erteile ich Herrn Abg. Scheuermann für die Fraktion der CDU.

**Abg. Winfried Scheuermann** CDU: Sehr geehrte Frau Präsidentin, meine sehr geehrten Damen und Herren! Fast bin ich versucht, zu fragen: Was kann man auf so viele Halbwahrheiten und „Misswahrheiten“

(Lachen der Abg. Dr. Gisela Splett GRÜNE)

eigentlich in fünf Minuten sagen? Dafür reicht die Zeit nun wirklich nicht aus.

(Winfried Scheuermann)

Wir alle sind uns hoffentlich einig, dass wir mit der Umsetzung der Luftqualitätsrichtlinie der EU Neuland betreten haben. Wir haben Neuland betreten, weil es einen Interessenkonflikt gibt zwischen der angeblichen oder einer tatsächlichen Bequemlichkeit oder Notwendigkeit, mit Autos zu fahren, die der Luftqualitätsrichtlinie nicht entsprechen, und den Interessen der Umwelt.

Dass man, wenn man völliges Neuland betritt, nicht vom ersten Tag an den Idealzustand erreichen kann, ist, glaube ich, völlig selbstverständlich. Auch dass die Opposition in solchen Fällen immer aus dem Idealzustand heraus argumentiert, ist verständlich und bringt uns nicht so sehr in Harnisch. Dass diejenigen, die regieren, sowohl die absoluten Umweltfanatiker irgendwie zufriedenstellen müssen als auch noch danach trachten, dass das Wirtschaftsleben einigermaßen funktioniert, versteht sich jedoch ebenfalls von selbst. Sie können in jeder Sitzung dieses Plenums entsprechende Anträge stellen. Wir sind zu jeder Auseinandersetzung darüber bereit.

(Zuruf des Abg. Dr. Bernd Murschel GRÜNE)

Meine Damen und Herren, Feinstaub gibt es nicht nur durch den Verkehr, sondern Feinstaub gibt es auch durch die verschiedenartigsten Feuerungsanlagen. Frau Dr. Splett, ich habe einmal gelernt: Je größer eine Feuerungsanlage ist, umso leichter ist es, die Emissionen zu beherrschen.

(Zuruf der Abg. Dr. Gisela Splett GRÜNE)

Es hat auch gar keinen Wert, hier das Genehmigungsverfahren für das neue Kohlekraftwerk in Karlsruhe anzusprechen, weil niemand von uns darauf vorbereitet war und niemand von uns – vielleicht nicht einmal Sie – den Planfeststellungsbeschluss gelesen oder in den Händen hat, was für mich die Grundlage überhaupt dafür ist, sich damit auseinanderzusetzen zu können.

(Zuruf der Abg. Dr. Gisela Splett GRÜNE)

Nun haben wir aber in den Luftreinhalteplänen und den Aktionsplänen nicht nur Maßnahmen beim Verkehr, sondern ich darf z. B. einmal zum Aspekt der Zurverfügungstellung von Wärme, bei der wir neben CO<sub>2</sub>-Emissionen auch das Problem des Feinstaubes haben, darauf hinweisen, dass unser Wärmegesetz in Baden-Württemberg gleichzeitig mittelbar auch eine Maßnahme gegen Feinstaubemissionen ist. Die alte Bundesregierung und der Bundesrat haben mittlerweile die Novelle der Ersten Verordnung zur Durchführung des Bundes-Immissionschutzgesetzes auf den Weg gebracht, die nun wesentliche Verbesserungen bei den Kleinf Feuerungsanlagen, vor allem in den Wohnungen, bringt.

Frau Grünstein, eines, was Sie gesagt haben, ist in Ordnung.

(Abg. Fritz Buschle SPD: Alles!)

– Aus Ihrer Sicht stellt sich das anders dar. – Aus meiner Sicht war in Ordnung, was über das bisher relativ laxen Verfahren hinsichtlich der Erteilung von Ausnahmegenehmigungen gesagt worden ist. Hier müssen wir in Zukunft genauer hinschauen. Es hat keinen Wert, dass wir Plaketten grundsätzlich vorschreiben, aber diejenigen, die keine haben, trotzdem in großer Zahl genauso fahren können wie diejenigen, die Plaketten haben.

Sehr geehrte Frau Dr. Splett, wenn Sie die Stellungnahme zu Ihrem Antrag richtig gelesen hätten, dann hätten Sie auch erfahren, warum wir bei der Fristverlängerung bei dem Problem des Stickstoffdioxids aktuelle Werte eines vollen Jahres brauchen, auf denen wir dann überhaupt die Notwendigkeit einer Ausnahmegenehmigung und einer Fristverlängerung gründen können.

(Abg. Dr. Gisela Splett GRÜNE: Ich habe auch EU-Unterlagen dazu! – Zuruf des Abg. Dr. Bernd Murschel GRÜNE)

– Ich kann bei der EU keinen Antrag auf Fristverlängerung stellen, ohne ihm aktuelle Werte zugrunde zu legen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, es stimmt, dass die Rechtsprechung die Situation des einzelnen Bürgers, der in Brennpunkten mit hohen Feinstaubimmissionen leben muss, deutlich gestärkt hat. Sie werden noch nie gehört haben, dass irgendjemand von uns etwas dagegen hätte. Das war der Grund, warum wir nun in Stuttgart die Maßnahmen deutlich verschärft haben.

Jetzt will ich hier einmal sagen: Wenn sich herausstellen sollte, dass mit der deutlichen Verschärfung der Maßnahmen in Stuttgart auch eine deutliche Verbesserung bei den Feinstaubimmissionen zu erwarten ist und tatsächlich eintritt, dann kommt doch sofort die Frage, ob man die gleiche Verschärfung der Maßnahmen auch in anderen Umweltzonen vornehmen muss, weil man auch dort Verbesserungen erzielen möchte.

Also noch einmal: Meine Damen und Herren, es hat keinen Wert, dass wir hier vom Idealzustand her argumentieren. Schon gar nicht stimmt es – damit möchte ich dann schließen, Frau Präsidentin –, dass in Baden-Württemberg nur eine Politik für das Auto gemacht würde. Ich persönlich sage immer: Wenn Sie mich nach dem größten Erfolg der Umweltpolitik der letzten 15 Jahre fragen, dann ist es das, was wir im ÖPNV erreicht haben. Wir haben die Zahl der Angebote im ÖPNV praktisch um 30 bis 40 % ausgedehnt, und die Zahl der Fahrgäste hat sich um 50 % erhöht. Ich sage immer dazu: Jede Fahrt mit dem ÖPNV ist eine vermiedene Fahrt mit dem Auto.

(Beifall der Abg. Dr. Friedrich Bullinger und Hagen Kluck FDP/DVP)

Verehrte Frau Dr. Splett, irgendwo sollte man auch einfache Binsenweisheiten zur Kenntnis nehmen und nicht einfach – beinahe hätte ich gesagt: mutwillig – dagegen argumentieren.

Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/DVP)

**Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte:** Das Wort erteile ich Herrn Abg. Ehret für die Fraktion der FDP/DVP.

**Abg. Dieter Ehret FDP/DVP:** Sehr geehrte Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen, meine sehr geehrten Damen und Herren! Die FDP/DVP-Fraktion hat sich in der Vergangenheit sehr intensiv mit den Themen Feinstaub und Luftreinhaltung beschäftigt. Ich verweise dazu auf unsere Große An-

(Dieter Ehret)

frage zum Thema „Maßnahmen gegen Feinstaubbelastung“ sowie auf verschiedene Anfragen der Kollegin Berroth und von mir.

Da wir dieses Thema für sehr wichtig halten, haben wir bewusst darauf verzichtet, unsere eigene Initiative heute anzuhängen. Wir werden diese Initiative im kommenden Jahr an exponierter Stelle auf die Tagesordnung bringen. Daran sind wir interessiert. Dann liegen vielleicht auch noch neue Erfahrungen vor.

Hinsichtlich des Antrags der SPD möchte ich aus unserer Sicht kurz auf die Wirksamkeit der Umweltzonen in unserem Land eingehen. Die FDP steht kleinräumigen Fahrverboten als Instrument zur Feinstaubreduzierung nach wie vor sehr kritisch gegenüber. Ihr Nutzen ist fraglich, und sie treffen auch sozial schwächere Besitzer von älteren Kraftfahrzeugen wie Studenten und ältere Leute. Genau das sind meist die Besitzer älterer Kraftfahrzeuge. Das gilt insbesondere, wenn zukünftig auch die Fahrzeuge mit roter und mit gelber Plakette mit Fahrverboten in den Umweltzonen belegt werden.

Fahrverbote treffen auch Handwerker – das ist vorhin auch bei den Antragstellern angeklungen –, die auf ihre Fahrzeuge angewiesen sind. Diese Fahrzeuge sind in der derzeit schwierigen wirtschaftlichen Situation nicht immer die neuesten Modelle, sondern Fahrzeuge, die oft gar nicht umrüstbar oder nachrüstbar sind. Aus aktuellem Anlass nenne ich auch die Schausteller, welche die zahlreichen Weihnachtsmärkte auch in Umweltzonen bestücken müssen.

Wir halten die von der Großen Koalition in Berlin erlassene Verordnung zur Erreichung der Reduktionsziele einerseits für sehr bürokratisch und andererseits für nicht sonderlich effektiv, auch deshalb, weil sie teilweise Probleme auf angrenzende Kommunen verlagert.

Weit wichtiger sind aus unserer Sicht großräumig wirkende Maßnahmen, die auf europäischer Ebene beschlossen werden und die auch auf europäischer Ebene umzusetzen sind. Dies ist insbesondere deshalb wichtig, weil ab dem kommenden Jahr auch kleinere Partikelgrößen bei Feinstäuben in die Grenzwertbetrachtung einfließen werden.

Unsere Hoffnung, Herr Scheuermann – darin sind wir uns einig –, liegt dabei auf den neuen Abgasnormen für Pkws und Lkws. Ich erinnere an die Debatte über das Thema CO<sub>2</sub>-Ausstoß, bei der wir unsere Position sehr deutlich dargestellt haben und bei der wir die Automobilbauer aufgefordert haben, im Interesse der Sicherung der Arbeitsplätze in Baden-Württemberg und in der Bundesrepublik, aber auch im Interesse der Umwelt umweltfreundliche Autos zu produzieren. Ich denke, es hat sich auch ein Erfolg eingestellt. Die Automobilbauer haben sehr schnell reagiert und werden hier mit Sicherheit im eigenen Interesse weiter daran arbeiten.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP/DVP)

An den Umweltzonen ist sicher positiv zu bewerten, dass sie teilweise zur Erneuerung der Fahrzeugflotte oder zum Einbau von Partikelfiltern beigetragen haben. Aber aus unserer Sicht ist dies leider in zu wenigen Fällen passiert. Der Vorteil dieser Umrüstung ist, dass sie nicht nur in den Umweltzonen, sondern überall einen positiven Beitrag erbringt.

Wir hoffen natürlich, dass sich mit zunehmender Erneuerung des Fahrzeugbestands zeigen wird, inwieweit die Überschreitung der Grenzwerte von Dauer ist. Deshalb halten wir gemeinsam mit Ihnen, Frau Gönner, mit dem Umweltministerium, die Verlängerung der Fristen für absolut notwendig und auch für sinnvoll.

Für einen weiteren gewichtigen Beitrag halten wir, dass das Land auch mit dem Programm zur Elektromobilität einen ordentlichen Beitrag dazu leisten wird, um umweltfreundliche Mobilität mit baden-württembergischem Know-how zu fördern. Bis sich diese Erfolge einstellen, wird es natürlich Zeit brauchen.

Für die FDP/DVP-Fraktion möchte ich noch einen anderen Aspekt ansprechen. Umweltfreundlich hinsichtlich des CO<sub>2</sub>-Ausstoßes und der Feinstaubbelastung sind auch die Maßnahmen, die dafür sorgen, dass ein besserer Verkehrsfluss entsteht und es damit zu weniger Staus kommt. Daher ist für meine Fraktion die schnelle Realisierung sowohl von Baden 21 als auch von Stuttgart 21 zur Entlastung des Verkehrsträgers Straße absolut notwendig,

(Beifall bei der FDP/DVP)

ebenso wie ein Ausbauprogramm Südwest, vor allem jedoch im Bereich der Straßensanierung und nicht im Bereich der Neutrassierung. Das sage ich in aller Deutlichkeit.

Die Verträglichkeit für Mensch und Umwelt ist für mich bei allen Projekten eine selbstverständliche Forderung, insbesondere auch bei dem Projekt Baden 21. Ich muss hier deutlich sagen, dass die bisherigen Planungen der Bahn keinesfalls menschen- und umweltverträglich sind.

(Abg. Winfried Scheuermann CDU: Ob die neue Bahn durch Offenburg oder um Offenburg herum fährt, ist hinsichtlich des Feinstaubes egal!)

Meine Damen und Herren, zum Antrag der Grünen bin ich mit den Ausführungen des Umweltministeriums darin einig, dass derzeit kein Bedarf besteht, Luftreinhaltepläne und Aktionspläne wegen zusätzlicher Anlagen anzupassen, da eine Genehmigung nur bei nachgewiesener Unbedenklichkeit erfolgt. Die Einhaltung der Grenzwerte muss natürlich regelmäßig überprüft werden, und entsprechende Maßnahmen sind zu treffen.

Die Verbesserung der Luftqualität kann dabei durch lokale oder regionale Maßnahmen, je nach Projekt, erfolgen. Dies wird aber bereits bisher vom Umweltministerium und von den nachgeordneten Behörden so praktiziert. Deshalb werden wir Ihrer Forderung, Frau Kollegin Splett, nicht zustimmen. Wir werden jedoch gemeinsam mit dem Umweltministerium die weitere Entwicklung verfolgen und, falls notwendig, Initiativen ergreifen; denn wir tragen Sorge für die Luftqualität.

Selbstverständlich unterstützen wir die Landesregierung stets bei ihrem Einsatz für eine EU-rechtskonforme Ausgestaltung des Immissionschutzrechts.

Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der FDP/DVP – Abg. Johannes Stober SPD: Da kann man ja auch zustimmen! – Zuruf der Abg. Dr. Gisela Splett GRÜNE)

**Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte:** Ich erteile Frau Ministerin Gönner das Wort.

**Umweltministerin Tanja Gönner:** Frau Präsidentin, meine sehr geehrten Damen und Herren! Die Maßnahmen und auch die Erfolge der Luftreinhaltung in Baden-Württemberg haben zwischenzeitlich eine lange Tradition. Ich glaube, dass man das immer wieder deutlich machen muss; denn Luftreinhaltung ist nicht von heute auf morgen möglich, sondern nimmt eine längere Zeit in Anspruch.

Lassen Sie mich voranstellen: Die Luftqualität in Baden-Württemberg, in der Gesamtheit und in der Fläche betrachtet, ist gut. Sie ist auch in den vergangenen Jahrzehnten immer besser geworden. In der Fläche werden in Baden-Württemberg alle geltenden Grenzwerte eingehalten. Das können Sie im Übrigen den aktuellen Umweltdaten entnehmen, die ich Ihnen erst in der letzten Sitzung des Umweltausschusses zur Verfügung gestellt habe.

Allerdings – das ist das Entscheidende, und darüber diskutieren wir heute – gibt es lokal begrenzte Bereiche mit hohen Schadstoffbelastungen durch Feinstaub –  $PM_{10}$  – und Stickstoffdioxid, immer gemessen an den Vorgaben der europäischen Luftqualitätsrichtlinie. Ich betone dabei ausdrücklich: Das sind lokal begrenzte hohe Luftbelastungen an Straßen mit sehr hohem Verkehrsaufkommen und schlechter Durchlüftung, die aber zum Schutz der dort wohnenden Menschen bekämpft werden müssen. Dafür haben die Regierungspräsidenten bisher 19 Luftreinhalte- und Aktionspläne erarbeitet, von denen 18 Umweltzonen enthalten. Weitere werden hinzukommen.

Meine Damen und Herren – ich sage das nicht, weil ich das hervorheben will –, Sie finden kein anderes Land in Deutschland mit derart vielen Luftreinhalte- und Aktionsplänen, die entsprechende Umweltzonen beinhalten.

Wir haben bereits ein Jahr nach der Einführung der Umweltzonen die Erkenntnis, dass diese einen wirksamen – ich wiederhole: einen wirksamen – Beitrag zur Luftreinhaltung leisten. Nach Angaben der Landesanstalt für Umwelt, Messungen und Naturschutz sind allein im ersten Jahr in den Umweltzonen in Stuttgart die durch Abgase verursachten Feinstaubemissionen um rund 12 t und damit um 15 % zurückgegangen. Wesentliche Faktoren sind dabei neben den Fahrverboten auch die positiven Impulse für die Nachrüstung mit Rußpartikelfiltern und die Modernisierung des Fahrzeugbestands.

Im Jahr 2008 hatten wir nur noch an acht straßennahen Messpunkten Überschreitungen des zulässigen Tagesmittelwerts für Feinstaub zu verzeichnen. Im Jahr davor, also im Jahr 2007, wurden die Vorgaben noch an 15 Messstellen überschritten.

Mit den Luftreinhalteplänen wurden die Weichen für eine schrittweise und wirksame Entlastung gestellt. Die am Ende stehende Schadstoffbelastung wird jedoch auch von Faktoren wie dem Wetter bestimmt, auf die es keinen unmittelbaren Einfluss gibt. Dies gehört zur Wahrheit dazu. Wir haben deshalb die von der Europäischen Union eröffnete Fristverlängerung bis 2011 zur Einhaltung der Feinstaubgrenzwerte in Anspruch genommen. Nach den Prognosen der LUBW können bis dahin mit Ausnahme des Stuttgarter Neckartors die Feinstaubgrenzwerte eingehalten werden.

Liebe Frau Dr. Splett, die Fristverlängerung erhält man nur dann, wenn man nachweisen kann, dass wirksame Maßnahmen ergriffen wurden. Ansonsten erhält man diese nicht. Zu sagen, wir hätten die Fristverlängerung gemacht, um nichts tun zu müssen, ist also nicht richtig. Nur weil wir Maßnahmen ergriffen haben, weil wir auch nachweisen, dass es uns gelingt, die Werte bis zum Ablauf der Frist einzuhalten, haben wir die Chance, die Fristverlängerung zu erhalten – wie gesagt: mit Ausnahme des Stuttgarter Neckartors; hier werden wir die Grenzwerte nicht einhalten können.

(Abg. Dr. Bernd Murschel GRÜNE: Und Leonberg!)

– Für Leonberg haben wir nachgewiesen, die Grenzwerte ab dem Jahr 2011 einhalten zu können, lieber Herr Murschel. Es tut mir leid. Sie mögen in Ihrem OB-Wahlkampf etwas anderes gesagt haben – das weiß ich nicht, weil ich ihn nicht verfolgt habe –,

(Abg. Hagen Kluck FDP/DVP: Sehr gut!)

aber wir haben nachgewiesen, dass die Grenzwerte dort ab 2011 eingehalten werden können.

(Abg. Dr. Bernd Murschel GRÜNE: Das stimmt eben nicht!)

Berlin, München und Köln konnten ebenfalls mit jeweils unterschiedlichen Methoden belegen, dass ihre Umweltzonen wirksam sind. Es geht auch um die Frage: Welche Wirksamkeit haben Umweltzonen?

Meine sehr geehrten Damen und Herren, bei Maßnahmen zur Luftreinhaltung kommt es immer auf die richtige Balance zwischen dem Gesundheitsschutz und den sozialen und den wirtschaftlichen Folgen an, die die Maßnahmen für unsere Bürgerinnen und Bürger haben. Ich habe Ihnen, Frau Grünstein, sehr aufmerksam zugehört.

(Abg. Fritz Buschle SPD: Hoffentlich!)

Es ist schon spannend, wenn Sie auf der einen Seite erklären, dass der Gesundheitsschutz für diejenigen, die dort wohnen, sehr wichtig und notwendig ist – auch ich stehe für dessen Beachtung ein –, auf der anderen Seite aber sagen, das sei eine soziale Frage, um anschließend, wenn die Forderung laut wird, die roten Plaketten aus dem Verkehr zu ziehen, wiederum darauf hinzuweisen, dass die sozial Schwachen hiervon betroffen seien und dass das eigentlich nicht gehe. Das ist ein klassisches Beispiel für die Redewendung: Wasch mir den Pelz, aber mach mich nicht nass. Die Opposition hat es im Übrigen immer leichter,

(Abg. Thomas Oelmayer GRÜNE: Das stimmt gar nicht!)

weil das Kritisieren – Kollege Scheuermann hat es deutlich gesagt – immer einfacher ist, als handeln zu müssen.

(Beifall bei der CDU – Zuruf des Abg. Thomas Oelmayer GRÜNE)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, jetzt will ich noch Folgendes sagen – gerade das ist das Problem –: Wir müssen natürlich diese Abwägung vornehmen. Die Aufgabe, die wir haben, lautet: Wie gelingt es uns, den Gesundheitsschutz – der

(Ministerin Tanja Gönner)

uns wichtig ist – mit der Verhältnismäßigkeit der Auswirkungen auf diejenigen zusammenzubringen, die von den Maßnahmen betroffen sind? Wir haben im Grunde nämlich zwei Gruppen von Betroffenen: Auf der einen Seite sind das diejenigen, die Gesundheitsschutz wollen, und auf der anderen Seite sind diejenigen betroffen, die plötzlich Einschränkungen in der von ihnen bevorzugten Art der Fortbewegung erdulden müssen. Genau das ist unsere Aufgabe, und vor diesem Hintergrund steht auch das Stufenkonzept, das wir in Baden-Württemberg unter Aufnahme einer entsprechenden zeitlichen Staffelung eingeführt haben.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, in diesem Licht ist natürlich auch die Rechtsetzung der Europäischen Union zu betrachten. Das eine ist die Luftqualitätsrichtlinie, die die Europäische Union vorgegeben hat,

(Zuruf von der CDU: Genau! Das ist das Problem!)

und das andere ist die Frage, wie sie in den Bereichen gehandelt hat, in denen sie an der Quelle hätte ansetzen müssen, für die sie also originär zuständig ist. Es hilft uns wenig, wenn die Norm Euro 5 erst im September 2009 wirksam wurde und für Euro 6 leider erst ab 2014 die Wirksamkeit eintritt – also zu Zeiten, in denen bereits Grenzwerte für Feinstaub und ebenso auch für Stickoxide eingehalten werden müssen. Genau das ist die Schwierigkeit, die wir haben. Bereits seit 2005 müssen die Grenzwerte beim Feinstaub eingehalten werden; ab 2010 gilt eine entsprechende Regelung für die Stickoxidwerte. Im Endeffekt müssen wir im Vollzug nun die Luftreinhaltepolitik der Europäischen Union wieder vom Kopf auf die Füße stellen, soweit dies machbar ist.

Liebe Frau Dr. Splett, „Irrelevanznorm“, „nicht EU-rechtskonform“, solche Begriffe finde ich immer schön. Die Luftqualitätsrichtlinie ist 1998 verabschiedet worden. Die Umsetzung fiel ebenfalls in eine Zeit, in der Ihre Fraktion im Bund noch an der Regierung beteiligt war.

(Abg. Hagen Kluck FDP/DVP: Aha! – Abg. Dr. Stefan Scheffold CDU: Hört, hört!)

Ich kann mich nicht daran erinnern, dass über die TA Luft – die Irrelevanznorm ist Inhalt der TA Luft – auch nur ein einziges Mal bezüglich möglicher Änderungen diskutiert worden wäre. Deswegen finde ich es etwas schwierig, zu sagen, sie wäre nicht EU-rechtskonform,

(Abg. Hagen Kluck FDP/DVP: Wo war denn Trittin?  
– Zuruf der Abg. Dr. Gisela Splett GRÜNE)

wenn man es zugleich aber dort, wo man es hätte ändern können, nicht ändert. Auch das ist ein Handeln nach dem Motto: Wasch mir den Pelz, aber mach mich nicht nass.

(Abg. Helmut Walter Rüeck CDU: Das sind doch alles Trockenduscher!)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, gerade vor dem Hintergrund des Vollzugs –

(Unruhe – Glocke der Präsidentin)

**Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte:** Meine Damen und Herren, das Wort hat die Ministerin.

**Umweltministerin Tanja Gönner:** Ich freue mich immer, wenn ein bisschen Leben in der Bude ist. Aber herzlichen Dank dafür, dass Sie für Ruhe sorgen.

(Abg. Helmut Walter Rüeck CDU: Keine Kritik an der Präsidentin!)

– Nein, überhaupt nicht. Ich bin ihr dankbar, dass sie dafür Sorge trägt, dass ich wieder durchdringe. Dafür bin ich ihr sehr, sehr dankbar,

(Abg. Rainer Stichelberger SPD: So viel zum Thema Kritik!)

und zwar auch deswegen, weil ich jetzt zum Urteil des Verwaltungsgerichts komme.

Das Urteil des Verwaltungsgerichts ist auch vor dem Hintergrund des Vollzugs zu sehen. Was das Gericht im August 2009 anmerkt, wird im Übrigen ohnehin bereits durch die seit Frühjahr dieses Jahres eingesetzte Arbeitsgruppe zur Fortschreibung des Luftreinhalteplans behandelt, die – das will ich sagen – vor dem Hintergrund der Fristverlängerung bei der Europäischen Union und der Tatsache, dass wir bis 2011 am Neckartor die Grenzwerte nicht einhalten können, gebildet wurde. Da wurde dann eben auch einiges hinsichtlich der Wirksamkeit konkret überprüft.

Allerdings – das will ich auch sagen – beinhaltet die Begründung des Beschlusses einige Rechtsfragen, die uns nicht überzeugen. Das ist auch der Punkt, warum wir hiergegen Rechtsmittel eingelegt haben – nicht in dem Sinn, dass wir etwas gegen die Maßnahmen hätten und die Notwendigkeit der Luftreinhaltung nicht sähen, sondern weil es um die Frage geht, welchen Anforderungen die Maßnahmen eines Aktionsplans nach dem Bundes-Immissionsschutzgesetz genügen müssen, um tatsächlich rechtlich haltbar zu sein. Ich halte es auch für richtig, dass man das macht.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, es gibt leider keine einzelne, gleichzeitige, kurzfristige, nachhaltige und ausreichend wirksame Maßnahme, die das Problem der Grenzwertüberschreitung auf einen Schlag lösen könnte. Wenn es sie geben würde, würde ich mich freuen.

Frau Dr. Splett, Sie haben gesagt, es gebe keine wirksamen Maßnahmen. Aber Sie haben keine einzige Maßnahme genannt,

(Zuruf von der CDU: Das Autofahren verbieten!)

die aus Ihrer Sicht erfolgreich sein würde. Sie haben die Irrelevanznorm als nicht EU-rechtskonform bezeichnet, aber Sie haben keine einzige Maßnahme genannt, die aus Ihrer Sicht erfolgreich umsetzbar wäre.

(Zuruf des Abg. Dr. Bernd Murschel GRÜNE)

Das ist so. Die Wahrheit ist konkret.

Dann zu Ihrem Einwurf, der Vollzug würde nur in Stuttgart gemacht. Der Vollzug ist landeseinheitlich geregelt und wird bei der normalen Vollzugskontrolle der Polizei umgesetzt. Soweit in den einzelnen Städten darüber hinaus Vollzug erfolgt, können das die Städte regeln. Karlsruhe ist frei. Sie können in Karlsruhe gern die entsprechenden Anträge stellen, damit

(Ministerin Tanja Gönner)

das, was in Stuttgart passiert, auch in Karlsruhe vollzogen wird.

(Abg. Dr. Gisela Splett GRÜNE: Das wurde hier abgelehnt!)

Das ist eine Regelung, die die Städte treffen und nicht wir. Noch einmal: In Stuttgart wird das deswegen gemacht, weil die Stadt Stuttgart es entsprechend umsetzt.

(Zuruf des Abg. Johannes Stober SPD – Abg. Dr. Gisela Splett GRÜNE: Das geht doch gar nicht!)

Mit der Fortschreibung des Luftreinhalteplans in Stuttgart nehmen wir unsere Verantwortung wahr, das, was mit lokalen und auch regionalen Maßnahmen möglich ist, umzusetzen.

Wir werden zusätzliche Maßnahmen aufnehmen, um raschestmöglich eine Verbesserung der Feinstaub- und Stickstoffdioxidsituation in Stuttgart zu erzielen. Die wichtigsten Maßnahmen sind: ein Durchfahrtsverbot ab 1. März 2010 für Lkws über 3,5 t – Ausnahme: Lieferverkehr –, ein Fahrverbot ab 1. Juli 2010 auch für Fahrzeuge mit roter Plakette sowie ein Fahrverbot ab 1. Januar 2012, das auch die Fahrzeuge mit gelber Plakette einschließt.

Am Neckartor wird durch das Lkw-Durchfahrtsverbot die Emission von Stickstoffoxiden um 15 % zurückgehen, mit den Fahrverboten um insgesamt 18 % im Jahr 2010 bzw. 33 % im Jahr 2012.

Die Emission von Feinstaub verringert sich um etwa 9 % bzw. durch die Fahrverbote um insgesamt 10 % bis zum Jahr 2010 und um 17 % bis zum Jahr 2012.

Darüber hinaus werden wir weitere Maßnahmen zur Minderung der Luftbelastung vornehmen, z. B. die Nachrüstung von Fahrzeugen mit hohem Abgasausstoß. Ich habe mich an die Bundesministerien gewandt und vorgeschlagen, dass die Förderprogramme der Bundesregierung für Pkws verlängert und um leichte Kraftfahrzeuge erweitert werden, wie es auch im Koalitionsvertrag steht.

Wir haben im Übrigen – das hat Kollege Scheuermann dankenswerterweise bereits angesprochen – mit der nun verabschiedeten Novelle der 1. Bundes-Immissionsschutzverordnung – sie wurde in der vergangenen Woche im Bundestag verabschiedet – verbindliche Umweltstandards für Holzfeuerungsanlagen mit praktikablen Übergangsfristen für bestehende Öfen. Deswegen sind wir dort vorangekommen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, die Landesregierung hat alles Zumutbare getan und wird weiterhin alles tun, um die Grenzwerte für Luftschadstoffe einzuhalten.

Eine verkehrte Luftreinhaltepolitik auf europäischer Ebene können wir aber mit den Möglichkeiten, die uns zur Verfügung stehen, nicht ausgleichen. Der Gesundheitsschutz der Menschen in den besonders belasteten Gebieten und die Luftreinhaltung bleiben weiterhin ganz vorn auf der Tagesordnung. Wir brauchen aber – auch das gehört bei der Luftreinhaltung dazu – einen langen Atem.

Herzlichen Dank.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

**Stellv. Präsidentin Christa Vossuschulte:** Das Wort erhält Frau Abg. Dr. Splett.

**Abg. Dr. Gisela Splett GRÜNE:** Ein paar Anmerkungen kann ich mir nicht verkneifen.

Erstens: Mein Name ist nicht Trittin. Immer dann, wenn wir etwas anmahnen und der Regierung keine bessere Antwort einfällt, wird darauf verwiesen, dass Rot-Grün das aber auch nicht geändert habe oder Rot-Grün für irgendetwas verantwortlich sei. Darum geht es mir gar nicht.

(Abg. Hagen Kluck FDP/DVP: Alles Schlechte kommt von Rot-Grün! – Gegenruf des Abg. Johannes Stober SPD: Schauen Sie sich doch einmal die Bundesregierung an!)

In unserem Antrag geht es nicht um Geschichtsaufarbeitung. Wir sind hier auch nicht im Bundestag. Es geht vielmehr um die Frage: Wo stehen wir heute? Sind die Gesetze, die wir haben und die wir in unserem Land anwenden, EU-rechtskonform, oder sind sie es nicht? Das ist für mich hier nicht geklärt. Ich sage deswegen schon an dieser Stelle: Ich würde den Antrag gern noch an den zuständigen Ausschuss überweisen lassen.

Zweitens: Ich gestehe der Regierung gern zu, dass es nicht einfach ist, diese Grenzwerte einzuhalten. Es gibt sicherlich kein Patentrezept,

(Abg. Winfried Scheuermann CDU: Das klingt schon besser als vorhin!)

sondern die Maßnahmen greifen zum Teil auch langfristig und müssen großflächiger erfolgen. Dabei geht es um die Fragen: Wie gewichten wir den Ausbau des Straßenverkehrs im Vergleich zum Schienenverkehr?

(Zuruf: Stuttgart 21!)

Wie ist es in den letzten Jahrzehnten gelaufen? Dazu haben Sie von uns immer gute Vorschläge bekommen.

(Unruhe)

Wie steht es mit Tempolimits? Dabei wünschen wir uns auch etwas anderes als das, was die Regierung macht. Geschwindigkeitsbeschränkungen wurden an den verschiedensten Stellen vorgeschlagen, aber nicht umgesetzt. Auch fragt man sich, warum das Lkw-Durchfahrtsverbot für Stuttgart wieder aufgehoben wurde. Vorschläge gibt es da also schon einige. Wir sind gern bereit, Ihnen noch mehr zu nennen.

Sie sagen, die Städte könnten die Kontrolle machen. Wir haben das hier im Landtag schon angesprochen und geklärt. Die Aussage vom Innenministerium war, dass eine Durchführungsverordnung dem entgegensteht und dass auch andere Städte ihren polizeilichen Vollzugsdienst auf Kontrolle schicken können. Deswegen hilft es nicht, den Kommunen den Schwarzen Peter zuzuschieben.

(Beifall bei den Grünen)

Stichwort „Fristverlängerung bei Stickstoffdioxid“: Ich habe mir extra die „Mitteilung der Kommission über die Mitteilung

(Dr. Gisela Splett)

einer Verlängerung der Fristen für die Erfüllung der Vorschriften . . .“ – Sie kennen das Papier sicherlich – besorgt. Darin steht der „schöne“ Satz:

*Bei Mitteilungen zu Stickstoffdioxid oder Benzol, die vor Ende der ursprünglichen Frist zur Erreichung der Grenzwert (2010) vorgelegt werden, wird das Jahr 2008 als Bezugsjahr zugrunde gelegt.*

Ich weiß nicht, was dagegen spricht, das so zu machen.

(Zuruf der Ministerin Tanja Gönner – Gegenruf des Abg. Dr. Bernd Murschel GRÜNE: Sehen Sie das Problem?)

Auch an dieser Stelle ist das für mich noch nicht ganz geklärt. Deswegen – wie gesagt – verzichte ich auf Abstimmung und würde den Antrag gern an den zuständigen Ausschuss überweisen lassen.

Vielen Dank.

(Beifall bei den Grünen)

**Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte:** Meine Damen und Herren, es liegen keine weiteren Wortmeldungen vor. Es ist beantragt, den Antrag der Fraktion GRÜNE, Drucksache 14/5243, an den Umweltausschuss zu überweisen. – Sie stimmen zu. Es ist so beschlossen.

Der Antrag der Fraktion der SPD, Drucksache 14/3864, ist ein reiner Berichtsantrag und kann für erledigt erklärt werden. – Sie stimmen zu.

Damit ist Punkt 10 der Tagesordnung erledigt.

Ich rufe **Punkt 11** der Tagesordnung auf:

**Große Anfrage der Fraktion der SPD und Antwort der Landesregierung – Demokratie lernen und leben – Politische Bildung in Baden-Württemberg – Drucksache 14/3780**

(Abg. Reinhold Gall SPD: Frau Präsidentin!)

– Herr Abg. Gall.

**Abg. Reinhold Gall SPD:** Frau Präsidentin, die Fraktionen sind übereingekommen, diesen Tagesordnungspunkt abzusetzen.

**Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte:** Das wollte ich gerade sagen. Aber ich muss ihn trotzdem vorlesen.

**Abg. Reinhold Gall SPD:** Dann ziehe ich meine Wortmeldung zurück.

(Heiterkeit – Abg. Dr. Stefan Scheffold CDU: Zu spät!)

**Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte:** Danke schön.

Ich fahre fort: Die Fraktionen sind übereingekommen, Tagesordnungspunkt 11 abzusetzen.

Meine Damen und Herren, damit sind wir am Ende der heutigen Tagesordnung angelangt.

(Unruhe)

– Ich darf Sie noch einen Moment um Aufmerksamkeit bitten. – Die nächste Sitzung findet morgen, Donnerstag, 10. Dezember 2009, um 9:30 Uhr statt.

(Abg. Helmut Walter Rüeck CDU: Aber pünktlich!)

Ich darf noch darauf hinweisen, dass unmittelbar im Anschluss an die jetzige Plenarsitzung eine außerordentliche Sitzung des Präsidiums im Eugen-Bolz-Saal stattfindet.

Der Parlamentarische Abend des Baden-Württembergischen Genossenschaftsverbands im GENO-Haus beginnt bereits um 18:30 Uhr. Ab diesem Zeitpunkt sind wir dort herzlich willkommen.

Ich wünsche Ihnen einen schönen Abend, danke Ihnen und schließe die Sitzung.

**Schluss: 17:49 Uhr**